

Universität Mannheim
Fakultät für Sozialwissenschaften

Die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen

Determinanten und Konsequenzen in den USA
und in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Grades
einer Doktorin der Sozialwissenschaften der Universität Mannheim

vorgelegt von

Jana Pöttschke

Gutachter

Prof. Dr. Hans Rattinger

Universität Mannheim

Lehrstuhl für Vergleichende Politische Verhaltensforschung

Gutachter

Prof. Dr. Harald Schoen

Universität Mannheim

Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, Politische Psychologie

Gutachter

Prof. Dr. Marc Debus

Universität Mannheim

Lehrstuhl für Politische Wissenschaft III, Vergleichende Regierungslehre

Dekan der Fakultät für Sozialwissenschaften

Prof. Dr. Michael Diehl

Universität Mannheim

Tag der Disputation: 07.07.2016

Eidesstattliche Versicherung

Eidesstattliche Versicherung gemäß § 9 Absatz 1 Buchstabe e) der Promotionsordnung der Universität Mannheim zur Erlangung des Doktorgrades der Sozialwissenschaften (Promotionsordnung vom 27. Juni 2013):

1. Bei der eingereichten Dissertation mit dem Titel „Die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen: Determinanten und Konsequenzen in den USA und in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts“ handelt es sich um mein eigenständig erstelltes eigenes Werk.
2. Ich habe nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich keiner unzulässigen Hilfe Dritter bedient. Insbesondere habe ich wörtliche Zitate aus anderen Werken als solche kenntlich gemacht.
3. Die Arbeit oder Teile davon habe ich bisher nicht an einer Hochschule des In- oder Auslands als Bestandteil einer Prüfungs- oder Qualifikationsleistung vorgelegt.
4. Die Richtigkeit der vorstehenden Erklärung bestätige ich.
5. Die Bedeutung der eidesstattlichen Versicherung und die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen eidesstattlichen Versicherung sind mir bekannt.

Ich versichere an Eides statt, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit erklärt und nichts verschwiegen habe.

Mannheim, den 27. November 2015

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	6
Tabellenverzeichnis.....	7
Abkürzungsverzeichnis	9
1. Einleitung.....	10
1.1. Forschungsgegenstand	10
1.2. Ziele und Aufbau der Arbeit	17
2. Konzeptualisierung eines allgemeinen Modells zu Determinanten und Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen	25
2.1. Vorbemerkung	25
2.2. Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen im außen- und sicherheits- politischen Einstellungssystem	27
2.2.1. Definition der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen.....	27
2.2.2. Strukturierung von Einstellungen im Bereich der Außen- und Sicherheits- politik	31
2.3. Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen	43
2.3.1. Sozialstrukturelle Merkmale	43
2.3.2. Gruppenbindung und politische Prädispositionen	49
2.3.3. Hypothesenformulierung Determinanten.....	54
2.4. Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen	58
2.4.1. Bereichsspezifische Grundorientierungen	58
2.4.2. Spezifische außen- und sicherheitspolitische Einstellungen.....	61
2.4.3. Hypothesenformulierung Konsequenzen	63
3. Untersuchungsdesign, Datenbasis und Operationalisierung	69
3.1. Vorbemerkung	69
3.2. Untersuchungsdesign	69
3.3. Datenbasis	72
3.4. Operationalisierung	75

3.4.1. Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen	75
3.4.2. Determinanten.....	77
3.4.3. Konsequenzen	82
4. Empirische Überprüfung des allgemeinen Modells zu Determinanten und Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen	89
4.1. Vorbemerkung	89
4.2. Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen	91
4.3. Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen	99
4.3.1. Sozialstrukturelle Merkmale	99
4.3.2. Gruppenbindung und politische Prädispositionen	113
4.3.3. Zusammenfassung.....	121
4.4. Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen	128
4.4.1. Bereichsspezifische Grundorientierungen	128
4.4.2. Spezifische außen- und sicherheitspolitische Einstellungen.....	140
4.4.3. Zusammenfassung.....	175
5. Schlussbetrachtung	187
5.1. Zusammenfassung und Diskussion der wichtigsten Ergebnisse.....	187
5.2. Einschränkungen der Befunde und Implikationen für zukünftige Forschungsarbeiten	199
 Literaturverzeichnis.....	 207
 Anhang	
Anhang A: Fragewortlaut und Operationalisierungen	227
Anhang B: Ergänzende Tabellen.....	236

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Theoretisches Modell zur Erklärung von Determinanten und Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen	41
Abbildung 2: Empirische Modellierung des hierarchisch strukturierten Einstellungssystems, USA/Deutschland.....	71
Abbildung 3: Wahrnehmung amerikanischer und europäischer Bedrohungen, 2002 - 2006	93
Abbildung 4: Wahrnehmung persönlicher Bedrohungen, 2005 - 2008	96

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Hypothesenübersicht der Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen.....	56
Tabelle 2:	Hypothesenübersicht der Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen.....	65
Tabelle 3:	Informationen zu den verwendeten Datensätzen <i>Worldviews</i> (2002) und <i>Transatlantic Trends Survey</i> (2003-2008), USA und Deutschland	74
Tabelle 4:	Bivariate Effekte der sozialstrukturellen Merkmale auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen, 2002 - 2008	101
Tabelle 5:	Direkte und indirekte Effekte der sozialstrukturellen Merkmale auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen, 2002 - 2008	108
Tabelle 6:	Bivariate Effekte der Gruppenbindung und politischen Prädispositionen auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen, 2002 - 2008	115
Tabelle 7:	Direkte Effekte der Gruppenbindung und politischen Prädispositionen auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen, 2002 - 2008	119
Tabelle 8:	Zusammenfassung der Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen	125
Tabelle 9:	Bivariate Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung bereichsspezifischer Grundorientierungen, 2002 - 2008	130
Tabelle 10:	Direkte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung bereichsspezifischer Grundorientierungen in den USA, 2002 - 2008	135
Tabelle 11:	Direkte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung bereichsspezifischer Grundorientierungen in Deutschland, 2002 - 2008	137
Tabelle 12:	Bivariate Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung spezifischer Policy-Präferenzen, 2002 - 2008.....	144
Tabelle 13:	Direkte und indirekte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zur Einschränkung von Freiheitsrechten, 2006.....	150
Tabelle 14:	Direkte und indirekte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zur Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben, 2002 - 2008	153
Tabelle 15:	Direkte und indirekte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe, 2002 und 2003	156

Tabelle 16:	Direkte und indirekte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zu geeigneten Maßnahmen zur Bekämpfung von internationalem Terrorismus, 2002 und 2004	158
Tabelle 17:	Direkte und indirekte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zum Militäreinsatz im Irak, 2004	164
Tabelle 18:	Direkte und indirekte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zum Militäreinsatz in Afghanistan, 2007 und 2008	168
Tabelle 19:	Direkte und indirekte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zu militärischen Maßnahmen gegen den Iran, 2005 - 2008	173
Tabelle 20:	Zusammenfassung der Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen	183

Abkürzungsverzeichnis

ANES	American National Election Studies
CAPI	Computer-Assisted Personal Interview
CASI	Computer-Assisted Self Interview
CATI	Computer-Assisted Telephone Interview
CBRN-Waffen	Chemische, biologische, radiologische, nukleare Waffen
CCFR	Chicago Council on Foreign Relations
CCGA	Chicago Council on Global Affairs
CFI	Comparative Fit Index
DK/RF	Don't know/Refused
EU	Europäische Union
F2F	Face-to-Face Interview
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GMFUS	German Marshall Fund of the United States
ISAF	International Security Assistance Force (deutsche Bezeichnung: Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
OEF	Operation Enduring Freedom
OLS	Ordinary Least Squares
PAPI	Paper-and-Pencil Interview
RDD	Random Digit Dialling
RMSEA	Root Mean Square Error of Approximation
SGM	Strukturgleichungsmodell
SOWI	Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr
TTS	Transatlantic Trends Survey
UN	Vereinte Nationen
WN/KA	Weiß nicht/Keine Angabe
ZMSBw	Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

1. Einleitung

1.1. Forschungsgegenstand

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 veränderten die Welt, wie wir sie bis dahin kannten. Islamische Extremisten der Terrororganisation al-Qaida entführten in den USA vier Passagierflugzeuge und lenkten diese in das World Trade Center in New York City und in das Pentagon in Washington, D.C. Die vierte Maschine stürzte nahe Shanksville, PA ab. Fast 3000 Menschen starben an diesem Tag (START 2013). Es war der erste direkte Angriff auf die USA seit 60 Jahren; der erste Angriff auf amerikanischem Boden seit 1812 (Nincic/Ramos 2010: 133f.). Nur eine Woche später erschütterte die Angst vor biologischen Waffen die amerikanische Bevölkerung als Briefe mit dem gefährlichen Anthrax-Erreger an Nachrichtensender und Senatoren verschickt wurden (CNN 2010). In Folge der Anschläge wurden in den USA Fragen der nationalen Sicherheit neu überdacht. Mit dem *Patriot Act* wurden die Sicherheitsvorkehrungen an öffentlichen Plätzen und strategisch bedeutsamen Orten erhöht und Freiheitsrechte zum Schutz der Bürger vor weiteren Anschlägen eingeschränkt. Das neu gegründete *Department of Homeland Security* war fortan für die nationale Terrorabwehr zuständig.

Neben innenpolitischen Maßnahmen änderte sich ebenfalls die Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik: Der von Präsident George W. Bush ausgerufene *War on Terror* diente als Rechtfertigung für die von den USA eingeschlagene militärische, interventionistische Linie. Diese stand ganz im Gegensatz zu Bushs Äußerungen im Wahlkampf, in dem er sich für eine „humble“, auf nationale Interessen gerichtete amerikanische Außenpolitik aussprach (Szabo 2004: 53; Gordon 2006: 76). Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus führte zunächst nach Afghanistan und später in den Irak. Die hier eingesetzten militärischen Methoden galten noch vor den Terroranschlägen als inakzeptabel in der amerikanischen Sicherheitspolitik. So umging die Bush-Administration mit dem Gefangenenlager in Guantanamo beispielsweise die Regeln der Genfer Konvention durch Umdefinition der Insassen als nichtstaatliche Akteure. Darüber hinaus verletzten die USA die Souveränität dritter Staaten, wie etwa des Jemen, als sie im Jahr 2002 bewaffnete Drohnenangriffe gegen vermeintliche al-Qaida-Kämpfer auf dessen Staatsgebiet flogen (Chittick 2006: 217). Neben gezielten militärischen Aktionen gegen Terrororganisationen wurde die Besorgnis über die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, insbesondere in den Händen sogenannter „Schurkenstaaten“, die sich

gegen die USA richten könnten, betont. Zur „Achse des Bösen“ zählen neben dem Irak auch Nordkorea und der Iran (Chittick 2006: 204). Insbesondere das Atomprogramm des Iran führte zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu erheblichen politischen Spannungen zwischen den Ländern und der gesamten Region im Nahen Osten.

Am 11. März 2004 erreichte der internationale Terror Europa. Bei Anschlägen auf vier Pendlerzüge in Madrid starben 191 Menschen. Am 7. Juli 2005 explodierten in London mehrere Bomben in U-Bahn-Stationen und einem Linienbus; 52 Menschen kamen dabei ums Leben. Islamistische Terrorgruppen mit Verbindungen zu al-Qaida bekannten sich zu den Attentaten (START 2013). Und auch Deutschland war Ziel von Terroranschlägen. Bis zum heutigen Tag konnten glücklicherweise nahezu¹ alle Versuche rechtzeitig vereitelt werden oder missglückten: Im April 2002 wurden Mitglieder der islamistischen El-Tawhid-Bewegung im Ruhrgebiet verhaftet, die Anschläge auf jüdische Gemeindezentren in Berlin und Düsseldorf planten. Am 31. Juli 2006 deponierten Islamisten zwei Kofferbomben in Regionalzügen im Kreis Köln, die aufgrund technischer Mängel jedoch nicht explodierten. Im September 2007 wurde die al-Qaida-nahe „Sauerland-Gruppe“ überführt und so Anschläge auf amerikanische Einrichtungen in Deutschland verhindert (Der Tagesspiegel 2015).

Deutschland reagierte auf die terroristische Bedrohung innenpolitisch ähnlich wie die USA, nämlich mit der Erhöhung von Sicherheitsvorkehrungen an Flughäfen und vor öffentlichen Gebäuden wie etwa dem Reichstag in Berlin. Mittels „Anti-Terror-Pakt“ des Bundesministeriums des Innern (Niketta 2003: 2) wurde darüber hinaus die Ausweitung der Befugnisse für Geheimdienste, Verschärfung ausländerrechtlicher Bestimmungen und die Einführung einer „Visa-Warndatei“ durchgesetzt (Pietsch/Fiebig 2011: 262). Die Bundesrepublik reagierte zusätzlich in der Außen- und Sicherheitspolitik auf die neue Gefahrenlage. Die von Bundeskanzler Gerhard Schröder unmittelbar nach den Terroranschlägen zugesicherte „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA sowie das Eintreten des NATO-Bündnisfalls (Meiers 2010: 210) waren Wegbereiter für die Beteiligung deutscher Streitkräfte an der *Operation Enduring Freedom* (OEF) unter anderem am Horn von Afrika und in Afghanistan sowie speziell an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) in Afghanistan. Seither wurde das Mandat des Deutschen Bundestags für diese Auslandseinsätze mehrfach verlängert und erweitert (Bundeswehr 2015). Deutschland folgte den USA jedoch nicht blind in den von ihnen angeführten „Krieg gegen den Terror“. So kommunizierte die Bundesregierung von

¹ Am 2. März 2011 erschoss ein Kosovare zwei amerikanische Soldaten vor ihrem Einsatz in Afghanistan am Flughafen Frankfurt/Main. Zwei weitere wurden schwer verletzt. Der Anschlag gilt als erster tödlicher Terrorakt mit islamistischem Hintergrund auf deutschem Staatsgebiet (START 2013; Der Tagesspiegel 2015).

Beginn an offen ihre Ablehnung gegen ein militärisches Eingreifen im Irak und beteiligte sich nicht aktiv an den Kampfhandlungen im Frühjahr 2003 (Longhurst 2004: 90-96). In den Verhandlungen mit dem Iran um dessen Atomprogramm nahm Deutschland seit 2003 eine zentrale Rolle ein. Hier warb die Bundesrepublik verstärkt für eine diplomatische Lösung des Konflikts (Erästö 2011: 421). Am 14. Juli 2015 einigten sich die E3+3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, China, Russland, USA) und der Iran in Wien auf ein langfristiges Abkommen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie (Auswärtiges Amt 2015). Ob sich die Spannungen auf beiden Verhandlungsseiten in Zukunft verringern, bleibt nun abzuwarten.

Obwohl die Außen- und Sicherheitspolitik über viele Jahre generell als zu alltagsfern für die Bürger angesehen wurde und hier folglich keine „echten“ Einstellungen zu spezifischen Themen ausgebildet werden könnten (Almond 1950; Lippmann 1955; Converse 1970), ist wohl unbestritten, dass die ausgeführten internationalen Ereignisse seit der Jahrtausendwende schließlich auch im Bewusstsein der Bevölkerung ihren Niederschlag fanden. Insbesondere Informationen über die Terroranschläge in den USA 2001 dürften eine ausgesprochen hohe Verbreitung unter Amerikanern und Deutschen aufweisen.² Begünstigt wird dies durch eine bedrohungsintensive Medienberichterstattung in beiden Ländern: Zum einen als reine Information über terroristische Ereignisse als solche, zum anderen als Interpretationsrahmen durch die politischen Eliten (Nacos et al. 2007). Terroristische Bedrohungen dürften zusätzlich an Salienz auf Bevölkerungsebene gewinnen, da hier die Grenzen zwischen innen- und außenpolitischer Arena verschwimmen. Obwohl es sich zunächst um eine Gefahr von außen handelt, könnten die Bürger nun selbst unmittelbar von Anschlägen im eigenen Land betroffen sein. Die Perzeption internationaler Bedrohungen sollte folglich einen zentralen Stellenwert bei der Bildung von spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen einnehmen.

An diesem Punkt setzt die vorliegende Arbeit an. Sie untersucht umfassend die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts in den USA und in Deutschland auf Bevölkerungsebene. Sie klärt, welche Faktoren die Perzeption einer möglichen Gefahr von außen erhöhen und welche Folgen sich aus dieser erhöhten Wahrnehmung für die Zustimmung zu spezifischen Policy-Angeboten ergeben. Die geopolitische Lage zum Untersuchungszeitraum und die entsprechende Ausrichtung der Innen- und Außenpolitik in beiden Ländern dienen dabei als wesentliche Kontextmerkmale. Eine herausgehobene Stellung kommt ausgewählten (außen-)politischen Dispositionen zu. Sie dienen als Einordnungshilfe

² Laut einer Gallup-Umfrage im September 2001 hatten bereits zwei Stunden nach den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 80 Prozent der Weltbevölkerung von den Attentaten gehört (Everts/Isernia 2015: 168).

der politischen und kommunikativen Umwelt und helfen folglich Wahrnehmungen und Orientierungen zu strukturieren. So schaffen sie eine „Brücke“ zwischen den realweltlichen Gegebenheiten und dem individuellen Überzeugungssystem einer Person.

Internationale Bedrohungen sind keineswegs ein Phänomen des neuen Jahrtausends. Ihre Relevanz für die amerikanische und deutsche Bevölkerung zeigte sich bereits in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. So rückten nach dem Ende des 2. Weltkriegs die expansive Außenpolitik der Sowjetunion und seit den 1970er Jahren die Gefahr eines nuklearen Krieges auf die öffentliche Agenda (Juhász 1995: 1; Rattinger/Holst 1998: 158). In der bipolaren Welt des Kalten Krieges war die gemeinsame Bedrohungswahrnehmung eine wichtige verbindende Quelle für die transatlantischen Beziehungen (Everts/Isernia 2015: 66), die die Bedrohung durch internationalen Terrorismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht in dem Maße zu leisten vermochte (Everts/Isernia 2015: 73). Die strukturelle Klarheit des internationalen Systems erleichterte dabei die Einteilung in „Freund“ und „Feind“ und stärkte die gebildeten Allianzen (Kohr 1983: 42; Singer 1989: 6).³ Die gegenseitige Abschreckung im Kalten Krieg war folglich ohne gegenseitige Bedrohungswahrnehmung nicht denkbar: „Art und Ausmaß der Bedrohung der Nordatlantischen Allianz leiten sich aus den politischen Zielen, den erkennbaren strategischen Absichten und den militärischen Potentialen des Warschauer Paktes, insbesondere der Sowjetunion ab“ (Müller 1987: 84).

Neben der konkreten militärischen Bedrohung durch andere Staaten wurden zunehmend diffusere Bedrohungen wichtig, die nicht auf Nationalstaaten und damit einem klaren Verursacher beschränkt sind. Die Nationalstaaten sind folglich nicht länger die einzigen Akteure auf der internationalen Bühne.⁴ Seit den 1970er Jahren traten gesellschaftliche Gefahren wie Terrorismus und wirtschaftliche Krisen durch Verflechtungen in der globalisierten Welt ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Spätestens seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 rücken verstärkt auch ökologische Bedrohungen in den medialen Fokus (Juhász 1995: 1; Rattinger/Holst 1998: 157). Insgesamt musste der *Cold War Consensus* (Mandelbaum/Schneider 1979: 34) sowohl in Deutschland als auch in den USA zugunsten einer diffuseren Bedrohungsvorstellung weichen. Wie diesen vielschichtigen Bedrohungen zu begegnen ist, bleibt auf beiden Seiten des Atlantiks allerdings umstritten (zum Beispiel beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus: Longhurst 2004: 77-97; Szabo 2004: 82-85;

³ Je nachdem ob der Gegenüber als „Freund“ oder „Feind“ wahrgenommen wird, werden militärische Fähigkeiten unterschiedlich interpretiert und bewertet: „Feindbilder und Bedrohungswahrnehmungen schaffen sich ihre eigene ‚Realität‘“ (Frei 1987: 98).

⁴ Dennoch bleibt ihre Wichtigkeit unbestritten: Nur sie haben das Recht Krieg formal zu erklären, zu führen und zu beenden (Rattinger/Holst 1998: 158).

Tocci/Alcaro 2014: 371; bei der Lösung der Wirtschafts- und Finanzkrise: Krell 2003: 14-22; Hamilton 2010: 21f.; bei der Bekämpfung des Klimawandels: Krell 2003: 8; Holsti 2007: 249f.; Tocci/Alcaro 2014: 378): „One of the biggest transatlantic disagreements since the end of the Cold War has been over which ‘new’ threats merit the most attention“ (Kagan 2002: 29-30).

Die strategische Verbindung während des Kalten Krieges durch den gemeinsamen Feind UdSSR wird nun durch diese diffusen Gefahren erschüttert (Isernia/Everts 2004: 234; Szabo 2007: 358). Es „mangelt“ an einer dominanten Bedrohung aufgrund der „fehlenden organisierenden Kraft eines starken Freund-Feind-Schemas“ (Juhász 1995: 2). Aktuelle weltpolitische Ereignisse können so die Perzeption internationaler Bedrohungen maßgeblich beeinflussen. Sie können dann zu prägender Kraft gelangen, wenn die Ereignisse über einen längeren Zeitraum hinweg immer wieder in den Schlagzeilen der Massenmedien auftauchen (Juhász 1995: 2). Ein solches Ereignis sind sicherlich die Terroranschläge vom 11. September 2001 und ihr nachhaltiger Einfluss auf die Außen- und Sicherheitspolitik: „Although the growing economic power of China, the expansion of the North Atlantic Treaty Organization (NATO) and the European Union (EU), nuclear proliferation, unprecedented trade deficits, and compelling evidence of global warming are high on the agenda of important international developments, for many Americans the 9/11 attacks and the wars against Afghanistan and Iraq have been the dominant issues“ (Holsti 2006: 141f.).

Herfried Münkler (2002) prägte unter anderem für den Sachverhalt des internationalen Terrorismus‘ den Begriff der „neuen Kriege“. Kennzeichen ist hier explizit eine asymmetrische Kampfweise unter Einbeziehung der Zivilbevölkerung (Münkler 2002: 54f.). Während konventionelle Kriege festgeschriebenen Regeln des Kriegsvölkerrechts unterliegen, also beispielsweise mit einer Kriegserklärung beginnen und durch den Friedensschluss beendet werden, ist bei Terrorismus mindestens eine Partei kein Staat im völkerrechtlichen Sinn. Dabei wandelte sich der Charakter im Zeitverlauf von den 1960er Jahren bis zu den Anschlägen 2001 grundlegend: Mit der Internationalisierung und der fanatisch religiösen Motivation muss der Terrorismus nicht länger als Instrument bei Partisanenkriegen, sondern nun als eigentliche politisch-militärische Strategie angesehen werden (Münkler 2002: 53, 187). Die Terroristen setzen heute weniger auf die *physischen* als vielmehr auf die *psychischen* Folgen (Münkler 2002: 177). Diese wachsen mit steigender medialer Aufmerksamkeit (Münkler 2002: 189, 196ff.): „Nunmehr galt die Regel: Je größer der Schaden, je höher die Anzahl der Opfer, desto größer die erzielte Aufmerksamkeit und desto nachhaltiger der Erfolg eines Terroranschlags“

(Münkler 2002: 187). So hat der Terrorismus Auswirkungen auf eine große Gruppe von Menschen, die weit über die tatsächlichen Opfer hinausgehen. Terrorismus kann somit als psychologische Kriegsführung verstanden werden (Friedland/Merari 1985: 592).

Die vorliegende Arbeit beschränkt sich nicht, wie in der bisherigen Forschungstradition üblich, allein auf mögliche Gefahren durch internationalen Terrorismus, sondern erweitert den Blick um die Perzeption von Bedrohungen durch islamischen Fundamentalismus und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen.⁵ Damit trägt diese Arbeit dem mehrdimensionalen Charakter des Untersuchungsgegenstandes Rechnung. In den Ländern der westlichen Hemisphäre sind Terroranschläge spätestens seit dem 11. September 2001 untrennbar mit radikalisiertem Islamismus verbunden. Die Religion dient als Rechtfertigung für eine Vielzahl von Attentaten gegen „Ungläubige“ auf der ganzen Welt. Gleichzeitig besteht die Gefahr durch die weltweite Verbreitung chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Massenvernichtungswaffen, kurz: CBRN-Waffen (BKK 2015), auch im 21. Jahrhundert weiter fort.⁶ Tatsächlich wächst die Sorge, Terroristen könnten sich jene Waffen aneignen und so ihre materiellen Ressourcen erheblich ausweiten. Ob diese Befürchtungen zutreffen, bleibt abzuwarten. Zumindest bislang griffen die Attentäter jeweils auf kleinere Sprengsätze oder auf die örtliche Infrastruktur zurück (Mueller 2006). Die Versendung von mit Anthrax infizierten Briefen ließ sich wohl auf einen Einzeltäter ohne Bezug zu internationalen Terrororganisationen zurückführen (CNN 2010).

Dagegen scheint die nukleare Bedrohung durch Länder, die bereits Atomwaffen besitzen, diese erwerben oder entwickeln wollen, nach wie vor ungebrochen. Aus amerikanischer Sicht verschiebt sich der Fokus (zumindest) zu Beginn des 21. Jahrhunderts von Russland hin zur „Achse des Bösen“: Während Nordkorea vermutlich bereits über Nuklearwaffen verfügt (SIPRI 2013), hat der Iran sein (vermeintlich ziviles) Atomprogramm intensiviert. Daher werden seit 2002 auf internationaler Ebene diplomatische Anstrengungen⁷ unternommen, den Iran von der Anreicherung von Uran zu militärischen Zwecken abzuhalten (Erästö 2011). Zwar konnten im Irak bisher keine Massenvernichtungswaffen gefunden werden, was im Umkehr-

⁵ Im Folgenden werden diese drei Typen gemeinsam als „terroristische Bedrohungen“ bezeichnet, wenn nicht explizit auf „internationalen Terrorismus“ als Einzelgefahr verwiesen ist.

⁶ Im Gegensatz zur Begriffsbezeichnung „neue Kriege“ wurde die nukleare Bedrohung keineswegs in den letzten Jahren durch religiös motivierten internationalen Terrorismus abgelöst.

⁷ Diese fanden ihren jüngsten Höhepunkt in im September 2015 in Wien ausgehandelten *Joint Comprehensive Plan of Action* (Auswärtiges Amt 2015). Im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit (2002-2008) war eine diplomatische Lösung mit dem Iran allerdings nicht absehbar und kann folglich nicht zur Erklärung der Einstellungsbildung herangezogen werden.

schluss jedoch nicht bedeutet, dass vom Irak keine Gefahr für die internationale Staatengemeinschaft ausgeht (Chittick 2006: 2).

Die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen, wie in der vorliegenden Arbeit verstanden (siehe dazu auch die theoretische Fundierung in 2.2.1.), soll in zweifacher Hinsicht von verwandten Konzepten in der bestehenden Literatur abgegrenzt werden. Erstens sind *Wahrnehmungen* und nicht *Emotionen* Gegenstand der Untersuchungen. „Perceptions are one’s awareness and understanding of an event, actor, situation, or process. Such understanding may be heavily influenced by experience and historical considerations, cultural or socio-economic backgrounds, personality traits of policy-makers, ideologies, propaganda, bureaucratic politics, and a host of irrational factors” (Mroz 1980: 27). Bedrohungswahrnehmungen weisen neben einer affektiven Komponente, die mit dem Aggressor in Verbindung gebracht wird, eine klar kognitive Komponente bestehend aus der objektiven Kalkulation über das Risiko auf (Gadarian 2008: 58). “Emotion is a large set of differentiated, biologically-based complex[es] that are constituted, at the very least, by mutually transformative interactions among biological systems (e.g., cognition, physiology, psychology) and physical and sociocultural ones” (Stein 2013: 379).⁸ Bei der Frage nach der Kausalität von Wahrnehmungen und Emotionen scheint ein Henne-Ei-Problem vorzuliegen (McDermott 2004: 692). Einerseits sind Emotionen den Wahrnehmungen (und hier insbesondere der kognitiven Komponente) kausal vorgelegt, weil sie schneller und teils unbewusst entstehen: Wir fühlen bevor wir denken (Stein 2013: 378-381). Andererseits können wahrgenommene Bedrohungen aber auch negative Emotionen, wie Angst und Wut, hervorrufen. Angst führt wiederum zu Unsicherheit und Risikoaversion, während Wut Sicherheit und Risikoakzeptanz erhöht (Lerner et al. 2003: 144; Huddy/Feldman 2011: 458; Stein 2013: 384). Für spezifische außen- und sicherheitspolitische Einstellungen würden sich folglich zwei verschiedene Wirkmechanismen ergeben. Emotionsbedingte Einstellungsunterschiede können in der empirischen Auswertung der vorliegenden Arbeit aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit allerdings keine gesonderte Berücksichtigung finden.

Zweitens sollen die Konzepte *Bedrohung* und *Sicherheit* voneinander getrennt werden (ausführlich in Holst 1998). Dabei ist entscheidend, das Fehlen von Bedrohungswahrnehmungen nicht mit subjektiver Sicherheit gleichzusetzen oder von der Ausprägung der Gefahrenperzeption direkt auf das individuelle Sicherheitsgefühl zu folgern (Holst 1998: 257). So besteht auf theoretischer Ebene sehr wohl die Möglichkeit, eine existentielle Bedrohung wahr-

⁸ Stein (2013: 379) bedient sich für die Definition von „Emotion“ nach eigenen Angaben bei McDermott (2004: 692). Diese kann an der angegebenen Stelle allerdings nicht gefunden werden.

zunehmen, sich aber dennoch sicher zu fühlen. Diese Lesart betonen Anhänger der sogenannten *Attachment-Theorie* (für einen Überblick siehe Mikulincer/Shaver 2003). Demnach ist das subjektive Sicherheitsgefühl eine langfristige Disposition, die in der Sozialisation ausgebildet wird und den Menschen hilft, auf stressschaffende Ereignisse, wie etwa Bedrohungen, besser zu reagieren (Huddy et al. 2007b: 135). Zudem kann das Sicherheitsgefühl den Einfluss der Bedrohungsperzeption auf spezifische außen- und sicherheitspolitische Einstellungen wohl moderieren: Bei Unsicherheit wird der Effekt der Gefahreinschätzung auf die Zustimmung zu aggressiven Policies verstärkt, bei Sicherheit dagegen abgeschwächt (Huddy et al. 2007b: 148).

1.2. Ziele und Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit untersucht Determinanten und Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in den USA und in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Es stehen zwei zentrale Fragen im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses:

1. Wer nimmt terroristische Bedrohungen wahr?
2. Kann die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen Bevölkerungseinstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik beeinflussen?

Diese Zweiteilung strukturiert die vorliegende Arbeit. Dabei wird die Perzeption terroristischer Bedrohungen im Zentrum eines hierarchisch strukturierten themenspezifischen Einstellungssystems der Bürger verankert. In einem ersten Schritt wird der Frage nachgegangen, welche Faktoren eine erhöhte Gefahreinschätzung insgesamt begünstigen. Es wird angenommen, dass die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in der Bevölkerung nicht zufällig verteilt ist, sondern bestimmten Mustern folgt. Zum einen werden hier die Lebensumstände, Sozialisation und persönlichen Charakteristika zugrunde gelegt. So sollten Personen mit entsprechenden sicherheitsbedürftigen Werthaltungen und Interessen terroristische Bedrohungen in stärkerem Maße wahrnehmen als etwa Personen mit einer insgesamt offeneren Lebenseinstellung und gesicherten Lebensverhältnissen. Zum anderen sollten politische Prädispositionen entscheidende Prägekraft für die Wahrnehmung der internationalen Umwelt aufweisen. Die Sorge einer möglichen Gefährdung des Status Quo⁴ erscheint bei Personen mit konservativen Orientierungen als wahrscheinlicher. Zudem sollten parteipolitische Differenzen ihren Niederschlag auf der Bevölkerungsebene finden. Es wird angenommen, dass Anhänger der Republikaner den von Präsident George W. Bush ausgerufenen *War on Terror* folgen und terroristische Bedrohungen in stärkerem Maße wahrnehmen als Anhänger der Demokraten und

ungebundene Amerikaner. In Deutschland dürfte die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen und die Frage, wie ihnen zu begegnen ist, weit weniger parteipolitisch aufgeladen sein. Zum einen sollten Anhänger der bürgerlichen Parteien in höherem Maße jene Wertvorstellungen verinnerlicht haben, die zu einer erhöhten Gefahreinschätzung führen. Zum anderen zeigen sich Anhänger von CDU und CSU traditionell stärker mit den USA verbunden. Dieses Solidaritätsgefühl sollte ebenfalls die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen sowie die Zustimmung zum Krieg gegen den internationalen Terrorismus insgesamt erhöhen.

Im zweiten Schritt werden die Konsequenzen erhöhter Gefahreinschätzung für die Unterstützung sicherheitsrelevanter Policies untersucht. Personen mit erhöhter Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen sollten jene Vorhaben in stärkerem Maße unterstützen, die zur Beseitigung oder wenigstens zur Abschwächung der vermeintlichen Bedrohung führen. Zum einen sollten bereichsspezifische Grundorientierungen wie Internationalismus, Multilateralismus und Militarismus aktiviert werden. Es erscheint plausibel, dass ein aktives Vorgehen gemeinsam mit den Verbündeten und – zumindest als ultima ratio – der Einsatz militärischer Gewalt als zielführende Strategien angesehen werden, um die wahrgenommene internationale Gefahr abzuwenden. Zum anderen wird unterstellt, dass konkrete aggressive Maßnahmen insbesondere von Personen mit erhöhter Bedrohungswahrnehmung befürwortet werden. In der vorliegenden Arbeit werden für diese These vier spezifische Themenbereiche untersucht: Die Zustimmung zur Einschränkung von Freiheitsrechten der Bürger im Inland, die Erhöhung sicherheitsrelevanter Staatsausgaben, militärische und nicht-militärische Aktionen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, konkrete Einsätze in Afghanistan, im Irak und gegen den Iran. Die systematische Untersuchung verschiedener Policies, die allesamt unter dem Schlagwort „Krieg gegen den internationalen Terrorismus“ zusammengefasst werden können, soll tiefgehende Erkenntnisse über die Wirkungsweise von Bedrohungswahrnehmungen auf außen- und sicherheitspolitische Einstellungen auf Bevölkerungsebene ermöglichen. Darüber hinaus werden in der vorliegenden Arbeit humanitäre Maßnahmen, wie etwa die Bereitstellung wirtschaftlicher Hilfen für andere Nationen oder die Unterstützung bei der Ausbildung von Militär und Polizei zur Stabilisierung eines Landes, vergleichend zu den militärischen Aktionen analysiert. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Wirkung wahrgenommener Bedrohungen über militärische Anwendungsmöglichkeiten hinaus geleistet. Schließlich ist der Einsatz militärischer Gewalt nicht die einzige denkbare Strategie zur Konfliktlösung. Humanitäre Maßnahmen könnten insbesondere für die deutsche Bevölkerung aufgrund ihrer Geschichte und der strategischen Ausrichtung des Landes in der Außenpolitik nach 1990 ein durchaus akzeptables Instrument im Kampf gegen den internationalen Terrorismus darstellen.

Die empirischen Analysen beschränken sich in dieser Arbeit auf Bevölkerungseinstellungen in den USA und in Deutschland von 2002 bis 2008. Dabei wird der Komparativität der Länder der Vorzug vor einer längeren Zeitreihe gegeben.⁹ Der Vergleich zwischen zwei Ländern mit (USA) und ohne (Deutschland) erfolgreichem Terroranschlag auf dem eigenen Staatsgebiet ist ein zentrales Anliegen dieser Arbeit. Es wird angenommen, dass psychologische Effekte eines großen (nationalen) Traumas nicht auf diejenigen Personen beschränkt sind, die es persönlich erlebt haben (Silver et al. 2002: 1235). Vielmehr dürften die Terroranschläge in den USA und Europa sowie ihre massenmediale Vermittlung die Bürger auf beiden Seiten des Atlantiks verunsichern und ihre Einstellungen zu sicherheitsrelevanten innen- und außenpolitischen Themen entscheidend prägen. Trifft dies tatsächlich zu, sollten sich sowohl in den USA als auch in Deutschland ähnliche Strukturen hinsichtlich der Determinanten und Konsequenzen wahrgenommener terroristischer Gefahren in den Jahren nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zeigen. Allerdings ist die Erfahrung eines Terroranschlags nicht der einzige hier relevante Unterschied zwischen den beiden Ländern, der sowohl bei der theoretischen Herleitung des Überzeugungssystems als auch bei der Ergebnisinterpretation Beachtung finden sollte. Im Folgenden werden mögliche einflussreiche Kontextmerkmale hierzu näher ausgeführt.

Zwar sind sowohl die USA als auch Deutschland hoch entwickelte Industriestaaten mit Zugang zu Bildung und unzensierten Informationen sowie außenpolitisch in einem gemeinsamen Bündnissystem mit ähnlichen Zielen und Verpflichtungen verankert, sie differieren jedoch erheblich in ihrer geopolitischen Rolle in der Welt, ihren historischen Erfahrungen und ihrem politischem und medialem System (Juhász 1996: 100f.; Isernia et al. 2002: 203ff.). All diese Faktoren sollten die Einstellungsbildung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik erheblich beeinflussen. Zunächst sind die USA geographisch ein deutlich größeres Land mit höheren Ressourcenvorkommen und folglich unabhängiger von anderen Staaten als Deutschland (Juhász 1996: 100). Sie gingen aus dem Zweitem Weltkrieg als internationale Supermacht hervor und verdeutlichen diese Führungsrolle seither durch wiederholt aktives internationales Engagement. Deutschland versteht sich dagegen primär als regionale, wirtschaftliche Macht (Isernia et al. 2002: 204). Erst mit der Wiedervereinigung 1989/1990 erlangte die Bundesrepublik wieder volle Souveränität in der Außenpolitik. Während die politischen Ziele weitest-

⁹ Immerhin wird durch diese Restriktion im Untersuchungszeitraum der innen- und außenpolitische Kontext – zumindest für die USA und folglich auch die Referenz für Deutschland – weitestgehend vergleichbar gehalten. So sind die Jahre von 2002 bis 2008 durch die Präsidentschaft von George W. Bush und dessen scheinbar un-nachgiebigen Kampf gegen den internationalen Terrorismus geprägt (Chittick 2006: 175ff.).

gehend konstant blieben, erweiterten sich die Instrumente der deutschen Außenpolitik um (multilateral geführte) militärische Einsätze im Ausland. Vorläufiger Höhepunkt ist hier sicherlich der Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan (Baumann/Hellmann 2001: 66; Risse 2004: 28; Schoen 2010: 396; Gareis 2011: 156-161). Deutsche *Out-of-Area*-Einsätze der Bundeswehr umfassen heute sowohl friedenserhaltende als auch friedensschaffende Maßnahmen im Rahmen der NATO und der Vereinten Nationen (Rattinger 2007: 317).

Trotz der schrittweisen Transformation der Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ (Bundeswehr 2015) sind die Unterschiede in der politischen Kultur zwischen den USA und Deutschland, insbesondere beim Einsatz militärischer Gewalt, offenkundig. Während sich die Amerikaner gerne als „Verfechter des Friedens und der Freiheit in der Welt“ und als „überlegenen moralischen und militärischen Sieger bei zahlreichen außenpolitischen Auseinandersetzungen“ (Juhász 1996: 100) sehen, erschwert das historische Erbe der Deutschen die Unterstützung für internationales Engagement, insbesondere mit militärischen Mitteln (Juhász 1996: 101). So weisen die Amerikaner insgesamt ein positives Gefühl zur Machtpolitik ihres Landes auf (Wittkopf 1990; Page/Shapiro 1992; Holsti/Rosenau 1996; Holsti 2004; Eichenberg 2005; Berinsky 2009; Everts/Isernia 2015). Die Mehrheit der Deutschen spricht sich dagegen für Multilateralismus und Antimilitarismus als Maxime der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik aus. Das zeigt sich sowohl auf Bevölkerungs- (Juhász 1996; Rattinger/Holst 1998; Juhász 2001; Bulmahn et al. 2008; Biehl et al. 2011) als auch auf Elitenebene (Gimesi et al. 2007). Nach Mader und Schoen (2013: 6) werden Militäreinsätze nach diesen Grundhaltungen beurteilt und weniger nach situationsspezifischen Faktoren. Welchen Einfluss der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen dabei zukommt, ist ein Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit.

Neben Unterschieden in der Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik divergieren die USA und Deutschland in ihrem jeweiligen politischen System sowie in der Strukturierung der Massenmedien. Während die USA durch ein präsidentielles System mit zwei Mehrheitsparteien charakterisiert wird, verfügt Deutschland über ein parlamentarisches System mit einer pluralistischen Parteienlandschaft. Die verschiedenen politischen Parteien sollten die Orientierungen der Bürger in Deutschland in stärkerem Maße strukturieren können (Isernia et al. 2002: 204). Die parteipolitische Polarisierung der öffentlichen Meinung wird beim vorliegenden Forschungsgegenstand allerdings abgemildert, wenn SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien Auslandseinsätze der Bundeswehr beschließen (Rattinger 2007: 321), wie etwa bei der Beteiligung deutscher Streitkräfte an der ISAF-

Mission in Afghanistan. In den USA ist der Präsident Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er kann so maßgeblich auf die Einstellungsbildung der Amerikaner einwirken (Juhász 1996: 101). Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 rief George W. Bush den *War on Terror* als oberste Prämisse der amerikanischen Außenpolitik aus. Er nutzte die Attentate immer wieder als Referenz, wenn er um Unterstützung für Militäreinsätze in Übersee warb (Gadarian 2008: 6).

Zudem können Unterschiede im Mediensystem beider Länder die hier aufgestellten leitenden Forschungsfragen beeinflussen. So liefern die Massenmedien ganz allgemein Informationen, im Besonderen aber ebenfalls Interpretationen, zu internationalen Ereignissen. Die Medien in den USA sind im Vergleich stärker marktorientiert als in Europa (Isernia et al. 2002: 204). Das lässt eine stärkere Fokussierung auf Nachrichtenwertfaktoren (Schenk 2007: 444), beispielsweise die Verknüpfung der Inhalte mit Emotionen und nationalen Symbolen, vermuten. Personen überschätzen zumeist Risiken bei Ereignissen, über die häufig und besonders lebhaft in den Nachrichten berichtet werden (Huddy et al. 2002: 487; Gadarian 2010: 481). Ereignisse, die negative Gefühle auslösen, können darüber hinaus zu einer höheren Risikowahrnehmung führen, weil sie prominenter im Gedächtnis der Menschen bleiben (Huddy et al. 2002: 487f.). Zudem bietet die nicht abreißende Medienberichterstattung über internationalen Terrorismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein Einfallstor für zielgerichtete Kommunikation der Eliten (Rattinger 2007: 321; Gadarian 2008: 5f.) mit großer Reichweite in der Bevölkerung.

Alles in allem weisen die strukturellen Unterschiede zwischen den USA und Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts in *eine* Richtung: Die Amerikaner sollten sowohl über eine höhere terroristische Gefahrenperzeption verfügen als auch militärische Maßnahmen zur Terrorbekämpfung in stärkerem Maße befürworten als die Deutschen. Dafür sprechen die traumatische Erfahrung der Terroranschläge im eigenen Land, ihr Führungsanspruch in der Welt, ihre auf Internationalismus und Militarismus begründete außenpolitische Kultur, die innenpolitische Autorität des amerikanischen Präsidenten in Fragen der nationalen Sicherheit sowie die emotionale, marktorientierte Berichterstattung in den Massenmedien. All diese Faktoren begünstigen die Zustimmung zu einem aggressiven Vorgehen gegen vermeintliche Terroristen. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es daher zu prüfen:

3. Finden sich die für die USA gefundenen Wirkmechanismen der Determinanten und Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auch in Deutschland?

Zeigen sich die gleichen Erklärungsmuster auf beiden Seiten des Atlantiks, könnte die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen – insbesondere in einem Land ohne direkte Erfahrung eines Terroranschlags – stärkeren Einfluss auf die Einstellungsbildung in Deutschland besitzen als bisher angenommen. Trotz unterschiedlicher Ausgangslage in beiden Ländern könnten die Attentate vom 11. September 2001 in New York City und Washington, D.C. eine ungeahnte Bündnissolidarität im Kampf gegen den internationalen Terrorismus in der deutschen Bevölkerung ausgelöst haben. Zudem könnte der medial vermittelte Bedrohungsdiskurs in der Bundesrepublik insgesamt zu einer Erhöhung der Gefahreinschätzung beitragen. Neben konkreten Anschlagversuchen im Land können Deutsche schließlich auch im Ausland Opfer von Terroranschlägen werden: Auf Djerba starben im April 2002 14 Deutsche, im Oktober des gleichen Jahres sechs Deutsche auf Bali durch terroristische Gewalt. Zu beiden Anschlägen bekannte sich die radikal islamistische Terrororganisation al-Qaida (START 2013). Die weltweite Bekämpfung internationaler Terroristen ist folglich im Interesse der deutschen Bevölkerung. Es bleibt allerdings zu klären, inwieweit tatsächlich solche Maßnahmen befürwortet werden, die bisher nicht selbstverständlich zum außenpolitischen Repertoire der Bundesrepublik zählten.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in fünf Kapitel zur Untersuchung der aufgeworfenen Forschungsfragen. In Kapitel 1 wurde bereits der kontextuelle Rahmen in den USA und in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts aufgezeigt. Diese Einordnung ist entscheidend, um die Einstellungsbildung auf Bevölkerungsebene im Untersuchungszeitraum zu verstehen. Schließlich treffen die Bürger ihre Policy-Präferenzen nicht in Isolation von realweltlichen Gegebenheiten. Darüber hinaus wurde die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen als Forschungsgegenstand (1.1.) herausgearbeitet: Von der anfänglich militärischen Bedrohung durch andere Staaten rückten zunehmend diffusere Gefahren ökonomischer und ökologischer Natur ohne eindeutigen Verursacher ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Daneben erweiterten international agierende, religiös motivierte Terroristen im Laufe der Jahre ihr Repertoire in erheblichem Umfang: Das einstige Instrument im Partisanenkrieg wird heute medial inszeniert und als Mittel der psychologischen Kriegsführung weltweit strategisch eingesetzt. Die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen wird in dieser Arbeit als Trias aus Gefahren durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen verstanden. Sie wurde – so weit möglich – von Forschungsarbeiten zu Emotionen wie Angst und Wut sowie dem subjektiven Sicherheitsgefühl abgegrenzt. Schließlich folgte die Erläuterung des Untersuchungsinteresses und das Hervorheben struktureller

Unterschiede im politischen System und in der politischen Kultur der beiden Untersuchungsländer (1.2.).

In Kapitel 2 wird ein allgemeines Modell zur Erklärung der Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen und deren Konsequenzen für außen- und sicherheitspolitische Orientierungen konzeptualisiert. In einem ersten Schritt erfolgt die theoretische Verortung der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen im außen- und sicherheitspolitischen Überzeugungssystem der Bürger (2.2.). Zum analytischen Verständnis wird eine Definition von Singer (1958) zugrunde gelegt, erweitert um die Unterscheidung zwischen verschiedenen Dimensionen und Objekten internationaler Bedrohungswahrnehmungen (2.2.1.). Ausgangspunkt für die Herleitung des außen- und sicherheitspolitischen Überzeugungssystems ist die Frage nach der Strukturierung von Bevölkerungseinstellungen in diesem Themenbereich (2.2.2.). Die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen wird dabei prominent im Zentrum einer fünfstufigen Einstellungshierarchie verortet. Als Determinanten (2.3.) werden sozialstrukturelle Merkmale (2.3.1.) sowie Gruppenbindung und politische Prädispositionen (2.3.2.) zunächst theoretisch hergeleitet, um abschließend zielführende Hypothesen (2.3.3.) für die Frage abzuleiten, welche Personen terroristische Bedrohungen in höherem Maße wahrnehmen (sollten). Als Konsequenzen einer erhöhten Gefahreinschätzung (2.4.) werden Annahmen in Hinblick auf die bereichsspezifischen Grundorientierungen (2.4.1.) und die spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen (2.4.2.) entsprechend des theoretischen Modells formuliert (2.4.3.).

Kapitel 3 widmet sich der Vorstellung des Untersuchungsdesigns (3.2.), der Datenbasis (3.3.) sowie einer ausführlichen Beschreibung der Operationalisierung der im Modell enthaltenen Indikatoren (3.4.). Um der theoretisch herausgearbeiteten Hierarchie außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen gerecht zu werden, erfolgt die empirische Überprüfung in Kapitel 4 mittels Strukturgleichungsmodellen. Dabei wird auf die komparativen Daten der *Transatlantic Trends*-Studie von 2002 bis 2008 zurückgegriffen. Trotz vorliegender Zeitreihe divergieren die zur Schätzung herangezogenen Indikatoren allerdings über die Zeit oder sind nur für ausgesuchte Jahre verfügbar. Diese Einschränkungen werden ausführlich zum einen in 3.4. besprochen, zum anderen bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt.

Kapitel 4 beginnt mit der Deskription der Wahrnehmung internationaler Bedrohungen durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und der Proliferation von CBRN-Waffen im Untersuchungszeitraum (4.2.). Im Folgenden wird entsprechend den theoretischen Annahmen den Fragen nachgegangen, welche Faktoren die Gefahrenperzeption in den USA

und in Deutschland erhöhen (4.3., Forschungsfrage 1) und welchen Einfluss die Bedrohungswahrnehmung auf die Einstellungsbildung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik in beiden Ländern ausübt (4.4., Forschungsfrage 2). Neben direkten Effekten stehen hier ebenfalls Mediationsanalysen im Fokus der empirischen Untersuchungen. So können zum einen die persönlichen Charakteristika über Gruppenbindungen und politische Prädispositionen vermittelt werden, wenn sie sich beispielsweise aus denselben Sozialisationserfahrungen und Wertorientierungen speisen. Zum anderen könnte die Bedrohungswahrnehmung zusätzlich an Relevanz gewinnen, wenn sie die spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen nicht nur direkt, sondern zusätzlich indirekt über die bereichsspezifischen Grundhaltungen beeinflusst. Im Gegensatz zu einem Großteil der bisherigen Literatur im vorliegenden Forschungsbereich liefern die hier durchgeführten empirischen Untersuchungen folglich einen zusätzlichen Erkenntnisgewinn über die Strukturierung innerhalb des postulierten Überzeugungssystems. Schließlich widmet sich Kapitel 4 der Frage, inwieweit die für die USA gefundenen Muster wahrgenommener terroristischer Bedrohungen auf Deutschland übertragbar sind (Forschungsfrage 3).

Die Arbeit endet mit einer Schlussbetrachtung in Kapitel 5. Hier werden die Ergebnisse entsprechend der aufgeworfenen Forschungsfragen strukturiert zusammengefasst und diskutiert. Anschließend werden Implikationen der Befunde herausgearbeitet, Einschränkungen deutlich gemacht und Empfehlungen für zukünftige Forschungsarbeiten ausgesprochen.

2. Konzeptualisierung eines allgemeinen Modells zu Determinanten und Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen

2.1. Vorbemerkung

Forschungsarbeiten zur Perzeption internationaler Bedrohungen auf Bevölkerungsebene begleiten die empirische Sozialforschung seit jeher, lediglich der Fokus verschiebt sich bisweilen je nach vermeintlicher Aktualität der verschiedenen Bedrohungsdimensionen. Während zur Zeit des Kalten Krieges schwerpunktmäßig die Gefahren durch Nuklearwaffen und dem (sowjetischen) Kommunismus auf der politischen Agenda standen, ist nach den Terroranschlägen in New York City und Washington, D.C. am 11. September 2001 ein massiver Anstieg von Untersuchungen zur Wahrnehmung von Bedrohungen durch internationalen Terrorismus und deren Konsequenzen für die Zustimmung zu spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Policies zu verzeichnen (Nacos et al. 2007: 110).¹⁰ Der Großteil der Studien bezieht sich dabei auf Ergebnisse aus den USA. Inwieweit sich die Befunde auf andere Länder – im Besonderen ohne direkte Erfahrung von Terroranschlägen – übertragen lassen, bleibt weitestgehend ungeklärt. Ebenso fehlt es insgesamt an einem systematischen theoretischen Rahmen wie sich Bedrohungswahrnehmungen in ein Überzeugungssystem außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen einordnen lassen.

Daher wird in diesem Kapitel ein theoretisches Modell zur Erklärung von Determinanten und Konsequenzen perzipierter terroristischer Bedrohungen aufgestellt, welches in Kapitel 4 seine empirische Überprüfung findet. Zunächst wird die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen definiert und analytisch erschlossen. Anschließend steht die generelle Strukturierung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen als theoretischer Rahmen im Fokus. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Vorwurf der „Nicht-Einstellungen“ aufgrund des geringen Kenntnisstandes der Bevölkerung an sicherheitspolitischen Fragestellungen und der Verwendung von Heuristiken, um diese Lücke zu schließen. Ausgehend von den Arbeiten von Hurwitz und Peffley (1987, 1991; Peffley/Hurwitz 1985, 1993) wird die Idee eines hierarchisch strukturierten Überzeugungssystems sowie dessen Erweiterungen, insbesondere um Bedrohungswahrnehmungen und seine Übertragung aus dem amerikanischen Kontext auf Deutschland vorgestellt. Dieses allgemeine Modell wird mit Forschungserkenntnissen zu Determinan-

¹⁰ Eine lange Forschungstradition zu den Auswirkungen beständiger Bedrohung durch andere Staaten gibt es zudem in Israel (siehe beispielsweise Arian 1989; Bar-Tal et al. 1995; Raviv et al. 2000; Bar-Tal/Labin 2001; Gordon/Arian 2001).

ten und Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen angereichert, um schließlich zielgerichtete Hypothesen abzuleiten.

Die Konzeptualisierung des theoretischen Modells erfolgt in zwei getrennten Schritten: Erstens sollen Determinanten einer erhöhten Bedrohungswahrnehmung identifiziert werden. Dabei wird unterstellt, dass nicht alle Personen terroristische Bedrohungen in gleicher Weise wahrnehmen. Zum einen spielen Kontexteinflüsse wie aktuelle weltpolitische Ereignisse und deren massenmediale Vermittlung eine herausragende Rolle. Zum anderen sollten persönliche Charakteristika, Sozialisationserfahrung und individuelle (politische) Prädispositionen die Perzeption internationaler Gefahren beeinflussen. Zweitens sollen mögliche Konsequenzen aus der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen beleuchtet werden. Hier werden sowohl die Aktivierung bereichsspezifischer Grundorientierungen als auch Einstellungsänderungen der Bürger zu ausgewählten sicherheitsrelevanten innen- und außenpolitischen Themen vorgestellt. Tatsächliche Reaktionen auf die Terroranschläge im individuellen Verhalten sowie Auswirkungen auf die Informationsverarbeitung¹¹ werden an dieser Stelle ausgeklammert, da sie nicht Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit sind.

Es wird angenommen, dass verschiedene Dimensionen von Bedrohung unterschiedliche Determinanten und Konsequenzen aufweisen (können). Daher wird in der Zusammenschau des Forschungsstandes lediglich auf jene Studien zurückgegriffen, die explizit militärische und terroristische Gefahren zum Forschungsgegenstand haben und zudem mit einer zu dieser Arbeit äquivalenten Definition der Bedrohungswahrnehmung arbeiten. Wenn immer möglich werden neben den Ergebnissen zu Bedrohungen durch internationalen Terrorismus, Resultate zu islamischen Fundamentalismus und CBRN-Waffen besprochen. Die Befunde werden um Bedrohungswahrnehmungen durch Kommunismus ergänzt, wenn keine anderen Studien vor 2001 vorliegen. Damit soll ein vollständigeres Bild des Forschungsstandes zu externen Gefahren einschätzungen ermöglicht werden. Zusätzlich werden mögliche Unterschiede von nationalen und persönlichen Bedrohungen herausgearbeitet.

Erschwert wird ein Vergleich der verschiedenen Studien durch Unterschiede in den Erhebungsländern und -jahren sowie in der Zusammensetzung der Stichprobe. Zum einen ist davon auszugehen, dass die geographische und zeitliche Entfernung zu einem Terroranschlag maßgeblich die (außen-)politischen Orientierungen der Bürger determinieren. Zum anderen verwenden einige Forschungsarbeiten regional begrenzte Studien oder Studentensamples im

¹¹ Siehe dazu beispielsweise Mathews/MacLeod (1986), Cacioppo/Gardner (1999), Lodge/Taber (2000), Marcus et al. (2000).

Vergleich etwa zu landesweit gezogenen Zufallsstichproben. Daher wird an entsprechender Stelle auf Besonderheiten der jeweiligen Erhebung verwiesen. Sobald Befunde aus einer Panel-Studie berichtet werden, beziehen sich die Ergebnisse auf die Werte der ersten Welle, um die Vergleichbarkeit zu den Querschnittstudien zu erleichtern. Bei signifikanten intraindividuellen Veränderungen werden diese ergänzend erwähnt. Eine Übersicht der verwendeten Studien zur Erläuterung des Forschungsstandes findet sich in Tabelle B1 im Anhang.

Darüber hinaus wird die Vergleichbarkeit der hier präsentierten Ergebnisse durch verschiedene Modellspezifikationen, insbesondere durch die Fülle einbezogener Indikatoren, in erheblichem Maße beeinträchtigt. Zudem ist nicht immer eindeutig festzustellen welche Kausalmechanismen in den vorliegenden Studien tatsächlich analysiert oder „herauskontrolliert“ werden. Das erschwert die Interpretation der rezipierten Untersuchungen. Bei der Zusammenstellung der empirischen Ergebnisse wird daher auf eine weitestgehend homogene Aufstellung der Schätzmodelle geachtet. Die größten Schwierigkeiten bereiten die Befunde zum Einfluss sozialstruktureller Merkmale auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen. Hier ist zumeist nur für die Ergebnisse aus der amerikanischen Literatur eine Kontrolle aus dem Bereich der politischen Prädispositionen (zumeist die Parteiidentifikation) in den Modellen enthalten. Die präsentierten Ergebnisse für die übrigen Länder, insbesondere für Deutschland, sind dagegen lediglich bivariaten Schätzungen entnommen und dürften folglich die Effekte der Soziodemographie überschätzen.

2.2. Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen im außen- und sicherheitspolitischen Einstellungssystem

2.2.1. Definition der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen

Bedrohungswahrnehmungen spielen eine zentrale Rolle in Theorien über Krieg, Abschreckung, Allianzen und Konfliktresolutionen (Stein 2013: 365). Dabei kann die Bedrohung verbal oder non-verbal, wie etwa das Abziehen eines Botschafters aus einem Land oder die Erhöhung der Gefechtsbereitschaft der Streitkräfte, ausfallen. Zum anderen kann allein ökonomische und militärische Macht als Bedrohung wahrgenommen werden, selbst wenn keine solche Absicht vorliegt (Stein 2013: 366). Aus realistischer Perspektive werden lediglich die Nationalstaaten als relevante Akteure in der Außenpolitik angesehen (Waltz 1979).¹² Folglich können nur sie eine ernsthafte Bedrohung für die eigene nationale Sicherheit darstellen. Jeder

¹² Dagegen betonen Vertreter des Liberalismus‘ gesellschaftliche Einflüsse innerhalb eines Staates, welche erheblichen Einfluss auf staatliches Handeln im internationalen System ausüben können (Moravcsik 1997).

internationale Konflikt sollte demnach unter dem Aspekt der gegenseitigen Wahrnehmung betrachtet werden: Das eigene Verhalten gegenüber anderen Staaten beruht auf bestimmten Annahmen wie etwa Ziele, Motive, Fähigkeiten und Absichten des Gegenübers (Frei 1987: 98). Erwartungen feindlicher Absichten des anderen führen zu einem eigenen feindseligen Verhalten. Eine wahrgenommene Bedrohung durch andere Staaten zieht ein bestimmtes Verhalten nach sich, wie etwa die Suche nach Bündnispartnern, das Eingehen von Handelsbeziehungen, die Mitgliedschaft in einem Regime oder die Erhöhung des nationalen Verteidigungsetats (Rousseau 2006: 3).

Konflikte entstehen aber nicht nur aufgrund von (Fehl-)Einschätzungen des Gegners, sondern ebenso durch tatsächliche Konflikte wie grundsätzliche Interessengegensätze oder unterschiedliche Wertstrukturen (Frei 1987: 98; Rousseau 2006: 3). Politische Kultur und Identitäten spielen eine entscheidende Rolle bei der Prägekraft von Feindbildern. In einem Land, in dem etwa Militarismus als Maxime der Außenpolitik und übersteigerter Nationalismus internalisiert sind, führt die politische Kultur eher zu Misstrauen gegenüber Außenstehenden (Stein 2013: 368). Ebenso kann das Brechen von allgemein gültigen Normen als Signal für eine mögliche Bedrohung wahrgenommen werden (Jervis 1985: 14; Stein 2013: 369).

Für die Perzeption internationaler Bedrohungen wird in dieser Arbeit die Definition von Singer (1958) zugrunde gelegt. Demnach können Bedrohungswahrnehmungen als das Produkt aus subjektiv eingeschätzter Fähigkeit und subjektiv eingeschätzter Absicht eines möglichen Aggressors verstanden werden (Singer 1958: 94). Wahrgenommene Bedrohungen sind auf einen konkreten Verursacher A zurückzuführen, der den Bedrohten B dahingehend versucht zu beeinflussen, dass dieser sein Verhalten aufgrund der unterstellten Fähigkeit und Absicht von A ändert (Baldwin 1971: 75). Bedrohungen sind solche Ereignisse, die noch nicht stattgefunden haben, aber antizipiert werden (Lazarus/Folkman 1984: 32). Damit können Bedrohungen also zum einen eine Strategie in den internationalen Beziehungen sein, zum anderen aber auch ein psychologisches Konzept, also die Interpretation einer Situation: „Although the anticipated harm could be some physical injury, the meaning of the term ‘harm’ is usually broadened to include damage to important goals and values“ (Lazarus 1968: 340).

Singer (1958: 94) verdeutlicht seine Definition anhand zweier Beispiele aus den internationalen Beziehungen: So verfüge Großbritannien Ende der 1950er Jahre durchaus über die militärischen Mittel, um den USA und der UdSSR erheblichen Schaden zuzufügen. Während in den USA aber keine solche Absicht unterstellt und somit keine Bedrohung durch das britische Militär wahrgenommen wird, ist die UdSSR in höchster Alarmbereitschaft. Großbritannien

wird hier aufgrund seiner unterstellten Intention als durchaus bedrohlich wahrgenommen. Im Gegensatz dazu führen die von Ägypten offensiv geäußerten Drohungen gegen die USA hier zu keiner Erhöhung der Gefahreinschätzung, da das arabische Land zwar eine klare Absicht äußert, vermutlich aber nicht über die militärischen Mittel und Fähigkeiten verfügt. Eine dritte Partei vermag folglich bei gleichem Setting keinerlei Bedrohung wahrzunehmen, weil sie andere Fähigkeiten und/oder Absichten annimmt (Mroz 1980: 32). „Dies führt letztlich zu einer Denkhaltung, in der etwas als ‚wahrscheinlich‘ angesehen wird, was bei objektiver Betrachtung nur ‚möglich‘ wäre“ (Holst 1998: 58).

Das grundlegende Dilemma gründet sich auf die unvollständige Informationslage. Beide Kernelemente der Definition sind mit Problemen behaftet. Erstens, ist die *Fähigkeit* schwierig zu beurteilen. Vielleicht ist die militärische Ausstattung des Aggressors relativ gesichert zu bestimmen, aber nicht die Moral, Motivation, Loyalität oder die tatsächliche Zusammensetzung der Führungsebene eines anderen Staates (Stein 2013: 371). Daneben ist auch die *Absicht* nicht immer klar erkennbar oder kann sich im Laufe der Zeit ändern (Stein 2013: 371). Zur Bewertung der Absicht könnte beispielsweise die externe Umwelt des Gegenübers, das Verhalten in der Vergangenheit, eine Analyse der Ziele sowie grundlegende (ideologische) Überzeugungen herangezogen werden (Jervis 1985: 14). Erschwert wird eine Abschätzung der Gefahrenlage zudem wenn der vermeintliche Aggressor nicht glaubwürdig versichern kann, dass keine Bedrohung von ihm ausgeht (Stein 2013: 366). „This logic sees war as a result of inaccurate threat perception which flows from deliberate misrepresentation and signals that are not credible“ (Stein 2013: 366). Baldwin (1971: 74) verweist zudem auf die Wichtigkeit, nicht nur B's Schätzung von A's Fähigkeiten und Absichten zu betrachten, sondern ebenfalls B's Schätzungen seiner *eigenen* Fähigkeiten und Absichten. Die Perzeption einer möglichen Bedrohung ist folglich immer eine „subjektive Bewertung der Situation“ (Schwenkmezger 1985: 10).

Bedrohungswahrnehmungen bestehen zum einen also aus der Kalkulation über das Risiko und enthalten somit eine deutliche kognitive Komponente (Pruitt 1965: 399; Knorr 1976: 84). Als Resultat dieses Abwägungsprozesses kann eine Handlungsweise gegen die wahrgenommene Bedrohung erfolgen, wie etwa die Erhöhung des Wehretats oder ein militärisches Eingreifen (Gefeller/Trudewind 1978: 312; Holst 1998: 59). Zum anderen spielen Affekte, die mit dem Verursacher in Verbindung gebracht werden (Jervis 1985: 18; Rousseau 2006: 4) sowie emotionale Reaktionen auf die Bedrohung selbst eine maßgebliche Rolle (Gadarian 2008: 58). Nach Schwartz et al. (2000: 311) ist eine Bedrohung folglich „an emotionally disturbing cog-

inition that a state of an object (micro or macro) in some domain of life (health, safety, etc.) will become (or become more, or remain) discrepant from its desired state”.

Bedrohungen können also nach *Dimension* und *Objekt* differenziert werden. Verschiedene Studien zeigen, dass sich internationale Bedrohungen in wenige Dimensionen strukturieren lassen. Nach Buzan (1991) gibt es militärische, politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Bedrohungen. Holst (1998: 274ff.) konnte aus 18 Einzel-Items sechs Faktoren für Westdeutschland und sieben Faktoren für Ostdeutschland extrahieren. Für die alten Bundesländer sind das Antikommunismus, Terrorismus, Spill-Over, Wirtschaft, Ökologie und Xenophobie (Holst 1998: 275); für die neuen Bundesländer Spill-Over, Kriminalität, Wirtschaft, Besatzung, globale Bedrohung, Ökologie und alte Bedrohungen (Holst 1998: 279). Fiebig (2009: 127) findet für 21 mögliche Bedrohungen in Deutschland drei zugrunde liegende Dimensionen, nämlich militärisch/terroristisch, sozio-ökonomisch und ökologisch. Wagner et al. (2015: 266) unterscheiden für Deutschland und die USA dagegen nur zwischen „harten“, also militärisch/terroristischen und „weichen“, also ökonomischen und ökologischen Bedrohungen. Everts/Isernia (2015: 69-78) identifizieren mit denselben Daten¹³ wie Wagner et al. (2015: 273-277) eine zwei-dimensionale, nahezu identische Struktur in der Wahrnehmung internationaler Bedrohungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts für die USA und Europa (hier: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande). Sie bezeichnen die beiden Dimensionen als *Realism Threat* (internationaler Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, islamischer Fundamentalismus, militärische Konflikte, Einwanderung) und *Global Threat* (globale Erwärmung, Wirtschaft, Globalisierung, Russland, China).

Beim Bedrohungsobjekt wird in der Literatur zwischen nationaler (oder kollektiver) und persönlicher (oder individueller) Bedrohung unterschieden. Nationale Bedrohung ist dabei eine Form von gruppenbezogener Bedrohung (Huddy/Feldman 2011: 457), das heißt die Sorge um die Gesellschaft, das eigene Land oder die Welt („macro worries“: Boehnke et al. 1998: 746; Asbrock/Fritsche 2013: 36). Persönliche Bedrohung ist dagegen das wahrgenommene Risiko für einen selbst oder nahestehende Menschen („micro worries“: Boehnke et al. 1998: 746; Huddy/Feldman 2011: 457). Dabei ist persönliche Bedrohung eine Funktion von nationaler Bedrohung: Nur, wenn ich eine nationale Bedrohung wahrnehme, kann ich mich ebenfalls persönlich bedroht fühlen (Huddy et al. 2002: 494). Das bedeutet aber nicht, dass Menschen mit höherer persönlicher Bedrohungswahrnehmung auch gleichzeitig eine Destabilisierung

¹³ Sowohl Wagner et al. (2015) als auch Everts/Isernia (2015) verwenden für ihre Analysen Daten aus der Studienreihe *Transatlantic Trends Survey*, die auch in dieser Arbeit für die empirischen Untersuchungen herangezogen werden.

des gesellschaftlichen Systems befürchten (Fritsche/Fischer 2009: 306). Es handelt sich theoretisch um zwei hinreichend verschiedene, aber korrelierende Konstrukte.

Studien aus den USA und Kanada zeigen, dass die zukünftige nationale Bedrohung durch internationalen Terrorismus höher eingeschätzt wird als die persönliche Bedrohung (Huddy et al. 2002: 494; Huddy et al. 2005: 596; Lemyre et al. 2006: 760). Die Perzeption von persönlicher Bedrohung erinnert an die eigene Sterblichkeit und erhöht das Gefühl von Unsicherheit und Angst vor körperlicher Versehrtheit (Huddy et al. 2002: 487; siehe dazu auch Studien zur *Terror Management Theory*: Greenberg et al. 1997; Pyszczynski et al. 2003). Persönliche Bedrohungen sind damit im Allgemeinen emotionaler aufgeladen als nationale Bedrohungen (Huddy et al. 2002: 489). Es ist zudem zu vermuten, dass nationale Bedrohungswahrnehmungen durchaus individuelle Einstellungen determinieren können. So lassen die Menschen bei politischen Entscheidungen persönliche Überlegungen beiseite, wenn es um das Wohl der Nation geht. Beispielsweise erfolgen Kandidaten- und Sachfragenbewertungen ebenfalls nach nationalen Gründen und nicht nach persönlicher Situation (Huddy et al. 2002: 488).

Hinsichtlich der Strukturierung finden sich empirisch in Deutschland und in den USA im Untersuchungszeitraum keine Unterschiede zwischen kollektiver und individueller Bedrohungswahrnehmungen (Wagner et al. 2015: 275f.). Inwieweit sich die beiden Objekte in ihren Determinanten und Konsequenzen unterscheiden, wird im Folgenden detailliert besprochen. Zunächst wird allerdings die generelle Strukturierung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen erörtert sowie die Positionierung der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen im entsprechenden Überzeugungssystem theoretisch hergeleitet.

2.2.2. Strukturierung von Einstellungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik

Die Strukturierung von Einstellungen ist eine zentrale Frage in der Forschungstradition zur öffentlichen Meinung¹⁴ im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Nur wenn die Bürger ihre Policy-Präferenzen kennen, können sie Einfluss auf die Gestaltung der Politik ihres Landes nehmen (Aldrich et al. 1989: 132). Gleichzeitig versuchen die politischen Entscheidungsträger durch Kommunikation die Bürger von ihren Standpunkten zu überzeugen (Pitkin 1967; Herzog 1989; Powell 2004; Schoen 2011). Dies scheint allerdings nur erfolgsversprechend wenn die Elitenrhetorik in der gewünschten Weise von den Bürgern rezipiert und verstanden wird. Frühe Arbeiten konzentrierten sich daher in besonderer Weise auf das Interesse und den Wissensstand in außen- und sicherheitspolitischen Fragen in der Bevölkerung.

¹⁴ Zur Begriffsdefinition von *öffentlicher Meinung* siehe Rattinger (2007: 313).

In Bezug auf die amerikanische Öffentlichkeit galt über Jahrzehnte der sogenannte *Almond-Lippmann Consensus* (Almond 1950; Lippmann 1955). Demnach sind die Bürger wenig an Außen- und Sicherheitspolitik interessiert und verfügen über geringes Wissen auf diesem Gebiet. Ihre in Umfragen geäußerten Angaben seien daher wenig aussagekräftig und sollten eher als „Nicht-Einstellungen“ (Converse 1970) gewertet werden. Im Gegensatz zu fundierten Einschätzungen trafen die Bürger ihr Urteil spontan. Sprunghafte Einstellungsänderungen würden diese Beobachtung stützen (Holsti 1992: 442). Es fehle insgesamt an Struktur und Kohärenz im Einstellungssystem (Holsti 1992: 442). Dabei steht neben dem reinen empirischen Befund die normative Frage im Raum, wieviel Einfluss der Bevölkerung in Fragen der außenpolitischen Gestaltung des Landes zukommen soll (Holsti 1992: 442; Page et al. 1992: 172). Anhänger des Almond-Lippmann-Konsens‘ vertraten die Position, die öffentliche Meinung sollte keinen Niederschlag in der Politikgestaltung des Landes finden: “To hell with public opinion. ... We should lead, and not follow“ (Cohen 1973: 62). So galt gerade die Außen- und Sicherheitspolitik lange Zeit als „letzte Bastion vordemokratischer ‚Kabinettpolitik““ (Rattinger 2007: 314). Die Gestaltung der Außenpolitik schien in erster Linie der Exekutive vorbehalten (Hellmann et al. 2007: 20; Schoen 2011: 34).

Jüngere Arbeiten relativieren dieses pessimistische Bild. Trotz vermeintlicher Defizite einzelner Bürger im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik verhalte sich die öffentliche Meinung im Aggregat durchaus rational (Mueller 1973; Shapiro/Page 1988; Page/Shapiro 1992). Einstellungen in diesem Politikbereich seien ziemlich stabil, Einstellungsänderungen nicht zufällig, sondern vernünftige und nachvollziehbare Reaktionen auf internationale Ereignisse: „[The] collective public opinion is rational, in the sense we have defined the term – real, stable, differentiated, consistent, coherent; reflective of basic value and beliefs; and responsive (in predictable and reasonable ways) to new information and changing circumstances“ (Page et al. 1992: 172). Eine wichtige Rolle kommt hierbei den Eliten und der massenmedialen Vermittlung ihrer Kommunikation zu. Nicht nur die Ereignisse selbst, sondern ebenso die Interpretation dieser durch politische Entscheidungsträger und Journalisten können Einstellungsänderungen in der Bevölkerung begünstigen (Page et al. 1992: 206). Nach Page und Shapiro sind Einstellungsänderungen der Bürger folglich „event driven“ (Holsti 1992: 446) und nicht „mood-driven“ (Holsti 1992: 442) wie Almond (1950) argumentierte. Die Ergebnisse aus der amerikanischen Forschung konnten auch auf Deutschland und andere europäische Länder übertragen werden (Isernia et al. 2002). Hier zeigten sich ebenfalls relativ stabile Einstellungsmuster über die Zeit. Abrupte Einstellungsänderungen werden zumeist in Zeiten in-

ternationaler Umbrüche gefunden, in denen die Bevölkerung nachvollziehbar auf das außenpolitische Geschehen reagiert (Isernia et al. 2002: 222).

Beide Vorgehensweisen – sowohl der Traditionalisten als auch der Revisionisten – sind mit methodischen Problemen behaftet, die die Validität der Befunde in Frage stellen (können). Einerseits misst Almond (1950) vielmehr die Salienz von außen- und sicherheitspolitischen Themen in der Öffentlichkeit statt tatsächlicher Einstellungsstabilität: „[F]luctuations in what Americans see as the ‘most important problem’ [...] do not necessarily tell us anything, one way or the other, about the stability or instability of policy preferences“ (Page/Shapiro 1992: 41). Andererseits heben Page und Shapiro (1992) ein auf der Individualebene verortetes Konzept auf die Aggregatebene. Dabei ist fraglich, ob sich individuelle Fehler im Aggregat gegenseitig neutralisieren (Althaus 2003: 39f.). Das „Wunder der Aggregation“ (Converse 1990: 383) könnte zudem ein hohes Ausmaß an individueller Fluktuation verschleiern (Rattinger 2007: 320). Aggregatstabilität ist mit zufälligen Antworten der Individuen also durchaus vereinbar. Beide Denkschulen können sich streng genommen gegenseitig nicht entkräften (Juhász 1996: 60).

Unbestritten bleibt der insgesamt geringe Wissensstand im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik (Converse 1964: 214; Delli Carpini/Keeter 1996; Holsti 2004: 323; Aldrich et al. 2006: 479). Die Bürger interessieren sich nicht in gleichem Maße für komplexe Fragen der Außenpolitik wie für innenpolitische Fragestellungen, weil sie diese persönlich als weniger wichtig (Converse 1964: 213; Rattinger 2007: 313) und zu weit weg von ihren Alltagserfahrungen empfinden (Aldrich et al. 1989: 123).¹⁵ Aber auch ohne viel Faktenwissen können die Bürger mit Hilfe einfacher Heuristiken die Komplexität reduzieren und sich so einen Reim auf die Außen- und Sicherheitspolitik machen (Hurwitz/Peffley 1987: 1103; Holsti 1992: 450; Schoen 2006a). Dafür müssen sie keine ausgesprochenen „Policy-Experten“ (Schoen 2010: 397) sein. Voraussetzung ist allerdings ein strukturiertes Überzeugungssystem.

Zweifel an einer klaren Strukturierung kamen bereits Anfang der 1960er Jahre auf, da sich außen- und sicherheitspolitische Einstellungen der Bürger nicht wie vermutet anhand einer (ideologischen) Dimension anordnen ließen, wohl aber die Einstellungen der politischen Eli-

¹⁵ Dabei kann bei Einzelfragen durchaus ein hoher Kenntnisstand in der Bevölkerung gegeben sein (Rattinger 1994: 527; Delli Carpini/Keeter 1996: 65-89). Eine Ausnahme stellt zudem das außen- und sicherheitspolitische Themenpublikum dar. Nach Converse' Konzept der „themenspezifischen Öffentlichkeit“ (*Issue Publics*) existiert für jedes Politikfeld eine Gruppe von Bürgern, die sich in besonderem Maße für dieses interessiert und über genügend kognitive Fähigkeiten verfügt um eigenständige Policy-Urteile fällen zu können (Converse 1964). Allerdings ist die Anzahl der Mitglieder in Bezug zur Gesamtbevölkerung jedweden Themenpublikums stark begrenzt (Krosnick 1990: 61).

ten (Converse 1964: 228).¹⁶ Eine einzelne Dimension schien folglich inadäquat zur Beschreibung dieser Struktur (Holsti 1992: 448). Seither besteht in der Literatur Uneinigkeit über Anzahl und Inhalt der Dimensionen außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen (zum Beispiel Holsti 1979; Holsti/Rosenau 1984, 1986; Wittkopf 1986; Chittick/Billingsley 1989; Bardes/Oldendick 1990; Wittkopf 1990, 1991; Chittick et al. 1995; Rathbun 2007; für eine detaillierte Zusammenfassung siehe Juhász 1996: 74). Neben der relativ unstrittigen Internationalismus-Isolationismus-Dimension, schlägt Wittkopf (1986, 1990, 1991) die Erweiterung um eine Militarismus-Komponente vor (ebenso Bardes/Oldendick 1990). Später folgten zudem Vorschläge zu (Anti-)Kommunismus (Hurwitz/Peffley 1987), Weltproblemen (Bardes/Oldendick 1990) sowie Unilateralismus-Multilateralismus (Chittick/Billingsley 1989; Chittick et al. 1995; Rathbun 2007; als Zustimmung zu den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen auch bei Bardes/Oldendick 1990 enthalten). Letztere zeigte sich in Europa weit weniger erklärungsstark als in den USA (Endres et al. 2015: 45). Alternativ wurde hier eine (Anti-)Atlantizismus-Dimension angeregt (Asmus et al. 2005; Everts/Isernia 2015). Insgesamt lässt sich feststellen, dass die außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen der Bürger durchaus ein gewisses Maß an Struktur und Kohärenz aufweisen.

Im Gegensatz zur Suche nach horizontaler Strukturierung postulieren Hurwitz und Peffley (1987, 1991; Peffley/Hurwitz 1985, 1993) ein vertikales, hierarchisch strukturiertes Überzeugungssystem. Anstatt Beziehungen zwischen Einstellungen auf der gleichen Abstraktionsebene zu unterschiedlichen Themen zu finden (*horizontal constraints*) stehen hier die Beziehungen zwischen inhaltlich zusammengehörigen Einstellungen von unterschiedlichem Allgemeinheitsgrad (*vertical constraints*) im Vordergrund (Juhász 1996: 85).¹⁷ Ähnlich eines Kausalitätstrichters (Campbell et al. 1980: 24-37) erfolgt die Einstellungsbildung dabei durch Ableitung spezifischer Attitüden aus generellen, langfristigen Orientierungen.¹⁸ Somit können Personen ohne umfangreiches themenspezifisches Interesse und ohne hohen Wissensstand fundierte und kohärente außen- und sicherheitspolitische Einstellungen bilden, indem sie auf Prädispositionen und allgemeine Grundhaltungen zurückgreifen (Hurwitz et al. 1993; Holsti

¹⁶ Siehe hierfür ebenfalls empirische Evidenz aus dem Jahr 1996 bei Rathbun (2007).

¹⁷ Bereits Converse zog eine vertikale Strukturierung der Einstellungen in Betracht: „Often such constraint is quasi-logically argued on the basis of an appeal to some superordinate value or posture toward man and society [...]. Thus a few crowning postures [...] serve as a sort of glue to bind together many more specific attitudes and beliefs, and these postures are of prime centrality in the belief system as a whole” (Converse 1964: 211), prüfte seine Annahme jedoch nicht empirisch.

¹⁸ Hurwitz und Peffley (1987: 1104) greifen insbesondere auf die aus der Sozialpsychologie entlehnte „Schematheorie“ zurück. Danach erfolgt die Ableitung spezifischer Einstellungen aus vorhandenen allgemeineren Überzeugungen, dem sogenannten Schema (Rattinger 1996: 48f.).

2004; Schoen 2007; McCleary et al. 2009). In diesem Prozess können Wissenslücken gefüllt und Überzeugungssysteme entwickelt werden, die konsistent und stabil sind, ohne die sich verändernde politische Umwelt neu zu durchdenken (Converse 1964; Schoen 2006c: 94; Steenbergen/Lodge 2006: 126).

Aus kognitionspsychologischer Perspektive kann die Einstellungsbildung als Zusammenspiel von neu erhaltenden Informationen und langfristigen Prädispositionen und Orientierungen verstanden werden (Zaller 1992; Herrmann et al. 1999). Allerdings verfügen die Menschen nur über begrenzte kognitive Fähigkeiten (Tversky/Kahneman 1974). Wenn sie sich bei bestimmten Themen unsicher sind, greifen sie folglich auf abstrakte Kategorien als Heuristiken oder *Short-Cuts* zurück, um spezifischere Informationen zu selektieren, zu interpretieren und einzuordnen (Tversky/Kahneman 1973, 1974; Sears et al. 1980; Fiske 1986; Lau/Sears 1986). So sollen die Kosten für die Informationsbeschaffung und -bearbeitung minimiert (Juhász 1996: 85) sowie insgesamt die Komplexität der Umwelt reduziert (Hurwitz/Peffley 1991: 105) und politische Themen entsprechend eingeordnet (Rohrschneider 1993: 5) werden. Die Bürger sind somit regelrechte „cognitive miser“ (Fiske/Taylor 1984: 12). Sie versuchen für sie befriedigende Entscheidungen mit minimalem kognitivem Aufwand zu treffen. Das gilt in besonderem Maße für die Außen- und Sicherheitspolitik, da internationale Ereignisse von der Mehrheit der Bürger zumeist nicht direkt erfahrbar und die verfügbaren Informationen häufig unvollständig sind.

Darüber hinaus werden Informationen durch die politischen Eliten und die Massenmedien entsprechend (um)interpretiert (Jervis 1985: 18; Hurwitz/Peffley 1991: 105). Dieser Unsicherheit begegnen die Menschen durch Abstraktion von allgemeineren Prädispositionen (Hurwitz/Peffley 1991: 105). Dahinter steht die grundlegende Annahme, dass jedes Individuum über ein Set von relativ stabilen politischen Werten, Interessen und Überzeugungen verfügt, die in einer formativen Phase der Sozialisation erworben wurden und sich im Laufe des Lebens durch Erfahrungen mit (politischen) Ereignissen und der Rezeption von Elitenkommunikation verfestigen (Campbell et al. 1980: 29f., 146-149; Page/Xie 2011: 47). Im Extremfall verfügt eine Person demnach über keinerlei Einstellungen zu einem bestimmten Objekt, sondern leitet diese vollständig aus ihrem Überzeugungssystem ab (Rattinger 1996: 48).¹⁹

¹⁹ Neben dieser *top-down*-Logik, nach der die Ableitung vom Allgemeinen zum Speziellen erfolgt, ist auch die umgekehrte Logik nach dem *bottom-up*-Prinzip theoretisch denkbar. Danach können aktuelle Einflüsse allgemeinere Einstellungen auf höheren Abstraktionsebenen determinieren; wie etwa Einstellungen zu spezifischen Sachfragen zum Überdenken der Parteiidentifikation führen können (Fiorina 1981: 89ff., 147). Da es sich in der Außen- und Sicherheitspolitik vermehrt um komplexe, von den Alltagserfahrungen der Bürger entfernte Fragen handelt, scheint die *top-down*-Ableitung zunächst wahrscheinlicher in diesem Politikfeld. Peffley und Hurwitz

Zusätzlich erleichtert wird der Ableitungsprozess, wenn die Rhetorik in außen- und sicherheitspolitischen Fragen mit Symbolen verknüpft wird, die mit den Wertorientierungen und Grundhaltungen im Einstellungssystem verbunden sind (Hurwitz/Peffley 1987: 1106). Andererseits sollte die Zugehörigkeit zum außenpolitischen Themenpublikum das Ausmaß der Ableitungen verringern, da diese Personen über ein höheres themenspezifisches Wissen verfügen. Der Rückgriff auf in der Vertikalen vorgelagerten abstrakten Prädispositionen wird dann weniger notwendig (Rattinger 1996: 49). Zeitgleich geht die Zugehörigkeit zum Themenpublikum mit einem hohen Ausmaß an horizontaler Strukturierung einher (Juhász 1996: 142; Rattinger 2007: 319).

Je nach Themengebiet können bei Bedarf verschiedene Heuristiken zur Einstellungsbildung herangezogen werden (Conover/Feldman 1984). Abhängig davon, welche Einstellungsobjekte angesprochen werden, werden unterschiedliche Dispositionen im Überzeugungssystem aktiviert. Wird eine Person mit einem bestimmten Objekt konfrontiert, kann sie ihr Langzeitgedächtnis nach passenden Informationen, die mit dem Objekt in Zusammenhang stehen, durchsuchen. Relevante Objekte werden dann aktiviert und ins Kurzzeitgedächtnis geladen. Je mehr Verbindungen es gibt und je stärker die Elemente zusammen hängen, desto mehr Elemente werden bei der Einstellungsbildung aktiviert (Taber 2003; Kim et al. 2010). Hierarchisch strukturierte Modelle setzen wichtigere Elemente nach oben, die dann Elemente auf den unteren Stufen determinieren. Wird eine Person mit einem bestimmten Thema konfrontiert, werden damit verknüpfte Elemente aktiviert und dazu genutzt, das spezifische Einstellungsobjekt zu bewerten. Bei auftretenden Inkonsistenzen ändern sich diejenigen Orientierungen als erstes, die am wenigsten zentral im Einstellungssystem verankert sind (Stein 2013: 376).

Hurwitz und Peffley (1987: 1105) postulieren für die Einstellungsbildung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ein hierarchisch strukturiertes Überzeugungssystem mit drei Ebenen unterschiedlichen Abstraktionsniveaus. Dabei sind auf der obersten, allgemeinsten Ebene, abstrakte Wertorientierungen (*core values*) zu Ethnozentrismus (später als Patriotismus bezeichnet) und die Moral der Kriegsführung angesiedelt. Da für diese keine themenspezifischen Kenntnisse notwendig sind, vertritt die Mehrheit der Menschen hier einen festen Standpunkt, der von externen Ereignissen unbeeinflusst sein sollte (Juhász 1996: 86). Auf der zweiten Ebene werden die bereichsspezifischen Grundorientierungen (*postures*) zu Internationalismus, Militarismus und Antikommunismus platziert. Hier ist ebenfalls keine differenzierte

(1993) können mit Hilfe von Panel-Daten die Richtung der Ableitungsprozesse tiefergehender untersuchen. Ihre Befunde sprechen eher für die *top-down*-Logik: Stabilität der spezifischen Einstellungen ist ihnen zufolge hauptsächlich auf die Stabilität in den Grundorientierungen zurückzuführen (Peffley/Hurwitz 1993: 75ff.).

Auseinandersetzung mit aktuellen außenpolitischen Themen notwendig, um eine stabile Orientierung auszubilden (Juhász 1996: 86). Einstellungen zu spezifischen Fragen wie etwa Verteidigungsausgaben, Nuklearpolitik, Militäreinsätze, Haltung gegenüber der Sowjetunion und wirtschaftlicher Protektionismus amerikanischer Produkte sind auf der dritten, spezifischsten Ebene verortet. Zur Einstellungsbildung ist hier entweder ein ausreichendes Detailwissen und/oder der Rückgriff auf die vorgelagerten Abstraktionsebenen notwendig (Juhász 1996: 86). Zusätzlich ist die Parteiidentifikation im Modell enthalten, aber nicht explizit theoretisch in der Hierarchie verankert. Dabei kommt ihr methodisch, aufgrund ihrer Positionierung auf der ersten Ebene, der gleiche Stellenwert wie den Wertorientierungen zu (Hurwitz/Peffley 1987: 1105).

In einer früheren Version verorten Peffley und Hurwitz (1985: 876) in Anlehnung an Converse (1964) die Liberal-Konservativ-Dimension als allgemeinste Ebene und leiten daraus Grundhaltungen und spezifische Einstellungen ab. Dies wird in späteren Arbeiten (Hurwitz/Peffley 1991; Hurwitz et al. 1993; Peffley/Hurwitz 1993) erneut aufgegriffen. Durch diesen Aufbau determinieren abstrakte Wertorientierungen, politische Prädispositionen und Grundorientierungen die verschiedenen Einzeleinstellungen. Dabei ist weder die Anzahl der Abstraktionsebenen und deren Komponenten noch die Modellierung von direkten und indirekten Effekten zwischen den einzelnen Stufen explizit festgeschrieben. So erweitern Hurwitz und Peffley (1991) ihr Modell um eine Ebene, in der kommunistische Bedrohungswahrnehmungen und grundlegende Einstellungen zur Sowjetunion (zweite Ebene) den bereichsspezifischen Grundorientierungen (dritte Ebene) und spezifischen Policy-Einstellungen (vierte Ebene) vorgelagert sind, aber von Wertorientierungen und politischen Prädispositionen (erste Ebene) beeinflusst werden (Hurwitz/Peffley 1991: 111). In späteren Arbeiten erfolgt zusätzlich die Einbeziehung sozialstruktureller Merkmale wie Geschlecht und Bildung (Peffley/Hurwitz 1993: 73).²⁰ Zudem werden nicht mehr nur direkte Effekte von Ebene zu Ebene unterstellt (wie bei Peffley/Hurwitz 1985: 876; Hurwitz/Peffley 1987: 1105), sondern ebenfalls über alle Ebenen hinweg (siehe dazu auch Hurwitz et al. 1993: 250). Die Bedrohungswahrnehmungen wirken demnach sowohl direkt auf die bereichsspezifischen Grundorientierungen als auch auf die spezifischen Policy-Einstellungen. Zusätzlich wird ein indirekter

²⁰ Das von Hurwitz und Peffley postulierte hierarchisch strukturierte Modell in seinen Varianten und Erweiterungen bietet insgesamt nur wenig Platz für Medienwirkungen (Gadarian 2008: 23). Dabei ist die massenmediale Vermittlung in besonderem Maße bedeutsam: Medien können zwar nicht die Einstellungen der Menschen grundsätzlich ändern, aber Medienberichte können zum einen bestehende Einstellungen verstärken (Lazarsfeld et al. 1944: 75ff.), zum anderen können sie Inhalte der öffentlichen Diskussion maßgeblich beeinflussen (McCombs/Shaw 1972: 177).

Effekt von der Bedrohungswahrnehmung über die Grundorientierungen modelliert. Gleiches gilt für die Komponenten auf der ersten Ebene (Hurwitz/Peffley 1991: 111).

Rattinger konnte das von Hurwitz und Peffley unterstellte hierarchisch strukturierte Überzeugungssystem erfolgreich auf die deutsche Bevölkerung zunächst für klassische Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik (1991) und später für Einstellungen zur Europäischen Gemeinschaft (1996) übertragen. Über jeweils vier Stufen im Sinne einer Ziel-Mittel-Hierarchie (Rattinger/Heinlein 1986: 39) erfolgt dabei die Ableitung spezifischer Einstellungen aus den vorgelagerten Orientierungen. Die Wahrnehmung des internationalen Systems (einschließlich Bedrohungswahrnehmung durch Kommunismus), außenpolitische Strategien (wie Abschreckung) und konkrete Instrumente (Bundeswehr, NATO-Mitgliedschaft, Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland) bestimmen demnach die spezifischen Einstellungen zum Wehrdienst und zu den Verteidigungsausgaben (Rattinger 1991: 329). Die Einstellungen zur aktuellen EU-Politik (GASP, Wirtschaftspolitik, Innenpolitik) lassen sich von grundlegenden Einstellungen zur Europäischen Union (Wichtigkeit, Bewertung, deutsches Engagement, Demokratiezufriedenheit) und allgemeinen internationalen Perzeptionen und Orientierungen (EU-Position der Identifikationspartei, außenpolitisches Interesse, Sicherheitsgefühl, Isolationismus, Chauvinismus) ableiten. Auf der obersten Ebene platziert Rattinger sozialstrukturelle Merkmale (Geschlecht, Alter, Bildung) und Ideologie (Rattinger 1996: 50; siehe dazu auch Peffley/Hurwitz 1993: 73).

Mader und Pötzschke (2014) können zudem Ableitungsprozesse vom Generellen zum Spezifischen für die Einstellungen zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr in der deutschen Bevölkerung nachweisen. Als Heuristiken wird dabei sowohl auf bereichsspezifische Grundorientierungen (Internationalismus, Antimilitarismus, Multilateralismus, Atlantizismus) als auch auf nationale Identität (Patriotismus, Nationalismus) als die grundlegendste persönliche Disposition zurückgegriffen (Mader/Pötzschke 2014: 63). Das zunächst für die amerikanische Bevölkerung getestete Modell eines Überzeugungssystems scheint folglich auch für die Bundesrepublik anwendbar.

Für ihre Untersuchungen zu öffentlicher Meinung, transatlantische Beziehungen und der Befürwortung militärischer Gewalt in Europa und den USA greifen Everts und Isernia (2015) ebenfalls auf ein hierarchisch strukturiertes Überzeugungssystem als theoretischen Rahmen zurück. Allerdings variiert die exakte Anordnung der Konzepte zwischen den Kapiteln sowie zwischen theoretischem und empirischem Modell. Es werden wohl fünf Abstraktionsebenen angenommen, die vom Allgemeinen zum Spezifischen verlaufen. Die oberste Ebene bilden

die sozialstrukturellen Merkmale Geschlecht, Alter und Bildung. Ihnen nachgeordnet sind individuelle Dispositionen. Während in Kapitel 2 Ideologie den Bedrohungswahrnehmungen, Atlantizismus, Gemeinschaftsgefühl und Militarismus vorgelagert ist (Everts/Isernia 2015: 28), wird in Kapitel 4 angenommen, dass Bedrohungswahrnehmungen, Gemeinschaftsgefühl und Ideologie die beiden außenpolitischen Grundhaltungen Atlantizismus und Militarismus determinieren (Everts/Isernia 2015: 123). Übereinstimmend folgen in beiden Kapiteln Kosten-Nutzen-Kalkulationen auf der vierten Ebene und schließlich Einstellungen zu spezifischen Kampfeinsätzen wie in Afghanistan und im Irak aber auch zu hypothetischen Szenarien, in welchen Fällen militärische Gewalt eingesetzt werden soll, etwa im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, zur Verteidigung eines NATO-Partners oder zur Absicherung humanitärer Hilfen. Direkte Effekte werden von Stufe zu Stufe sowie über die Ebenen hinweg angenommen. Auch hier unterscheiden sich allerdings das theoretische Modell und die empirische Schätzung. Der unterstellte Wirkmechanismus ist folglich nur eingeschränkt nachvollziehbar. Für den Vergleich der Überzeugungssysteme in Europa und den USA werden zwei getrennte Strukturgleichungsmodelle geschätzt und die Koeffizienten anschließend entsprechend interpretiert (Everts/Isernia 2015: 134).

Das sicherlich umfangreichste Modell für außen- und sicherheitspolitische Orientierungen – sowohl nach Anzahl der Abstraktionsebenen als auch nach Anzahl der einbezogenen Konzepte – stellen Page und Bouton (2006) auf.²¹ Persönliche Charakteristika (Geschlecht, Alter, Bildung, Religion) und Erfahrungen sowie internationale Ereignisse bilden die oberste, allgemeinste von sechs Ebenen. Auf der zweiten Ebene sind Wertorientierungen und grundlegende Überzeugungen angeordnet. Als zentrale Elemente im Einstellungssystem folgen politische Prädispositionen (Ideologie, Parteiidentifikation) und bereichsspezifische Grundorientierungen (Internationalismus, Multilateralismus). Auf der vierten Ebene folgen außenpolitische Ziele und wahrgenommene Bedrohungen. Auf der vorletzten Ebene sind Wahrnehmungen und Bewertungen anderer Länder und Regierungschefs angeordnet. Am spezifischsten gelten Policy-Präferenzen, wie beispielsweise zu konkreten Militäreinsätzen, zur Erhöhung von Verteidigungsausgaben und wirtschaftlichen Hilfen für afrikanische Länder, zur Kooperation mit der Europäischen Union und den Palästinensischen Autonomiegebieten sowie mit

²¹ Allerdings testen Page und Bouton (2006) ihr theoretisch aufgestelltes Einstellungssystem empirisch nicht in adäquater Weise. Erstens finden nicht alle von ihnen theoretisch postulierten Konstrukte auch empirisch Niederschlag in den Analysen. Eine Diskussion über mögliche Implikationen für die Interpretation der Ergebnisse wäre hier wünschenswert. Zudem erscheint die Auswahl der einbezogenen Variablen je nach zu erklärender spezifischer Policy-Einstellung zuweilen beliebig. Zweitens schätzen Page und Bouton ihr Einstellungssystem nicht insgesamt hierarchisch, sondern behelfen sich mit schrittweisen Regressionen. Die Möglichkeit direkte und indirekte Effekte zu identifizieren wird dadurch unnötig erschwert.

den Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation ebenso wie zur Einhaltung des Vertrags für das umfassende Verbot von Nuklearversuchen und des Kyoto-Protokolls. Dabei sind kausale Einflüsse sowohl von Ebene zu Ebene, aber auch über mehrere Ebenen hinweg theoretisch möglich (Page/Bouton 2006: 29).²² Eine theoretische Begründung für die Anordnung der Konzepte auf den jeweiligen Ebenen wird nicht gegeben.

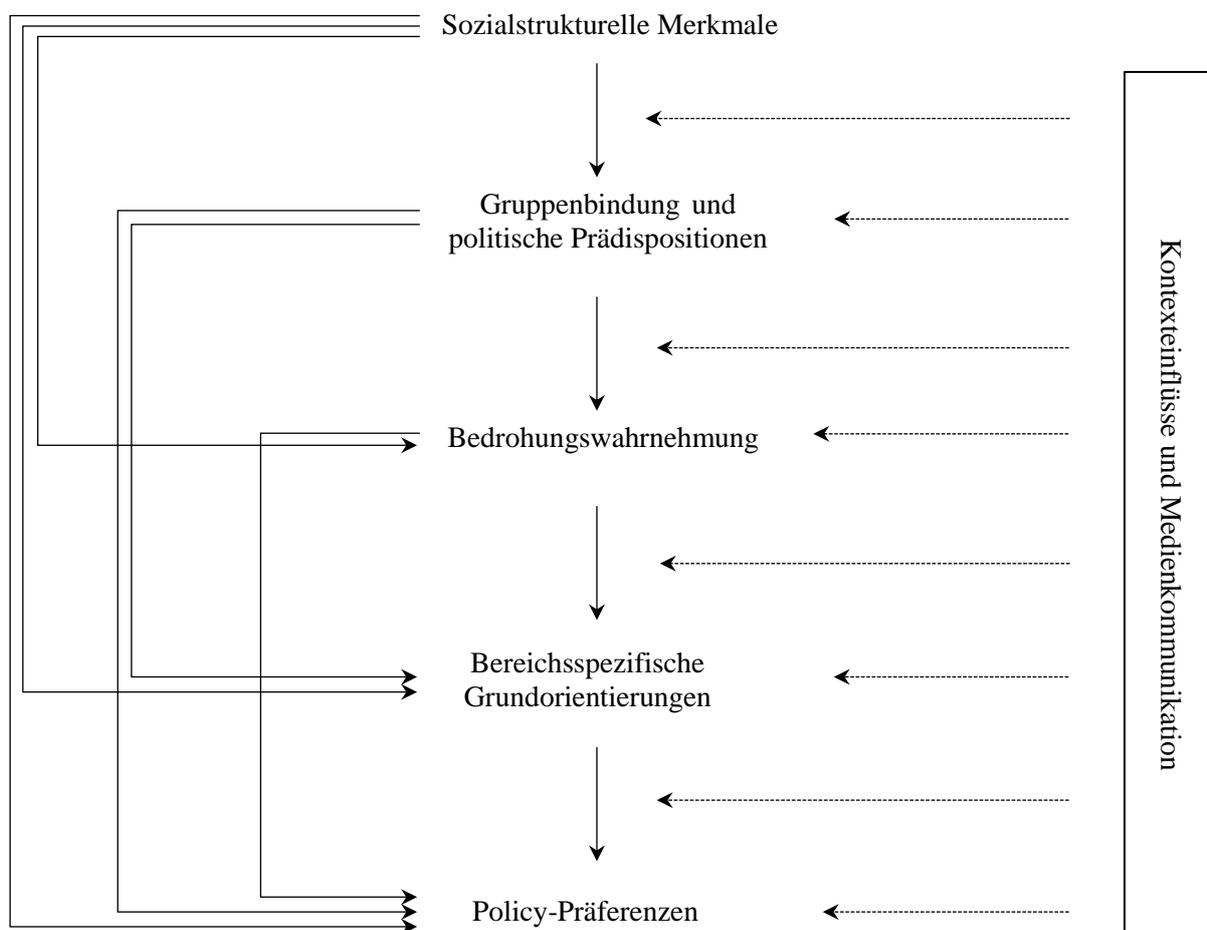
In der vorliegenden Arbeit wird ein theoretisches Modell zur Erklärung von Determinanten und Konsequenzen wahrgenommener terroristischer Bedrohungen aufgestellt und empirisch geprüft. Für den Prozess der Einstellungsbildung wird ein hierarchisch strukturiertes Überzeugungssystem, bestehend aus fünf Abstraktionsebenen, zugrunde gelegt (Abbildung 1). Folglich rückt die vertikale Strukturierung in den Mittelpunkt der Analysen. Die Ableitung verläuft dabei vom Generellen zum Spezifischen, also von der obersten zur untersten Ebene. Auf der ersten Ebene sind unpolitische sozialstrukturelle Charakteristika angesiedelt. Sie sind unabhängig von aktuellen Ereignissen und politischen Prädispositionen und bilden somit die allgemeinste Stufe. Vorstellbar wäre hier ebenso die Aufnahme bestimmter Persönlichkeitseigenschaften, die, da zum Teil genetisch bedingt, ebenfalls als Determinanten langfristiger Orientierungen herangezogen werden können (Schuhmann 2001; Schoen 2005; Caprara et al. 2006; Carney et al. 2008; Mondak/Halperin 2008; Gerber et al. 2010; Mondak 2010; Pötzschke et al. 2012). Auf der zweiten Ebene folgen weniger abstrakte Merkmale wie Wertorientierungen, Gruppenbindungen und politische Prädispositionen. Diese werden in der formativen Phase der Sozialisation ausgebildet und sind daher kurzfristigeren Einstellungen theoretisch vorgelagert. Bedrohungswahrnehmungen bilden das wesentliche Element im hier postulierten Überzeugungssystem auf der dritten Ebene. Sie sind zum einen weniger langfristig als soziodemographische Eigenschaften sowie soziale und politische Prädispositionen. Zum anderen sind sie den grundlegenden Orientierungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik unmittelbar vorangestellt, die sich auf der vierten Ebene befinden. Die hier unterstellte Reihenfolge von Bedrohungswahrnehmungen und bereichsspezifischen Grundorientierungen ist nur dann sinnvoll, wenn es sich nicht um Gefahren durch einzelne Ereignisse handelt, die kurzfristig variieren können. Vielmehr sind langfristig internalisierte Wahrnehmungen genereller terroristischer Bedrohungen²³ im Fokus der vorliegenden Arbeit, die bereichs-

²² Allerdings werden nicht alle Effekte über alle Ebenen hinweg theoretisch unterstellt (vergleiche Hurwitz/Peffley 1991; Rattinger 1991; Hurwitz et al. 1993; Rattinger 1996). Zudem werden Unterschiede von Konstrukten auf der gleichen Abstraktionsebene angenommen: So können internationale Ereignisse beispielsweise direkt Einfluss auf Bedrohungswahrnehmungen nehmen, aber nicht auf die außenpolitischen Ziele eines Landes (Page/Bouton 2006: 29).

²³ Siehe dazu beispielsweise auch die Unterscheidung von Eigenschaftsangst (*trait anxiety*) und Zustandsangst (*state anxiety*) (Schwenkmezger 1985).

spezifische Orientierungen aktivieren. Diese Arbeit reiht sich folglich in die Forschungstradition etwa von Hurwitz/Peffley (1991), Rattinger (1991) und Everts/Isernia (2015) ein. Die spezifischste, unterste Ebene bilden kurzfristige Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei werden sowohl militärische als auch nicht-militärische Maßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus beleuchtet um ein breites Spektrum relevanter Policy-Präferenzen berücksichtigen zu können.

Abbildung 1: Theoretisches Modell zur Erklärung von Determinanten und Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen



Innerhalb des in dieser Arbeit verwendeten Einstellungssystems werden direkte Effekte sowohl von Ebene zu Ebene als auch über alle Ebenen hinweg unterstellt. Somit sind Verknüpfungen zwischen allen Elementen des Überzeugungssystems theoretisch möglich. Die explizite Annahme indirekter Effekte soll die Komplexität außen- und sicherheitspolitischer Einstellungsbildung in adäquater Weise berücksichtigen und tiefere Erkenntnisse über die Strukturierung des unterstellten Überzeugungssystems offenlegen.

Die Einstellungsbildung erfolgt im Zusammenspiel aus dem jeweiligen (geopolitischen) Kontext, der massenmedialen Verbreitung von Informationen sowie bereits vorhandenen persönlichen Prädispositionen (Maggiotto 1991; Herrmann et al. 1999; Taber 2003; Schoen 2006c; Steenbergen/Lodge 2006). Die Gewichtung der einzelnen Faktoren kann individuell und je nach spezifischer Sachfrage variieren. Die Menschen werden darüber hinaus mehr kognitive Ressourcen bei Themen aufwenden, die für sie persönlich wichtig sind (Rattinger/Heinlein 1986: 35-38; Jervis 2009: 25). Eine verstärkte Medienberichterstattung kann sicherlich dazu beitragen die Zugänglichkeit des betreffenden Themas in der Bevölkerung insgesamt zu erhöhen. In der vorliegenden Arbeit wird angenommen, dass die Bürger aber nicht blind den von den Massenmedien gelieferten Interpretationen folgen, sondern die Informationsverarbeitung entsprechend ihrer sozialen und politischen Prädispositionen in entscheidender Weise beeinflusst wird (Zaller 1991, 1992). Diese WahrnehmungsfILTER helfen, die (neu) erhaltenen Informationen gemäß bereits vorhandener Orientierungen einzuordnen. Dabei scheint beispielsweise der Einfluss der Elitenkommunikation dann besonders vielversprechend, wenn das Thema kontrovers zwischen den Parteilinien diskutiert wird (Zaller 1992: 101f., 210). Auch bestimmte Framing-Strategien, wie etwa die Verknüpfung mit bestimmten Wertvorstellungen und Symbolen, erleichtert die Einordnung (Mader/Schoen 2013). Schnell zugängliche Informationen können durch entsprechende Aktivierung im Überzeugungssystem abgerufen und die neu erhaltenen Informationen gemäß der bestehenden Dispositionen eingeordnet werden (Lodge/Taber 2005; Kim et al. 2010). Im Gegensatz zu Vertretern der *Rational Choice*-Schule (Downs 1968) wird in dieser Arbeit die Einstellungsbildung folglich nicht auf eine rationale Informationsverarbeitung zurückgeführt, sondern vielmehr auf den Rückgriff relevanter Prädispositionen und Heuristiken.

Die einzelnen Bestandteile des in dieser Arbeit postulierten Einstellungssystems sowie die unterstellten Wirkmechanismen werden im Folgenden ausführlich besprochen. Während den Kontextbedingungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine wesentliche Rolle sowohl bei den theoretischen Annahmen als auch bei der Interpretation der empirischen Ergebnisse zukommt, wird die konkrete Medienkommunikation im Untersuchungszeitraum weitestgehend ausgeblendet. Das liegt nicht zuletzt an der mangelnden Verfügbarkeit an entsprechenden Daten. Zum anderen dürfte ein maßgeblicher Anteil der Erklärungsleistung von den hier untersuchten Konzepten gebunden werden, wenn die Bürger tatsächlich auf eine konsonante Informationsverarbeitung zurückgreifen.

2.3. Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen

2.3.1. Sozialstrukturelle Merkmale

Die Sozialstruktur ist ein zentrales Element für die Bildung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen (Rattinger 2007: 321). Sie ist unbeeinflusst von politischen Orientierungen und aktuellen Ereignissen und daher auf der ersten Stufe in einem hierarchisch strukturierten Einstellungssystem zu verorten. Dabei ist entscheidend von dem alleinigen Faktum des Merkmals zu abstrahieren und dieses als Proxy für eine Reihe relevanter in der Sozialisation erworbener Dispositionen zu begreifen. So ist beispielsweise die Unterscheidung zwischen Männern und Frauen nicht nur biologisch gegeben, sondern ebenfalls mit unterschiedlichen Persönlichkeitsmerkmalen, Wertorientierungen und Rollenbildern verknüpft. Diese wiederum steuern die Wahrnehmung und Verarbeitung von aktuellen Ereignissen und die individuelle Reaktion darauf (Costa/McCrae 1988; Little et al. 1992; Luk/Bond 1993; Jost et al. 2003). Es werden verstärkt solche Orientierungen ausgebildet, die zum jeweiligen Persönlichkeitsprofil passen (sogenannte „characteristic adaptations“: McAdams/Pals 2006: 208).

Mindestens drei (wenngleich nicht trennscharfe) Wirkmechanismen sind daher für die Ausprägung einer erhöhten Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen denkbar: Erstens sollten Personen, die grundsätzlich eine höhere Gefahrenperzeption aufweisen auch in diesem spezifischen Themenbereich eine höhere Bedrohungswahrnehmung angeben. Dies könnte etwa für Frauen und Angehörige ethnischer Minderheiten zutreffen. Zweitens dürften Bedrohungen insbesondere dann als wahrscheinlicher angenommen werden, wenn entsprechende sicherheitsbedürftige Werthaltungen und Interessen stärker internalisiert wurden, wie beispielsweise bei Frauen und Personen mit höherem Alter. Drittens dürften Personen mit niedrigeren kognitiven Fähigkeiten die Gefahr eines (erneuten) terroristischen Attentats, insbesondere unter Verwendung von Massenvernichtungswaffen, teils dramatisch überschätzen, etwa weil sie die bedrohungsintensive Medienberichterstattung teils unreflektiert übernehmen. Die geographische Nähe zu möglichen Anschlagzielen sollte die Bedrohungswahrnehmung unter rationalen Gesichtspunkten dagegen steigern. Bewohner von wirtschaftlichen Ballungsgebieten und Großstädten sollten folglich eine höhere Perzeption terroristischer Gefahren aufweisen. Dieser Mechanismus scheint insbesondere für die persönliche Bedrohungswahrnehmung vielversprechend.

Einer der beständigsten Prädiktoren für die Perzeption militärischer Bedrohungen ist Geschlecht. So geben Frauen eine deutlich höhere Gefahrenwahrnehmung an als Männer – so

wohl in Bezug auf das eigene Land als auch auf die eigene Person. In der Literatur werden hierfür zwei verschiedene Argumente diskutiert: Zum einen könnte es sich tatsächlich um attitudinale Unterschiede in der Bedrohungswahrnehmung handeln. So könnte sich eine höhere Gefahreinschätzung durch die Sorge der Frauen um ihre Sicherheit und die Sicherheit anderer Menschen aufgrund ihres traditionellen Rollenverständnisses als Hausfrau und Mutter ergeben (Thearle/Weinreich-Haste 1986: 139; Chodorow 1989: 23-44).²⁴ Zudem sind Bedrohungswahrnehmungen nach der in dieser Arbeit verwendeten Definition das Ergebnis von Wahrscheinlichkeitseinschätzungen. Männer schätzen auf Grund ihrer Sozialisation Risiken meist pessimistischer und geringer ein als Frauen dies tun (Brück/Müller 2009: 3). Zum anderen könnte alleine die Umfragesituation an sich relevante Ergebnisse produzieren. Frauen könnten in ihrem Antwortverhalten schlichtweg ehrlicher antworten als Männer. Diese könnten dagegen weniger geneigt sein, Sorgen und Ängste in Umfragen zuzugeben (Boehnke/Schwartz 1997: 154; Lemyre et al. 2006: 769). So beklagen unter anderem Bamberg und Mohr (1988: 240), dass das gewählte Untersuchungsdesign häufig unzureichend ist, um geschlechtsspezifische Unterschiede tatsächlich trennen zu können: „Ist z.B. ein höherer Angstwert bei Frauen Ausdruck höherer Ängstlichkeit oder höherer Ehrlichkeit?“ (Bamberg/Mohr 1988: 240).

Beide Argumentationsstränge weisen in die gleiche Richtung: Frauen sollten insgesamt ein höheres Bedrohungsgefühl wahrnehmen als Männer. Dies scheint empirisch sowohl für verschiedene Länder Gültigkeit zu besitzen, wie etwa für die USA (Huddy et al. 2002: 498; Boscarino et al. 2003: 12; Fischhoff et al. 2003: 146; Lerner et al. 2003: 146; Huddy et al. 2005: 599; Skitka 2005: 2003; Davis 2007: 68; Gadarian 2008: 184; Shambaugh 2013: 32), Kanada (Lemyre et al. 2006: 760), Großbritannien (Goodwin et al. 2005: 400), Deutschland (Juhász 1995: 27; Boehnke/Schwartz 1997: 159; Brosig/Brähler 2002: 85; Brück/Müller 2009: 13), Italien (Lavanco et al. 2008: 306) und Australien (Stevens et al. 2009: 342; Stevens et al. 2011: 801) als auch für verschiedene Formen internationaler Bedrohungen, wie Nuklearwaffen (Newcomb 1988: 383; Conover/Sapiro 1993: 1090; Juhász 1995: 27; Boehnke/Schwartz 1997: 159; Brosig/Brähler 2002: 85; für einen Literaturüberblick siehe auch Schatz/Fiske 1992), eine kommunistische Bedrohung durch die Sowjetunion (Rattinger

²⁴ Neben einer erhöhten Bedrohungswahrnehmung weisen Lerner et al. (2003: 147) zudem auf geschlechtsspezifische Unterschiede in der Ausprägung von bedrohungsbedingten Emotionen hin. So weisen Frauen häufiger ein Gefühl gesteigerter Angst auf, während Männer über ein höheres Wutempfinden verfügen. Möglicherweise empfinden Frauen zudem ganz situationsunabhängig ein höheres Angstgefühl als Männer. Diese sogenannte „Eigenschaftsangst“ wäre dann als Teil der individuellen Persönlichkeit zu verstehen (Schwenkmezger 1985: 13; Schoen 2006b: 443).

1990b: 397; 1991: 316; Rattinger/Holst 1998: 138), islamischen Fundamentalismus (Juhász 1995: 26; Brosig/Brähler 2002: 85) und internationalem Terrorismus (Juhász 1995: 27; Brosig/Brähler 2002: 85; Huddy et al. 2002: 498; Boscarino et al. 2003: 12; Fischhoff et al. 2003: 146; Lerner et al. 2003: 146; Goodwin et al. 2005: 400; Huddy et al. 2005: 599; Skitka 2005: 2003; Davis 2007: 68; Gadarian 2008: 184; Lavanco et al. 2008: 306; Brück/Müller 2009: 13; Stevens et al. 2009: 342; Stevens et al. 2011: 801; Shambaugh 2013: 32).

Allerdings beschreibt eine Vielzahl der hier angeführten nicht-amerikanischen Studien entweder ausschließlich bivariate Zusammenhänge oder Assoziationen bei Kontrolle anderer sozialstruktureller Merkmale. Die Ergebnisse aus den USA enthalten dagegen zumeist wenigstens die Parteiidentifikation zur Kontrolle des Einflusses politischer Prädispositionen auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen. Der in diesen Modellen statistisch bedeutsam erhaltene Effekt, nach dem Frauen eine höhere Bedrohungswahrnehmung aufweisen als Männer, lässt sich folglich nicht allein auf Sozialisationserfahrungen und Wertorientierungen zurückführen, die ebenfalls zur Ausprägung einer bestimmten Parteibindung führen. Tatsächlich scheint hier eine weitere, unbeobachtete Komponente enthalten, die für die erhöhte Gefahreneinschätzung ursächlich ist.

Neben Frauen sollten zudem Mitglieder ethnischer Minderheiten eine höhere Bedrohungswahrnehmung aufweisen als Mitglieder der ethnischen Mehrheit. Als mögliche Erklärung könnte der geringere sozio-ökonomische Status von Nicht-Weißen in den USA angeführt werden, der zu einem generell höheren Stressniveau führt und daher eine affektive Reaktion auf Terroranschlag vermuten lässt (Huddy/Feldman 2011: 462). Die drohende Gefahr dürfte von diesen Personen folglich überschätzt werden. Zudem könnten insbesondere Amerikaner mit arabischen Wurzeln Repressalien nach einem (erneuten) Terroranschlag befürchten und daher das individuelle Risiko insgesamt höher einstufen. Tatsächlich findet sich für den amerikanischen Kontext empirische Evidenz, dass Latinos und Afroamerikaner eine höhere Bedrohungswahrnehmung durch internationalen Terrorismus aufweisen als weiße Amerikaner (Huddy et al. 2002: 498; Boscarino et al. 2003: 12; Fischhoff et al. 2003: 146; Huddy et al. 2005: 599; Davis 2007: 68). In der Literatur wird in diesem Zusammenhang vom sogenannten *white male effect* (Finucane et al. 2000) gesprochen, wonach Männer und Mitglieder ethnischer Mehrheiten eine geringere Bedrohungswahrnehmung angeben.

Nach der in dieser Arbeit zugrunde liegenden Definition beinhaltet die Wahrnehmung internationaler Bedrohungen eine starke kognitive Komponente. Tatsächlich ist die Wahrscheinlichkeit selbst Opfer eines Terroranschlags zu werden äußerst gering (Mueller 2006: 2, Institute

for Economics & Peace 2015).²⁵ Höher Gebildete können das objektiv gegebene Risiko möglicherweise besser einschätzen und sollten folglich über eine geringe Gefahrenwahrnehmung verfügen als formal niedrig gebildete Personen. Empirische Evidenz für diese Annahmen findet sich für Kommunismus (USA: Rattinger 1990b: 397; Deutschland: Rattinger 1990b: 397; 1991: 316; Rattinger/Holst 1998: III-3) und den Gebrauch von CBRN-Waffen (USA: Conover/Sapiro 1993: 1090; Boscarino et al. 2003: 12) ebenso wie für die Bedrohung durch religiösen Fanatismus (Deutschland: Juhász 1995: 26; Rattinger/Holst 1998: III-47) und internationalen Terrorismus (USA: Huddy et al. 2002: 498; Huddy et al. 2003: 263; Davis/Silver 2004b: 35; Huddy et al. 2005: 599; Skitka 2005: 2003; Davis 2007: 68; Shambaugh 2013: 32; Kanada: Lemyre et al. 2006: 760; Deutschland: Juhász 1995: 27; Rattinger/Holst 1998: III-11; Brück/Müller 2009: 13; Australien: Stevens et al. 2009: 342; Stevens et al. 2011: 801; aber siehe Lavanco et al. 2008: 306 für Italien und Kaltenthaler/Miller 2012: 25 für die EU bei Kontrolle des Effekts durch politische Prädispositionen). Dies gilt sowohl für Wahrnehmungen nationaler Bedrohungen, im besonderen Maße aber für die Perzeption der persönlichen Gefahrensituation. Neben ausgeprägten kognitiven Fähigkeiten, die eine objektivere Risikoabschätzung für formal hoch Gebildete ermöglichen sollten, verfügen diese Personen in der Regel zudem über höhere finanzielle Ressourcen, die beim Eintreten der potentiellen Gefahr möglichen wirtschaftlichen Schaden gegebenenfalls abmildern (Stevens et al. 2011: 804). Niedrig Gebildete haben dagegen bereits höhere Alltagsstressoren zu bewältigen, die das Gefühl eines generellen Kontrollverlusts sowie die Aufmerksamkeit für bedrohliche Ereignisse verstärken können (Huddy et al. 2005: 595).

Für den Einfluss des Alters einer Person auf die Wahrnehmung internationaler Bedrohungen lassen sich theoretische Überlegungen für verschiedene Richtungen ausführen. Einerseits besitzen ältere Personen ein stärkeres Bedürfnis nach Stabilität und den Erhalt des Status Quo⁴ (Schwartz 2007: 188f.), der durch einen Terroranschlag gefährdet ist. Sie sollten folglich eine größere Gefahrenlage als Jüngere sehen. Studien aus Kanada (Lemyre et al. 2006: 760), Deutschland (Brück/Müller 2009: 13; Pietsch/Fiebig 2011: 265) und Großbritannien (Goodwin et al. 2005: 400) scheinen diese Argumentation zu stützen. Sie zeigen empirisch, dass ältere Personen eine höhere Bedrohungswahrnehmung durch internationalen Terrorismus aufweisen. Andererseits könnten aber auch jüngere Personen terroristische Gefahren in stärker-

²⁵ Nach Mueller (2006: 2) beträgt die Wahrscheinlichkeit bei einem Terroranschlag in den USA getötet zu werden etwa 0,02 Prozent – wenn ein Terroranschlag in den USA von der Größenordnung vom 11. September 2001 alle drei Monate über einen Zeitraum von fünf Jahren stattfinden würde. Das entspricht in etwa der gleichen Wahrscheinlichkeit drei richtige Lotto-Zahlen beim Spiel „6 aus 49“ der deutschen Lotterie zu tippen (Lotto 2015). Laut Statistik des *Institute for Economics & Peace* (2015) entfielen weniger als drei Prozent der terrorbedingten Todesopfer zwischen den Jahren 2000 und 2015 bisher auf westliche Länder.

rem Maße wahrnehmen. Eine mögliche Erklärung dafür liegt im besonderen Lebensabschnitt jüngerer Menschen als (werdende) Eltern, in dem eine intensivere Beschäftigung mit der Umwelt stattfindet und potentielle Risiken überschätzt werden (Holst 1998: 82). Zudem wird ein höheres Alter mit Erfahrung und Wissen assoziiert, da diese Personen bereits verschiedene Lebensabschnitte durchlaufen haben (Rattinger/Holst 1998: 11), was eine objektivere Risikoabschätzung zur Folge haben könnte. Für Deutschland konnte Holst (1998: 285), bei Kontrolle durch Geschlecht, Bildung und Konfession, Befunde in dieser Lesart präsentieren: Demnach nehmen jüngere Personen zu Beginn der 1990er Jahre eine Bedrohung durch internationalen Terrorismus und konventionelle Kriege deutlich stärker wahr als ältere Personen. In den USA (Fischhoff et al. 2003: 146) zeigt sich bei Kontrolle durch andere sozialstrukturelle Merkmale sowie der Parteiidentifikation unmittelbar nach den Terroranschlägen von 2001 ebenfalls eine erhöhte Gefahrenwahrnehmungen unter jüngeren Personen. Insgesamt könnten die verschiedenen Befunde auf eine Überlappung von Alters-, Kohorten- und Periodeneffekten hindeuten. So spielt gerade bei Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik die Generation als prägende Kollektiverfahrung eine entscheidende Rolle (Holsti 1992: 458; Rattinger/Holst 1998: 11; Everts/Isernia 2015: 30). Daneben konnten vor allem für den amerikanischen Kontext starke Periodeneffekte bei der Einstellungsbildung zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen nachgewiesen werden (Page/Shapiro 1992: 304f.; Holsti 2004: 200-204).

Neben der direkten Erfahrung, selbst Opfer eines Terroranschlags geworden zu sein oder entsprechende Personen zu kennen (Huddy et al. 2005: 599), ist die geographische Nähe zu Anschlagzielen ein wichtiger Prädiktor erhöhter nationaler und insbesondere persönlicher Bedrohungswahrnehmungen. Die Gefahr eines (erneuten) Terroranschlags dürfte umso größer eingestuft werden, je näher Personen an vermeintlichen Zielen wohnen oder arbeiten, da sie im täglichen Umgang stärker mit der möglichen Bedrohung konfrontiert werden. Huddy und Kollegen (2002: 498) konnten in Stadtteil-Studien in Queens und Long Island unmittelbar nach 9/11 bestätigen, dass sich Einwohner von New York City besorgter (in der persönlichen, nicht aber in der nationalen Bedrohungswahrnehmung) zeigten als Personen aus dem Großraum New York. Boscarino et al. (2003: 12) vervollständigen das Bild durch zusätzliche empirische Evidenz, nach der die nationale Bedrohungswahrnehmung steigt, je näher die Wohnung eines Befragten zum Anschlagort am Ground Zero liegt. In landesweiten Untersuchungen zeigen Einwohner des Nordostens der USA ebenfalls höhere persönliche Bedrohungswahrnehmungen durch internationalen Terrorismus als in den anderen geographischen Regio-

nen des Landes (Huddy et al. 2005: 599). In späteren Jahren wird dieser Zusammenhang allerdings nicht mehr nachgewiesen (Davis 2007: 68; Shambaugh 2013: 31f.).

Auf Großbritannien konnten die Ergebnisse nach den Attentaten vom 7. Juli 2005 nur eingeschränkt übertragen werden. Bei befragten Besuchern von Bibliotheken in London und Oxford zeigt sich zwar, dass die Einwohner Londons eine höhere zukünftige Gefahr durch erneute terroristische Anschläge perzipierten als Einwohner Oxfords und Umgebung. Wird aber zwischen der Londoner Innenstadt und ihren Vororten unterschieden, zeigte sich die größte Unsicherheit gerade in den Vororten (Goodwin et al. 2005: 400). Möglicherweise handelt es sich bei diesem Befund um eine Verdrängungsstrategie der Bewohner der Innenstadt, die ohne Frage am stärksten von einem Terroranschlag betroffen sein dürften. Für Australien zeigt sich eine gesteigerte Bedrohungswahrnehmung von Personen, die ganz allgemein in einem städtischem Gebiet leben (Stevens et al. 2009: 342; Stevens et al. 2011: 801). Dieser Zusammenhang kann allerdings nur für persönliche Bedrohungen, nicht aber für nationale bestätigt werden. Dabei könnte neben der objektiv geringeren Gefahreinschätzung terroristischer Anschläge im ländlichen Raum das Sicherheitsgefühl der Einwohner von Dörfern generell höher ausgeprägt sein als bei Einwohnern von Großstädten. Nach der *Attachment Theorie* (beispielsweise bei Mikulincer/Shaver 2003) ist das Sicherheitsempfinden eine langfristige Disposition, die in ländlichen Gebieten möglicherweise sozialisationsbedingt stärker verinnerlicht ist als in Metropolregionen. In Kanada (Lemyre et al. 2006: 760) und Deutschland (Brück/Müller 2009: 13) konnten dagegen bisher keine wohnortspezifischen Unterschiede gefunden werden.

Für Deutschland zeigen sich zudem bisher nur geringe Differenzen in der Bedrohungswahrnehmung zwischen Ost und West. So perzipieren Ostdeutsche eine höhere Wahrscheinlichkeit militärischer Bedrohungen (Juhász 1995: 15; Holst 1998: 265), nicht aber in Bezug auf CBRN-Waffen und religiösen Fanatismus (Juhász 1995: 27, 26). Während Juhász (1995: 27) und Brück/Müller (2009: 13) ebenfalls keinen Zusammenhang für eine Bedrohung durch internationalen Terrorismus in Deutschland nachweisen können, finden Pietsch und Fiebig (2011: 265) einen negativen Effekt. Demnach betrachten Ostdeutsche internationalen Terrorismus als weniger bedrohlich im Vergleich zu Westdeutschen. Das könnte zum einen an tatsächlichen Einstellungsunterschieden aufgrund unterschiedlicher Sozialisationserfahrung liegen. Wahrscheinlicher ist jedoch der strukturelle Unterschied zwischen den beiden Landesteilen. So befinden sich im Westen Deutschlands verstärkt Ballungsgebiete und damit verbunden höhere Verluste bei einem möglichen terroristischen Anschlag (Pietsch/Fiebig 2011: 266).

Die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Terroranschlags zu werden, liegt damit vermutlich objektiv höher als in den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands.

2.3.2. Gruppenbindung und politische Prädispositionen

Neben sozialstrukturellen Charakteristika sollten weniger abstrakte Merkmale wie Gruppenbindungen und politische Prädispositionen die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen grundlegend determinieren. Sie enthalten sowohl kognitive (siehe auch „likability heuristic“: Brady/Sniderman 1985) als auch affektive Komponenten (siehe auch „hot cognition“: Lodge/Taber 2000), die im Einstellungsbildungsprozess herangezogen werden. Die hier angesprochenen Dispositionen werden in der prägenden Phase der politischen Sozialisation erworben und intensivieren sich im Laufe des Lebens. Sie sind folglich als stabil und leicht zugänglich charakterisiert und können daher als WahrnehmungsfILTER im politischen Raum und Maßstab bei der Bewertung von Politikvorschlägen dienen. Gruppenbindungen und politische Prädispositionen sind somit kurzfristig variablen Einstellungen kausal vorgelagert (Campbell et al. 1980: 120-145; Gabriel 1997: 236; Brettschneider/Rölle 1998: 714f.; Huddy 2003: 544; speziell für den Bereich außen- und sicherheitspolitische Einstellungen: Juhász 1996: 121; 2001: 80; Holsti 2004: 232).

Gruppenbindungen sind Teil der sozialen Identität eines Menschen, welche als „an individual’s self-concept which derives from his knowledge of his membership of a social group (or groups) together with the value and emotional significance attached to that membership“ (Tajfel 1981: 255) definiert ist. Dabei kann sich eine Person als Mitglied verschiedener (gesellschaftlicher) Gruppen verstehen. Je stärker die jeweils geltenden Gruppennormen adaptiert werden, desto stärker sollte der Einfluss dieser auf die Einstellungsbildung erfolgen (Tajfel/Turner 1979: 40; Turner 1982: 31; Brady/Sniderman 1985; Greene 1999: 394; Huddy 2001). Dies gilt im Besonderen wenn Eliten in der politischen Diskussion auf diese Gruppennormen zurückgreifen (Mader/Schoen 2013: 9).

Eine spezielle Form von sozialer Identität ist die nationale Identität, also eine starke positive Verbundenheit mit der eigenen Nation (Converse 1964: 234-240; Blank/Schmidt 2003: 290; Herrmann et al. 2009). Dabei wird idealtypisch zwischen Nationalismus und Patriotismus unterschieden. Nationalismus zeichnet sich durch die Idealisierung des eigenen Landes, vor allem gegenüber anderen Ländern und der eigenen Geschichte aus. Patriotismus geht mit einer kritischeren Distanz zum gegenwertigen Zustand des Landes und zur eigenen Nation generell einher. Es wird ein höherer Bewertungsmaßstab in Form demokratischer Prinzipien und

Werte angelegt und nicht blind idealisiert (Druckman 1994; Schatz et al. 1999; Blank/Schmidt 2003; Cohrs 2005; Huddy/Khatib 2007; zur Konstrukt- und Messäquivalenz siehe auch Davidov 2009). Nationale Gruppenbindungen können bestimmte Wahrnehmungen, Einstellungen und selbst tatsächliches Verhalten maßgeblich beeinflussen (Schoen 2008: 9).

Eine starke positive nationale Verbundenheit sollte insgesamt zu einer erhöhten Bedrohungswahrnehmung führen da hier die Gruppe – definiert über das eigene Land – maßgeblich Schaden trägt. Zudem zielt Terrorismus nicht allein auf die körperliche Verletzung, sondern ebenso auf die „Gefährdung kollektiver Symbole“ (Fritsche/Fischer 2009: 305), die bei Personen mit starker nationaler Identität als besonders wichtig erachtet werden. Denkbar ist ebenfalls eine deutlich überhöhte Gefahreinschätzung aufgrund übertriebener Idealisierung des eigenen Landes. Empirische Befunde finden sich bisher primär in der amerikanischen Forschung. Demnach erhöhen sowohl Nationalismus als auch Patriotismus die perzipierte Gefahr durch internationalen Terrorismus. Dieser Zusammenhang kann bereits 2001 unmittelbar nach den Anschlägen in New York und Washington gezeigt (Skitka 2005: 2003; Sahar 2008: 193) und für 2005 bestätigt werden (Sahar 2008: 193). Hurwitz und Peffley (1991: 123) finden bereits Ende der 1980er Jahre einen positiven Einfluss von Patriotismus auf eine erhöhte Bedrohungswahrnehmung durch Kommunismus. In der Tendenz können diese Befunde ebenfalls auf die Wahrnehmung eines drohenden Nuklearkrieges übertragen werden (Conover/Sapiro 1993: 1090). Untersuchungen von nationalen Gruppenbindungen und Emotionen deuten in die gleiche Richtung: So waren patriotische Amerikaner nach den Attentaten von 2001 wütender auf die Terroristen als nicht-patriotische Bürger (Huddy/Feldman 2011: 463). Ähnliches gilt auch für andere Länder mit Terroranschlägen wie Spanien und Großbritannien (Huddy/Feldman 2011: 463).

Zweitens bringen Weltsichten und Ideologien als Teil der sozialen Identität bestimmte Wertorientierungen und Überzeugungen mit sich, die die Bedrohungswahrnehmung eines Menschen determinieren können (Wildavsky/Dake 1990: 44). Als eine Art *Superissue* bieten sie Hilfestellung bei der Einordnung von politischen Sachfragen (Arzheimer 2009: 97) und tragen so in erheblichem Maße zur Komplexitätsreduktion bei (Downs 1968: 99; Mair 2007: 206; Arzheimer 2009: 97). Voraussetzung dafür ist allerdings ein gemeinsames Bezugssystem von Eliten und Bürgern (Juhász 2000: 322). Nur wenn ein gleiches Verständnis der Begriffe „liberal“ und „konservativ“ (beziehungsweise „links“ und „rechts“ im deutschen Kontext) vorliegt, kann Ideologie – wenn in diesem Sinne verstanden – als Heuristik herangezogen werden. Erschwert wird dies durch die Mehrdimensionalität der Liberal-Konservativ-/Links-Rechts-

Dimension. So sind neben der klassischen Frage, ob und inwiefern der Staat in die Wirtschaft eingreifen soll, weitere Facetten denkbar, wie etwa eine libertär-autoritäre Dimension (Arzheimer 2009: 99; Nincic/Ramos 2010: 123f.). Zudem scheint nur eine kleine Gruppe von Bürgern ihre Orientierungen durch Ideologien zu strukturieren (Converse 1964, 1970; Campbell et al. 1980: 188-215). Dem gegenüber stehen Befunde aus den USA, nach denen seit dem Vietnam Krieg große Unterschiede zwischen Anhängern der beiden großen Parteien aufgezeigt wurden, verursacht durch noch größere ideologische Unterschiede (Holsti 1992: 457).

Die Bedrohungswahrnehmungen sind zu Beginn der 1990er Jahre klar ideologisch aufgeladen: Eine Bedrohung durch Kommunismus wird von Personen mit konservativer Ideologie in erheblich stärkerem Maße perzipiert als von Personen mit liberalen Einstellungen (Rattinger 1990b: 397; Hurwitz/Peffley 1991: 123). Diese Befunde lassen sich jedoch nicht auf Bedrohungen durch internationalen Terrorismus nach den Anschlägen 2001 übertragen. Dabei scheint es geradezu plausibel, dass Personen mit konservativen Orientierungen Gefahren für die nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung in höherem Maße wahrnehmen sollten, schließlich bedrohen mögliche Terroranschläge ganz explizit ihre spezifischen Wertvorstellungen, wie etwa Sicherheit, Tradition und Konformität. Zwar finden Huddy und Kollegen (2003: 263) einen positiven Einfluss von konservativer Ideologie auf die nationale Bedrohungswahrnehmung von Terrorismus, jedoch erreicht der Schätzer bereits bei abweichender Modellspezifikation nicht mehr die konventionelle Schwelle statistischer Signifikanz (Huddy et al. 2005: 599). Bei einer Online-Erhebung im gleichen Zeitraum zeigt sich sogar ein inverser Zusammenhang (Skitka 2005: 2003). Demnach sind es vor allem die liberalen Amerikaner, die hier eine erhöhte persönliche Gefahrenwahrnehmung aufweisen. Möglicherweise ist aber gerade die Unterscheidung zwischen nationaler und persönlicher Bedrohung essentiell für den Einfluss von Ideologie. Auf theoretischer Ebene finden sich hierfür allerdings kaum geeignete Argumente. Für Deutschland konnte bislang kein Einfluss von Ideologie auf die Perzeption internationaler Gefahren durch Terrorismus (Juhász 1995: 27; Holst 1998: 290) und Massenvernichtungswaffen (Juhász 1995: 27) nachgewiesen werden. Dafür zeigt sich, dass Personen, die sich eher rechts einstufen, eine signifikant höhere Bedrohungswahrnehmung durch islamischen Fundamentalismus aufweisen (Juhász 1995: 26). Insgesamt mangelt es sowohl für die USA als auch in der Bundesrepublik an strukturierten Untersuchungen zur Wirkung von Ideologie auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen.

Schließlich kann die Identifikation mit einer politischen Partei als Teil der sozialen Identität eines Menschen aufgefasst werden (Green et al. 2002: 220; Rattinger 2002: 316). Sie wird gemeinhin als eine „langfristig stabile, von konkreten politischen Ereignissen, Inhalten und Akteuren weitgehend unabhängige Bindung an eine bestimmte Partei, eine Art ‚psychologische Parteimitgliedschaft‘“ (Gabriel 1994: 120f.; Converse 1969: 144; Campbell et al. 1980: 121) verstanden. Sie „färbt“ die individuelle Wahrnehmung des politischen Geschehens und determiniert den Informationsverarbeitungsprozess, so dass Information zugunsten der präferierten Partei aufgenommen werden (Campbell et al. 1980: 128-136). Die Bürger übernehmen schließlich die Argumentation der politischen Eliten denen sie sich verbunden fühlen, um Informationskosten zu sparen und Komplexität zu reduzieren (Flynn/Rattinger 1985: 378f.; Lupia 1992: 398; Kuklinski/Hurley 1994: 730; Rattinger 2002: 319). Die Parteiidentifikation dient somit als Bindeglied zwischen Eliten und Bevölkerung (Zaller 1992).

Da die Abwägung über die Stärke einer terroristischen Bedrohung ein spekulativer Prozess ist, könnten Individuen auf ihre Parteiidentifikation zurückgreifen, um hier eine Bewertung zu formulieren. Eine Bedrohungswahrnehmung kann so teilweise als Risikoevaluation von massenmedial vermittelten realweltlichen Faktoren²⁶ aufgefasst werden, die über die Parteiidentifikation gefiltert werden (Gadarian 2008: 148). Zum anderen steigern Unsicherheit und Angst das Orientierungsbedürfnis der Menschen (Marcus et al. 2000; Miller/Krosnick 2004; Brader et al. 2008). Parteianhänger könnten dann verstärkt die Deutungsangebote „ihrer“ Partei übernehmen (Schoen 2006a: 180). Voraussetzung für starke Wirkungen der Parteiidentifikation ist allerdings das Maß, in welchem ein Thema parteipolitisch aufgeladen ist.²⁷ Nur wenn die Bürger Unterschiede zwischen den politischen Parteien erkennen, kann die Parteiidentifikation die Bedrohungswahrnehmung beeinflussen.

Während in den 1980er Jahren eine mögliche Bedrohung der Vereinigten Staaten durch den Kommunismus in stärkerem Maße von Parteianhängern der Republikaner wahrgenommen wurde (Rattinger 1990b: 397; aber siehe Hurwitz/Peffley 1991: 123 für Lexington, KY), sind die empirischen Befunde für Gefahren durch internationalen Terrorismus in den USA ge-

²⁶ Besonders zu Beginn eines Ereignisses besitzen die Eliten einen Informationsvorsprung vor der Bevölkerung. Frühe, über die Medien vermittelte, Informationen besitzen so den größten Einfluss auf die Einstellungsbildung. Im Laufe der Zeit verringert sich der Informationsvorsprung. Die Menschen können das Ereignis einordnen; später ankommende Informationen sind weniger einflussreich (Baum/Groeling 2010a: 449). In der ersten Phase überwiegt folglich die „Rhetorik“ der Eliten die „Realität“ des Ereignisses (Baum/Groeling 2010b: 39).

²⁷ Journalisten verbreiten Elitenrhetorik nicht ungefiltert, sondern wählen ihre Beiträge aktiv anhand von Nachrichtenwertfaktoren aus (Gatekeeper-Funktion) (Schenk 2007: 444). Die Medien präsentieren der Öffentlichkeit eben kein „random, unbiased sample“ (Baum/Groeling 2010b: 90) aller verfügbaren Informationen. Besonders häufig finden sich in der Berichterstattung daher Kontroversen zwischen den Parteilinien, da diese eine höhere Beachtung in der Bevölkerung finden (Baum/Groeling 2010b: 56).

mischt. Grundsätzlich wird angenommen, dass Personen mit einer Identifikation zu den Republikanern eine gesteigerte Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen aufweisen sollten. Insbesondere der republikanische Präsident George W. Bush verweist als Begründung für den von den USA geführten *War on Terror* auf die andauernd hohe Bedrohungssituation im Land. Einer der Höhepunkte ist sicherlich die Rechtfertigung zum militärischen Eingreifen im Irak 2003. Unmittelbar nach den Anschlägen von 2001 weisen sowohl Anhänger der Republikaner als auch der Demokraten eine niedrigere Bedrohungswahrnehmung auf als Personen ohne Parteibindung (Fischhoff et al. 2003: 146; Gadarian 2008: 184). Dieser Befund spricht dafür, dass die Identifikation zu einer, gleich welcher, Partei mit dem Vertrauen in die Lösung politischer Probleme in zunächst ungewohnten Situationen durch die den Bürgern nahestehenden Eliten einhergeht. Auch Huddy und Kollegen finden keine signifikante Prägung der Bedrohungswahrnehmung durch Bindungen an eine bestimmte politische Partei im Herbst/Winter 2001/2002 (Huddy et al. 2003: 263; Huddy et al. 2005: 599). Eine spezifische Parteiidentifikation scheint unmittelbar nach den Anschlägen von New York und Washington folglich eine untergeordnete Rolle zu spielen. Allein das Vorhandensein einer psychologischen Bindung und die damit verbundene Zuversicht in die politischen Eliten führen zur Abschwächung der Gefahrenwahrnehmung. Im Laufe der Zeit und der zunehmenden Polarisierung in der Elitenrhetorik wurde die Parteiidentifikation als Einordnungshilfe dagegen immer wichtiger (Gadarian 2008: 144). Mit zunehmender „Normalisierung“ zeigt sich die unterstellte Prägekraft der Parteibindung: Während in den Folgejahren eine Identifikation mit den Demokraten zu einer geringeren Perzeption von Gefahren durch internationalen Terrorismus führt, erhöht sich die Wahrnehmung unter Anhängern der Republikaner (Gadarian 2008: 184; in der Tendenz auch bei Shambaugh 2013: 31f.).

In Deutschland ist die Bedrohungswahrnehmung weniger stark polarisiert als in den USA. Das lässt einen deutlich geringeren Einfluss für die Gefahreinschätzung nach Parteibindung erwarten. In der Bundesrepublik nehmen Personen mit einer Parteiidentifikation für die CDU/CSU und die SPD, im Gegensatz zu politisch ungebundenen Bürgern, mögliche Bedrohungen durch internationalen Terrorismus stärker wahr (Pietsch/Fiebig 2011: 265; aber siehe Rattinger/Holst 1998: III-11). Parteianhänger von CDU/CSU sind im Gegensatz dazu durchweg kritischer gegenüber Gefahren durch den Kommunismus eingestellt als Anhänger der SPD und Personen ohne Parteineigung (Meyer 1983: 132; Rattinger 1990b: 397; Rattinger/Holst 1998: III-3). Gleiche Effekte finden sich zudem bei der Bedrohung durch islamischen Fundamentalismus (Rattinger/Holst 1998: III-47). Ein Zusammenhang zwischen

Parteiidentifikation und der perzipierten Gefahr durch CBRN-Waffen konnte in Deutschland zumindest zu Beginn der 1990er Jahre nicht gefunden werden (Rattinger/Holst 1998: III-45).

2.3.3. Hypothesenformulierung Determinanten

Nicht alle Menschen nehmen terroristische Bedrohungen von außen in gleichem Maße wahr. Ziel dieser Arbeit ist es, Determinanten(gruppen) theoretisch zu identifizieren und ihren Einfluss auf Bedrohungsperzeptionen empirisch zu überprüfen. Dabei wird angenommen, dass Bedrohungswahrnehmungen abhängig vom Kontext, der Darstellungsart und Häufigkeit in den Massenmedien sowie aufgrund individueller Prädispositionen, Wertpräferenzen und Gruppenbindungen in einem gewissen Maße variieren können. Nach der Konzeptualisierung eines hierarchisch strukturierten Einstellungssystems und der Vorstellung des Forschungsstandes werden in diesem Subkapitel konkrete Annahmen formuliert, wie verschiedene Determinanten die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen erhöhen sollten (Tabelle 1). Es wird, wenn nötig, bei der Hypothesenaufstellung nach dem Objekt (national oder persönlich) differenziert.

Offen bleibt zunächst die Frage, ob verschiedene Wirkmechanismen und Einflussrichtungen der Determinanten in den USA und in Deutschland zu erwarten sind. Konzeptionell werden internationale Bedrohungen je nach Weltansicht kulturell unterschiedlich wahrgenommen und gesellschaftlich vermittelt (Wildavsky/Dake 1990: 51; Holst 1998: 60). Nach den Terroranschlägen in den USA und in Europa ist die erste Dekade des 21. Jahrhunderts auf beiden Seiten des Atlantiks klar von Bedrohungen durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und der Proliferation von CBRN-Waffen, insbesondere in den Händen von Terroristen und „Schurkenstaaten“ gekennzeichnet. Obwohl in Deutschland bisher kein Terroranschlag in größerem Ausmaß erfolgreich durchgeführt werden konnte, ist internationaler Terrorismus aufgrund fortwährender Medienberichterstattung über global stattfindende Anschläge – auch mit deutschen Opfern – und steten Terrorwarnungen im eigenen Land eine *front of mind*-Bedrohung (Stevens et al. 2011: 804) in der Bevölkerung. Durch den vergleichbaren (kommunikativen) Kontext in den USA und in Deutschland werden keine gesonderten länderspezifischen Hypothesen aufgestellt. Es wird angenommen, dass der Einfluss von sozialstrukturellen Merkmalen, Gruppenbindungen und politischen Prädispositionen in gleicher Richtung, wohl aber nicht in gleicher Stärke erfolgt (siehe dazu auch die Ausführungen in 1.2. zu strukturellen und kulturellen Unterschieden zwischen den USA und Deutschland).

Eine Bedrohung wird dann wahrgenommen, wenn die persönlichen Wertprioritäten als gefährdet betrachtet werden (Boehnke et al. 1998: 778; Schwartz et al. 2000: 311). So sollten Frauen aufgrund ihrer Sozialisation und ihres traditionellen Rollenverständnisses als (zukünftige) Mütter eine höhere Bedrohungswahrnehmung aufweisen als Männer. Sie sind risikoaverser und sorgen sich häufiger um ihre eigene Sicherheit und die Sicherheit anderer Menschen (Thearle/Weinreich-Haste 1986: 139; Chodorow 1989: 23-44; Brück/Müller 2009: 3; aber siehe zum traditionellen Rollenverständnis von Männern und Frauen Westle 2009). Das Überschätzen möglicher Gefahren sollte für Frauen weniger riskant erscheinen als eine Unterschätzung dergleichen. Das gilt sowohl für die persönliche als auch die nationale Gefahrenwahrnehmung.

Zudem sollte mit steigendem Lebensalter ein gesteigertes Bedrohungsempfinden einhergehen. Trotz widersprüchlicher Befunde in der Literatur wird in der vorliegenden Arbeit angenommen, dass ältere Personen einen stärkeren Wunsch nach der Erhaltung des Bestehenden und des vermeintlich Bewährten innehaben (Schwartz 2007: 188f.). Diese Beständigkeit dürfte durch terroristische Bedrohungen gefährdet sein. Demnach sollten Ältere terroristische Gefahren in stärkerem Maße wahrnehmen als Jüngere. Dieser Effekt könnte allerdings durch eine objektivere Risikoabschätzung, zu der ältere Personen auf Grund ihrer Lebenserfahrung vermutlich besser in der Lage sind, abgeschwächt werden.

Wie bereits oben ausgeführt, ist das objektive Risiko, persönlich Opfer eines Terroranschlags zu werden äußerst gering (Mueller 2006: 2). Dagegen ist die Gefahr für das eigene Land sowohl für die USA als auch für Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts als höher einzuschätzen. Da es sich bei Bedrohungswahrnehmungen um eine Kalkulation über Fähigkeit und Absicht des Gegenübers handelt, ist eine gewisse kognitive Leistung des Individuums unabdingbar. Personen mit höherem formalem Bildungsgrad sollten daher eine geringere Bedrohungswahrnehmung aufweisen, da sie das bestehende (geringe) Risiko besser einschätzen können. Dies gilt im Besonderen für die persönliche Gefahrenlage.

Für den Einfluss der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit wurden gegenläufige Befunde aus der Literatur präsentiert. Es ist keinesfalls plausibel, dass diese Personen generell stärker von internationalen Gefahren bedroht sind. Sie könnten aber aufgrund ihres Rollenbildes als Minderheit über eine erhöhte Bedrohungswahrnehmung verfügen.

Schließlich sollten Personen, die in Ballungsgebieten leben, eine höhere Perzeption der hier untersuchten internationalen Bedrohungen aufweisen. Alle Terroranschläge der vergangenen

Jahre erfolgten in Großstädten – sowohl in den USA als auch in Europa. Insbesondere die persönliche Gefahreinschätzung Opfer eines Anschlags zu werden, sollte hier deutlich höher ausfallen als im ländlichen Raum. Die geographische Nähe und die sichtbar erhöhte Polizeipräsenz in der Nähe möglicher Anschlagsziele sollte das Bewusstsein einer drohenden Gefahr zusätzlich steigern. Für Deutschland werden in diesem Zusammenhang eine erhöhte Bedrohungswahrnehmung im Westen des Landes erwartet, da sich hier die großen Ballungsgebiete befinden (Pietsch/Fiebig 2011: 266). Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen infolge unterschiedlicher Sozialisationserfahrungen in zwei ideologisch verschiedenen Systemen scheinen dagegen weniger gut geeignet, um die Wahrnehmung terroristischer Bedrohung zu erklären. Empirisch sind sie nicht von den strukturellen Unterschieden der beiden Landesteile zu trennen.

Tabelle 1: Hypothesenübersicht der Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen

Konzept	Theoretische Wirkrichtung
Sozialstrukturelle Merkmale	
Geschlecht (Frau)	+
Alter	+
Bildung (Hoch)	-
Ethnie (Weiß) ¹	-
Region (West) ²	+
Wohnort (Stadt)	+
Gruppenbindung und politische Prädispositionen	
Nationale Verbundenheit	+
Ideologie (Konservativ) ¹ /Ideologie (Rechts) ²	+
Parteiidentifikation Republikaner ¹ /Wahlabsicht CDU/CSU ²	+
Parteiidentifikation Demokraten ¹ /Wahlabsicht SPD ²	-

Angaben: Länderspezifische Variablen: ¹USA, ²Deutschland

Gruppenbindungen und politische Prädispositionen steuern als Teil der sozialen Identität eines Menschen die Wahrnehmung internationaler Bedrohungen. Je stärker sich eine Person mit dem eigenen Land verbunden fühlt, desto höher sollte die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen ausfallen. Zum einen wird die nationale Integrität verletzt, zum anderen sind primär kollektive Symbole Ziele von Terroranschlägen, die in besonderem Maße das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Nation treffen. Eine Risikoabschätzung wird daher nicht nur von rationalen Argumenten, sondern ebenso von affektiven Einflüssen geleitet. Vor allem die nationale Gefahrenwahrnehmung dürfte daher bei Personen mit einer starken Verbundenheit zum eigenen Land ansteigen.

Ähnliches gilt für Personen mit konservativer Ideologie. Während eine eher liberale/linke Selbsteinstufung häufig mit universalistischen und benevolenten Wertorientierungen einhergeht, sind Personen mit konservativer/rechter Einstufung hingegen eher macht- und leistungsorientiert und weisen ein höheres Sicherheitsbedürfnis auf (Caprara et al. 2006: 20; Thorisdottir et al. 2007: 180f.; Schwartz et al. 2010: 429f.). Dadurch sollte sich insgesamt die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen erhöhen. Zum einen wird die Leistungsfähigkeit des Landes (Huddy et al. 2002: 500f.) und die der eigenen Person geschwächt (Huddy et al. 2003: 260). Zum anderen sollte der starke Wunsch nach Sicherheit und Stabilität zu einer Überschätzung möglicher Gefahren von außen führen.

Die Parteiidentifikation dient als Bindeglied zwischen den politischen Entscheidungsträgern und der Bevölkerung. Sie hilft als WahrnehmungsfILTER Information zugunsten der präferierten Partei aufzunehmen und politische Sachverhalte entsprechend einzuordnen (Campbell et al. 1980: 128-136). Da die Abwägung über das Ausmaß einer terroristischen Bedrohung, vor allem für das eigene Land, ein spekulativer Prozess ist, könnten Individuen auf ihre Parteibindung zurückgreifen, um eine Risikoabwägung zu treffen. Eine starke Wirkung ist jedoch nur dann zu erwarten, wenn sich die politischen Parteien unterschiedlich positionieren. In den USA besitzen die Republikaner traditionell die *Issue Ownership*, also die sachthemenbezogene Problemlösungskompetenz, für Fragen der Verteidigung und nationalen Sicherheit (Gadarian 2008: 276). Die Medien übernahmen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 schnell den von George W. Bush vorgegebenen Frame des *War on Terror* in ihrer Berichterstattung (Hutcheson et al. 2004). Anhänger der Republikaner sollten die Argumentation und Rhetorik ihrer präferierten Eliten zu diesen Themen übernehmen und folglich über eine höhere Bedrohungswahrnehmung verfügen als Anhänger der Demokraten oder Personen ohne Parteibindung. Dieser Effekt dürfte unmittelbar nach den Terroranschlägen kaum nachweisbar sein: Der zunächst, maßgeblich durch Anhänger der Demokraten entstandene *Rally Round the Flag*-Effekt²⁸ ließ keine parteipolitischen Unterschiede hinsichtlich terroristischer Bedrohungen erkennen (Hutcheson et al. 2004: 31). In den folgenden Monaten wurde die Opposition

²⁸ Der Begriff *Rally Round the Flag* wurde von Mueller (1973) für den amerikanischen Kontext geprägt. Darunter ist im Allgemeinen zu verstehen, dass die Bevölkerung bei plötzlich auftretenden äußeren Bedrohungen innenpolitische Konflikte hintenanstellt, um der Gefahr von außen gemeinsam Herr zu werden. *Rally*-Effekte wurden in den USA bisher in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg, dem Attentat auf Ronald Reagan im Jahr 1981 und dem Ersten Golfkrieg 1990/1991 nachgewiesen (Perrin/Smolek 2009: 135). Das Zusammengehörigkeitsgefühl kann allerdings durch ausbleibende Erfolge oder andauernde Bedrohung aufgeweicht werden (Juhász 1996: 69). Tatsächlich stiegen die Zustimmungsraten für Präsident Bush von 50 Prozent im August 2001 auf über 90 Prozent im September und Oktober 2001 – dem höchsten Stand für einen Präsidenten in den wöchentlichen Gallup-Umfragen (Jacobson 2003: 200): „The president was now to be evaluated as the defender of the nation against shadowy foreign enemies rather than as a partisan figure of dubious legitimacy“ (Jacobson 2003: 202). Bis Februar 2003 sanken die Zustimmungsraten kontinuierlich bis etwa 55 Prozent, um mit Beginn des Irakkrieges wieder leicht anzusteigen (Jacobson 2003: 200).

gegen die Politik von Präsident Bush in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend stärker (Gadarian 2008: 9). Der Einfluss der Parteiidentifikation sollte hier deutlicher erkennbar werden. Das gilt zum einen für die erhöhte Bedrohungswahrnehmung der Republikaner, aber auch für eine verminderte Risikobewertung durch die Demokraten.

In Deutschland ist die politische Landschaft in Bezug auf mögliche terroristische Gefahren weniger klar strukturiert. Über alle Parteien hinweg wurde versucht, ein objektives Bild der Bedrohungssituation aufzuzeigen. Das führte zu einer erheblichen Reduktion des Elitendisens⁶. Die Parteiidentifikation sollte daher weniger einflussreich sein als in den USA. Dennoch können hier ebenfalls Hypothesen über die Wirkrichtung formuliert werden, denn die Parteiidentifikation gründet sich teils auf bestimmte Wertpräferenzen: So haben Anhänger der CDU/CSU ein stärkeres Bedürfnis nach Stabilität als Personen mit einer anderen Parteiidentifikation oder Personen ohne Parteibindung (Schoen/Schumann 2007: 479; Pietsch/Fiebig 2011: 266). Sie sollten daher eine höhere Bedrohung durch internationalen Terrorismus und den damit in Zusammenhang stehenden Gefahren empfinden, da diese Bedrohungen unmittelbar ihren persönlichen Wertorientierungen zuwider laufen. Personen, die sich mit den Mitte-links Parteien identifizieren, sollten dagegen eine geringere Bedrohungswahrnehmung angeben. Sie zeichnen sich zu einem gewissen Grad durch Interesse an neuen Erlebnissen aus, sind neugierig, offen und tolerant. Sie erproben neue Handlungen und bevorzugen Abwechslung (Schoen/Schumann 2007: 478) und sollten Veränderungen daher vergleichsweise weniger ängstlich entgegen sehen.

2.4. Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen

2.4.1. Bereichsspezifische Grundorientierungen

In dieser Arbeit wird angenommen, dass spezifische außen- und sicherheitspolitische Einstellungen von drei grundlegenden Dimensionen strukturiert werden (Bardes/Oldendick 1990; Holsti 1992; Chittick et al. 1995). Folglich sind diese bereichsspezifischen Grundorientierungen den Einstellungen zu aktuellen Themen in einem hierarchisch strukturierten Modell vorgelagert. Der gegenwärtige Stand der Forschung lässt darauf schließen, dass diese Orientierungen – obwohl als einstellungsbildend für den Politikbereich angenommen – je nach perzipierter Bedrohungssituation beeinflusst werden. Die bereichsspezifischen Grundhaltungen sind also zum einen selbst abhängig von der Stärke der wahrgenommenen Bedrohung. Zum

anderen nehmen sie eine maßgebliche Mediatorrolle für die Einstellungsbildung zu aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Themen ein.

Die erste Grundorientierung betrifft den geographischen Bereich außenpolitischen Handelns, also die Wahl zwischen Internationalismus und Isolationismus. Zweitens kann ein Staat, wenn er sich dafür entscheidet, international einzugreifen, mit anderen Staaten kooperieren oder unilateral handeln. Schließlich ist bei der Wahl außenpolitischer Mittel zu entscheiden, ob und in welchem Umfang militärische Gewalt eingesetzt wird (Russett/Shye 1993; Chittick et al. 1995; Chittick/Freyberg-Inan 2001a, 2001b). Diese drei Dimensionen sind in der Literatur nicht völlig unumstritten. Einigkeit besteht zwar hinsichtlich der Wichtigkeit der Fragen nach dem *ob* und dem *wie* in der Außenpolitik (Internationalismus, Militarismus) und dem *mit wem* (Multilateralismus) (Juhász 1996: 77; siehe auch Wittkopf 1986; Hinckley 1988; Bjereld/Ekengren 1999; Claggett/Shafer 2010), aber nicht über Anzahl und die wechselseitige Unabhängigkeit der Dimensionen (siehe dazu auch die Ausführungen in 2.2.2.; für eine pointierte Zusammenfassung des Forschungsstandes siehe Chittick (2009)).

Obwohl zunächst im amerikanischen Kontext entstanden, wurden die bereichsspezifischen Grundorientierungen in den 1980er und 1990er Jahren erfolgreich auf Deutschland übertragen (Räder 1982; Ziegler 1987; Rattinger 1991). Bis heute wird die deutsche Außenpolitik immer wieder mit den Prinzipien Internationalismus, Multilateralismus und Antimilitarismus verbunden und als Resultat der geschichtlichen Ereignisse aus dem 2. Weltkrieg und dem Nationalsozialismus politisch diskutiert (Longhurst 2004). Aufgrund der deutschen Geschichte versteht sich die Bundesrepublik in der Pflicht, mit konstruktiven Vorschlägen internationale Probleme zu lösen. Dabei ist eine enge multilaterale Zusammenarbeit mit den europäischen und amerikanischen Verbündeten oberste Prämisse (Jedinger/Mader 2015: 95). Der Einsatz militärischer Mittel als Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik wird generell skeptisch gesehen (Jedinger/Mader 2015: 96).

Die Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik unterscheidet sich keineswegs grundsätzlich von der deutschen Außenpolitik. So gilt auf beiden Seiten des Atlantiks ein aktives Engagement auf der internationalen Bühne als durchaus wünschenswert. Generell wird dabei ein multilaterales Vorgehen im Rahmen von NATO und UN bevorzugt (Holsti 2004: 281f.). Allerdings wird Bündnissolidarität nicht uneingeschränkt über die eigene Zielerreichung gestellt: Wenn nötig, sind die Amerikaner sowohl fähig als auch willens, unilateral zu handeln (Holsti 2004: 282; Chittick 2006: 158f.). Prominentes Beispiel ist hier sicherlich der Krieg im Irak, der im Frühjahr 2003 trotz Verweigerung eines UN-Mandats von den USA begonnen

wurde. Die größten Differenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik finden sich bei der Befürwortung des Einsatzes militärischer Gewalt: Während in Deutschland dieser höchstens als ultima ratio angesehen wird, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft sind, zeigen sich die Amerikaner hier weniger zurückhaltend (Everts/Isernia 2015: 108). Gerade zu Beginn des 21. Jahrhunderts unter der Präsidentschaft von George W. Bush können daher größere Unterschiede sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene zwischen den beiden Ländern beobachtet werden.

Nur wenige Studien untersuchen die Wirkung von Bedrohungswahrnehmungen auf grundlegende Orientierungen zu außenpolitischen Zielen eines Landes. Es wird angenommen, dass diejenigen Strategien die meiste Unterstützung finden, die zur Beseitigung, mindestens aber zur Abschwächung der vermeintlichen Gefahr beitragen können. Als Reaktion auf die internationale Bedrohung durch Terrorismus sollte folglich eine internationalistische Vorgehensweise als geeignet erscheinen. Diese würde durch verstärkte multilaterale Kooperation auf eine breite Basis gestellt. Zudem könnten so möglicherweise die Risiken personeller Verluste sowie finanzielle Kosten verringert werden. Unter gesteigerter Bedrohungswahrnehmung dürfte zudem die Anwendung militärischer Gewalt als letzte Möglichkeit durchaus Zustimmung finden.

Empirische Ergebnisse können in erster Linie für den amerikanischen Kontext destilliert werden: Alles in allem sprechen sich hier Personen bei steigender Gefahrenwahrnehmung für eine aktivere Rolle ihres Landes in den internationalen Beziehungen aus (Huddy et al. 2003: 272; Huddy et al. 2005: 601; Merolla/Zechmeister 2009: 164). Dabei wird eine multilaterale Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen, als besonders wünschenswert erachtet (Merolla/Zechmeister 2009: 164). Je größer die terroristische Bedrohung wahrgenommen wird, desto stärker wird der Einsatz militärischer Gewalt als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik unterstützt (Eichenberg 2006: 70; Everts/Isernia 2015: 134). Zudem steigt allgemein die Befürwortung zu militärischen Maßnahmen in Übersee (Huddy et al. 2003: 272; Huddy et al. 2005: 601; Huddy et al. 2007b: 148). Hurwitz und Peffley (1991: 16, 18) konnten bereits in den 1980er Jahren positive Effekte kommunistischer Bedrohung auf die Zustimmung zu Militarismus nachweisen. Ein hohes Bedrohungsgefühl scheint dagegen zu sinkender Akzeptanz einer auf Diplomatie ausgerichteten Sicherheitspolitik zu führen (Hetherington/Suhay 2011: 554).

2.4.2. Spezifische außen- und sicherheitspolitische Einstellungen

Die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen wird nicht nur über die bereichsspezifischen Grundorientierungen vermittelt, sondern beeinflusst auch direkt die Einstellungen der Bürger zu aktuellen sicherheitsrelevanten innen- und außenpolitischen Themen.²⁹ Der Argumentationslinie dieser Arbeit folgend, sollte eine erhöhte Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen die Zustimmung zu einer aggressiven Sicherheitspolitik begünstigen. Das gilt zum einen für Maßnahmen im eigenen Land zum Schutz der Bürger vor möglichen Terroranschlägen und zum anderen für eine stärkere Unterstützung militärischer Maßnahmen gegen den möglichen Aggressor im Ausland. Diese spezifischen Einstellungsänderungen sind Gegenstand der vorliegenden Arbeit. Im Folgenden wird der Stand der bisherigen Forschung zu diesen Themen aufbereitet. Zunächst werden Konsequenzen aus der Perzeption terroristischer Gefahren für die Akzeptanz zur Einschränkung von Freiheitsrechten im Inland sowie Einstellungen zu spezifischen sicherheitsrelevanten Staatsausgaben in Zusammenhang mit der Bekämpfung internationaler Terroristen dargestellt. Anschließend wird der Einfluss erhöhter Bedrohungswahrnehmungen auf Einstellungen zu konkreten militärischen Einsätzen in Afghanistan und im Irak ausgeführt.

Die Wahrnehmung internationaler Bedrohungen durch Terrorismus beeinflusst in erheblichem Maße die Zustimmung zu nationalen Anti-Terrormaßnahmen. Empirische Evidenz ist dazu bisher nur für die USA zu finden. So geht mit einer erhöhten Gefahrenwahrnehmung die Unterstützung für freiheitsbeschränkende Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor weiteren Anschlägen einher (Davis/Silver 2004a: 36; Huddy et al. 2005: 604; Davis 2007: 56; Huddy et al. 2007b: 145). Im Besonderen werden Überwachungsmaßnahmen wie das Abhören von Telefongesprächen (Hetherington/Suhay 2011: 554) und das Lesen von privaten E-Mails durch nationale Sicherheitsbehörden (Huddy et al. 2005: 604; Huddy et al. 2007b: 145) sowie die Installation von Videokameras an öffentlichen Plätzen (Hetherington/Suhay 2011: 554) unterstützt. Selbst eine Zensur der Medien zum Schutz der Bürger (Hetherington/Suhay 2011: 554) sowie die Einführung eines nationalen Ausweisdokuments (Huddy et al. 2005:

²⁹ Neben attitudinalen Veränderungen liegen zudem Studien aus New York City (Huddy et al. 2002) und London (Goodwin et al. 2005) zu konkreten Verhaltensänderungen vor. Personen mit einer erhöhten Bedrohungswahrnehmung durch Terroranschläge änderten folglich ihre Reisepläne, insbesondere von Flugreisen und vermieden die Nutzung öffentlicher Transportmittel sowie Orte mit hohem Anschlagrisiko (Huddy et al. 2002: 504; Goodwin et al. 2005: 400). Häufig wird die Unterstützung nahestehender Personen in Anspruch genommen, um die Bedrohungswahrnehmung zu verarbeiten (Huddy et al. 2002: 504; Goodwin et al. 2005: 400). Nicht geklärt ist bisher, wie lange diese Verhaltensänderungen andauern. Manifestieren sie sich, können sie zu posttraumatischen Störungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen psychischer Natur führen (USA: Silver et al. 2002; Großbritannien: Rubin et al. 2005; Rubin et al. 2007). Dabei wurden posttraumatische Stresssymptome ebenfalls bei Personen beobachtet, die die Terroranschläge gar nicht direkt erfahren haben (Rubin et al. 2005; Rubin et al. 2007).

604; Davis 2007: 78; Huddy et al. 2007b: 145; Hetherington/Suhay 2011: 554) werden als Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus befürwortet. Es finden sich vereinzelt auch Hinweise, dass die Einschränkung der Freiheitsrechte zwar bei nationaler, nicht aber bei persönlicher Bedrohungswahrnehmung, als effektiv angesehen wird (Davis/Silver 2004a: 36; Davis 2007: 78; aber siehe Hetherington/Suhay 2011: 554).

Bedrohungsperzeptionen beeinflussen darüber hinaus Einstellungen zur Verteilung der Staatsausgaben. Es ist anzunehmen, dass eine Erhöhung sicherheitsrelevanter Haushaltsmittel bei Wahrnehmung internationaler Gefahren befürwortet wird, um diesen effizient begegnen zu können. Je höher beispielsweise die kommunistische Bedrohung wahrgenommen wird, desto mehr sind die Bürger in Deutschland wie in den USA mit einer Ausgabensteigerung im Verteidigungsbereich insgesamt einverstanden (Rattinger 1990b: 405; aber siehe Hurwitz/Peffley 1991: 118). Das gleiche Muster finden Feldman und Stenner (1997: 759) zudem für die Bedrohung durch CBRN-Waffen zu Beginn der 1990er Jahre in den USA. Die Perzeption möglicher Gefahren durch den internationalen Terrorismus erhöht zudem die Zustimmung der Amerikaner zu einer Aufstockung des Verteidigungsetats im neuen Jahrtausend (Page/Bouton 2006: 133; Kam/Kinder 2007: 328; Gadarian 2008: 124). Zusätzlich sprechen sich diese Personen überzufällig häufig für höhere Ausgaben im Bereich Grenzsicherung und Krieg gegen den internationalen Terrorismus aus. Gleichzeitig befürworten Personen mit einer höheren Bedrohungswahrnehmung eine Senkung der Entwicklungshilfe für andere Staaten (Kam/Kinder 2007: 328; Gadarian 2008: 124). Nicht-militärische langfristige Maßnahmen scheinen folglich ungeeignet, um die drohende Gefahr abschwächen zu können.

Neben einer höheren Befürwortung militärischer Mittel als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik sollte die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen zudem die Unterstützung für konkrete Militäreinsätze in Übersee steigern. Sowohl in den USA (Page/Bouton 2006: 128; Huddy et al. 2007b: 148) als auch in Deutschland (Pietsch/Fiebig 2011: 273) kann tatsächlich eine erhöhte Zustimmung zu militärischen Einsätzen zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus unter Personen mit erhöhter Gefahreinschätzung nachgewiesen werden. Keine statistisch bedeutsamen Zusammenhänge lassen sich dagegen bisher speziell für den Einsatz in Afghanistan finden. Weder in den USA (Kam/Kinder 2007: 328; Sahar 2008: 193; Everts/Isernia 2015: 127) noch in verschiedenen europäischen Ländern (Biehl et al. 2011: 81; Everts/Isernia 2015: 127) finden sich überzufällige Unterschiede in der Bewertung des Afghanistan-Einsatzes der Bürger nach Bedrohungswahrnehmung durch internationalen Terrorismus. Das ist umso erstaunlicher, weil der Krieg gegen die Taliban als unmittel-

bare Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 einzuordnen ist und als solcher breite Unterstützung im Rahmen der NATO findet.

Einen deutlichen Einfluss der Bedrohungswahrnehmung findet sich in den USA dagegen bei der Zustimmung zum Krieg im Irak. Bei hoher Gefahrenperzeption steigt die Befürwortung generell zu Militäraktionen im Irak substantiell an. Das gilt sowohl für Bedrohungswahrnehmungen durch internationalen Terrorismus (Kam/Kinder 2007: 328; Shambaugh 2013: 36) als auch durch CBRN-Waffen (McFarland 2005: 365; Jacobson 2011: 223). Damit reagieren die Bürger auf beide von der U.S.-Regierung gesetzte Frames zum Irak-Krieg, nämlich zum einen die Verbindungen von Saddam Hussein zu al-Qaida, zum anderen die Prävention vor einem möglichen Angriff durch Massenvernichtungswaffen (Chittick 2006: 2). Neben einer allgemeinen Zustimmung zum Irak-Krieg werden bei erhöhter Bedrohungswahrnehmung zudem spezifische Aussagen mehrheitlich unterstützt, wie etwa der Irak-Krieg war richtig (Jacobson 2007: 161) und die finanziellen Kosten wert (Jacobson 2007: 161; Shambaugh 2013: 40). Ein schneller Abzug aus dem Irak wird nicht befürwortet (Hetherington/Suhay 2011: 554). Allerdings führt eine erhöhte Gefahrenperzeption nicht dazu, dass auch eine steigende Anzahl von Todesopfern akzeptiert wird (Shambaugh 2013: 38). Dabei finden sich keine Unterschiede zwischen nationaler (McFarland 2005: 365; Kam/Kinder 2007: 328; Gadarian 2008: 124; Shambaugh 2013: 36) und persönlicher (Hetherington/Suhay 2011: 554; Shambaugh 2013: 36) Bedrohungswahrnehmung.

Zudem lässt sich feststellen, dass Personen mit einer höheren Gefahreneinschätzung eine höhere Zustimmung zu militärischen Policies aufweisen, wenn sie Medien rezipieren, deren Inhalte mit furchteinflößenden Emotionen verbunden sind, insbesondere bei TV-Nachrichten (Gadarian 2008: 124). Gadarian (2010: 481) konnte diesen Zusammenhang noch fünf Jahre nach den Terroranschlägen in einem Online-Experiment nachweisen. Das ist umso bemerkenswerter, da in dieser Zeit durch eine hohe Anzahl an Medienberichten über Terrorismus und wiederkehrende Bilder der Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon das konkrete Wissen zu diesen Themen in der Bevölkerung gestiegen und Emotionen weniger wirkungsvoll sein sollten.

2.4.3. Hypothesenformulierung Konsequenzen

Die Einstellungsbildung wird in dieser Arbeit als Zusammenspiel von kurzfristigen Informationen sowie langfristigen Prädispositionen und Überzeugungen verstanden (Tabelle 2). Werden die Bürger mit bestimmten Objekten konfrontiert, werden bereits vorhandene und schnell

zugängliche Informationen und Affekte aktiviert. Neue Informationen werden damit zu Gunsten bereits vorhandener Prädispositionen verarbeitet (Taber 2003; Steenbergen/Lodge 2006; Taber/Young 2013). Internalisierte Bedrohungswahrnehmungen können folglich herangezogen werden, um bereichsspezifische Orientierungen sowie spezifische außen- und sicherheitspolitische Policy-Präferenzen abzuleiten. Ausgehend von der *Terror Management Theorie* kann das gesteigerte Bewusstsein der eigenen Sterblichkeit (die sogenannte *Mortality Salience*) zur Unterstützung von aggressivem Verhalten führen, wenn terroristische Bedrohungen wahrgenommen werden (Pyszczynski et al. 2006: 525). Personen, die eine solche objektbezogene Gefahr empfinden, unterstützen eher geeignete Maßnahmen von denen sie glauben, dass sie die Bedrohung verringern oder – im besten Fall – beseitigen (Greenberg et al. 1986; Greenberg et al. 1990; Greenberg et al. 1997; Gordon/Arian 2001; Pyszczynski et al. 2003). Die Bürger suchen folglich nicht zwangsläufig Schutz bei ihnen vertrauten Autoritäten, sondern unterstützen bestimmte Policies, unabhängig davon, welche Elitenakteure diese befürworten (Schoen 2006a: 181).³⁰

Die hier untersuchten Perzeptionen internationaler Bedrohungen können unter dem *War on Terror*-Frame des amerikanischen Präsidenten George W. Bush nach den Anschlägen vom 11. September 2001 subsumiert werden. Demnach scheinen militärische Maßnahmen außerhalb der USA gemeinsam mit den NATO-Partnern (in Afghanistan) und später mit einer „Koalition der Willigen“ (im Irak) notwendig, um den internationalen Terrorismus zu bekämpfen (Chittick 2006; Nau 2008). Daneben wird ebenfalls in Deutschland ein internationalistisches Vorgehen, etwa zur Verteidigung der eigenen Sicherheit „auch am Hindukusch“ (Struck 2004), von der Bundesregierung proklamiert. Personen mit einer erhöhten Bedrohungswahrnehmung in beiden Ländern sollten sich folglich in besonderem Maße für ein aktiveres internationales Engagement ihres Landes aussprechen.

In den USA galt bereits zu Zeiten des Kalten Krieges ein sowjet-zentrierter Internationalismus als Maxime der Außenpolitik, um die kommunistische Bedrohung einzudämmen (Sulfaro/Crislip 1997: 103). Diese (erfolgreiche) Strategie könnte nun auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus⁴ übertragen werden. Um dieses Unterfangen auf eine breitere Basis zu stellen, warben die USA unmittelbar nach den Terroranschlägen im Jahr 2001 für eine multinationale Zusammenarbeit gegen die „Achse des Bösen“. Eine gesteigerte Gefah-

³⁰ Diese These steht zwar nicht im Fokus der vorliegenden Arbeit, wird aber fast schon „nebenbei“ in den empirischen Analysen mitgetestet: Lassen sich robuste Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen bei Kontrolle durch die Parteiidentifikation nachweisen, ist tatsächlich von einem eigenständigem Einfluss der Gefahrenperzeption auf die Einstellungsbildung zu spezifischen Sachfragen auszugehen.

renwahrnehmung sollte folglich mit einer erhöhten Zustimmung zu Multilateralismus einhergehen. Es werden hier stärkere Einflüsse für Deutschland erwartet, da zumindest für die amerikanischen Eliten, der Krieg gegen den Terror im Irak auch ohne ein UN-Mandat durchführbar war. Unter erhöhter Bedrohungswahrnehmung sollte schließlich die grundsätzliche Unterstützung zur Anwendung militärischer Gewalt als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik steigen. Schließlich wurde diese Option in der Öffentlichkeit, auch in Deutschland, prominent vertreten, um die Quelle der terroristischen Bedrohung zu beseitigen (Knelangen 2011).

Tabelle 2: Hypothesenübersicht der Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen

Konzept	Theoretische Wirkrichtung
Bereichsspezifische Grundorientierungen	
Militarismus	+
Internationalismus	+
Multilateralismus	+
Spezifische außen- und sicherheitspolitische Einstellungen	
Einschränkung von Freiheitsrechten	+
Erhöhung sicherheitsrelevanter Staatsausgaben	+
Bekämpfung von Terrorismus	+
Spezifische Militäreinsätze	+

Für die Zustimmung zu spezifischen Militäreinsätzen gibt es in der Literatur mindestens zwei Gruppen an Erklärungsfaktoren: Einerseits werden direkt mit dem Kriegseinsatz verbundene Indikatoren wie konkrete Ziele, wahrgenommene Erfolgsaussichten und Opferzahlen (Mueller 1973; Isernia/Everts 2006; Gelpi et al. 2009; Myers/Hayes 2010; Reifler et al. 2014) angeführt, andererseits wird auf generelle Prädispositionen wie Parteiidentifikation und Ideologie ebenso wie auf die bereichsspezifischen Grundorientierungen zurückgegriffen (Zaller 1992; Berinsky 2007). Zwar bezieht sich die Forschung hierzu primär auf die USA und den amerikanischen Kontext, Jedinger und Mader (2015) konnten beide Erklärungstypen jedoch erfolgreich auf die Zustimmung zum Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan übertragen. Da Militäreinsätze in Deutschland weniger stark parteipolitisch und ideologisch aufgeladen sind als in den USA, könnten Elitensignale hier weniger bedeutsam sein (Jedinger/Mader 2015: 97).³¹ Außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen sollten daher in Deutschland eine stärkere Wirkung auf die Einstellungsbildung zu spezifischen Militäreinsätzen besitzen als in den USA (Juhász 2001; Mader/Schoen 2013; Mader/Pöttschke 2014; Jedinger/Mader 2015;

³¹ Eine Ausnahme stellt sicherlich DIE LINKE dar (Schoen 2010; Pöttschke et al. 2015). Zudem werden Parteiidentifikation und Ideologie dann wirksam, wenn in der politischen Diskussion auf diese Prädispositionen zurückgegriffen wird (Juhász 1996: 121; 2001: 80; Holsti 2004: 232).

Mader 2015). Im Sinne eines hierarchisch strukturierten Einstellungssystems determinieren grundlegende Dispositionen zudem wahrgenommene Erfolgsaussichten und wahrgenommene Opferzahlen (Kull et al. 2003/2004; Berinsky 2007; Baum/Groeling 2009; Everts/Isernia 2015; Mader 2015).³² Einsatzspezifische Faktoren werden aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit in den folgenden empirischen Analysen weitestgehend ausgeblendet. Da sie sich in hohem Maße auf die im Modell enthaltenen politischen Prädispositionen und bereichsspezifischen Grundorientierungen zurückführen lassen, sollte die Nichtberücksichtigung dieser Merkmale in der vorliegenden Arbeit dennoch zu aussagekräftigen Erkenntnissen über die Einstellungsbildung führen.

Aufgrund ihrer prominenten Platzierung im Überzeugungssystem kommt der Perzeption terroristischer Bedrohungen eine besondere Rolle als Determinante für spezifische außen- und sicherheitspolitische Policy-Präferenzen zu. So können Bedrohungswahrnehmungen sowohl direkt als auch indirekt, vermittelt über die bereichsspezifischen Grundorientierungen, wirken. Es wird angenommen, dass eine erhöhte Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen generell die Zustimmung zu einer aggressiven Sicherheits- und Verteidigungspolitik begünstigt. Das gilt zum einen für Maßnahmen im eigenen Land zum Schutz der Bürger vor möglichen Terroranschlägen und für mögliche Umverteilungen von Ressourcen im Staatshaushalt. Zum anderen sollte eine erhöhte Gefahreinschätzung die Unterstützung von konkreten militärischen Maßnahmen im Ausland steigern.

Unmittelbar nach den Terroranschlägen im Jahr 2001 übernehmen auch die amerikanischen Medien den gesetzten Frame des *War on Terror*. Insbesondere in den ersten Monaten nach 9/11 gibt es kaum öffentliche oppositionelle Reaktionen auf diese neue Ausrichtung der nationalen und internationalen Sicherheitspolitik (Entman 2003; Hutcheson et al. 2004). So hat Präsident Bush insgesamt viel Raum, um für Verständnis für sein aggressives militärisches Vorgehen als beste Möglichkeit zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus‘ zu werben. Zudem bezieht sich der amerikanische Präsident in den Folgejahren immer wieder auf die Anschläge vom 11. September, wenn er um Unterstützung für außenpolitische Militärschläge bat (Gadarian 2008: 57).

In Deutschland gilt seit vielen Jahren Antimilitarismus als Maxime der Außenpolitik. Durch die Attentate in den USA und die drohende terroristische Gefahr, von der auch Deutschland betroffen sein könnte, rückt die Beteiligung deutscher Streitkräfte an militärischen Gegen-

³² So konnte beispielsweise Berinsky (2009: 78) zeigen, dass durch die von der Parteidentifikation eingefärbte selektive Wahrnehmung die wahrgenommene Opferzahl im Irak deutlich beeinflusst wird: Demokraten überschätzten, Republikaner unterschätzten die Zahl der tatsächlichen Todesopfer.

maßnahmen in den Fokus der Öffentlichkeit (Knelangen 2011). So unterstützt die Bundesrepublik im Rahmen der NATO die *Operation Enduring Freedom* unter anderem am Horn von Afrika und in Afghanistan sowie speziell die ISAF-Mission in Afghanistan. Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus scheint jedoch nicht jeder Einsatz gerechtfertigt: Eine Beteiligung am Krieg im Irak wird abgelehnt (Longhurst 2004: 90-96) und in den Verhandlungen mit dem Iran besteht Deutschland, im Gegensatz zu den USA, auf eine diplomatische Lösung (Erästö 2011: 420f.). Möglicherweise wird aber diese Haltung bei Deutschen mit erhöhter Gefahreinschätzung als unzureichend angesehen die wahrgenommene Bedrohung in adäquater Weise abzuwehren.

Durch eine stetige bedrohungsintensive Medienberichterstattung zu internationalem Terrorismus, sowohl in den USA als auch in Deutschland, sollte das Informationsniveau der Bürger insgesamt steigen. Es sind daher deutliche Einstellungsänderungen durch wahrgenommene terroristische Gefahren zu erwarten. Es sollten in beiden Ländern jene Maßnahmen Unterstützung finden, die geeignet scheinen die wahrgenommene Bedrohung zu verringern. Erstens sollte die Zustimmung für die Akzeptanz der Einschränkung von Freiheitsrechten im Inland zur Terrorabwehr steigen. Zweitens sollte eine Erhöhung spezifischer sicherheitsrelevanter Staatsausgaben insgesamt befürwortet werden. Drittens sollten konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von internationalem Terrorismus an Zustimmung bei Personen mit erhöhter Bedrohungswahrnehmung gewinnen. Viertens sollte die Perzeption internationaler Gefahren zu einer Unterstützung konkreter militärischer Auslandseinsätze führen. Dies gilt sowohl für aktuelle Krisenherde wie Afghanistan und Irak, aber gleichermaßen für prospektive Militäreinsätze wie etwa im Iran.

Es wird angenommen, dass sich bedrohte Personen sowohl für militärische als auch nicht-militärische Maßnahmen aussprechen, wenn damit die terroristische Gefahr insgesamt verringert werden kann. Der Stand der Forschung aus den USA legt allerdings nahe, dass das nicht für eine Erhöhung der Entwicklungshilfe zutrifft (Kam/Kinder 2007: 328; Gadarian 2008: 124). Eine Erklärung für diesen Befund lässt sich in der Literatur nicht finden. Möglicherweise sind Out-Group-Orientierungen dafür verantwortlich, dass Amerikaner mit erhöhter Bedrohungswahrnehmung keine finanziellen Hilfen in hauptsächlich muslimisch geprägte Länder der Dritten Welt schicken wollen. Zum anderen könnte damit die Befürchtung verbunden sein, dass sich lokale Terroristengruppen an den Geldern bereichern. Inwieweit diese Beziehung für Deutschland zutrifft, ist eine empirische Frage. Zumindest auf Elitenbene wird der Ausbau der Entwicklungshilfe als ein Eckpfeiler im Kampf gegen den internationa-

len Terrorismus verstanden (Knelangen 2011: 199). Um die vermeintliche Quelle der Bedrohung zu beseitigen, sollten folglich neben militärischen auch nicht-militärische Mittel der Sicherheitspolitik Unterstützung finden. Wirtschaftliche Hilfen könnten dabei durchaus als adäquates Instrument zur Verfestigung der Lebensverhältnisse in unsicheren Staaten gelten und helfen, terroristische Vereinigungen zurückzudrängen (Knelangen 2011: 201). Trotz gegenteiliger empirischer Evidenz wird in dieser Arbeit folglich angenommen, dass zivile Maßnahmen wie etwa Entwicklungshilfe als Instrument der Terrorismusbekämpfung von Personen mit erhöhter Bedrohungswahrnehmung verstärkt befürwortet werden.

3. Untersuchungsdesign, Datenbasis und Operationalisierung

3.1. Vorbemerkung

Ziel dieser Arbeit ist ein Vergleich von Determinanten und Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in den USA und in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dafür wurde zunächst in Kapitel 2 ein allgemeines theoretisches Modell formuliert, das anschließend in Kapitel 4 empirisch überprüft werden soll. Die Bedrohungswahrnehmung steht im Fokus der Analysen. Im Folgenden wird das Untersuchungsdesign, die Datenbasis sowie die Operationalisierung der verwendeten Indikatoren vorgestellt. Erstens werden die Vorteile der hier verwendeten Schätzmethode – in Form von Strukturgleichungsmodellen – sowie deren Aufbau dargestellt. Zweitens werden die komparativen Daten der *Transatlantic Trends* beschrieben und Restriktionen sowie damit verbundene Implikationen für die Interpretation der empirischen Ergebnisse erläutert. Drittens wird die Operationalisierung der theoretisch hergeleiteten Konzepte innerhalb des hier postulierten Überzeugungssystems detailliert beschrieben. Beginnend mit den perzipierten Bedrohungswahrnehmungen folgt die Variablenauswahl der Determinanten, bei der zumeist auf etablierte Indikatoren zurückgegriffen werden kann. Induktiver erfolgt dagegen die Operationalisierung der Konsequenzen. Daher werden der exakte Fragewortlaut, die Indexbildung sowie Konsistenzmaße für die latenten Modellierungen detailliert vorgestellt. Für die herangezogenen Indikatoren der Determinanten und der Konsequenzen wird zudem die univariate Verteilung in den USA und in Deutschland angegeben (Details sind Tabelle B2 und Tabelle B3 im Anhang zu entnehmen). So können bereits Niveau-Unterschiede zwischen den beiden Ländern und über die Zeit verdeutlicht werden. Alle Variablen, mit Ausnahme von Alter, sind im Wertebereich von 0 bis 1 kodiert. Die Deskription der Bedrohungswahrnehmungen erfolgt ausführlich zu Beginn von Kapitel 4.

3.2. Untersuchungsdesign

Um das hier theoretisch postulierte hierarchisch strukturierte Einstellungssystem und die aufgestellten Hypothesen empirisch zu testen, werden Strukturgleichungsmodelle (SGM) geschätzt. Dabei sind die Messung latenter Konstrukte mit mehreren Indikatoren (Messmodell) und die Prüfung der Beziehungen zwischen den im Modell aufgenommenen Konzepten (Strukturmodell) die beiden wichtigsten Bestandteile des SGM (Byrne 2012: 15). Während es sich beim Messmodell um eine klassische konfirmatorische Faktorenanalyse handelt, liegt

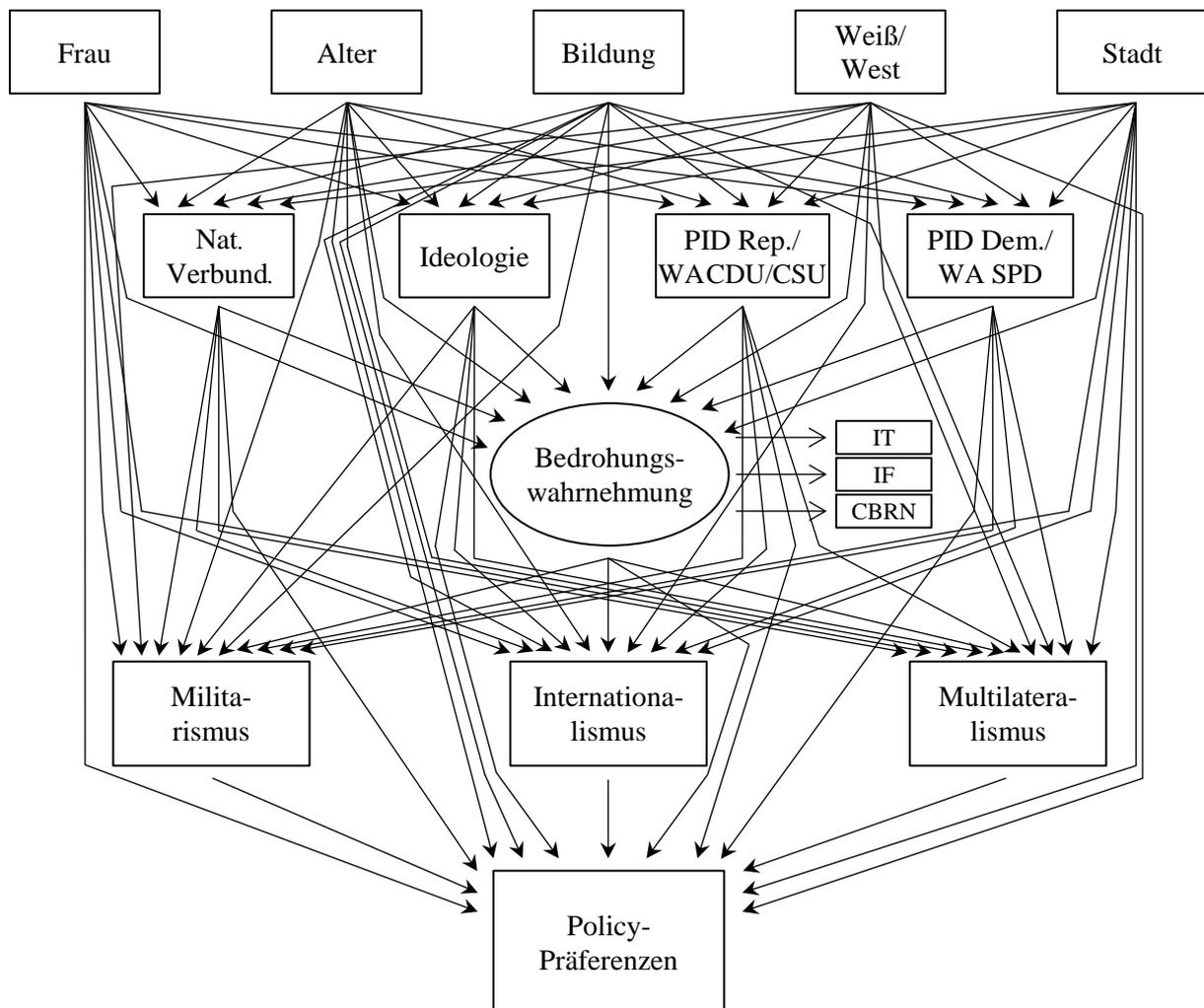
dem Strukturmodell eine Regressionslogik zugrunde. Im Gegensatz zu klassischen OLS-Regressionen können SGM komplexe Strukturen adäquater abbilden, wie etwa die gleichzeitige Aufnahme mehrerer abhängiger Variablen, Mediator- und Moderatoranalysen sowie non-rekursive Beziehungen. Durch die Möglichkeit der simultanen Schätzung mehrerer Regressionsanalysen über verschiedene Ebenen können sowohl direkte als auch indirekte Effekte entsprechend modelliert werden. Die Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen und die Konsequenzen für die Policy-Präferenzen lassen sich somit als *ein* vollständiges Einstellungssystem abbilden. Die interne theoretisch formulierte Struktur kann so einer angemessenen empirischen Überprüfung unterzogen werden.

In Kapitel 2 wurde ein fünfstufiges Modell theoretisch hergeleitet. Auf der dritten Ebene, in der Mitte des hierarchischen Einstellungssystems, sind die Bedrohungswahrnehmungen verortet. Sie werden folglich durch die Elemente auf den beiden vorgelagerten Ebenen determiniert und beeinflussen gleichzeitig ihnen nachgeordnete Orientierungen (Abbildung 1). Diese Struktur spiegelt die Annahme wider, dass apolitische sozialstrukturelle Merkmale einer Person (erste Ebene) und in der formativen Phase der Sozialisation herausgebildete Gruppenbindungen und politische Prädispositionen (zweite Ebene) der Perzeption internationaler Bedrohungen kausal vorgelagert sind. Bereichsspezifische Grundorientierungen (vierte Ebene) und spezifische Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik (fünfte Ebene) werden dagegen von den Bedrohungswahrnehmungen und gleichzeitig von deren Determinanten beeinflusst.

Mithilfe des Messmodells wird die Bedrohungswahrnehmung als latentes Konstrukt aus drei Indikatoren, nämlich internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus und CBRN-Waffen, geschätzt. Für die Analyse wird das vollständige Strukturgleichungsmodell, bestehend aus dem Messmodell und den Strukturmodellen zwischen den hierarchischen Ebenen, aufgestellt (Abbildung 2). Die Schätzungen werden mittels Maximum Likelihood-Verfahrens mit der Statistik-Software Mplus 6.12 durchgeführt. Dabei werden keine Beschränkungen hinsichtlich der Faktorladungen oder der Varianzen der Fehlerterme vorgenommen. Es werden Kovarianzen jeweils zwischen allen Elementen auf der gleichen Ebene unterstellt. Entsprechend der theoretischen Argumentation sollte es sich dabei um Konzepte des gleichen Abstraktionsgrades innerhalb des hierarchischen Einstellungssystems handeln und folglich miteinander empirisch korrelieren (dürfen). Es werden sowohl direkte Effekte zwischen benachbarten Stufen als auch über die Ebenen hinweg modelliert. Zusätzlich werden alle indirekten Effekte mittels Bootstrap-Verfahren mit jeweils 10.000 Wiederholungen geschätzt. Alle Analysen sind repräsentativ nach Geschlecht, Alter, Bildung, Region und für die USA

zusätzlich nach ethnischer Zugehörigkeit gewichtet. Fälle mit fehlenden Werten werden aus den Analysen ausgeschlossen.³³

Abbildung 2: Empirische Modellierung des hierarchisch strukturierten Einstellungssystems, USA/Deutschland



Angaben: Nat. Verbund. = Nationale Verbundenheit, PID Rep./Dem. = Parteiidentifikation Republikaner/Demokraten, WA CDU/CSU/SPD = Wahlabsicht CDU/CSU/SPD, IT = internationaler Terrorismus, IF = islamischer Fundamentalismus, CERN = CERN-Waffen; aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde auf das Einzeichnen der Kovarianzen verzichtet

Für jedes Land und jedes Jahr im Untersuchungszeitraum wird ein identisches Modell aufgestellt, sofern es die Datenlage zulässt. Dieses Untersuchungsdesign ermöglicht es, zum einen Unterschiede zwischen den Ländern und über die Zeit detailliert analysieren zu können. Zum anderen werden die gefundenen Muster einem Robustheitstest unterzogen. Natürlich sollte die

³³ Allerdings wird an einigen Stellen die Operationalisierung bestimmter Indikatoren, beispielsweise der Soziodemographie und der politische Prädispositionen, so gewählt, dass eine höchstmögliche Anzahl an Fällen erhalten bleibt. Bei dichotomen Variablen wird das interessierende Merkmal mit 1 kodiert, alle anderen Möglichkeiten, einschließlich Antwortverweigerung, auf 0 gesetzt.

grundsätzliche Bedeutsamkeit des theoretisch konzeptualisierten Modells nicht dramatisch zwischen den Jahren variieren. Durch das Konstanthalten des Schätzmodells können Differenzen in der relativen Wichtigkeit einzelner Faktoren im Zeitverlauf offengelegt werden. Diese lassen sich streng genommen mit der vorliegenden Schätzmethode zwar nicht eindeutig auf Veränderungen des realweltlichen Kontextes zurückführen, liefern aber erste Hinweise auf das Zusammenspiel zwischen Makro- und Mikroebene. Diese Lesart ist allerdings erheblichen Restriktionen durch die Verwendung verschiedener Indikatoren für die gleichen theoretischen Konzepte im Zeitverlauf unterworfen (siehe dazu auch 3.4. Operationalisierung).³⁴ Eine Diskussion der daraus folgenden Implikationen für den Erkenntnisgewinn findet an entsprechender Stelle statt.

3.3. Datenbasis

Der komparativen Zielsetzung dieser Arbeit entsprechend werden vergleichbare Daten für die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in den USA und in Deutschland benötigt. Für den Zeitvergleich sind Studien vor und nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA und in Europa erforderlich, um die Wirkung dieser Ereignisse adäquat testen zu können. Darüber hinaus sollten die Daten geeignete Indikatoren für die theoretischen Konzepte enthalten. Studienreihen, die diese Anforderungen insgesamt erfüllen, sind jedoch nicht verfügbar. Aus diesem Grund unterliegen die Auswertungen zahlreichen Beschränkungen, die bei der Interpretation der Ergebnisse in entsprechender Weise Berücksichtigung finden.

Um eines der wesentlichen Anliegen dieser Arbeit, dem Vergleich der Determinanten und Konsequenzen in den hier interessierenden Ländern gerecht zu werden, wird auf die *Transatlantic Trends*-Studie (TTS) zurückgegriffen (Tabelle 3).³⁵ Die Verwendung komparativ erhobener Daten erhöht die Vergleichbarkeit der Instrumente zwischen den Ländern. Durch die wortgetreue Übersetzung der Fragetexte ist zwar keine Äquivalenz der Indikatoren per se gegeben, aber ein lexikalisches Äquivalent stellt zumeist die einzig verfügbare Annäherung dar (Westle 2005: 159). Wörtliche Übersetzungen entsprechen daher dem „Standard in der Vergleichenden Politikwissenschaft“ (Rudi 2010: 126). Unklar bleibt dennoch, ob und inwieweit die jeweiligen Fragen kulturell unterschiedlich verstanden werden (van Deth 1998: 6; Westle

³⁴ Insbesondere aus diesem Grund wurde bewusst auf die Arbeit mit gepoolten Datensätzen verzichtet.

³⁵ Detaillierte Informationen zur Studienreihe sowie Download der Codebücher und Topline-Reports der wichtigsten Ergebnisse finden sich auf der Website der *Transatlantic Trends* (<http://trends.gmfus.org/transatlantic-trends>).

2005: 158). In den USA und in Deutschland dürfte das aufgrund zahlreicher Gemeinsamkeiten in der Historie sowie des westlichen Werteverständnisses weitestgehend der Fall sein.

Die *Transatlantic Trends* scheinen zudem aufgrund der erhobenen Indikatoren besonders geeignet, um die hier aufgeworfenen Fragen empirisch zu prüfen. Ziel der TTS ist es, Einstellungen der Bevölkerung zu außen- und sicherheitspolitischen Themen in den USA und in Europa zu beleuchten. Dabei liegt der Fokus auf drei Kern-Themen: Die Wahrnehmung der internationalen Umwelt, die Rolle der USA und der Europäischen Union in der Welt, der Globalisierung und aktuelle geopolitische Ereignisse (CCFR/GMFUS 2002: V). Für die Wahrnehmung der internationalen Umwelt werden unter anderem die Perzeption internationaler Bedrohungen sowie Einstellungen zu verschiedenen Ländern, ebenso wie die Unterstützung internationaler, multilateraler Zusammenarbeit, die Befürwortung militärischer Gewalt und Einstellungen zur NATO(-Erweiterung) erhoben. Um die perzipierte Rolle der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zu erfassen, sind Einstellungen zum Supermachtstatus und zur gewünschten Führungsrolle der beiden transatlantischen Partner in den Daten enthalten. Mit Blick auf das Thema Globalisierung und geopolitische Ereignisse werden die Bevölkerungsmeinungen zu wechselnden aktuellen Themen erhoben wie etwa dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus, den Militäreinsätzen in Afghanistan und im Irak sowie der Aufstieg Chinas zur Weltmacht. Neben diesen inhaltlichen Fragen enthalten die TTS zudem einige politische Prädispositionen wie die Links-Rechts-Selbsteinstufung und die Parteiidentifikation sowie grundlegende sozialstrukturelle Merkmale der Befragten. Indikatoren zur Messung wesentlicher Konzepte wie Persönlichkeitseigenschaften, Wertorientierungen, Emotionen und politische Versiertheit sowie themenspezifische Involvierung und Mediennutzung fehlen dagegen. Aufgrund der Themenvielfalt zu aktuellen Ereignissen können insbesondere die Konsequenzen terroristischer Bedrohungswahrnehmungen tiefergehend analysiert werden. Auf die Einbeziehung zusätzlicher Datenquellen, um spezifische Fragestellungen in dieser Hinsicht ausführlicher zu untersuchen, wird zugunsten der Vergleichbarkeit verzichtet.

Die TTS werden seit 2003 jährlich im Juni in den USA, in Russland, in der Türkei und in verschiedenen Mitgliedsländern der Europäischen Union, darunter Deutschland, mit identischem Fragebogen für alle Länder erhoben. Pro Land und Jahr werden etwa 1000 vollständige Interviews mit Personen über 17 Jahren in Privathaushalten realisiert. Im Gegensatz zu anderen amerikanischen Studien, die lediglich registrierte Wähler erfassen (Rattinger 1990b: 384), erfolgt hier kein systematischer Ausschluss amerikanischer Befragter. Für die vorliegende Arbeit werden aufgrund der Fragestellung nur die Daten aus den USA und Deutschland ver-

wendet. Die Befragungen werden in beiden Ländern telefonisch mittels *RDD*-Stichprobe und *Last-Birthday*-Methode durchgeführt. Das methodische Vorgehen ermöglicht weitestgehend vergleichbare Analysen zwischen den beiden Ländern und über die Zeit. Verzerrungen aufgrund unterschiedlicher Feldzeiten und Modi sind damit nahezu ausgeschlossen.

Für 2002 kann die TTS-Zeitreihe um die Daten der „Worldviews“ ergänzt werden. Dabei wird für die amerikanischen Befragten auf die Bevölkerungserhebung des *Chicago Council on Foreign Relations* (CCFR) des Jahres 2002 zurückgegriffen. Die europäischen Befragten erhielten einen dazu vergleichbaren Fragebogen, finanziert vom *German Marshall Fund of the United States* (GMFUS).

Tabelle 3: Informationen zu den verwendeten Datensätzen *Worldviews* (2002) und *Transatlantic Trends Survey* (2003-2008), USA und Deutschland

Jahr	Primärforscher	Erhebungszeitraum	Modus	N
2002	Chicago Council on Foreign Relations, German Marshall Fund of the United States	US: 01.06.2002 - 30.06.2002 DE: 06.2002 - 07.2002	US: CAPI, CATI DE: CATI	US: 1121* DE: 1000
2003	Craig Kennedy, Natalie La Balme, Pierangelo Isernia, Philip Everts	US: 10.06.2003 - 25.06.2003 DE: 11.06.2003 - 20.06.2003	CATI	US: 1001 DE: 1000
2004	Craig Kennedy, Natalie La Balme, Pierangelo Isernia, Philip Everts, Richard Eichenberg	US: 06.06.2004 - 26.06.2004 DE: 06.06.2004 - 26.06.2004	CATI	US: 1000 DE: 1001
2005	Craig Kennedy, Natalie La Balme, Pierangelo Isernia, Philip Everts, Richard Eichenberg	US: 01.06.2005 - 15.06.2005 DE: 30.05.2005 - 17.06.2005	CATI	US: 1000 DE: 1001
2006	Craig Kennedy, Natalie La Balme, Pierangelo Isernia, Philip Everts, Richard Eichenberg	US: 05.06.2006 - 22.06.2006 DE: 06.06.2006 - 21.06.2006	CATI	US: 1000 DE: 1000
2007	Craig Kennedy, John Glenn, Natalie La Balme, Pierangelo Isernia, Philip Everts, Richard Eichenberg	US: 05.06.2007 - 23.06.2007 DE: 05.06.2007 - 18.06.2007	CATI	US: 1000 DE: 1009
2008	Craig Kennedy, John Glenn, Natalie La Balme, Pierangelo Isernia, Philip Everts, Richard Eichenberg	US: 05.06.2008 - 23.06.2008 DE: 05.06.2008 - 21.06.2008	CATI	US: 1000 DE: 1000

*In den CCFR-Daten für die USA aus dem Jahr 2002 sind insgesamt N=3262 Fälle enthalten. Die Bedrohungswahrnehmungen wurden allerdings nur von N=1121 Personen erhoben. Daher wird diese Fallzahl als gesamt angegeben.

Aufgrund der Datenverfügbarkeit werden in dieser Arbeit die Bevölkerungseinstellungen in den USA und in Deutschland von 2002 bis 2008 in jährlichen Abständen betrachtet. Zum einen sind keine komparativen Daten zum Forschungsgegenstand vor 2002 verfügbar. Zum anderen werden die Wahrnehmungen terroristischer Bedrohungen nach 2008 selbst in den TTS nicht oder nicht mehr identisch zu den Vorjahren erhoben. Damit ist ein Vergleich der Bedrohungspereptionen, ihrer Determinanten und Konsequenzen vor und nach den Terroran-

schlagen vom 11. September 2001 mit den vorliegenden Daten nicht möglich. Annäherungsweise vergleichbare Studien wie die CCFR für die USA oder die Daten des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI) für Deutschland enthalten entweder andere Indikatoren zur Messung der Bedrohungswahrnehmungen (SOWI) oder zur Messung der Erklärungsvariablen (CCFR).

Mit der empirischen Betrachtung einer kürzeren Zeitreihe, wie hier über sieben Jahre, sind aber sowohl methodische als auch inhaltliche Vorteile verbunden: Aufgrund der Kontinuität des Erhebungsinstituts (Vermeidung sogenannter „house effects“: Firebaugh 1997: 13), der Erhebungsmodi und der Feldzeiten werden methodenbedingte Unterschiede zwischen den Ländern und über die Zeit reduziert.³⁶ Zudem dürfte die Vergleichbarkeit der Indikatoren über die Jahre aufgrund der kurzen Zeitreihe als gegeben betrachtet werden. So sind keine oder lediglich geringe inhaltliche Änderung von Begrifflichkeiten, wie beispielsweise „links“ und „rechts“ oder auch „internationaler Terrorismus“ an sich, zu vermuten. Dies ist eine hinreichende Bedingung komparativer Analysen. Als positiv für den kurzen Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2008 ist darüber hinaus die konstante amerikanische Präsidentschaft von George W. Bush (2001-2009), und damit in gewisser Weise ein konstanter politischer Kontext in den USA, zu betrachten. Im Gegensatz dazu wechselten die politischen Machtverhältnisse in Deutschland 2005 von einer rot-grünen Bundesregierung (1998-2005) unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) zu einer großen Koalition von CDU/CSU und SPD (2005-2009) unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Diese politischen Veränderungen dürften für den Forschungsgegenstand der vorliegenden Arbeit weniger eindrücklich sein als ein Bruch in der amerikanischen Außenpolitik, wie etwa der Wechsel von Präsident Bush zu Präsident Obama im Jahr 2009 und der damit (zumindest zu Beginn) verbundenen *Obamamania* (Hatlapa/Markovits 2010).

3.4. Operationalisierung³⁷

3.4.1. Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen

Die Wahrnehmung internationaler Bedrohungen wurde in den *Transatlantic Trends* und ihrer Vorgängerstudie den *Worldviews* zu verschiedenen Dimensionen und Objekten im Zeitverlauf

³⁶ Abweichungen durch Änderungen im Fragewortlaut, Kontexteffekte durch Variation anderer Fragen oder der Position der Items in den einzelnen Studien lassen sich dagegen nicht ausschließen (Firebaugh 1997: 14).

³⁷ Der exakte Fragetext in Englisch und Deutsch sowie Hinweise zur Operationalisierung sind in Anhang A aufgeführt.

erhoben. Für die vorliegende Arbeit sind lediglich Gefahren der terroristischen Dimension von Interesse. Die entsprechenden Indikatoren wurden aufgrund theoretischer Überlegungen ausgewählt.³⁸ So zeigt sich internationaler Terrorismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts als vielschichtiges Konstrukt: Erstens besteht die wahrgenommene Bedrohung sicherlich aus der subjektiv eingeschätzten generellen Gefahr eines (erneuten) Terroranschlags. Zweitens wird dieser zumeist mit islamischen Fundamentalismus und radikalem Verhalten von Anhängern des Islams assoziiert. Drittens wird die Sorge über Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen oder Staaten, die Terroristen unterstützen, geschürt, wie etwa durch die Bush-Administration allgemein durch den *War on Terror* sowie im Besonderen unmittelbar vor dem Krieg im Irak.

Die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in den USA und in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird daher als nicht direkt beobachtbares latentes Konstrukt operationalisiert, das über drei manifeste Variablen zu den oben genannten Gefahren gemessen wird. Deren Beobachtung wird auf die übergeordnete Bedrohungsperzeption zurückgeführt. Die Wahrnehmung von Gefahren durch internationalen Terrorismus und islamischen Fundamentalismus liegt jährlich von 2002 bis 2008 vor. Die Operationalisierung des Indikators für die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, im Folgenden kurz als CBRN-Waffen bezeichnet, variiert dagegen im Zeitverlauf. Die Items „Entwicklung von Massenvernichtungswaffen durch den Irak“ (2002), „Massenvernichtungswaffen in Nordkorea/im Iran“ (2003)³⁹, „terroristischer Anschlag unter Verwendung von Massenvernichtungswaffen“ (2004), „weltweite Verbreitung von Atomwaffen“ (2005) und „Erwerb von Atomwaffen durch den Iran“ (2006-2008) werden dabei als äquivalent betrachtet. Bei der Interpretation der empirischen Ergebnisse ist aber besonders für das Jahr 2005 die Andersartigkeit des Indikators zu beachten: Während in den übrigen Jahren explizit auf eine mögliche Gefahr durch CBRN-Waffen abge-

³⁸ Zudem wurde die horizontale Strukturierung der Wahrnehmung internationaler Bedrohungen in den USA und in Deutschland in den TTS-Daten an anderer Stelle von der Autorin empirisch getestet (Wagner et al. 2015: 275f.). Demnach ergibt sich in beiden Ländern eine Zwei-Faktorenlösung: Zum einen bilden Gefahren durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und Massenvernichtungswaffen eine latente Dimension. Zum anderen laden Bedrohungen durch wirtschaftliche Krisen, der globalen Erwärmung und einer weltweiten Ausbreitung von Krankheiten zusammen auf einen gemeinsamen zweiten Faktor. Dieses Muster besitzt sowohl für die USA als auch für Deutschland über alle Jahre von 2002 bis 2008 sowie für nationale als auch persönliche Bedrohungswahrnehmungen weitestgehend Gültigkeit. Ergänzende empirische Evidenz findet sich bei Everts/Isernia (2015: 69-78).

³⁹ 2003 wurde die Frage nach den Bedrohungswahrnehmungen zu Massenvernichtungswaffen gesplittet: Die Hälfte der Befragten in beiden Ländern erhielt den Stimulus „Nordkorea“, die andere Hälfte den Stimulus „Iran“. Mittelwertvergleiche zeigen, dass die Zusammensetzung der beiden Gruppen nicht signifikant in verschiedenen sozialstrukturellen Merkmalen und Ausprägungen politischer Prädispositionen differieren (nicht tabellarisch ausgewiesen). Lediglich in den USA sind die Befragten in der Gruppe für Nordkorea im Mittel etwas älter und gehören seltener einer ethnischen Minderheit an. Um Fallzahlverluste zu minimieren, werden die beiden Gruppen für die empirischen Analysen zusammengefasst.

hoben wird, handelt es sich 2005 vielmehr um die generelle Proliferation von Atomwaffen. Im Stimulus ist keine Verbindung zu einer direkten terroristischen Bedrohung gesetzt.

Für das Objekt stehen sowohl zukünftige nationale (2002-2006) als auch persönliche (2005, 2007, 2008) Bedrohungswahrnehmungen für die Analysen zur Verfügung.⁴⁰ Die kollektiven Bedrohungen werden über folgende Frage erhoben: „Ich lese Ihnen nun eine Liste mit möglichen internationalen Bedrohungen für die amerikanischen (USA)/europäischen (Deutschland) Interessen in den nächsten zehn Jahren vor. Sagen Sie mir bitte für jede, ob Sie diese als eine sehr ernstzunehmende Bedrohung, eine ernstzunehmende Bedrohung oder als eine nicht ernstzunehmende Bedrohung ansehen“. Dabei sind Unterschiede hinsichtlich des geographischen Bezugsrahmens in den beiden Ländern zu verzeichnen. Während in den USA tatsächlich nach möglichen Gefahren für das eigene Staatsgebiet gefragt wird, beziehen sich die Bedrohungen für die deutschen Respondenten auf Europa. Einzig für das Jahr 2002 ist in Deutschland durch ein Split-Half-Design die Vergleichsmöglichkeit von nationalen und europäischen Objekten gegeben.⁴¹ Dies wird an entsprechender Stelle in den empirischen Analysen gesondert betrachtet.

Gegen Ende der Zeitreihe verschiebt sich der Fokus von kollektiven zu persönlichen Bedrohungswahrnehmungen mit der Frage: „Bitte sagen Sie mir jeweils, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie persönlich in den nächsten zehn Jahren von den folgenden Bedrohungen betroffen sein werden: Sehr wahrscheinlich, etwas wahrscheinlich, nicht sehr wahrscheinlich, überhaupt nicht wahrscheinlich“. Im Jahr 2005 werden zunächst nationale/europäische, anschließend individuelle Bedrohungswahrnehmungen erhoben. Das erschwert die Vergleichbarkeit für die Perzeption der persönlichen Gefahren von 2005 gegenüber 2007 und 2008, bietet jedoch die Möglichkeit, 2005 explizit Unterschiede in den Determinanten und Konsequenzen je nach Bedrohungsobjekt herauszuarbeiten.

3.4.2. Determinanten

Als Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen werden in dieser Arbeit sozialstrukturelle Charakteristika sowie Gruppenbindung und politische Prädispositionen her-

⁴⁰ Aufgrund eines Methodenexperiments halbiert sich die Fallzahl im Jahr 2006 in beiden Ländern infolge zwei verschiedener Versionen in den Antwortmöglichkeiten für die Bedrohungswahrnehmungen. Für die Vergleichbarkeit über die Zeit werden in dieser Arbeit nur die Ergebnisse derjenigen Gruppe an Befragten dargestellt, die die Abfrage in der Ausführung von 2002-2005 erhielten.

⁴¹ Ein Vergleich der Mittelwerte hinsichtlich sozialstruktureller Merkmale und politischer Prädispositionen zeigt, dass keine statistisch signifikanten Unterschiede in der Zuteilung der Befragten in eine der beiden Bedrohungsgruppen auftraten (nicht tabellarisch ausgewiesen).

angezogen. Für die Soziodemographie werden Geschlecht, Alter, Bildung und der Wohnort der Befragten verwendet. In Deutschland wird zusätzlich Region, in den USA die ethnische Zugehörigkeit aufgenommen. Zur Abbildung der Gruppenbindung und politischen Prädispositionen dienen in den empirischen Analysen die nationale Verbundenheit, Ideologie sowie die Parteiidentifikation in den USA und die Wahlabsicht in Deutschland. Im Folgenden soll die Operationalisierung aller verwendeten Indikatoren für die Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohung vorgestellt und ihre Verteilung auf Aggregatebene in Deutschland und in den USA beschrieben werden. Da theoretisch als langfristig stabile Merkmale verstanden, sollten sich die univariaten Anteile im Zeitverlauf zwischen 2002 und 2008 wenig volatil zeigen. Die exakten Verteilungen der verwendeten Indikatoren sind in Tabelle B2 (für die USA) und in Tabelle B3 (für Deutschland) aufgeführt.

Das Geschlecht der Befragten wird in den TTS klassisch über die Interviewereinschätzung erhoben. Frauen werden auf die 1 kodiert, da von ihnen eine höhere Bedrohungsperzeption angenommen wird. Diese Ausrichtung soll die Verständlichkeit der Interpretation der empirischen Befunde erhöhen. Sowohl in den USA als auch in Deutschland sind in jedem Jahr etwa 52 Prozent der Befragten weiblich.

Das Alter ist in Jahren aufgenommen. 2002 liegen die Daten lediglich kategorisiert in Gruppen vor. Hier wird ein Alters-Dummy für Personen der höchsten Kategorie (65 Jahre und älter) gebildet, um die Interpretation im Vergleich zu den Folgejahren zu erleichtern, in denen das Alter metrisch aufsteigend in den Modellen enthalten ist. Das höhere Skalenniveau wird trotz Problemen in der Vergleichbarkeit zwischen den Jahren beibehalten, um keine Informationen durch die alternative Kategorisierung analog zu 2002 zu verschenken. Im Mittel sind die amerikanischen Befragten 45 Jahre, die deutschen Befragten 48 Jahre alt.

Für das formale Bildungsniveau wird entsprechend der aufgestellten Hypothese eine Dummy-Variable gebildet, wobei hohes Bildungsniveau auf die 1 kodiert wird. In den USA ist das gleichbedeutend mit einem College-Abschluss, in Deutschland mit (Fach-)Abitur und höher. Diese Vereinfachung der Skalenbildung ist notwendig, um die Komparabilität über die Zeit trotz wechselnder Abfragen zwischen den Jahren und zwischen den Ländern aufgrund der unterschiedlichen Bildungssysteme zu gewährleisten. So lassen sich die formalen Bildungsniveaus in den USA und in Deutschland nur bedingt vergleichen. Während in den USA etwa ein Drittel der Befragten (mit größeren Schwankungen) mindestens über einen College-Abschluss verfügt, sind in Deutschland keine 20 Prozent mit (Fach-)Abitur in den Daten enthalten. Diese Unterschiede in der univariaten Verteilung sollten jedoch keinen Einfluss auf den generellen

Wirkmechanismus des formalen Bildungsniveaus auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen besitzen.

Um die geographische Nähe der Befragten zu möglichen Anschlagzielen zu messen, sind keine geeigneten Kennziffern im Datensatz verfügbar. Als beste Annäherung wird daher auf die Information zurückgegriffen ob der Befragte in einer Großstadt (als 1 kodiert) oder einer Kleinstadt oder im ländlichen Raum (beide Optionen als 0 kodiert) lebt. Dahinter liegt die Annahme, dass sich in Großstädten objektiv wahrscheinlicher Ziele eines Terroranschlags befinden und das auch in der Vergangenheit waren (New York City, Madrid, London). Diese Information zum Wohnort wird in den TTS von 2004 bis 2008 erhoben. Der Anteil derjenigen Befragten, die in Metropolregionen leben, variiert im Zeitverlauf in den USA zwischen 30 und 50 Prozent. In Deutschland liegt der Anteil zwischen 30 und 40 Prozent. Solch dramatische Unterschiede lassen sich sicherlich nicht auf tatsächliche Veränderungen im Aggregat zurückführen. Zum einen könnten sie Rückschlüsse auf Variation in der Zusammensetzung der Stichprobe zwischen den Jahren zulassen. Zum anderen handelt es sich bei der Zuordnung des Wohnortes um ein nachträglich durch das Erhebungsinstitut dem Datensatz zugespieltes Merkmal. Die proportionalen Unterschiede könnten folglich ebenfalls Ursache veränderter Definitionskriterien des Erhebungsinstituts sein. Informationen dazu konnten in den verfügbaren Fragebögen und Topline-Reports nicht gefunden werden.

Um länderspezifische Charakteristika zu berücksichtigen wird die ethnische Zugehörigkeit nur in den Modellen für die USA aufgenommen (ab 2003). Dabei wird dichotom zwischen Weißen (etwa 80 Prozent)⁴² und allen anderen Ethnien unterschieden. In Deutschland wird die Region (1=Westdeutsche, etwa 80 Prozent) entsprechend berücksichtigt. Die Zuordnung erfolgt nach Bundesland. Berlin wird zu Westdeutschland kodiert. Beide Indikatoren sollen jeweils auf stabile Einstellungsunterschiede, beispielsweise aufgrund unterschiedlicher Infrastrukturgegebenheiten und Sozialisationserfahrungen (Rattinger 2007: 317f.; Everts/Isernia 2015: 34f.), zwischen den jeweiligen Gruppen kontrollieren. Zudem wurden explizit inhaltliche Hypothesen in Kapitel 2 formuliert. Ethnie und Region sollen dabei selbstverständlich nicht als Äquivalente in den beiden Ländern verstanden werden.

⁴² 2005 sind nach Repräsentativgewichtung allerdings nur noch 60 Prozent der amerikanischen Befragten als Weiße klassifiziert. In den ungewichteten Daten liegt der Anteil dagegen stabil bei 88 Prozent. Das ist umso bemerkenswerter, da im Repräsentativgewicht für die amerikanischen Befragten die ethnische Zugehörigkeit als Merkmal enthalten ist. Die übrigen Gewichtungskriterien (Geschlecht, Alter, Bildung) scheinen hingegen unbeeinflusst.

Idealerweise bilden Nationalismus und Patriotismus die nationale Identität eines Menschen ab, beide selbst wiederum über verschiedene Einzelitems operationalisiert. Dies ist mit den TTS nicht möglich, da beide Merkmale in den Daten fehlen. Stattdessen wird zur Operationalisierung als Annäherung auf die jeweiligen *Feeling-Thermometer* zum eigenen Land zurückgegriffen. Diese werden konventionell eigentlich zur Messung von Einstellungen gegenüber anderen Nationen herangezogen und beinhalten sowohl kognitive als auch affektive Elemente (Hurwitz/Peffley 1999: 539). Zudem stellen sie ein Sammelbecken für langfristige wie kurzfristige Orientierungen zum Gegenstand dar. Stabile Einstellungen sollten sich generell zu Objekten herausbilden, die den Menschen vertraut sind. Es wird daher angenommen, dass die zum eigenen Land geäußerten Gefühle deutlich robuster gegenüber neuen Informationen sind als Bewertungen von anderen Nationen. Sie stellen den bestmöglichen verfügbaren Indikator in den TTS dar um nationale Identität empirisch abzubilden. Sowohl Amerikaner als auch Deutsche fühlen sich sehr stark mit der eigenen Nation verbunden. Auf der vorgegebenen Skala von 0 bis 100 liegt der Mittelwert in Deutschland stets bei über 80. In den USA liegt die Verbundenheit zum eignen Land erwartungsgemäß etwas höher. Allerdings ist hier eine abnehmende Tendenz zu verzeichnen: So fällt die mittlere Sympathiebewertung der Amerikaner für die USA im Jahr 2003 von 91 auf 82 im Jahr 2008.⁴³ 2002 fehlt die nationale Verbundenheit in den Daten für die USA, 2007 fehlt sie für Deutschland.

Die Ideologie wird klassisch über die Selbsteinschätzung auf der Liberal-Konservativ-Achse in den USA und der Links-Rechts-Achse in Deutschland erhoben. In beiden Ländern können die Befragten ihre Position jeweils zwischen sieben Skalenpunkten abstufen. In den USA stand 2002 lediglich eine fünfstufige Skala zur Verfügung. Anhand der Mittelwerte auf einer Skala von 0 bis 1 wird deutlich, dass sich Amerikaner tendenziell konservativ (0,57), Deutsche tendenziell links (0,48) einordnen. Es zeigt sich wenig Variation auf Aggregatebene im Zeitverlauf. Obwohl nicht Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit, können aufgrund der Stabilität der ideologischen Wertvorstellungen zwischen 2002 und 2008 in beiden Ländern zumindest Zweifel hervorgebracht werden, wonach die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen insgesamt zu einem Anstieg konservativer Orientierungen in der Bevölkerung führt (Jost et al. 2003; Echebarria-Echabe/Fernández-Guede 2006; Sahar 2008; Thórisdóttir/Jost 2011). Selbstverständlich ist der Zeitvergleich auf Aggregateben mit den hier verwendeten Querschnittsdaten streng genommen wenig aussagekräftig, weil es sich um sieben unabhängige Stichproben handelt.

⁴³ 2009 lag die mittlere nationale Verbundenheit der Amerikaner bei 81. In den späteren Jahren wurden die *Feeling-Thermometer* in den TTS nicht mehr in vergleichbarer Form erhoben.

Die Parteiidentifikation steht nur in den Daten für die USA zur Verfügung. Sie wird mit der traditionellen Frage (Campbell et al. 1980: 122) über die eigene Zuordnung zur einer der beiden großen Parteien erhoben. Allerdings fehlt die Nachfrage zur Stärke der Verbundenheit. Daher werden zwei dichotome Variablen jeweils für die Parteibindung an die Republikaner und an die Demokraten gebildet statt der klassischen Rangordnung von Anhängern der Republikaner über Unabhängige hin zu Anhängern der Demokraten in einer Variable. Dies ermöglicht eine annähernd vergleichbare Modellspezifikation zu den Berechnungen für die deutschen Befragten. Wie bereits oben erwähnt, fehlt für die Bundesrepublik die Parteiidentifikation. Daher wird hier auf die Wahlabsichts-Frage ausgewichen. Leider ist es aufgrund zu geringer Fallzahlen für die kleinen Parteien (FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Linkspartei.PDS/WASG, seit 2007 DIE LINKE) nicht möglich diese in die Berechnungen aufzunehmen. Daher werden lediglich die Wahlabsicht für CDU und CSU sowie die Wahlabsicht für die SPD als dichotome Variablen aufgenommen. Dies soll dabei jedoch nicht als inhaltliches Äquivalent für eine Parteiidentifikation zu den Republikanern und den Demokraten in den USA verstanden werden.

Sowohl die Parteiidentifikation in den USA als auch die Wahlabsicht in Deutschland unterliegen im Aggregat stärkeren Schwankungen über die Zeit. Generell weisen mehr Amerikaner eine Identifikation mit den Demokraten (etwa 32 Prozent) als mit den Republikanern (etwa 27 Prozent) auf. Dieser Abstand von circa fünf Prozentpunkten findet sich in der Mehrzahl der Untersuchungsjahre. Größere Abweichungen treten um das Jahr 2004 auf: Während sich die Distanz in der Verteilung der Parteiidentifikation in den USA von fünf (2003) auf lediglich einen (2004) Prozentpunkt verringert, beträgt der Abstand zwischen Republikanern und Demokraten nur ein Jahr später (2005) fast zwölf Prozentpunkte. In den deutschen Daten geben tendenziell mehr Befragte eine Wahlabsicht für CDU oder CSU (etwa 32 Prozent) im Gegensatz zur SPD (etwa 24 Prozent) an. 2004 liegen die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen sogar bei fast 15, 2003 und 2005 immerhin bei zehn Prozentpunkten. In den übrigen Jahren sind die Differenzen deutlich geringer, 2007 mit unter zwei Prozentpunkten fast nicht vorhanden.⁴⁴

⁴⁴ Diese Tendenz findet sich ebenfalls in den jeweils im Juni erhobenen Politbarometer-Daten der Forschungsgruppe Wahlen. Im gesamten Untersuchungszeitraum werden hier zwar etwas höhere Werte für eine Wahlabsicht für CDU/CSU und etwas niedrigere Werte für eine Wahlabsicht für die SPD angegeben, die mittlere Wahlabsicht zwischen 2002 und 2008 (etwa 32 Prozent für CDU/CSU und etwa 22 Prozent für SPD) sowie die Unterschiede in den Prozentpunkten zueinander in den einzelnen Jahren sind jedoch weitestgehend identisch.

3.4.3. Konsequenzen

Schließlich werden die Indikatoren für diejenigen theoretischen Konzepte vorgestellt von denen angenommen wird, dass sie von der Perzeption terroristischer Bedrohungen beeinflusst werden. Der Hierarchie des in dieser Arbeit postulierten Einstellungssystems folgend, werden zunächst die Indikatoren für die bereichsspezifischen Grundorientierungen vorgestellt. In einem zweiten Schritt folgen die spezifischen Policy-Präferenzen der Bürger. Neben der detaillierten Beschreibung der Operationalisierung erfolgt jeweils die Darstellung univariater Verteilungen in den USA und Deutschland.

Bei der Suche nach außenpolitischen Grundorientierungen gilt die grundlegende Annahme, dass eine große Anzahl außenpolitischer Einstellungen durch eine geringe Anzahl latenter Einstellungsdimensionen determiniert wird (Juhász 1996: 71). Daher wird zur Bestimmung dieser Grunddimensionen zumeist das Verfahren der explorativen Faktorenanalyse in der Literatur herangezogen (Maggiotto/Wittkopf 1981; Wittkopf 1981; Holsti/Rosenau 1984, 1986; Wittkopf 1986; Holsti/Rosenau 1990; Wittkopf 1990; Chittick et al. 1995; Chittick/Freyberg-Inan 2001a, 2001b). In der vorliegenden Arbeit werden die bereichsspezifischen Grundorientierungen jedoch theoriegeleitet identifiziert und nicht über ein strukturfindendes Verfahren angenähert. In Kapitel 2 wurde zu diesem Zweck eine Trias aus Militarismus, Internationalismus und Multilateralismus zur Beschreibung grundlegender Orientierungen in der Außen- und Sicherheitspolitik theoretisch ausgeführt. An dieser Stelle soll ihre Operationalisierung in der vorliegenden Arbeit beschrieben werden. Mangels Verfügbarkeit geeigneter Daten wird dabei allerdings nicht wie an anderer Stelle (Maggiotto/Wittkopf 1981; Wittkopf 1981; Holsti/Rosenau 1984, 1986; Wittkopf 1986; Holsti/Rosenau 1990; Wittkopf 1990; Chittick et al. 1995; Chittick/Freyberg-Inan 2001a) auf eine Item-Batterie zu Policy-Zielen zurückgegriffen. Stattdessen werden einzelne Indikatoren identifiziert, die das theoretische Konzept bestmöglich abbilden (sollen). Die Vergleichbarkeit über die Zeit wird dabei durch wechselnde Indikatoren erheblich erschwert.

Für das Konzept Militarismus wird für die Jahre 2003 bis 2008 ein Indikator herangezogen, der die grundsätzliche Funktion von Krieg in der Außenpolitik eines Staates misst: „Unter bestimmten Bedingungen ist Krieg notwendig, um Gerechtigkeit zu erlangen“. Demnach befürworten im Mittel etwa zwei Drittel der Amerikaner den Einsatz militärischer Mittel, während diesen nur etwa ein Drittel der Deutschen unterstützen. In beiden Ländern findet sich zudem ein leicht abnehmender Trend in der Zustimmung im Zeitverlauf. Für 2002 wird sich dem Konzept Militarismus über die Wichtigkeit militärischer versus ökonomischer Stärke

eines Landes angenähert. Zwar sprechen sich mehr Amerikaner (28 Prozent) als Deutsche (17 Prozent) für eine Dominanz militärischer Macht aus, allerdings fällt dieser Unterschied deutlich geringer aus als bei der Messung grundsätzlicher Zustimmung zu militärischer Gewalt in den Folgejahren. Besonders problematisch für die empirischen Analysen ist zudem die geringe Fallzahl im Jahr 2002 für die USA aufgrund eines Split-Designs.

Für die Operationalisierung von Internationalismus steht von 2002 bis 2004 ein bewährter Indikator zur Zustimmung von grundsätzlichem außenpolitischem Engagement zur Verfügung. Etwa drei Viertel der Amerikaner und der Deutschen sprechen sich für eine „aktive Rolle [ihres Landes] in der internationalen Politik“ aus. Für 2005 bis 2008 wird als Proxy die Zustimmung zum „Aufbau der Demokratie in anderen Ländern“ herangezogen um Internationalismus abzubilden. Während die Unterstützung der Demokratieförderung in Deutschland auf ähnlich hohem Niveau wie zuvor verbleibt, sinkt die Zustimmung in den USA auf unter 50 Prozent ab. Das lässt sich vermutlich weniger auf den Zeitverlauf als auf den konkreten Fragewortlaut zurückführen: Während in den USA auf das internationale Engagement des eigenen Landes abgehoben wird, bezieht sich die Frage in Deutschland auf die Aufgabenschreibung für die Institution *Europäische Union*. So betrachten die Deutschen den Aufbau der Demokratie in anderen Ländern offenbar mehrheitlich als eine Hauptaufgabe der EU. Die Zustimmung der deutschen Befragten zur Demokratieförderung könnte als grundsätzliches Verständnis der EU als *soft power* interpretiert werden (Hyde-Price 2004: 327; Matlary 2006: 107; Smith 2008: 237).

Geeignete Indikatoren für Multilateralismus sind in den TTS weniger leicht zu identifizieren. Für 2002 wird in Deutschland daher auf die Zustimmung, die Vereinten Nationen als multilaterale Institution zu stärken, zurückgegriffen. 77 Prozent sprechen sich für diese Option aus. In den USA fehlt der Indikator. 2003 wird Multilateralismus in beiden Ländern über die Ablehnung operationalisiert, die Vereinten Nationen notfalls umgehen zu können wenn es „lebenswichtige Interessen unseres Landes“ betrifft. Dies unterstützen 57 Prozent der Deutschen, aber nur 40 Prozent der Amerikaner. Eine Mehrheit in den USA sieht es demnach als gerechtfertigt an, auch ohne UN-Mandat außenpolitisch vorzugehen.⁴⁵ Inhaltlich am geeignetsten, um Multilateralismus zu operationalisieren, scheint die Frage nach internationaler Zusammenarbeit mit den „engsten Bündnispartnern“, wie sie in den Jahren von 2004 bis 2007 erhoben

⁴⁵ Dies scheint zudem kein kurzfristiger Effekt im Windschatten des militärischen Eingreifens im Irak ohne Unterstützung der Vereinten Nationen nur wenige Wochen vor Feldzeitbeginn zu sein. Die identische Frage wurde auch 2004 und 2005 in den TTS erhoben. Weder in Deutschland noch in den USA finden sich substantielle Verschiebungen in der univariaten Verteilung.

wurde. Im Mittel befürworten 80 Prozent sowohl der Amerikaner als auch der Deutschen die Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern. Während diese hohen Zustimmungsraten für die Bundesrepublik wenig überraschend erscheinen, zeigen sie zudem den generellen Wunsch der Amerikaner nach internationaler Kooperation – auch wenn im Ernstfall ad-hoc Koalitionen, wie etwa beim Krieg im Irak, gebildet werden können. Für 2008 ist für beide Länder kein Indikator zur Messung von Multilateralismus verfügbar.

Für die Einstellungen zu spezifischen Themen in der Außen- und Sicherheitspolitik ist es kaum möglich auf Zeitreihen in den TTS zurückzugreifen. Die Variation in den Kontextfaktoren muss bei der Interpretation der empirischen Ergebnisse daher besondere Berücksichtigung finden. Gleiches gilt für die möglicherweise unterschiedliche Wirkung nationaler und persönlicher Bedrohungen. Die Indikatoren werden nach verschiedenen Gesichtspunkten ausgewählt: Zum einen sollte eine möglichst große Bandbreite an Themen untersucht werden, um die empirischen Ergebnisse auf ein breites Fundament stellen zu können. Zum anderen werden verschiedene Dimensionen der Bekämpfung von Terrorismus angesprochen, um mögliche Unterschiede in der Wirkung der Perzeption terroristischer Bedrohungen herausarbeiten zu können. Im Einzelnen werden innenpolitische Maßnahmen der Terrorabwehr in Form der Einschränkung von Freiheitsrechten (2006), die Zustimmung zur Erhöhung sicherheitsrelevanter Staatsausgaben für Verteidigung (2002-2004, 2008) und Entwicklungshilfe (2002, 2003), die Befürwortung militärischer und nicht-militärischer Mittel zur Bekämpfung von Terrorismus im Allgemeinen (2002, 2004) und bei konkreten Einsätzen im Irak (2004) und in Afghanistan (2007, 2008) sowie bei einem hypothetischen Militäreinsatz gegen den Iran (2005, 2007, 2008) betrachtet.

Konsequenzen einer erhöhten Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen beziehen sich nicht nur auf die außenpolitische Ausrichtung eines Landes, sondern ebenso auf innenpolitische Maßnahmen. In Folge der Terroranschläge von 2001 wurden die Freiheitsrechte der Bürger sowohl in den USA als auch in Deutschland beschnitten um zukünftige Attentate in beiden Ländern verhindern zu können. Daher soll in der vorliegenden Arbeit dieses Mittel der Terrorabwehr zusätzlich aufgenommen werden. Die Einschränkung der Freiheitsrechte wird als latentes Konstrukt modelliert, bestehend aus vier Einzelitems: Zustimmung zur Überwachung der Telefongespräche, Überwachung der Kommunikation im Internet, Überwachung der Bankgeschäfte, Installation von Überwachungskameras an öffentlichen Plätzen. Sowohl in den USA ($\alpha=0,82$) als auch in Deutschland ($\alpha=0,76$) weisen die vier Items, gemessen an Cronbach's Alpha, eine akzeptable statistische Passung von etwa 0,80 auf (Schnell et al.

2008: 153; Gerich 2010: 276f.). In der Fragestellung wird explizit der Stimulus gesetzt, diese Maßnahmen seien „Teil der Bemühungen, Terrorismus zu verhindern“. Die univariate Verteilung ist in beiden Ländern nahezu identisch. Im Mittel befürwortet eine Mehrheit der Bürger die Installation von Kameras an öffentlichen Plätzen (68 Prozent) sowie die Überwachung der Kommunikation im Internet (54 Prozent). Etwa 40 Prozent sprechen sich für die Überwachung der Bankgeschäfte und Telefongespräche aus. In Deutschland ist insgesamt eine marginal höhere Zustimmung zur Einschränkung der Freiheitsrechte festzustellen als in den USA.

Die Wahrnehmung internationaler Bedrohungen kann sich darüber hinaus auf die Verteilung der Haushaltsmittel auswirken. Aus diesem Grund werden die staatlichen Ausgaben für Verteidigung und wirtschaftliche Hilfen für andere Länder als sicherheitsrelevante Positionen gesondert betrachtet. Dabei ändert sich im Zeitverlauf der exakte Fragewortlaut: So wird 2002 danach gefragt, ob die betreffenden Regierungsprogramme in monetärer Hinsicht „ausgedehnt, verringert oder ungefähr gleich bleiben“ sollen. In den Folgejahren wird dagegen erhoben, ob die Ausgaben der Regierung „zu viel, zu wenig oder in etwa richtigem Umfang“ erfolgen. Die Skala im Wertebereich von 0 bis 1 wird jeweils so kodiert, dass sich eine aufsteigende Rangfolge im Sinne einer Erhöhung der jeweiligen Haushaltsmittel ergibt. Während die mittlere Zustimmung zur Steigerung der Verteidigungsausgaben in den USA im Jahr 2002 einen Höchstwert von 0,64 erreicht und danach bis 2008 auf etwa 0,44 absinkt, liegt die mittlere Zustimmung in Deutschland zu Beginn der 2000er Jahre bei 0,35 (2002, 2003) und steigt dann leicht auf über 0,40 (0,44 im Jahr 2004, 0,41 im Jahr 2008) im Zeitverlauf an. Im Jahr 2008 steht die Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben in beiden Ländern aufgrund eines Split-Designs in der Umfrage nur für die Hälfte der Befragten zur Verfügung.

Eine Erhöhung der Entwicklungshilfe für andere Nationen wird von den Amerikanern kritischer gesehen. Die mittleren Zustimmungsraten sind hier etwa halb so hoch wie die zu den Verteidigungsausgaben. Die Deutschen befürworteten einen Anstieg in der Entwicklungshilfe dagegen im Jahr 2002 in höherem Maße, nämlich mit 0,45, als die Amerikaner (0,34) und ziehen dies ebenfalls der Erhöhung der Verteidigungsausgaben im gleichen Jahr (0,35) vor. 2003 sinkt die mittlere Zustimmung auf 0,33 in Deutschland und liegt damit zwar immer noch mehr als 0,10 Punkte über dem Wert in den USA (0,21), jedoch auf etwa gleichem Niveau wie für die Ausgaben zur Verteidigung.

Die Zustimmung zu militärischen und nicht-militärischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus wird 2002 und 2004 über verschiedene Indikatoren operationalisiert. 2002 konnten die Befragten ihre Akzeptanz gegenüber drei verschiedenen militärischen Szenarien als

Quasi-Mehrfachnennung angeben: Luftangriffe, Angriffe von Bodentruppen, die Ermordung von Terroristenführern. Es wird eine vierstufige Skala konstruiert, welche die Anzahl der genannten Optionen beinhaltet. Etwa 65 Prozent der Amerikaner befürworten demnach alle drei militärischen Optionen zur Bekämpfung von Terrorismus. Nur knapp sechs Prozent lehnen alle drei Möglichkeiten ab. Die Deutschen sind dagegen deutlich zurückhaltender: 32 Prozent votieren für alle drei angebotenen Optionen, fast 25 Prozent der Befragten stimmen keiner zu. 2004 wird mit einer einzelnen unspezifischen Aussage die Unterstützung zu „militärischen Aktionen zur Zerstörung terroristischer Organisationen“ erhoben. Auch hier äußern sich die Amerikaner (0,65) im Mittel zustimmender als die Deutschen (0,47).

Im gleichen Jahr wird zudem die Möglichkeit nicht-militärischer Optionen über die „Bereitstellung wirtschaftlicher Hilfen zur Erhöhung des Lebensstandards in Ländern, in denen Terroristen angeworben werden“ angeboten. Dies befürwortet zwar eine Vielzahl der Amerikaner (mittlere Zustimmung 0,48), dennoch ist eine klare Präferenz für militärische Maßnahmen (0,65) erkennbar. In Deutschland polarisieren beide Möglichkeiten. Die Zustimmungswerte für ein militärisches Eingreifen liegen im Mittel bei 0,47, für die nicht-militärische Unterstützung bei 0,52 auf einer Skala von 0 bis 1.

Um die Befürwortung des konkreten Einsatzes im Irak zu operationalisieren, sind verschiedene Schritte notwendig. Ziel ist es, analog zur Bekämpfung von internationalem Terrorismus 2002, aus verschiedenen Items eine Zustimmungsskala zu konstruieren. In einem ersten Schritt wird dafür ein Split-Experiment zusammengefasst: In beiden Ländern erhält die Hälfte des Samples eine neutrale Frage zur Kostenabwägung in Zusammenhang mit dem Krieg im Irak. Die andere Hälfte erhält den Zusatz „zur Befreiung des irakischen Volkes“.⁴⁶ Erwartungsgemäß fallen die Zustimmungsraten in der Gruppe mit dem Verweis auf das irakische Volk zwar höher aus, die Unterschiede sind aber als marginal zu bezeichnen: Während in Deutschland die Befürwortung von etwa neun auf elf Prozent bei Nennung der irakischen Bevölkerung ansteigt, erhöht sie sich in den USA von 46 auf 47 Prozent. In einem zweiten Schritt wird den verschiedenen Kontextbedingungen zwischen den USA und Deutschland Rechnung getragen. Während die Amerikaner den Krieg im Irak aktiv forcierten und die „Koalition der Willigen“ anführten, verweigerte Deutschland die Entsendung von Kampftruppen in den Irak. Die Zustimmung zu dieser Entscheidung wird in den USA als Zustimmung zum Irakkrieg gewertet, in Deutschland wird dagegen die Ablehnung der Nicht-Beteiligung als Befürwortung des Irakkrieges angesehen. Das Item wird hier entsprechend rekodiert. Die Be-

⁴⁶ Es treten keine statistisch signifikanten Unterschiede hinsichtlich Sozialstruktur und politischer Prädispositionen bei der Zuordnung der Befragten in eine der beiden Gruppen auf (nicht tabellarisch ausgewiesen).

antwortung beider Fragen zur allgemeinen Kostenabwägung sowie zur konkreten politischen Entscheidung für den Einsatz, wird für den endgültig verwendeten Indikator aufaddiert. Höhere Werte bedeuten eine höhere Zustimmung für den Militäreinsatz im Irak. Während 82 Prozent der Deutschen beide Aussagen zum Irak verneinen und nur drei Prozent beide Aussagen bejahen, stimmen etwa 40 Prozent der Amerikaner dafür und 40 Prozent dagegen. Im Mittel liegt die Zustimmung zum Krieg im Irak damit in den USA (0,51) deutlich über der in Deutschland (0,11).

Für den Militäreinsatz in Afghanistan wird die Befürwortung sowohl militärischer als auch nicht-militärischer Aktionen erhoben. Es stehen für das *militärische* Vorgehen in den Jahren 2007 und 2008 nahezu identische Indikatoren zur Verfügung. In beiden Jahren wird die Zustimmung zur „Durchführung von Kampfeinsätzen gegen die Taliban“ abgefragt. Diese steigt sowohl in den USA als auch in Deutschland zwischen den beiden Jahren an. Insgesamt fällt die Zustimmung in den USA höher aus (im Mittel 0,63 im Jahr 2007 und 0,73 im Jahr 2008) als in Deutschland (im Mittel 0,30 beziehungsweise 0,43). Demnach befürwortet eine deutliche Mehrheit der Amerikaner, aber weniger als die Hälfte der Deutschen ein militärisches Vorgehen gegen die Taliban in Afghanistan.

Nicht-militärische Maßnahmen zur Stabilisierung Afghanistans werden als latentes Konstrukt über die Zustimmung zu drei Items operationalisiert: Sicherung wirtschaftlicher Wiederaufbauprojekte, Hilfe bei der Ausbildung von Polizei und Militär, Bekämpfung des Drogenanbaus. Etwa zwei Drittel der Amerikaner sowie drei Viertel der Deutschen befürworten die genannten Aktionen. Damit sprechen sich die Deutschen deutlich stärker für humanitäre Missionen im Gegensatz zu Kampfeinsätzen in Afghanistan aus. Bei den Amerikanern liegen die Zustimmungsraten zu militärischen und nicht-militärischen Aktionen etwa auf gleichem Niveau. Die interne Konsistenz des latenten Konstrukts ist weniger zufriedenstellend: Sie beträgt in den USA $\alpha=0,66$, in Deutschland sogar nur $\alpha=0,55$.

Neben den Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan wird zudem ein prospektives militärisches Vorgehen gegen den Iran für die empirischen Analysen aufgenommen. Dabei geht es um die Abwägung möglicher Optionen den Iran von der Entwicklung von Atomwaffen abzuhalten. Eine militärische Lösung wird als 1 kodiert, alle anderen Optionen (diplomatischer Druck, wirtschaftliche Anreize, Sanktionen verhängen) als 0. Allerdings wird die Frage 2007 und 2008 in leicht abgemilderter Version im Gegensatz zu 2005 erhoben. Entsprechend sind die Zustimmungsraten in den letzten beiden Jahren höher. 50 Prozent der Amerikaner votieren 2007 und 2008 dafür, sich die Anwendung militärischer Gewalt gegen den Iran als Möglich-

keit offen zu halten, sollten die diplomatischen Bemühungen scheitern. 2005 sind es dagegen nur 18 Prozent. In Deutschland liegt die Zustimmung insgesamt weitaus niedriger. Während ein militärisches Vorgehen 2005 durchweg abgelehnt wird (96 Prozent), stimmen 2007 und 2008 etwa ein Viertel der Deutschen dafür, diese Möglichkeit weiter in Betracht zu ziehen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass für die Operationalisierung der theoretischen Konzepte nicht immer geeignete Indikatoren in den TTS vorliegen. Der Vorteil der Studienreihe besteht in der komparativen Erhebung der Instrumente für die USA und Deutschland. Wechselnde Kontextbedingungen und problembehaftete Proxy-Messungen werden an entsprechender Stelle bei der Interpretation der empirischen Ergebnisse in Kapitel 4 berücksichtigt. Beim Vergleich der Konsequenzen der Perzeption terroristischer Bedrohungen muss darüber hinaus die Unterscheidung zwischen kollektiven und individuellen Gefahrenwahrnehmungen Beachtung finden. Da nicht alle Konzepte für den gesamten Untersuchungszeitraum vorliegen, können die verschiedenen Objekte der Bedrohungswahrnehmung hier nicht erfüllend analysiert werden. Es kann nur jeweils das Objekt zur Erklärung herangezogen werden, das in den Daten im jeweiligen Jahr verfügbar ist (mit Ausnahme von 2005). Das erschwert die Interpretation der gefundenen Zusammenhänge, da keine systematische Trennung zwischen der spezifischen Policy-Präferenz und dem Objekt der Bedrohungswahrnehmung – national (in den USA)/europäisch (in Deutschland) oder persönlich – möglich ist.

Bei der univariaten Betrachtung zeigt sich, dass die amerikanischen Befragten deutlich höhere Zustimmungswerte zum generellen Einsatz militärischer Gewalt als Mittel der Außenpolitik sowie zu konkreten Militäreinsätzen etwa bei der Bekämpfung von internationalem Terrorismus, im Irak und in Afghanistan, aber auch bei einem möglichen zukünftigen Einsatz gegen den Iran aufweisen als die deutschen Befragten. Diese sprechen sich in höherem Maße für nicht-militärische Maßnahmen wie etwa finanzielle Hilfen oder konkrete Wiederaufbauprojekte in Afghanistan aus. Insbesondere die Förderung der Demokratie in anderen Ländern wird in Deutschland als wichtige Aufgabe der Europäischen Union befürwortet. Trotz der gefundenen Niveau-Unterschiede ist die Frage nach der Stärke des Einflusses von Bedrohungswahrnehmungen auf diese spezifischen Einstellungen unbeantwortet. Dies wird Aufgabe von Kapitel 4 sein.

4. Empirische Überprüfung des allgemeinen Modells zu Determinanten und Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen

4.1. Vorbemerkung

Nach der Konzeptualisierung des theoretischen Modells und der Vorstellung der verwendeten Daten und des Untersuchungsdesigns folgt in diesem Kapitel die empirische Überprüfung. In der vorliegenden Arbeit steht die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen im Fokus der Untersuchungen. Dabei wird in allen Analysen auf eine Trias aus der Bedrohung durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen zurückgegriffen. Es erfolgt zunächst eine Deskription der Einzelgefahren, um ein tiefergehendes Verständnis für den Untersuchungsgegenstand zu erhalten. Bedrohungswahrnehmungen werden in dieser Arbeit nach Dimension und Objekt klassifiziert. Daher werden im Folgenden beide Kategorien zur Beschreibung herangezogen. Zum einen soll das Ausmaß der wahrgenommenen terroristischen Gefahr in der amerikanischen und deutschen Bevölkerung erläutert und im Verhältnis zu nicht-terroristischen Bedrohungen, wie etwa ökonomischen und ökologischen Bedrohungen aufgezeigt werden. Zum anderen werden Unterschiede zwischen kollektiver und individueller Perzeption dargestellt. Neben Veränderungen im Zeitverlauf wird zudem die interne Konsistenz der drei Einzelbedrohungen betrachtet, um statistische Aussagen darüber treffen zu können, inwieweit sie tatsächlich manifeste Ausprägungen *eines* übergeordneten Konstrukts darstellen.

Dem Untersuchungsinteresse dieser Arbeit entsprechend sind die folgenden empirischen Analysen in zwei Schritte aufgeteilt: Erstens werden die Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen systematisch untersucht. Als Erklärungsvariablen werden sowohl unpolitische sozialstrukturelle Merkmale als auch soziale und politische Prädispositionen herangezogen. Zweitens werden die Konsequenzen aus der Gefahrenperzeption für die bereichsspezifischen Grundorientierungen sowie für verschiedene spezifische außen- und sicherheitspolitische Policy-Präferenzen ausführlicher betrachtet. Letztere reichen von innenpolitischen Maßnahmen, wie die Einschränkung von Freiheitsrechten und die Erhöhung sicherheitsrelevanter Staatsausgaben über die Zustimmung zu geeigneten militärischen und nicht-militärischen Maßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, hin zu Einstellungen zu konkreten Militäreinsätzen wie im Irak und in Afghanistan bis zu möglichen zukünftigen militärischen Aktionen gegen den Iran.

Die empirischen Analysen dienen der Überprüfung der in Kapitel 2.3.3. und 2.4.3. herausgearbeiteten Hypothesen. Dabei werden sowohl Unterschiede über die Zeit als auch zwischen den Ländern detailliert betrachtet. Besonderes Augenmerk liegt aufgrund der Datenverfügbarkeit zudem auf der Unterscheidung zwischen kollektiv und individuell wahrgenommenen terroristischen Bedrohungen. Die Analysen beginnen jeweils mit der Darstellung bivariater Ergebnisse zwischen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen und den interessierenden Merkmalen und Orientierungen. Anstelle klassischer Zusammenhangsmaße, die manifeste Variablen voraussetzen, wird in dieser Arbeit auf Koeffizienten aus separat geschätzten bivariaten Regressionen zurückgegriffen. So kann die Operationalisierung der Bedrohungswahrnehmung als latentes Konstrukt auch in dieser Betrachtungsweise beibehalten werden. Um eine Vergleichsbasis für die anschließenden multivariaten Analysen zu erhalten, werden in die bivariaten Untersuchungen nur jeweils diejenigen Personen einbezogen, die ebenfalls im finalen Gesamtmodell enthalten sind. Die vorgeschaltete bivariate Betrachtung soll einen ersten Eindruck über die Assoziationen zwischen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohung und den übrigen im Modell enthaltenen Variablen ermöglichen. In der Zusammenschau des bisherigen Forschungsstandes wurde bereits darauf hingewiesen, dass ein Großteil der in der Literatur vorhandenen Studien Effekte ohne Berücksichtigung gewichtiger Kontrollvariablen präsentiert. Die schrittweise Betrachtung von bivariaten und multivariaten Schätzungen soll zum Verständnis grundlegender Wirkmechanismen der herangezogenen Konzepte beitragen und bisherige (empirische) Forschungslücken schließen.

Nach und nach wird schließlich das vollständige Einstellungssystem aus Abbildung 2 aufgebaut. Für jedes Land und jedes Untersuchungsjahr wird ein separates Strukturgleichungsmodell geschätzt (für detaillierte Ausführungen zum Untersuchungsdesign siehe 3.2.). Neben den direkten Effekten stehen auch die indirekten Effekte im Überzeugungssystem im Untersuchungsinteresse der vorliegenden Arbeit. Insbesondere soll die Frage der Mediatorwirkung sowohl für die Determinanten in Form der Gruppenbindung und politischen Prädispositionen sowie der bereichsspezifischen Grundorientierungen für die Konsequenzen wahrgenommener terroristischer Gefahren genauer betrachtet werden. Zur Erhellung der empirischen Ergebnisse aus den multivariaten Modellen werden zudem Befunde für die Einzelbedrohungen (internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus und CBRN-Waffen) präsentiert. So können systematische Abweichungen zum latenten Konstrukt (etwa durch Dominanz eines Merkmals) identifiziert und entsprechend eingeordnet werden. Insgesamt soll diese Vorgehensweise helfen ein tiefergehendes Verständnis zur Wirkung der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen zu entwickeln.

Neben der tatsächlichen Wirkungsrichtung und der Einflussstärke der Gefahrenperzeption wird die Erklärungsleistung der Strukturgleichungsmodelle gesondert besprochen. Für die Determinanten ergeben sich daraus wichtige Erkenntnisse darüber, inwieweit die herangezogenen Indikatoren die Gefahrenperzeption tatsächlich erklären können. Für die Konsequenzen liegt der Fokus auf der *zusätzlichen* Erklärungskraft der Bedrohungswahrnehmung im Gesamtmodell. Neben einem statistisch bedeutsamen Einfluss kann dieser Kennwert helfen, die Bedeutung der Gefahreneinschätzung herauszuarbeiten und zwischen den verschiedenen Modellen zu vergleichen.

4.2. Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen

Internationaler Terrorismus ist kein Phänomen des 21. Jahrhunderts. Das zeigen Ereignisse wie etwa die Anschläge auf das World Trade Center 1993 und auf amerikanische Botschaften in Nairobi (Kenia) und Dar es Salaam (Tansania) 1998. Dennoch scheint die Salienz des Themas gegen Ende des 20. Jahrhunderts in der amerikanischen wie in der deutschen Bevölkerung eher gering. Auf die Frage nach dem wichtigsten Problem in den USA⁴⁷ nennen 1990 und 1994 weniger als ein Prozent der Befragten internationalen Terrorismus. 1998 sind es etwa zwei Prozent. 2002 steigt die Anzahl der Nennungen auf 36 Prozent und verdrängt damit alle anderen innen- wie außenpolitischen Sachfragen in ihrer Wichtigkeit. In Deutschland⁴⁸ steigt die öffentliche Wahrnehmung nach den Terroranschlägen 2001 ebenfalls sprunghaft an: Während im Sommer 2001 nur 13 Prozent der Deutschen die Bekämpfung von internationalem Terrorismus als wichtigste politische Aufgabe der Bundesrepublik ansehen, sprechen sich nur ein Jahr später 41 Prozent bei dieser Sachfrage dafür aus. 2003 sinkt der Anteil dagegen wieder auf 17 Prozent. Die Anschläge vom 11. September 2001 erhöhen also insgesamt die öffentliche Aufmerksamkeit zu diesem Thema auf beiden Seiten des Atlantiks. Der Untersuchungsraum dieser Arbeit fällt – mindestens zu Beginn – in eine Phase hoher Salienz für Fragen terroristischer Bedrohungen und deren Erwidern.

In Abbildung 3 sind die prozentualen Anteile von 2002 bis 2006 derjenigen Personen in den USA und in Deutschland abgetragen, die Bedrohungen durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und die Proliferation von CBRN-Waffen als sehr ernstzunehmend für das jeweilige Territorium in den nächsten zehn Jahren erachten. Während sich die

⁴⁷ Daten sind der Studienreihe „American Public Opinion and U.S. Foreign Policy“ des CCFR entnommen.

⁴⁸ Daten sind der Studienreihe „Sicherheitspolitische Lage“ des Bundesministeriums der Verteidigung entnommen.

geographische Region in den USA auf das eigene Land bezieht, können die deutschen Befragten ihre Gefahrenwahrnehmung für das Gebiet der Europäischen Union angeben.

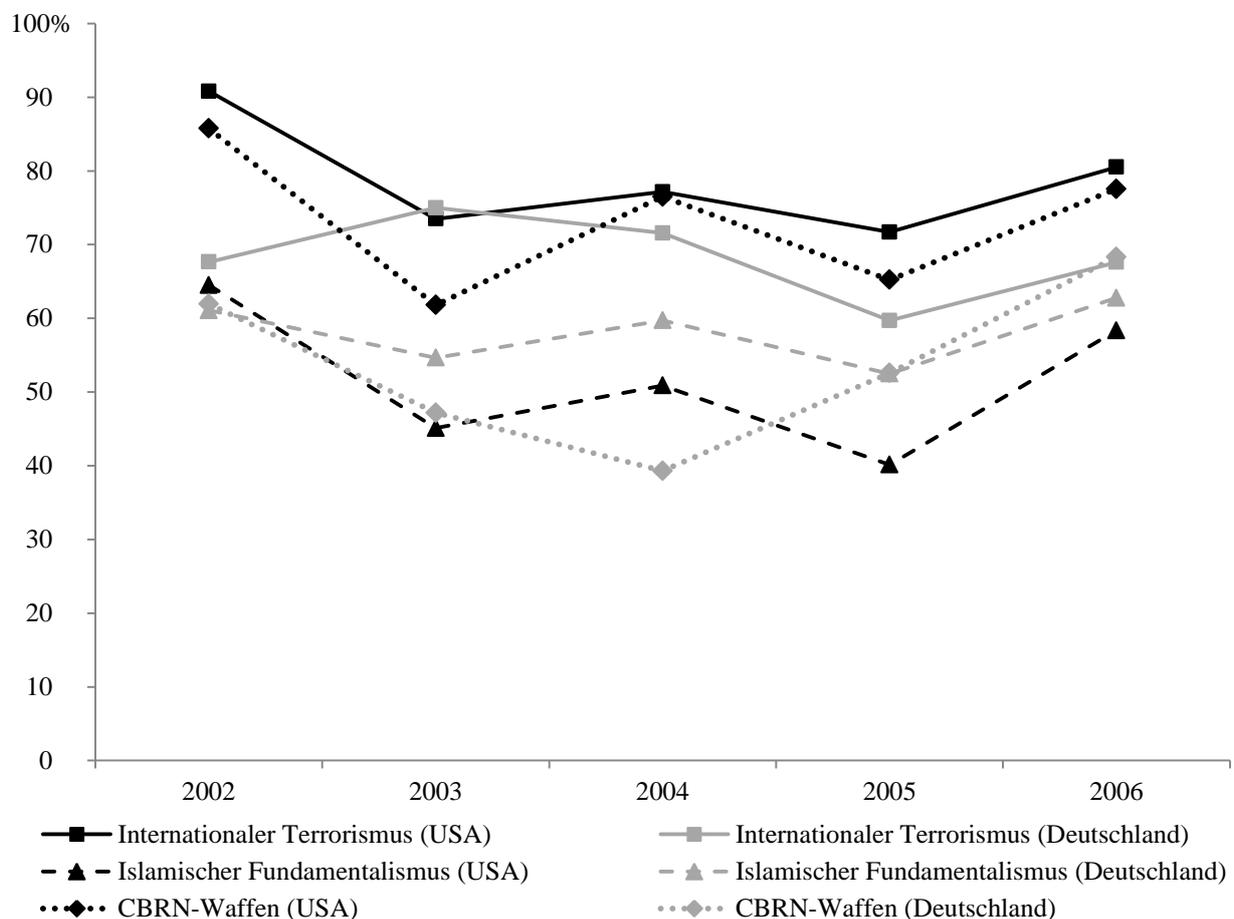
Insgesamt ist ein sehr hohes Niveau der Perzeption für alle drei Bedrohungen festzustellen. Das gilt insbesondere für 2002⁴⁹: 91 Prozent der Amerikaner betrachten internationalen Terrorismus, 86 Prozent die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen durch den Irak und 65 Prozent islamischen Fundamentalismus in diesem Jahr als sehr ernstzunehmende Bedrohung für ihr Land. In keinem weiteren Jahr werden ähnlich hohe Gefahrenperzeptionen für die drei hier aufgeführten Bedrohungstypen in den USA geäußert. Im Jahr 2002 ist durch die hohe Bedrohungswahrnehmung in der amerikanischen Bevölkerung, insbesondere bei internationalem Terrorismus, sicherlich eine Art „Deckeneffekt“ erreicht, der ein weiteres Ansteigen des Niveaus unwahrscheinlich werden lässt. In den Folgejahren wird internationaler Terrorismus stets als höchste Gefahr (etwa um die 75 Prozent) wahrgenommen. Interessanterweise scheinen die Terroranschläge in Madrid im März 2004, nur etwa drei Monate vor Feldzeitbeginn dieses Jahres, kaum Auswirkungen auf die Höhe der Bedrohungswahrnehmung in den USA zu besitzen. Ob der leichte Anstieg von 72 Prozent im Jahr 2005 auf 81 Prozent im Jahr 2006 auf die Attentate in London im Juli 2005 zurückzuführen ist, bleibt Spekulation.

Die Bedrohungswahrnehmung durch CBRN-Waffen zeigt sich volatil als jene durch internationalen Terrorismus. Das dürfte zu einem Großteil auf die Änderungen der Items in den verschiedenen Jahren zurückzuführen sein. Trotz allem lässt sich festhalten, dass der Anteil derjenigen Amerikaner, die Massenvernichtungswaffen zwischen 2002 und 2006 als sehr ernstzunehmende Bedrohung für die USA wahrnehmen stets über 60 Prozent liegt. Besonders hervorzuheben ist 2004: 77 Prozent betrachten hier einen terroristischen Anschlag unter Verwendung von Massenvernichtungswaffen in den nächsten zehn Jahren als sehr ernstzunehmende Bedrohung. Die Sorge, dass der Iran Atomwaffen erwirbt, steigt im Zeitverlauf von 62 Prozent im Jahr 2003 auf 78 Prozent im Jahr 2006. Lediglich die weltweite Verbreitung von Atomwaffen, ohne Bezug zu einem konkreten Terroranschlag oder einem bestimmten Land, wird mit 65 Prozent im Jahr 2005 als weniger bedrohlich für die USA erachtet.

⁴⁹ Als Referenz vor 2002 kann in den USA auf die Daten des CCFR zurückgegriffen werden. Danach steigt die Bedrohungswahrnehmung von internationalem Terrorismus bereits von 71 Prozent im Jahr 1994 auf 86 Prozent im Jahr 1998 an. Das lässt sich im spezifischen Fall möglicherweise auf die weiter oben erwähnten Anschläge auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Dar es Salaam zurückführen, bei denen mehr als 250 Personen getötet wurden, davon zwölf Amerikaner (START 2013). Die Attentate ereigneten sich nur drei Monate vor der 1998 durchgeführten Befragung. Auch die Wahrnehmung einer internationalen Bedrohung durch „the possibility of unfriendly countries becoming nuclear powers“ ist bereits in den 1990er Jahren erhöht (1994: 75 Prozent, 1998: 78 Prozent). Islamischer Fundamentalismus wird im gleichen Zeitraum von etwa 40 Prozent der Befragten als kritisch angesehen. Damit scheint in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts – abgesehen vom Jahr 2002 – ein Rückgang der Bedrohungswahrnehmungen auf das Niveau der 1990er Jahre einzutreten. Für die Bundesrepublik liegen keine vergleichbaren Daten zur Wahrnehmung kollektiver Bedrohungen vor.

Starke Schwankungen über den doch relativ kurzen Zeitraum finden sich bei der Wahrnehmung von Bedrohungen durch islamischen Fundamentalismus. So fällt die Einschätzung einer sehr ernstzunehmenden Bedrohung von 65 Prozent im Jahr 2002 auf 45 Prozent im Jahr 2004, steigt 2004 leicht auf 51 Prozent an, sinkt erneut auf 40 Prozent im Jahr 2005, um sich dann 2006 wieder auf 58 Prozent zu erhöhen. Insgesamt wird die zukünftige nationale Bedrohung durch islamischen Fundamentalismus in den USA als weit weniger bedeutsam im Vergleich zu internationalem Terrorismus und Massenvernichtungswaffen zu Beginn des 21. Jahrhunderts erachtet.

Abbildung 3: Wahrnehmung amerikanischer und europäischer Bedrohungen, 2002 - 2006



Angaben: Anteile „sehr ernstzunehmende Bedrohung“ auf einer 3-Punkt-Skala; Bedrohungswahrnehmung: Nationale (USA)/europäische (Deutschland) Bedrohung

Auch in Deutschland wird internationaler Terrorismus zwischen 2002 und 2006 am bedrohlichsten für die Europäische Union in den nächsten zehn Jahren eingestuft, allerdings auf niedrigerem Niveau als in den USA. Der größte Unterschied ist im Jahr 2002 zu verzeichnen: Während 68 Prozent der Deutschen internationalen Terrorismus als sehr ernstzunehmende Bedrohung wahrnehmen, liegt der Wert in den USA bei 91 Prozent. 2003 und 2004 finden

dagegen Anpassungstendenzen statt. Diese sind auf ein Absinken der Gefahrenperzeption in den USA bei gleichzeitigem Anstieg in Deutschland (auf 75 beziehungsweise 72 Prozent) zurückzuführen. Wie bereits in den USA ist auch in Deutschland kein (erneuter) Anstieg der Bedrohungswahrnehmung im Jahr 2004 zu verzeichnen als der Terror Europa erreicht. Das ist umso verwunderlicher, bezieht sich die Frage in Deutschland doch explizit auf mögliche Bedrohungen für die *europäischen* Interessen. Die Perzeption sinkt 2005 erneut auf knapp 60 Prozent, bleibt aber immer noch auf höherem Niveau im Vergleich zu den übrigen Bedrohungstypen. 2006 steigt die Bedrohungswahrnehmung von internationalem Terrorismus wieder auf 68 Prozent an und erreicht damit den Ausgangswert aus 2002.

Ähnliche Schwankungen wie in den USA finden sich auch bei den deutschen Befragten in Bezug auf Gefahren durch islamischen Fundamentalismus: 2002, 2004 und 2006 zeigt sich die höchste Bedrohungswahrnehmung mit etwa 60 Prozent. 2003 und 2005 fällt das Bedrohungsempfinden der Deutschen dagegen auf etwa 54 Prozent. Im Gegensatz zu den Amerikanern werden Bedrohungen durch CBRN-Waffen als weniger ernstzunehmend in Deutschland eingestuft. 2004 sinkt die Wahrnehmung eines terroristischen Anschlags unter Verwendung von Massenvernichtungswaffen sogar auf unter 40 Prozent. Massenvernichtungswaffen in Nordkorea und im Iran (2003) sowie die weltweite Verbreitung von Atomwaffen (2005) werden etwa von der Hälfte der Befragten als kritisch angesehen. 2002 sind mit der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen durch den Irak und 2006 mit dem Erwerb von Atomwaffen durch den Iran die höchsten Gefahrenwahrnehmungen mit 62 beziehungsweise 68 Prozent zu verzeichnen.

In Abbildung 3 nicht enthalten sind die Anteile der wahrgenommenen *nationalen* Bedrohung für Deutschland im Jahr 2002. Diese liegen für alle drei Bedrohungstypen marginal unter dem Niveau für die europäische Bedrohung: Internationaler Terrorismus 64 zu 68 Prozent, islamischer Fundamentalismus 56 zu 61 Prozent, die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen durch den Irak 61 zu 62 Prozent. Ob dies Ausdruck tatsächlich geringerer Gefahreinschätzung für Deutschland im Gegensatz zum Gebiet der Europäischen Union oder vielleicht auch die Hoffnung der Deutschen widerspiegelt, von einem Terroranschlag im eigenen Land auch in Zukunft verschont zu bleiben, kann in dieser Arbeit nicht tiefergehend untersucht werden.

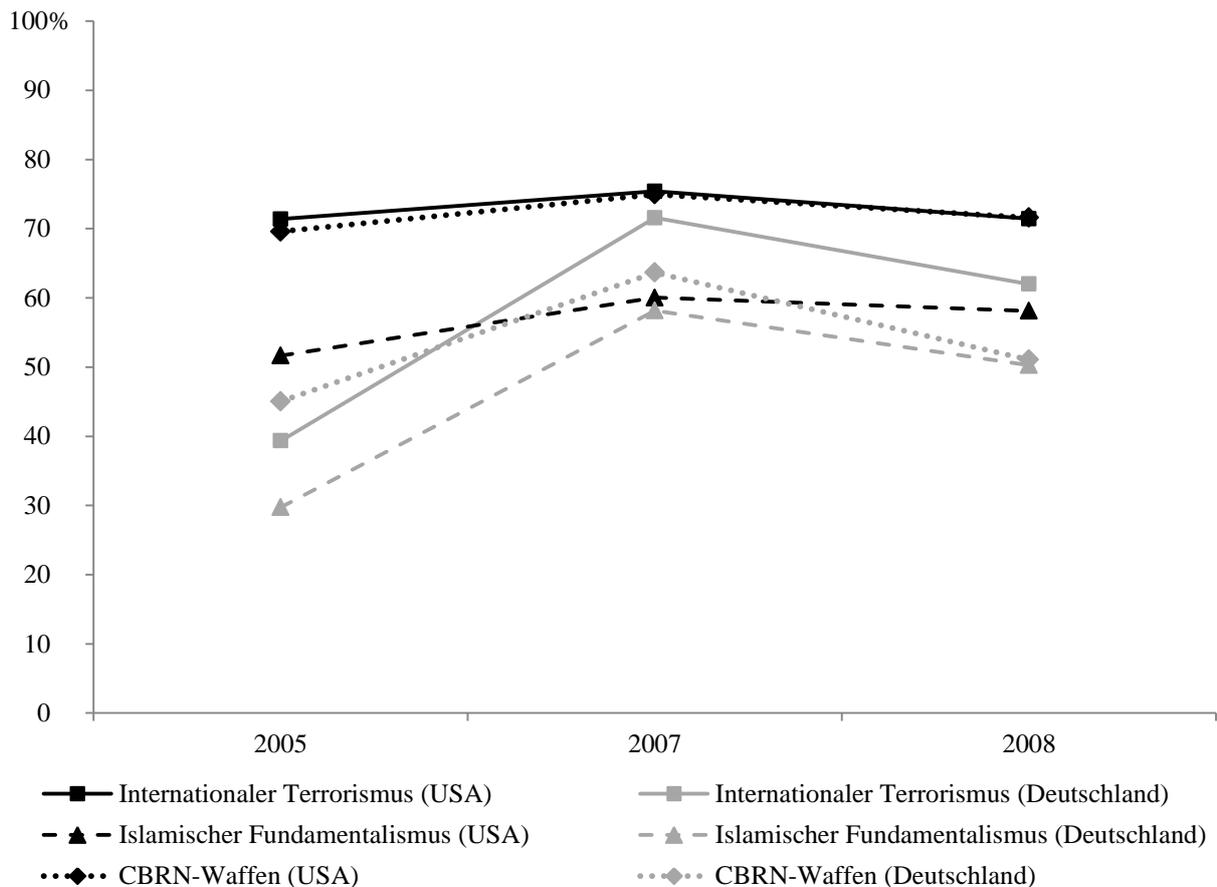
Die Wahrnehmung der Wahrscheinlichkeit persönlich von terroristischen Bedrohungen betroffen zu sein, ist in Abbildung 4 dargestellt. Sie wird in beiden Ländern jeweils 2005, 2007

und 2008 erhoben.⁵⁰ Allerdings wird nur im Jahr 2005 die Frage nach der nationalen/europäischen Perzeption unmittelbar vorangestellt. Vergleiche über die Zeit sind somit nur eingeschränkt möglich. Während sich in Folge der Fragebogenunterschiede dramatische Veränderungen mit bis zu 31 Prozentpunkten zwischen 2005 und 2007 in Deutschland zeigen, scheinen die amerikanischen Befragten nahezu unbeeinflusst. Für alle drei Bedrohungstypen lässt sich in den USA eine annähernd flache Linie zwischen den Jahren feststellen. Ähnlich der kollektiven Gefahrenperzeption, wird hier internationaler Terrorismus und die Verbreitung von Atomwaffen von über 70 Prozent der Befragten am bedrohlichsten wahrgenommen. Es sind praktisch keine Unterschiede im Niveau zwischen den beiden Bedrohungstypen im Zeitverlauf erkennbar. Islamischer Fundamentalismus wird dagegen als weniger kritisch für die persönliche Gefahrensituation eingeschätzt: Lediglich 52 Prozent (2005) beziehungsweise etwa 60 Prozent (2007, 2008) der Amerikaner geben an, in den nächsten Jahren von dieser Bedrohung sehr wahrscheinlich oder wahrscheinlich betroffen zu sein.

In Deutschland zeigt sich für alle drei Bedrohungstypen das gleiche Muster: Weniger als die Hälfte der Befragten nimmt 2005 an, von einer der drei Gefahren sehr wahrscheinlich oder wahrscheinlich in den nächsten Jahren persönlich betroffen zu sein. Dabei schwankt der Anteil zwischen 30 Prozent bei islamischem Fundamentalismus über 39 Prozent bei CBRN-Waffen bis zu 45 Prozent bei internationalem Terrorismus. Zum Jahr 2007 hin steigt die Bedrohungswahrnehmung jeweils um über 20 Prozentpunkte an, zwischen 2007 und 2008 sinkt die Gefahrenperzeption dagegen um jeweils etwa zehn Prozentpunkte. Die Einschätzung der persönlichen Bedrohungssituation zeigt sich für die deutschen Befragten deutlich variabler im Vergleich zu den amerikanischen. Dabei wird internationaler Terrorismus 2008 immer noch von 62 Prozent der Deutschen als wahrscheinliche persönliche Bedrohung wahrgenommen. Islamischer Fundamentalismus und die Sorge um den Erwerb von Atomwaffen durch den Iran liegen bei 50 Prozent.

⁵⁰ Für Deutschland liegen zudem Werte für die persönliche Bedrohungswahrnehmung durch internationalen Terrorismus und Nuklearwaffen aus den Befragungen des SOWI zwischen 1997 und 2003 vor. Danach fühlen sich etwa 46 Prozent der Deutschen Ende der 1990er Jahre persönlich sehr stark oder stark durch internationalen Terrorismus bedroht. Dieser Wert steigt sprunghaft auf 66 Prozent im November/Dezember 2001 an um in den Folgejahren allmählich wieder zu sinken (2002: 61 Prozent, 2003: 59 Prozent). Die Bedrohungswahrnehmung durch Nuklearwaffen bleibt zwischen 1997 und 2002 dagegen weitestgehend stabil bei knapp 50 Prozent. Lediglich 2003 ist ein Bedeutungsverlust im zwölf Prozentpunkte zu verzeichnen. Bedrohung durch religiösen Fundamentalismus wird erst ab 2003 erhoben. Dies kann möglicherweise als Indiz für eine sehr geringe Saliens des Themas interpretiert werden.

Abbildung 4: Wahrnehmung persönlicher Bedrohungen, 2005 - 2008



Angaben: Anteile „sehr wahrscheinliche Bedrohung“ + „etwas wahrscheinliche Bedrohung“ auf einer 4-Punkt-Skala; Bedrohungswahrnehmung: Persönliche Bedrohung

Insgesamt zeigt sich eine höhere Bedrohungswahrnehmung zwischen 2002 und 2008 unter den amerikanischen Befragten. Internationaler Terrorismus wird in beiden Ländern sowohl kollektiv als auch persönlich als am bedeutsamsten unter den hier untersuchten internationalen Bedrohungen angesehen. In den USA belegen die Proliferation von CBRN-Waffen und schließlich islamischer Fundamentalismus die weiteren Plätze. Die Deutschen nehmen diese beiden Bedrohungen kollektiv in ihrer Wichtigkeit umgekehrt wahr. Bei der persönlichen Gefahrenperzeption entspricht die Reihung derer in den USA. Für die persönliche Bedrohungswahrnehmung finden sich in beiden Ländern zudem geringere Niveau-Unterschiede zwischen den drei Bedrohungstypen. Beide Trends könnten allerdings auch auf einen Zeiteffekt zurückzuführen sein. Es ist mit den vorliegenden Daten nicht vollständig auszuschließen, dass die Gefahreinschätzungen in den späteren Jahren in ihrer Bedeutsamkeit variieren und insgesamt weniger stark differenziert werden. Für das Jahr 2005 wäre zwar ein direkter Vergleich des wahrgenommenen Bedrohungspotentials in beiden Ländern möglich, allerdings erschweren sowohl Unterschiede im Fragewortlaut als auch in der Anzahl der Antwortoptio-

nen aussagekräftige Schlussfolgerungen. So lässt sich nur mutmaßen, dass in Deutschland eine höhere zukünftige Gefahrenwahrnehmung für das Gebiet der Europäischen Union als für das Individuum selbst gesehen wird. Dies gilt im Besonderen für internationalen Terrorismus und islamischen Fundamentalismus. In den USA scheint die persönliche Bedrohung dagegen tendenziell als etwas ernstzunehmender eingeschätzt zu werden als die nationale – zumindest für islamischen Fundamentalismus und für die Verbreitung von Atomwaffen. Nur die Bedrohung durch internationalen Terrorismus wird von den Amerikanern vermutlich für beide Objekte als nahezu identisch wahrgenommen.

Neben terroristischen Bedrohungen werden in den TTS auch ökonomische und ökologische Gefahren über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg erhoben (siehe dazu auch die Bezeichnung *Realism Threat* und *Global Threat* bei Everts/Isernia (2015) sowie „harte“ und „weiche“ Bedrohungen bei Wagner et al. (2015)). Ein Ranking der verschiedenen Perzeptionen zeigt, dass in Bezug auf zukünftige kollektive Gefahren die hier untersuchten terroristischen Typen in beiden Ländern als ernstzunehmendere Bedrohungen wahrgenommen werden als wirtschaftliche oder umweltbezogene Probleme. Internationaler Terrorismus wird von Amerikanern und Deutschen durchweg als höchste kollektive Bedrohung eingestuft. Für die persönliche Gefahrenwahrnehmung zeigt sich dagegen eine inverse Reihenfolge. In den USA geben über 80 Prozent der Befragten an, sich persönlich um eine wirtschaftliche Krise zu sorgen – dies liegt fast zehn Prozentpunkte über der Wahrnehmung von Bedrohung durch internationalen Terrorismus. Die Deutschen zeigen sich individuell besonders durch die Folgen der globalen Erwärmung bedroht. Im Jahr 2008 wird diese Diskrepanz besonders augenscheinlich: 85 Prozent der Befragten geben hier an, in den nächsten Jahren sehr oder eher wahrscheinlich von der globalen Erwärmung betroffen zu sein, aber nur 62 Prozent von internationalen Terrorismus.

Dem Untersuchungsinteresse dieser Arbeit entsprechend werden die Bedrohungswahrnehmungen durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und der Proliferation von CBRN-Waffen gemeinsam betrachtet. Das wurde zunächst theoretisch diskutiert. Im Folgenden wird nun auch empirisch die interne Konsistenz der drei Einzelitems näher beleuchtet. Dafür werden verschiedene Maßzahlen herangezogen: Erstens sollen die bivariaten Zusammenhänge mit Hilfe von Gamma beschrieben werden. Zweitens wird Cronbach's Alpha als Maß für die Reliabilität der Konstruktbildung betrachtet. Drittens werden die Faktorladungen aus der konfirmatorischen Faktorenanalyse vorgestellt, welche als Messmodell in

das Strukturgleichungsmodell aufgenommen werden. Die jeweiligen Ergebnisse sind in Anhang B tabellarisch zusammengefasst.

Es zeigen sich durchweg starke positive, statistisch bedeutsame bivariate Zusammenhänge ($\gamma \approx 0,60$) zwischen den drei terroristischen Bedrohungswahrnehmungen in den USA und in Deutschland in allen Untersuchungsjahren (Tabelle B4). Dabei finden sich bei den Amerikanern die stärksten Zusammenhänge zwischen internationalem Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Dieser Trend hält bis 2008 an und scheint ein erstes Indiz für eine erfolgreiche Framing-Strategie der Bush-Administration zu sein, den globalen Krieg gegen den Terror mit Massenvernichtungswaffen in Verbindung zu bringen. In Deutschland findet sich der stärkste Zusammenhang dagegen zumeist zwischen internationalem Terrorismus und islamischen Fundamentalismus. Hier wird Terrorismus scheinbar primär mit religiös motiviertem Fanatismus assoziiert. In beiden Ländern zeigen sich die schwächsten Zusammenhänge stets zwischen islamischen Fundamentalismus und der Proliferation von CBRN-Waffen. In Deutschland ist dieser Effekt deutlich niedriger als in den USA. Zudem sind hier die größten Schwankungen, wie zwischen 2002 ($\gamma = 0,74$) und 2003 ($\gamma = 0,26$), zu verzeichnen.

Insgesamt sind die Assoziationen zwischen allen drei Bedrohungstypen in beiden Ländern im Jahr 2002 am stärksten ausgeprägt. In Deutschland ist die Perzeption internationaler Bedrohungen für das Gebiet der Europäischen Union etwas stärker korreliert als für die persönliche Gefahrenlage. Zudem fallen die Zusammenhänge etwas niedriger für die nationale im Vergleich zur europäischen Bedrohung für das Jahr 2002 aus. In den USA zeigen sich weniger systematische Unterschiede. Während sich für die Zusammenhänge mit internationalem Terrorismus stärkere Korrelationen für die nationale Bedrohungslage finden, ist die persönliche Bedrohung stärker in den Analysen mit der Proliferation von CBRN-Waffen und islamischen Fundamentalismus assoziiert. 2005 werden sowohl die kollektive als auch die individuelle Bedrohungswahrnehmung erhoben. Die bivariaten Zusammenhänge fallen hier durchweg moderater aus als zwischen den verschiedenen Einzelitems. In den USA schwanken die Zusammenhänge im Niveau zwischen Massenvernichtungswaffen ($\gamma = 0,52$), internationalem Terrorismus ($\gamma = 0,49$) und islamischen Fundamentalismus ($\gamma = 0,44$). In Deutschland sind die Assoziationen sogar noch geringer für CBRN-Waffen ($\gamma = 0,41$), islamischen Fundamentalismus ($\gamma = 0,37$) und internationalem Terrorismus ($\gamma = 0,34$). Sowohl Amerikaner als auch Deutsche scheinen folglich zwischen der kollektiven Bedrohung und ihrer eigenen Gefahrenlage zu unterscheiden.

Zur Beschreibung der internen Konsistenz der Bedrohungsskala werden als Maße Cronbach's Alpha (Tabelle B5) sowie die Faktorladungen aus dem Messmodell (Tabelle B6) verwendet. Nach gängiger Konvention in der empirischen Sozialforschung wird ab einem Wert von 0,80 für Cronbach's Alpha von einer akzeptablen Reliabilität gesprochen (Schnell et al. 2008: 153; Gerich 2010: 276f.). Dieser Wert wird in beiden Ländern im gesamten Untersuchungszeitraum nicht erreicht. Die höchsten Werte finden sich bei den persönlichen Bedrohungswahrnehmungen (USA: $\alpha > 0,71$ und Deutschland: $\alpha > 0,60$) und sowohl für die nationale ($\alpha = 0,73$) als auch die europäische ($\alpha = 0,76$) Bedrohungswahrnehmung in Deutschland im Jahr 2002. Die Reliabilität für die Perzeption kollektiver Gefahren liegt in beiden Ländern zwischen $\alpha = 0,50$ und $\alpha = 0,60$.

Die Konstruktvalidität wird mittels konfirmatorischer Faktorenanalyse geprüft. Diese Arbeit folgt der Konvention, wonach in der praktischen Anwendung Faktorladungen über 0,50 als akzeptabel betrachtet werden (Backhaus et al. 2006: 299). Jeweils fünf von 24 Werten pro Land verfehlen diesen Standard. Sowohl in den USA als auch in Deutschland entfallen die höchsten Ladungen auf internationalen Terrorismus. Diese Bedrohung determiniert folglich das Gesamtkonstrukt in erheblichem Maße. Es folgt in den USA die Wahrnehmung von Gefahren durch CBRN-Waffen, in Deutschland von islamischem Fundamentalismus. Unterschiede zwischen nationaler und europäischer Bedrohung sind in Deutschland im Jahr 2002 nicht festzustellen. Im Gegensatz dazu zeigen sich hier Differenzen zwischen persönlicher und kollektiver Bedrohungswahrnehmung – auch im direkten Vergleich für 2005: Die Werte der individuellen Wahrnehmung sind insgesamt stärker korreliert als für die nationale und europäische Gefahrenperzeption. Die zunächst theoretisch vorgenommene Trennung der Bedrohungswahrnehmungen nach Objekt scheint auch empirisch haltbar.

4.3. Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen

4.3.1. Sozialstrukturelle Merkmale

Sozialstrukturelle Merkmale stellen die allgemeinsten Elemente des in dieser Arbeit postulierten hierarchisch strukturierten Einstellungssystems dar. Darunter werden unpolitische Eigenschaften einer Person verstanden, die unbeeinflusst von aktuellen Ereignissen und persönlichen Dispositionen sind. Die Soziodemografie ist daher auf der ersten Stufe des Überzeugungssystems angeordnet und determiniert folglich alle übrigen, ihr nachgeordneten Orientierungen – sowohl direkt als auch indirekt. Zur Erklärung der Wahrnehmung terroristischer

Bedrohungen wurde ein dreistufiges Modell mit den sozialstrukturellen Merkmalen auf der ersten Stufe, Gruppenbindungen und politischen Prädispositionen auf der zweiten Stufe sowie der Bedrohungswahrnehmung auf der dritten Stufe unterstellt. Neben direkten Effekten der sozialstrukturellen Merkmale auf die beiden nachgeordneten Hierarchieebenen des Einstellungssystems werden zudem indirekte Effekte durch Mediation über die Gruppenbindung und politischen Prädispositionen angenommen. Es wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Elemente der zweiten Stufe den Einfluss sozialstruktureller Merkmale auf die Bedrohungswahrnehmung (zusätzlich) vermitteln.

Obwohl zunächst als abstrakte Merkmale definiert, wird die Soziodemographie in dieser Arbeit als Proxy für bestimmte Persönlichkeitseigenschaften, Sozialisationserfahrungen und Wertorientierungen herangezogen. Der unterstellte Wirkmechanismus wurde in Kapitel 2.3.1. dargelegt und zielgerichtete Hypothesen in 2.3.3. abgeleitet. Für die empirischen Analysen stehen für beide Länder das Geschlecht, Alter, Bildung und eine Information zum Grad der Urbanität des Wohnorts der Befragten zur Verfügung. In den USA wird zudem die Ethnie, in Deutschland die Region in die Modelle aufgenommen. Es wird angenommen, dass Frauen, ältere Menschen, Personen mit einem niedrigen formalen Bildungsniveau, Angehörige ethnischer Minderheiten in den USA, Personen aus Westdeutschland und Einwohner von Großstädten eine höhere Bedrohungswahrnehmung aufweisen. Diese Hypothesen werden im Folgenden empirisch geprüft. Erstens werden die bivariaten Assoziationen in den beiden Ländern im Zeitverlauf betrachtet. Dies soll einen ersten Einblick über den Zusammenhang von sozialstrukturellen Merkmalen und der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen vermitteln. Zweitens werden die direkten und indirekten Effekte, einschließlich ihrer Vermittlung über die Gruppenbindung und politischen Prädispositionen, multivariat untersucht.

In Tabelle 4 sind zunächst die Ergebnisse der bivariaten Regressionsanalysen in den USA und in Deutschland von 2002 bis 2008 dargestellt. Insgesamt zeigt sich, dass in beiden Ländern jeweils nur ein Drittel der Koeffizienten statistische Bedeutsamkeit erlangt. In den USA sind zwölf von 37 Koeffizienten (22 für nationale, 15 für persönliche Bedrohung) statistisch signifikant. Dabei sind jeweils sechs Koeffizienten den beiden Bedrohungsobjekten zuzuordnen. In Deutschland überschreiten 14 von 38 Koeffizienten die konventionelle Schwelle 95-prozentiger Sicherheit. Dabei entfallen elf von 23 Werten auf europäische Bedrohung, aber nur drei von 15 auf persönliche Bedrohung. Rein numerisch scheint die Perzeption terroristischer Gefahren in Deutschland im Untersuchungszeitraum also etwas besser erklärbar. Das gilt insbesondere für die Wahrnehmung kollektiver Bedrohungen. Allerdings ist die Erklä-

rungsleistung der einzelnen Determinanten in den USA und in Deutschland insgesamt sehr verschieden. Zudem scheinen sowohl Unterschiede in der Bedeutsamkeit zwischen den Jahren als auch zwischen den beiden Untersuchungsobjekten zu bestehen.

Tabelle 4: Bivariate Effekte der sozialstrukturellen Merkmale auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen, 2002 - 2008

	National/Europäisch					Persönlich		
	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
USA								
Geschlecht (Frau)	0,03 ^a	-0,00	0,01	0,04 ^a	-0,00	0,05 ^b	0,04 ^a	-0,02
Alter (*10)	-0,00	0,01	0,02 ^b	0,00	0,01	0,02 ^b	0,02 ^c	0,01
Bildung (Hoch)	0,00	-0,03	-0,01	0,04	-0,03	-0,02	0,00	-0,01
Ethnie (Weiß)	-	0,01	0,06 ^b	0,02	0,04	-0,02	0,07 ^b	-0,01
Wohnort (Stadt)	-	-	-0,03 ^a	0,05 ^b	-0,03	0,09 ^c	0,02	0,04
Deutschland								
Geschlecht (Frau)	0,06 ^b	0,04 ^b	0,08 ^c	0,06 ^c	0,06 ^b	-0,02	0,02	-0,01
Alter (*10)	-0,02	0,01	0,02 ^c	0,01 ^a	0,01	-0,01	0,02 ^b	0,01 ^a
Bildung (Hoch)	-0,03	-0,06 ^b	-0,06 ^b	-0,10 ^c	-0,06 ^a	-0,04	-0,03	-0,02
Region (West)	0,05	0,04	0,00	-0,02	0,04	0,02	0,04	0,01
Wohnort (Stadt)	-	-	-0,02	-0,01	-0,02	0,04 ^a	0,02	0,02

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b aus bivariater Regression; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; nur Fälle aus Gesamtmodell einbezogen (siehe Tabelle 7); „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland)/persönlicher Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Es wird angenommen, dass Frauen über eine höhere Bedrohungswahrnehmung verfügen als Männer. Dies wird zum einen darauf zurückgeführt, dass sich Frauen aufgrund ihres gesellschaftlichen Rollenverständnisses stärker um ihre Sicherheit und die ihrer Mitmenschen sorgen. Zum anderen neigen sie dazu, Risiken eher zu über- als zu unterschätzen. Dies scheint sich im Wesentlichen für die USA zu bestätigen: Sowohl für die nationale als auch für die persönliche Bedrohungswahrnehmung findet sich hier empirische Evidenz zur Bestätigung der aufgestellten Hypothese. Allerdings ist die Richtung des Einflusses im Verlauf der Untersuchungsjahre nicht konsistent. Alle Koeffizienten, die die Schwelle statistischer Signifikanz überschreiten, sind aber einheitlich positiv. Frauen in den USA weisen, ohne Kontrolle relevanter dritter Faktoren, folglich eine höhere Bedrohungswahrnehmung auf als Männer. Warum dieser Zusammenhang gerade in den Jahren 2002, 2005 und 2007 gilt, lässt sich an dieser Stelle nicht beantworten.

In Deutschland zeigt sich ein klareres Bild zum Einfluss des Faktors Geschlecht auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen: In allen fünf Untersuchungsjahren zur kol-

lektiven Bedrohung verfügen Frauen über eine höhere Gefahrenwahrnehmung als Männer. Keine empirische Evidenz findet sich dagegen für die persönliche Bedrohungsperzeption. Frauen, zumindest in Deutschland, scheinen folglich besorgter in Bezug auf Gefahren für die Gesamtbevölkerung und weniger für sich persönlich. Es ist nicht davon auszugehen, dass es sich bei den geschlechtsspezifischen Unterschieden um reine Methodenartefakte handelt, wie in Kapitel 2.3.1. kurz diskutiert. Würde allein die größere Ehrlichkeit von Frauen in der Interviewsituation zu signifikanten Ergebnissen führen, müsste das in Deutschland auch für die persönlichen Bedrohungsannahmen der Fall sein. Gleiches gilt für die Argumentation hinsichtlich eines generell höheren Bedrohungsempfindens.

Für den Einfluss des Alters einer Person auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen finden sich auf theoretischer Ebene ebenso wie bei den empirischen Befunden gegenläufige Vermutungen in der Literatur. Diese Arbeit folgt der Argumentation, dass mit zunehmendem Lebensalter der Wunsch nach gefestigten Strukturen und nach Erhalt des Bewährten steigt. Ältere Personen sind weniger risikofreudig als jüngere Menschen. Sie sollten folglich äußere Bedrohungen stärker wahrnehmen. Diese Annahme kann sowohl für die USA als auch für Deutschland nach der bivariaten Betrachtung bestätigt werden. Auch wenn nicht alle Koeffizienten ein entsprechendes statistisches Signifikanzniveau erreichen, ist die Wirkrichtung deutlich erkennbar: Je höher das Alter, desto höher auch die Perzeption terroristischer Bedrohungen. Das gilt sowohl für die kollektive als auch für die individuelle Gefahrenwahrnehmung.

Wird allerdings nur das Jahr 2005 betrachtet, in dem Unterschiede in der Einflussstärke für die beiden Objekte genauer untersucht werden können, wird das Bild leicht verwässert. So finden sich in den USA zwar sowohl für die nationale als auch für die persönliche Bedrohungsannahme positive Effekte des Alters, aber nur für die persönliche Perzeption ist die Irrtumswahrscheinlichkeit hinreichend gering, um die angenommene Einflussrichtung zu bestätigen. In Deutschland gilt dies nur für die europäische Bedrohung. Der Koeffizient für die persönliche Bedrohung ist sogar negativ, wenn auch nicht statistisch signifikant. Diese Abweichung wird bei der Betrachtung der multivariaten Ergebnisse erneut diskutiert.

Interessanterweise treten zudem gerade im Jahr 2002 in beiden Ländern negative Effekte, allerdings statistisch unbedeutend, des Alters auf die Gefahreinschätzung auf: Unmittelbar nach den Terroranschlägen verfügen jüngere Menschen tendenziell über eine höhere Bedrohungsannahme. Möglicherweise waren sie in stärkerem Maße überrascht als ältere Personen, die religiös motivierte Attentate – wenn auch freilich nicht in diesem Ausmaß – bereits

mehrfach in den vergangenen Jahrzehnten über die Medien rezipiert haben dürften. In jedem Fall scheinen hier Alters-, Perioden- und Kohorteneffekte die Einstellungsbildung maßgeblich zu beeinflussen.

Ebenfalls eindeutig fallen die Ergebnisse für den Effekt des formalen Bildungsniveaus auf die Wahrnehmung erhöhter terroristischer Bedrohung aus. Während diese in den USA von der Bildung unbeeinflusst scheint, verfügen Personen mit (Fach-)Abitur in Deutschland, wie angenommen, über eine geringere Gefahrenwahrnehmung. Obwohl durchweg alle Koeffizienten in die gleiche Richtung deuten, erreichen nur jene für die Perzeption kollektiver Bedrohung statistische Bedeutsamkeit. Für das Jahr 2002 gilt dies zudem nur für die nationale ($b=-0,10^b$, nicht tabellarisch ausgewiesen), nicht aber für die europäische Bedrohungswahrnehmung. In den USA finden sich dagegen Effekte für positive wie negative Einflussrichtungen. Kein Koeffizient überschreitet aber die konventionelle Schwelle statistischer Signifikanz. Damit kann die aufgestellte Hypothese, wonach mit steigendem formalem Bildungsniveau die wahrgenommene Bedrohung durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und der Proliferation von CBRN-Waffen sinkt, nur teilweise bestätigt werden. Dieser Zusammenhang scheint nur für Deutschland und nur für kollektive Bedrohung zu gelten. Es wird argumentiert, dass Personen mit hoher formaler Bildung das tatsächliche Risiko aufgrund höherer kognitiver Fähigkeiten realistischer einschätzen können und folglich über eine geringere Bedrohungswahrnehmung verfügen. Das sollte im Besonderen für die persönliche Gefahrenlage gelten. Doch genau hierfür findet sich weder in den USA noch in Deutschland empirische Evidenz.

Nicht eindeutig sind die Ergebnisse in Bezug auf Effekte durch die Urbanität des Wohnortes. Personen in Großstädten sollten sich aufgrund der geographischen Nähe zu möglichen Anschlagzielen stärker bedroht fühlen als Bewohner ländlicher Gebiete. Das gilt in Deutschland zudem für den westlichen Landesteil, da sich hier verstärkt wirtschaftliche Ballungszentren befinden. Obwohl alle Effekte (ausgenommen im Jahr 2005 für die europäische Bedrohung) von Westdeutschland als Wohnregion auf die wahrgenommene terroristische Bedrohungen in die angenommene Richtung zeigen, sind sie nicht statistisch signifikant. Und auch für Einwohner von Großstädten findet sich nur geringe überzufällige empirische Beweiskraft für eine stärkere Bedrohungswahrnehmung im Vergleich zu Personen aus Kleinstädten und ländlichen Gebieten in Deutschland. Einzig im Jahr 2005 erhöht das Leben im urbanen Wohnraum die Perzeption persönlicher terroristischer Bedrohung. Dieser Effekt könnte allerdings auch auf den Alpha-Fehler zurückzuführen sein. Der Tendenz nach scheint, entgegen den Erwartungen,

die geographische Nähe zu möglichen Anschlagzielen in Großstädten die Wahrnehmung europäischer Bedrohungen zu verringern, die der persönlichen Bedrohung insgesamt zu erhöhen. Eine Verdrängungsstrategie der Gefahr, wie etwa in London unmittelbar nach den Anschlägen 2005 nachgewiesen (Goodwin et al. 2005: 400), liegt in Deutschland folglich wohl nicht vor.

Auch in den USA finden sich positive Effekte der Größe des Wohnortes auf die Bedrohungsperzeption. Dies gilt, wie in Deutschland für das Jahr 2005, hier allerdings sowohl für die nationale als auch für die persönliche Bedrohung. 2004, kurz nach den Anschlägen auf das öffentliche Nahverkehrssystem in Madrid, zeigt sich dagegen ein negativer statistisch signifikanter Effekt in den USA: Personen in Metropolregionen geben in diesem Jahr eine geringere Bedrohungswahrnehmung an als Einwohner vom Land.

Nicht bestätigen lässt sich die Vermutung, Angehörige ethnischer Minderheiten, wie in den USA etwa Schwarze, Latinos und Asiaten, verfügten über eine höhere Bedrohungswahrnehmung als Weiße. Diese Hypothese wird nur für Amerikaner getestet, da die Fallzahl in Deutschland für Befragte mit verschiedenen ethnischen Abstammungen viel zu gering für empirische Untersuchungen ausfällt. Zudem sind Einstellungsunterschiede nach Ethnie in den USA in der Literatur häufig diskutiert, auch in der Außen- und Sicherheitspolitik (Wittkopf 1981: 117-121; Page/Shapiro 1992: 290-295; Holsti 2004: 227-231; für eine Zusammenfassung siehe Everts/Isernia 2015: 34f.), während sie in Deutschland bisher keine substantielle Rolle spielten. Entgegen der Hypothese zum *white male effect* verfügen weiße Amerikaner über eine höhere nationale Bedrohungswahrnehmung als Angehörige ethnischer Minderheiten. Alle Koeffizienten zeigen in diese Richtung, für das Jahr 2004 ist der beschriebene Effekt statistisch signifikant. Obwohl in zwei von drei Jahren Weiße geringere persönlichen Bedrohungswahrnehmungen aufweisen, ist der einzige positive Effekt auch hier statistisch bedeutsam. So scheinen Mitglieder ethnischer Mehrheiten auch mögliche individuelle Gefahren stärker wahrzunehmen als Angehörige ethnischer Minderheiten.

In der bivariaten Betrachtung zur Erklärung wahrgenommener terroristischer Bedrohung durch sozialstrukturelle Merkmale zeigen sich große Gemeinsamkeiten der Determinanten für die USA und Deutschland. In beiden Ländern perzipieren Frauen, ältere Personen und – mit Einschränkungen – Einwohner von Großstädten ein höheres Gefahrenpotential durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und Massenvernichtungswaffen. Dies gilt zudem für Personen mit niedrigem formalen Bildungsniveau in Deutschland (und der Tendenz nach in den USA) sowie für weiße Amerikaner. Auch wenn nicht alle in 2.3.3. auf-

gestellten Hypothesen empirische Bestätigung finden konnten, lohnt sich ein detaillierter Blick auf die multivariaten Analysen, um ein tiefergehendes Verständnis für die Wirkungsprozesse der hier ausgewählten sozialstrukturellen Merkmale zu erhalten. Wie eingangs erwähnt, werden neben direkten Effekten der Soziodemographie auf die wahrgenommene Bedrohung auch indirekte Effekte, vermittelt über Gruppenbindung und politische Prädispositionen, angenommen. Das erscheint insofern plausibel, als dass die Elemente der zweiten Stufe weniger abstrakt und daher erklärungsstärker für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand ausfallen dürften. Dabei können die sozialen und politischen Grundorientierungen teils auf sozialstrukturelle Merkmale zurückgeführt werden.

In der folgenden multivariaten Betrachtung werden direkte und indirekte Effekte der sozialstrukturellen Merkmale auf die Wahrnehmung kollektiver und individueller terroristischer Bedrohungen in den USA und in Deutschland analysiert. Dazu werden die Ergebnisse aus einem dreistufigen Gesamtmodell dargestellt (Tabelle 5). Besonders bei der Interpretation der indirekten Effekte kann es zu Vorgriffen auf den Einfluss von Gruppenbindung und politischen Prädispositionen auf Bedrohungswahrnehmungen kommen. Diese werden ausführlich in Kapitel 4.3.2. untersucht. Allerdings liegen empirisch nur wenige Mediationen der sozialstrukturellen Merkmale vor⁵¹, weswegen die Präsentation der Ergebnisse zu den sozialstrukturellen Merkmalen entlang der Abstraktionsebenen im theoretisch aufgestellten hierarchisch strukturierten Einstellungssystem erfolgt, anstatt nach der Auswertung der direkten Effekte der auf der zweiten Ebene angesiedelten Konzepte.

Insgesamt können die Ergebnisse aus den bivariaten Analysen in der Schätzung des Gesamtmodells bestätigt werden. Auch bei gegenseitiger Kontrolle finden sich für Deutschland in allen fünf Untersuchungsjahren statistisch bedeutsame Effekte des Geschlechts auf die Wahrnehmung europäischer Bedrohung durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und Massenvernichtungswaffen. Frauen weisen demnach eine höhere kollektive Gefahrenperzeption auf als Männer. Es zeigt sich, dass dieser Zusammenhang ausschließlich auf direkte Effekte zurückzuführen ist und nicht über soziale und politische Dispositionen vermittelt wird. Lediglich für die nationale Bedrohung im Jahr 2002 findet sich ein negativer statistisch signifikanter indirekter Effekt über Ideologie, der den direkten positiven Einfluss abmildert. Frauen verfügen mehrheitlich über linke Wertorientierungen, die ihrerseits aber zu einer geringeren Einschätzung terroristischer Gefahren beitragen. Keine geschlechtsspezifischen

⁵¹ Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird daher auf eine tabellarische Darstellung der einzelnen Mediationsergebnisse verzichtet.

Unterschiede können dagegen in Deutschland für die individuelle Bedrohungswahrnehmung nachgewiesen werden.

In den USA zeigen sich weder für die kollektive noch für die individuelle Perzeption terroristischer Bedrohungen direkte statistisch bedeutsame Effekte. Auch hier sind die indirekten Einflüsse sehr gering. Lediglich 2004 wird der direkte positive Einfluss von Geschlecht durch den Pfad über Parteiidentifikation zu den Republikanern signifikant abgeschwächt. Sowohl Frauen als auch Anhänger der republikanischen Partei nehmen in höherem Maße terroristische Bedrohungen wahr. Allerdings neigen weit weniger Frauen als Männer den Republikanern zu. Dadurch wird die totale Effektstärke im Gesamtmodell verringert. Für beide Bedrohungsobjekte findet sich im Jahr 2005 neben den direkten Effekten eine verstärkende Mediation über nationale Verbundenheit. Diese ist für die persönliche Perzeption zudem statistisch signifikant, aber in ihrer Stärke zu gering als das sie sich bedeutsam im gesamten indirekten Effekt widerspiegelt.

Allerdings verschleiert die Gesamtbetrachtung der drei Bedrohungswahrnehmungen Unterschiede in den einzelnen Einflussstärken: Während amerikanische Frauen fast ausnahmslos eine höhere Wahrnehmung von Gefahren durch CBRN-Waffen aufweisen, sind sie weniger besorgt über islamischen Fundamentalismus als amerikanische Männer. Kaum Unterschiede (positiver Effekt, statistisch signifikant einzig für die nationale Wahrnehmung im Jahr 2005) finden sich dagegen für internationalen Terrorismus. Folglich wäre es verfehlt, anzunehmen, es gäbe in den USA keine oder nur geringe geschlechtsspezifische Unterschiede. Durch die gegensätzliche Wirkung auf die einzelnen Bedrohungen heben sich die Effekte in der Gesamtbetrachtung gegenseitig auf. In Deutschland können dagegen alle Befunde auch für die Einzelbedrohungen bestätigt werden. Es finden sich statistisch signifikante Effekte in der angenommenen Richtung für internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und Gefahren durch Massenvernichtungswaffen auf kollektiver, nicht aber auf persönlicher Ebene.

Auch für den Einfluss des Alters können die oben ausgeführten bivariaten Assoziationen verifiziert werden. Sie sind in beiden Ländern fast ausschließlich auf direkte Effekte zurückzuführen. Erwartungsgemäß weisen ältere Amerikaner eine höhere Perzeption terroristischer Bedrohungen im Untersuchungszeitraum, mit Ausnahme von 2002, auf. Für die nationale Gefahren einschätzung in den USA ist dieser Zusammenhang allerdings nur im Jahr 2004 statistisch bedeutsam; für die individuelle Perzeption immerhin 2005 und 2007. Verstärkt wird der Einfluss 2005 und 2008 hier zudem durch die Vermittlung des Alterseffekts über nationale Verbundenheit. Mit steigendem Lebensalter werden entweder bestimmte Wertorientierungen

wichtiger, die zu einer positiveren Einschätzung des eigenen Landes führen oder aber die älteren Generationen weisen insgesamt eine höhere nationale Verbundenheit auf. Welcher Effekt hier auch zugrunde liegt, letztendlich führt die positive Bewertung der USA wiederum zu einer höheren Gefahrenperzeption. So wird der ohnehin schon positive direkte Effekt des Alters durch diesen indirekten Pfad in seinem Gesamteinfluss auf die Bedrohungswahrnehmung verstärkt. Keine Vermittlung durch Gruppenbindung und politische Prädispositionen findet sich in den USA dagegen für die nationale Gefahreinschätzung.

In Deutschland findet eine Mediation über Elemente der zweiten Ebene nur für die europäische Wahrnehmung statt. 2003 erfolgt eine verstärkende Wirkung des Einflusses des Alters über das Vorhandensein einer rechten Ideologie. Der statistisch bedeutsame Gesamteffekt ist nur auf diesen indirekten Pfad von Alter auf Ideologie und von Ideologie auf die Bedrohungswahrnehmung zurückzuführen. Ein signifikanter direkter Effekt liegt dagegen, wie auch schon in der bivariaten Schätzung, nicht vor. 2005 findet sich zudem eine verstärkende Mediation über nationale Verbundenheit. 2004 kann der bereits bivariat gezeigte positive Einfluss von Alter auf eine erhöhte europäische Gefahreinschätzung auch im Gesamtmodell bestätigt werden. In allen drei Jahren, in denen die persönliche Bedrohungswahrnehmung untersucht wird, zeigen sich statistisch signifikante direkte Effekte. Es findet hier keine Vermittlung über die sozialen und politischen Dispositionen in Deutschland statt. Die positiven Zusammenhänge, wonach ältere Personen über eine höhere Bedrohungswahrnehmung verfügen, können folglich auch bei Kontrolle der Elemente der zweiten Ebene bestätigt werden. Der in der bivariaten Regression negative Effekt von 2005 übersteigt im Gesamtmodell sogar die Schwelle statistischer Signifikanz. Inwiefern sich dieser Befund inhaltlich erklären lässt oder methodenbedingt zustande kommt, kann an dieser Stelle nicht zweifelsfrei geklärt werden. Einmalig im Jahr 2005 wurde für alle Befragte zunächst die kollektive, anschließend die persönliche Bedrohungswahrnehmung erhoben. Bereits in der Deskription (Abbildung 4) zeigte sich, dass die Deutschen in erheblich stärkerem Maße als die Amerikaner auf dieses Design reagierten. Während das steigende Lebensalter einen positiven, wenn auch nicht statistisch signifikanten, Einfluss auf die Wahrnehmung einer europäischen Bedrohung hat, scheinen ältere Menschen unbeeindruckt hinsichtlich einer möglichen individuellen Gefahr in diesem Jahr. Allerdings zeigen die Ergebnisse aus 2007 und 2008 in Deutschland einen gegenläufigen Befund. Erwartungsgemäß sprechen sich in diesen Jahren Ältere für eine höhere Bedrohungssituation aus als Jüngere.

Tabelle 5: Direkte und indirekte Effekte der sozialstrukturellen Merkmale auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen, 2002 - 2008

	National/Europäisch					Persönlich		
	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
USA								
Geschlecht (Frau)								
Direkt	0,03	0,00	0,01	0,03	-0,01	0,03	0,03	-0,02
Indirekt	0,00	-0,01	-0,01 ^a	0,01	0,00	0,02	-0,00	0,00
Alter (*10)								
Direkt	-0,01	0,00	0,01 ^b	0,00	0,01	0,02 ^a	0,02 ^b	0,01
Indirekt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00 ^a	0,00	0,00 ^a
Bildung (Hoch)								
Direkt	0,00	-0,04	-0,01	0,02	-0,03	-0,03	0,01	-0,01
Indirekt	-0,00	0,00	0,00	0,00	-0,01	0,00	-0,02 ^c	0,00
Ethnie (Weiß)								
Direkt	-	-0,02	0,02	0,01	0,03	-0,02	0,04	-0,02
Indirekt	-	0,04 ^b	0,03 ^c	0,01	0,00	0,00	0,01	0,02
Wohnort (Stadt)								
Direkt	-	-	-0,00	0,05 ^b	-0,01	0,09 ^c	-0,00	0,04
Indirekt	-	-	-0,02 ^b	0,01	-0,01	0,01	0,02 ^a	-0,00
Deutschland								
Geschlecht (Frau)								
Direkt	0,06 ^a	0,05 ^b	0,07 ^c	0,07 ^c	0,06 ^b	-0,02	0,01	-0,01
Indirekt	0,01	0,00	0,00	-0,00	0,00	-0,00	0,00	-0,00
Alter (*10)								
Direkt	-0,05	0,01	0,01 ^b	0,00	0,01	-0,01 ^a	0,02 ^b	0,01 ^a
Indirekt	0,01	0,00 ^a	0,00 ^a	0,00 ^a	0,00	0,00	0,00	0,00
Bildung (Hoch)								
Direkt	0,00	-0,06 ^b	-0,04	-0,09 ^c	-0,06 ^a	-0,06 ^a	-0,01	-0,01
Indirekt	-0,01	-0,01	-0,00	-0,00	0,00	0,00	0,00	-0,00
Region (West)								
Direkt	0,05	0,04	0,00	-0,02	0,03	0,01	0,05 ^a	0,01
Indirekt	0,00	0,01	0,01	0,01	0,01	0,00	-0,00	-0,00
Wohnort (Stadt)								
Direkt	-	-	-0,02	-0,01	-0,02	0,04 ^a	0,01	0,01
Indirekt	-	-	-0,01 ^a	0,00	-0,00	0,00	0,00	0,00

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland)/persönlicher Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen; im Modell zusätzlich enthalten: Gruppenbindung und politische Prädispositionen (siehe Abbildung 2)

Bei detaillierter Betrachtung der einzelnen Bedrohungstypen finden sich die beständigsten altersspezifischen Unterschiede in den USA und in Deutschland für islamischen Fundamenta-

lismus. In nahezu allen Untersuchungsjahren und für beide Bedrohungsobjekte steigt mit dem Alter auch die Gefahrenperzeption von radikalem Islamismus. Die Ergebnisse für internationalen Terrorismus decken sich weitestgehend mit den oben ausgeführten Befunden zur allgemeinen Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen. Unterschiede zwischen den Ländern finden sich allein beim Einfluss des Alters auf die Perzeption kollektiver und individueller Gefahren durch die Proliferation von Massenvernichtungswaffen: Während sich junge und alte Amerikaner in dieser Frage nicht substantiell voneinander unterscheiden, nehmen ältere Deutsche sowohl auf europäischer (2004, 2005) als auch auf persönlicher (2005, 2007) Ebene überzufällig stärker Bedrohungen durch die weltweite Verbreitung von Massenvernichtungswaffen wahr.

Für die USA konnte in der bivariaten Betrachtung kein Hinweis darauf gefunden werden, dass die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen durch das formale Bildungsniveau determiniert wird. Dies bestätigt die multivariate Analyse. Obwohl nahezu alle Koeffizienten negative Vorzeichen – und damit die unterstellte Einflussrichtung – aufweisen, übersteigt kein direkter Effekt die Schwelle statistischer Signifikanz. Das ist umso erstaunlicher, da zahlreiche empirische Evidenz für den gleichen Zeitraum aus den USA sowohl für die nationale (Boscarino et al. 2003: 12; Huddy et al. 2003: 263; Davis/Silver 2004b: 35; Davis 2007: 68) als auch für die persönliche (Huddy et al. 2002: 498; Davis/Silver 2004b: 36; Skitka 2005: 2003; Davis 2007: 68; Shambaugh 2013: 32) Bedrohungswahrnehmung vorliegt. Hier kann ein Blick auf die Einzelbedrohungen zum Erkenntnisgewinn beitragen: Tatsächlich führt ein höheres formales Bildungsniveau nur im Jahr 2003 überzufällig zu einer niedrigeren Risikoeinschätzung durch internationalen Terrorismus und Massenvernichtungswaffen in Nordkorea und im Iran. Die weltweite Verbreitung von Atomwaffen (2005) wird dagegen von formal hoch gebildeten Personen als deutlich kritischer erachtet als von Personen mit mittlerem oder niedrigem Bildungsniveau. Gleiches gilt für die Gefahr durch islamischen Fundamentalismus in den Jahren 2002 und 2005. Für das Jahr 2005 besitzen die ausgeführten Muster allein für die nationale Gefahrenperzeption Gültigkeit. Das erscheint insofern nur folgerichtig, da die Bedrohung durch einen (erneuten) Terroranschlag zwar mathematisch unbedeutend klein sein mag, die Bedrohung durch radikale Islamisten (und möglicherweise auch die Verwendung von CRBN-Waffen durch diese) aber durchaus als mindestens nationales, und weniger als persönliches, Risiko eingeschätzt werden dürfte.

Gemessen an statistischer Signifikanz, liegt in der Gesamtbetrachtung nur im Jahr 2007 ein interessanter indirekter Effekt in den USA vor: Demnach wird der direkte positive Einfluss

des Bildungsniveaus durch die Vermittlung sowohl über nationale Verbundenheit als auch über konservative Ideologie abgeschwächt und in einen negativen, angenommenen, Gesamteffekt umgewandelt.

Im Gegensatz zu den USA ist das Bildungsniveau in Deutschland ein einflussreicher Prädiktor für die Wahrnehmung (insbesondere) kollektiver Gefahren. Alle Regressionskoeffizienten weisen in die erwartete Richtung: Je höher das formale Bildungsniveau, desto niedriger ist die Bedrohungsperzeption. Dabei scheint keine Mediation über die sozialen und politischen Prädispositionen stattzufinden. Alle Gesamteffekte sind ausschließlich auf die direkten Effekte zurückzuführen. Statistisch bedeutsame Ergebnisse zeigen sich für die nationale (nicht aber für die europäische) Bedrohungswahrnehmung im Jahr 2002 sowie für europäische Bedrohungen in den Jahren 2003, 2005 und 2006. Dies gilt sowohl für die Gefahreneinschätzung allgemein als auch für die Einzelbetrachtung von internationalem Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und Massenvernichtungswaffen.

Im Vergleich zu den bivariaten Analysen überschreitet im Gesamtmodell nun auch der Einfluss auf die persönliche Bedrohungswahrnehmung 2005 die konventionelle Schwelle statistischer Signifikanz. Allerdings scheint dieser Effekt nicht sonderlich robust zu sein. Zum einen zeigt sich anhand der Strukturgleichungsmodelle für die Einzelbedrohungen, dass nur die Wahrnehmung von islamischen Fundamentalismus und CBRN-Waffen, nicht aber die von internationalem Terrorismus statistisch signifikant ist. Zum anderen zeigt sich dieser überzufällige Zusammenhang nicht mehr in den Folgejahren für die individuelle Bedrohungswahrnehmung. An dieser Stelle ist nicht klar zu trennen, ob der Einfluss des formalen Bildungsniveaus auf die Perzeption terroristischer Gefahren nur in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts vorliegt oder ob es sich um tatsächliche Unterschiede zwischen kollektiver und individueller Bedrohungswahrnehmung handelt. Gegen beide Vermutungen spricht zumindest der negative, statistisch bedeutsame Effekt aus dem Jahr 2007 für den Einfluss des formalen Bildungsniveaus auf die Wahrnehmung persönlicher Bedrohung durch internationalen Terrorismus (nicht aber radikalen Islamismus und CBRN-Waffen) in der Einzelbetrachtung.

Die bivariaten Ergebnisse für den Einfluss der Urbanität des Wohnortes lassen sich sowohl für die USA als auch für Deutschland durch die multivariate Betrachtung bestätigen. Einwohner von Großstädten nehmen terroristische Bedrohungen in stärkerem Maße wahr als Personen, die außerhalb von Metropolregionen leben. Das zeigt sich in den USA im Jahr 2005 für die nationale als auch für die persönliche Gefahrenperzeption in statistisch bedeutsamem Ausmaß. Es findet keine Vermittlung dieser Effekte über die Konzepte auf der zweiten Ebene

im Gesamtmodell statt. In der Tendenz zeigen sich zudem positive Effekte der Charakteristika des Wohnortes für die individuelle Bedrohungswahrnehmung in den Jahren 2007 und 2008 (gemessen an den Gesamteffekten). Der in der bivariaten Betrachtung negative Einfluss im Jahr 2004 verliert bei Kontrolle der übrigen sozialstrukturellen Merkmale, Gruppenbindung und politische Prädispositionen seine statistische Relevanz. Verstärkt wird der negative Einfluss durch einen ebenfalls negativen indirekten Effekt über die Parteibindung zu den Republikanern. Interessanterweise geben im Jahr 2004 die Einwohner von Großstädten überzufällig häufig eine Identifikation mit der konservativen Partei an, die wiederum zu einer erhöhten Bedrohungswahrnehmung führt. Der Einfluss ist aber so gering, dass es sich nicht auf die Signifikanz des Gesamteffekts auswirkt. In dieser Lesart ist auch der statistisch signifikante indirekte Effekt über Ideologie im Jahr 2007 für die persönliche Bedrohungswahrnehmung zu interpretieren.

Für Deutschland wird nur ein bedeutsamer Einfluss festgestellt: 2005 nehmen Einwohner von Großstädten eine höhere persönliche terroristische Bedrohung wahr als ihre Mitbürger. Dieser Effekt bleibt im multivariaten Modell bestehen. Dies scheint tendenziell zudem insgesamt für die individuelle Bedrohungswahrnehmung zu gelten, während dagegen die kollektive Bedrohungswahrnehmung von Personen aus dem ländlichen Raum höher eingeschätzt wird. Eine Mediation über soziale und politische Dispositionen findet lediglich im Jahr 2004 über nationale Verbundenheit statt. Hier wird der Einfluss des Wohnortes auf die europäische Gefahrenperzeption allerdings abgeschwächt: Bewohner von Großstädten zeigen sich weniger verbunden mit ihrem Land. Diese Prädisposition erhöht allerdings grundlegend die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen (siehe dazu auch die empirischen Ergebnisse in 4.3.2.).

Die Betrachtung der Einzelbedrohungen bestätigt die für die USA gefundenen Muster. Zusätzlich findet sich im Jahr 2008 eine höhere Bedrohungswahrnehmung durch islamischen Fundamentalismus von Einwohnern amerikanischer Metropolregionen. Im Gegensatz dazu weist dieser Personenkreis vier Jahre zuvor, im Jahr 2004, gerade die niedrigste Gefahrenperzeption für terroristische Anschläge auf. Möglicherweise kommt es hier unmittelbar nach den Anschlägen in Madrid – die schwerwiegendsten nach 9/11 – zu einer psychologischen Vermeidungsstrategie. In Deutschland können dagegen keine Effekte des Wohnortes auf die Bedrohungswahrnehmung durch internationalen Terrorismus nachgewiesen werden, wohl aber vereinzelt durch islamischen Fundamentalismus (2005, persönlich) und dem Erwerb von Atomwaffen durch den Iran (2006).

Diese Befunde werden durch die Ergebnisse zum Einfluss der Region auf die Gefahrenwahrnehmung in Deutschland größtenteils bestätigt. Es wird angenommen, dass Personen aus Westdeutschland über eine höhere Bedrohungswahrnehmung verfügen, da hier in stärkerem Maße wirtschaftliche Ballungszentren angesiedelt sind und damit die Gefahr eines Terroranschlags höher sein dürfte als in Ostdeutschland. Diese Argumentation zielt im Besonderen auf die individuelle Gefahrenwahrnehmung ab. Alle Koeffizienten, abgesehen von 2005 für die europäische Bedrohung, weisen in die angenommene Richtung. 2007 ist der Effekt zudem statistisch signifikant, 2002, 2003 und 2006 verfehlt er die konventionelle Schwelle statistischer Signifikanz nur knapp. Dabei wird der Gesamteffekt fast vollständig durch den direkten Einfluss der Region auf die Bedrohungswahrnehmung gebildet. Eine Vermittlung der im Modell enthaltenen Gruppenbindung und politischen Prädispositionen findet nicht statt. Ebenso wie für die Urbanität des Wohnorts lassen sich auch bei der Region keine Unterschiede in der Wahrnehmung von Bedrohung durch internationalen Terrorismus finden. Der positive Effekt 2007 lässt sich einzig auf perzipierte Gefahren durch islamischen Fundamentalismus und Massenvernichtungswaffen zurückführen. Dabei zeigen sich in der Einzelbetrachtung zudem empirische Evidenzen für eine erhöhte Risikowahrnehmung durch religiösen Fanatismus in den Jahren 2005 (nur persönlich) und 2003 unter Westdeutschen.

Abschließend wird der Einfluss der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Mehrheit im multivariaten Gesamtmodell getestet. Es wird angenommen, dass diese Personen terroristische Bedrohungen weniger stark wahrnehmen, da sie insgesamt über ein niedrigeres Stressniveau verfügen und weniger gesellschaftliche Repressalien nach einem Terroranschlag zu befürchten haben. Es zeigt sich allerdings bereits bivariat – und nun auch in der Gesamtbetrachtung –, dass sich diese Hypothese nicht halten lässt. Die Ergebnisse zeigen in der Tendenz, dass weiße Amerikaner über eine höhere nationale Bedrohungswahrnehmung verfügen als nicht-weiße. Nur für das Jahr 2003 findet sich hier ein direkter negativer Effekt. Dieser wird allerdings durch Mediation über nationale Verbundenheit und eine Parteiidentifikation zu den Republikanern in einen positiven Gesamteinfluss umgewandelt. Zudem weisen der positive direkte und der positive indirekte, statistisch bedeutsame, ebenfalls über nationale Verbundenheit vermittelte Effekt im Jahr 2004 insgesamt auf eine höhere Bedrohungswahrnehmung weißer Amerikaner hin. Für die persönliche Gefahreinschätzung zeigen sich in den Jahren 2005 und 2008 tendenziell die in 2.3.1. unterstellten Effekte. Keiner ist allerdings in der Gesamtbetrachtung statistisch bedeutsam.

Die von der Argumentation abweichenden empirischen Befunde scheinen primär auf die Konstruktbildung aus drei verschiedenen, wenn auch verwandten Konzepten terroristischer Bedrohungen zurückzuführen zu sein: Tatsächlich zeigt sich bei der Betrachtung der einzelnen Gefahreinschätzungen, dass der Effekt der ethnischen Zugehörigkeit auf die Bedrohungswahrnehmung primär durch islamischen Fundamentalismus determiniert wird (für alle Jahre positiver Effekt, 2004-2006 statistisch signifikant). Für internationalen Terrorismus zeigt sich neben einem negativen statistisch bedeutsamen Effekt 2005 auch ein statistisch signifikanter positiver Effekt 2004. Darüber hinaus prägen wechselnde Vorzeichen in den übrigen Jahren das Bild. Eine klare Aussage kann daher nicht getroffen werden. Keine Rolle scheint die ethnische Zugehörigkeit dagegen für die Wahrnehmung von Gefahren durch Massenvernichtungswaffen zu spielen. Kein Effekt ist dazu im Untersuchungszeitraum statistisch signifikant. Die Mehrheit der Koeffizienten, insbesondere bei der nationalen Gefahrenwahrnehmung, deutet zudem auf einen negativen Einfluss hin. Tatsächlich scheinen Weiße weniger besorgt über die Proliferation von Massenvernichtungswaffen (2003, 2005) und einen möglichen Anschlag mit diesen (2004) als Nicht-Weiße.

4.3.2. Gruppenbindung und politische Prädispositionen

Auf der zweiten Ebene des hier postulierten Überzeugungssystems sind Gruppenbindungen und politische Prädispositionen angeordnet. Folglich sind diese Orientierungen der Bedrohungswahrnehmung unmittelbar vorgelagert und sollten diese in stärkerem Maße determinieren als die abstrakteren sozialstrukturellen Merkmale der ersten Ebene. Politische Prädispositionen werden in der formativen Phase der Sozialisation erworben, sind weitestgehend stabil und leicht zugänglich. Sie können folglich als WahrnehmungsfILTER für politische Urteile dienen und helfen, aktuelle Ereignisse entsprechend einzuordnen. Zugleich wird der zweiten Ebene eine Mediatorrolle bei der Vermittlung indirekter Effekte zugesprochen. Das scheint allerdings nur in begrenztem Umfang der Fall zu sein, wie die Analysen in 4.3.1. zeigen.

In dieser Arbeit wird Gruppenbindung in Form nationaler Verbundenheit, Ideologie und Parteibindungen als soziale und politische Dispositionen als Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen herangezogen. In Kapitel 2.3.2. wurde jeweils das theoretische Argument und empirische Evidenz für die Wirkung der Prädispositionen auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen dargestellt um in Kapitel 2.3.3. Hypothesen abzuleiten, die an dieser Stelle empirisch geprüft werden sollen. Für beide Länder wird zunächst die gleiche Einflussrichtung der Determinanten unterstellt. Es wird angenommen, dass Personen, die sich sehr stark mit ihrem Land verbunden fühlen, eine konservative/rechte Ideologie und Bindun-

gen zu den bürgerlichen Parteien aufweisen, terroristische Bedrohungen in stärkerem Maße wahrnehmen. Eine Identifikation mit den Demokraten in den USA und eine Wahlabsicht für die SPD in Deutschland sollten dagegen zu einer geringeren Gefahrenperzeption führen.

Im Folgenden werden, analog zum Vorgehen in Kapitel 4.3.1., zunächst Befunde aus bivariaten Regressionsanalysen präsentiert. Diese sollen einen Eindruck darüber geben ob und wie stark Gruppenbindungen und politische Prädispositionen die Bedrohungswahrnehmung tatsächlich beeinflussen können. Durch die gemeinsame Anordnung auf der zweiten Ebene im Einstellungssystem wird aber auch deutlich, dass Korrelationen und gemeinsame Einflüsse abstrakterer Merkmale für nationale Verbundenheit, Ideologie und Parteibindung angenommen werden. Eine multivariate Betrachtung scheint daher zwingend nötig. Die Ergebnisse aus dem dreistufigen Gesamtmodell werden im Anschluss an die bivariaten Assoziationen präsentiert.

Zunächst zeigt sich, dass die Gruppenbindung sowie die politischen Prädispositionen in den USA und in Deutschland in erheblichem Maße die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen determinieren (Tabelle 6). Dies gilt im Besonderen für die kollektive Gefahrenperzeption in beiden Ländern sowie für die persönliche Bedrohungswahrnehmung in den USA. Von den 31 Koeffizienten aus den bivariaten Regressionen sind hier 21 statistisch signifikant. Dabei weisen alle Koeffizienten (abgesehen von der Parteiidentifikation für die Demokraten im Jahr 2002) in die erwartete Richtung. Etwa gleiche Anteile entfallen auf die beiden Bedrohungsobjekte. In Deutschland liegt der Anteil statistisch bedeutsamer Effekte insgesamt unter dem der USA. 14 von 31 Koeffizienten weisen hier einen überzufälligen Zusammenhang auf. Dies ist allerdings im Wesentlichen auf die verhältnismäßig schlechte Erklärung der persönlichen Bedrohungswahrnehmung durch die sozialen und politischen Dispositionen zurückzuführen.

Die nationale Verbundenheit ist in beiden Ländern der beständigste Prädiktor. In den USA ist ihr Einfluss auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in jedem Untersuchungsjahr, sowohl für die nationale als auch für die persönliche Bedrohung in der angenommenen Richtung statistisch signifikant. In Deutschland zeigen sich dagegen nur bedeutsame Effekte für die europäische (nicht aber für die nationale, 2002) Gefahrenperzeption. Die individuelle Bedrohungslage ist dagegen unbeeinflusst von einer stark ausgeprägten Verbundenheit zur Bundesrepublik. Das erscheint insofern plausibel, als Terroranschläge gezielt die nationale Integrität sowie kollektive Symbole und folglich das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Nation insgesamt treffen. Die Gefahr für das Individuum selbst Opfer eines Anschlags zu werden, ist dabei verschwindend gering. Insbesondere Amerikaner scheinen sich derart stark mit ihrem

Land verbunden zu fühlen, dass sie die wahrgenommene nationale Bedrohung auch auf sich selbst und ihnen nahestehende Personen übertragen.

Tabelle 6: Bivariate Effekte der Gruppenbindung und politischen Prädispositionen auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen, 2002 - 2008

	National/Europäisch					Persönlich		
	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
USA								
Nationale Verbundenheit	-	0,23 ^c	0,27 ^c	0,22 ^c	0,23 ^b	0,24 ^c	0,21 ^c	0,18 ^c
Ideologie (Konservativ)	0,02	0,10 ^a	0,06	0,10 ^b	0,12 ^a	0,16 ^c	0,21 ^c	0,14 ^b
PID Republikaner	0,01	0,09 ^c	0,11 ^c	0,06 ^b	0,05	0,02	0,08 ^c	0,08 ^b
PID Demokraten	0,02 ^a	-0,04	-0,04 ^a	-0,01	-0,03	0,02	-0,08 ^c	-0,02
Deutschland								
Nationale Verbundenheit	0,18 ^b	0,09 ^b	0,10 ^b	0,10 ^b	0,10 ^a	0,06	-	-0,01
Ideologie (Rechts)	0,17 ^b	0,14 ^c	0,11 ^b	0,05	0,06	-0,02	0,01	0,11 ^a
Wahlabsicht CDU/CSU	0,04	0,04 ^b	0,04 ^a	0,02	0,05 ^a	0,02	0,01	0,07 ^c
Wahlabsicht SPD	0,00	-0,01	-0,02	-0,02	-0,01	-0,01	-0,01	-0,04 ^a

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b aus bivariater Regression; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; nur Fälle aus Gesamtmodell einbezogen (siehe Tabelle 7); „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland)/persönlicher Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Ähnlich einflussreich wie die nationale Verbundenheit zeigt sich in beiden Ländern zudem die ideologische Prägung. Je weiter sich eine Person als konservativ (in den USA) beziehungsweise rechts (in Deutschland) einstuft, desto stärker nimmt sie terroristische Bedrohungen wahr. Das ist in erster Linie auf die dahinterliegenden Persönlichkeitseigenschaften und Wertorientierungen zurückzuführen: Konservative Personen verfügen in höherem Maße über den Wunsch nach Sicherheit und Stabilität. Durch äußere Bedrohungen scheinen diese Werte in Gefahr, das Bedrohungsgefühl steigt an. Dieser Effekt findet sich in den USA mehrheitlich für die nationale sowie ausnahmslos für die persönliche Gefahrenwahrnehmung.

In Deutschland deuten zwar alle Koeffizienten für die kollektive Bedrohung in die erwartete positive Richtung, allerdings überschreiten nur die Werte in den Jahren 2002 bis 2004 die konventionelle Schwelle statistischer Signifikanz. In den folgenden Jahren scheinen Anpassungstendenzen stattgefunden zu haben. Es lassen sich keine bedeutsamen Unterschiede durch ideologische Ansichten feststellen. Für die persönliche Bedrohungswahrnehmung finden sich dagegen gemischte Befunde. Zum einen weist der Koeffizient für 2005 einen unerwarteten negativen Effekt auf, der allerdings nicht das übliche statistische Signifikanzniveau erreicht. Zum anderen zeigt sich ein überzufälliger positiver Einfluss rechter Ideologievorstellung auf

die Bedrohungswahrnehmung im Jahr 2008. Gegen einen zufälligen Befund spricht der zudem statistisch bedeutsame Effekt der Wahlabsicht für die Unionsparteien in diesem Jahr, der in die gleiche Richtung deutet. Konservative Werte scheinen 2008 an Prägekraft für die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen gewonnen zu haben.

Die Parteiidentifikation dient als WahrnehmungsfILTER zur Einordnung politischer Sachverhalte zugunsten der präferierten Partei (Campbell et al. 1980: 128-136). Die Parteibindung selbst ist ein langfristig stabiles Merkmal. Je nach Elitenkommunikation kann ihre Wirkung auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen variieren. Allerdings erfolgt die Ausprägung einer Parteibindung zum einen in der frühen Phase der Sozialisation und ist daher nicht unabhängig von bestimmten Persönlichkeitseigenschaften und Wertorientierungen, zum anderen wird in dieser Arbeit ein relativ kurzer Untersuchungszeitraum von sieben Jahren betrachtet. Dramatische Verschiebungen in den politischen Standpunkten der Parteien sind daher kaum zu erwarten. In den USA wird den Republikanern traditionell die größte Problemlösungskompetenz in Fragen der Sicherheit und Verteidigung zugesprochen (Gadarian 2008: 276). Zudem erklärte der republikanische Präsident George W. Bush den *War on Terror* zur Hauptaufgabe seiner Außenpolitik (Chittick 2006: 175ff.). Anhänger der Republikaner sollten daher terroristische Bedrohungen in stärkerem Maße wahrnehmen als Anhänger der Demokraten oder Personen ohne Parteibindung. Das gilt insbesondere für die nationale Gefahrenperzeption. Da das Abwägen eines international bedeutsamen Bedrohungspotentials ein äußerst spekulativer Prozess ist, sollten Parteianhänger umso stärker die Rhetorik der von ihnen präferierten Eliten übernehmen.

Es zeigt sich, dass Personen, die sich mit den Republikanern identifizieren, in höherem Maße nationale und individuelle Bedrohungen durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und Massenvernichtungswaffen wahrnehmen. Dieser Effekt ist mehrheitlich für beide Bedrohungsobjekte statistisch signifikant. Eine Parteibindung zu den Demokraten ist dagegen weniger einflussreich. Es wird angenommen, dass Personen, die sich mit den Demokraten identifizieren, eine geringere Risikobewertung mit Blick auf terroristische Gefahren treffen. Die Mehrheit der Koeffizienten in der bivariaten Betrachtung bestätigt diese Hypothese. Allerdings sind sie lediglich im Jahr 2004 für die nationale und im Jahr 2007 für die persönliche Bedrohungswahrnehmung statistisch bedeutsam. 2002 findet sich sogar ein unerwarteter positiver statistisch signifikanter Effekt. Anhänger der Demokraten nehmen eine terroristische Bedrohung in diesem Jahr stärker wahr als Anhänger der Republikaner und Unabhängige. Dies könnte ein Anzeichen für den häufig in der Literatur zitierten *Rally Round the*

Flag-Effekt sein. Unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September 2001 versammelten sich folglich Personen aller politischen Richtungen hinter ihrem (republikanischen) Präsidenten George W. Bush. Im Sinne eines „Deckeneffekts“ ist es Anhängern der Republikaner nicht möglich, eine noch höhere Bedrohungswahrnehmung zu äußern. Anhänger der Demokraten positionierten sich unmittelbar nach den Terroranschlägen dagegen nicht, wie so häufig, spiegelbildlich zu den Republikanern.

Auch für Deutschland wird eine geringere Bedrohungswahrnehmung für Wähler der SPD angenommen. Von Personen mit Bindungen an die beiden Unionsparteien wird dagegen eine höhere Gefahrenperzeption unterstellt. Das theoretische Argument bezieht sich dabei weniger auf Unterschiede in der Elitenkommunikation, sondern vielmehr auf den hinter der Parteibindung liegenden Wertpräferenzen. So weisen Anhänger von CDU/CSU ein stärkeres Bedürfnis nach Stabilität und den Erhalt des Status Quo‘ auf (Schoen/Schumann 2007: 479). Personen, die sich mit linken Parteien identifizieren sind dagegen in höherem Maße offen für neue Erfahrungen (Schoen/Schumann 2007: 478) und daher weniger besorgt über Veränderungen. Entsprechende empirische Evidenz findet sich bivariat für Anhänger beider Parteien. Alle Koeffizienten (mit Ausnahme der Wahlabsicht für die SPD im Jahr 2002 sowohl europäisch als auch national) zeigen in die erwartete Richtung. Zudem sind drei von fünf Koeffizienten für die europäische und einer von drei Koeffizienten der Wahlabsicht für CDU/CSU für die persönliche Bedrohungswahrnehmung statistisch signifikant. Die Wahlabsicht für die SPD ist dagegen nur 2008 statistisch bedeutsam. Wie bereits weiter oben ausgeführt, stellt dieses Jahr ohnehin einen Sonderfall bei der Erklärung der Wahrnehmung persönlicher Bedrohungen dar. Nur für 2008 lässt sich die Perzeption individueller Gefahren tatsächlich mit der konventionellen Sicherheit von über 95 Prozent interpretieren. Das gilt nicht nur für die Wahlabsicht der SPD, sondern ebenso für die der Unionsparteien und den Einfluss ideologischer Orientierungen. Eine mögliche Erklärung könnte auf einen stärkeren Rückgriff auf Wertpräferenzen in der öffentlichen Debatte liegen. Dies kann in der vorliegenden Arbeit lediglich spekuliert, nicht aber vollends geprüft werden.

Gruppenbindung, Ideologie und Parteiidentifikation gehören zur sozialen Identität eines Menschen. Sie sind folglich, theoretisch wie empirisch, auf der gleichen Stufe im hierarchisch strukturierten Einstellungssystem anzuordnen. Daraus folgt zum einen, dass ihnen die gleichen Persönlichkeitseigenschaften und Wertorientierungen zugrunde liegen (können). Zum anderen binden sie möglicherweise einen gemeinsamen Teil der Varianz bei der Erklärung perzipierter terroristischer Bedrohungen. Daher werden bei der Erstellung des Strukturglei-

chungsmodells Kovarianzen zwischen allen Elementen der zweiten Stufe modelliert. In Tabelle 7 sind die direkten Effekte von nationaler Verbundenheit, Ideologie und Parteiidentifikation beziehungsweise Wahlabsicht, auf die Bedrohungswahrnehmung abgetragen. Dabei stellen die Werte nur einen Ausschnitt aus dem dreistufigen Gesamtmodell mit den sozialstrukturellen Merkmalen aus 4.3.1. auf der ersten Ebene dar. Maße zur Modellgüte, Fallzahlen und Informationen zur Varianzaufklärung werden in der gemeinsamen Darstellung der Ergebnisse zu den Determinanten in Abschnitt 4.3.3. ausführlich besprochen.

Bei multivariater Betrachtung zeigt sich die Bedeutsamkeit gegenseitiger Kontrolle der Einflussfaktoren (Tabelle 7). Während nahezu alle Koeffizienten die gleiche Wirkrichtung wie in den bivariaten Untersuchungen aufweisen, bleibt ihre statistische Signifikanz nur in etwa der Hälfte der Fälle im Gesamtmodell erhalten. Dieser Ausfall findet nicht zufällig statt, sondern betrifft in beiden Ländern primär die Prägekraft ideologischer Orientierungen und die der Parteiidentifikation mit den Republikanern in den USA sowie die der Wahlabsicht für CDU/CSU in Deutschland.

Der Einfluss nationaler Verbundenheit bleibt dagegen nahezu unberührt. Wie bereits in der bivariaten Betrachtung nehmen Personen mit einer starken Bindung an das eigene Land terroristische Gefahren in stärkerem Maße wahr. Das gilt in den USA sowohl für nationale als auch für persönliche Bedrohungen. Der Effekt ist in allen Jahren statistisch signifikant. Dies kann auch für alle drei Einzelbedrohungen nahezu ausnahmslos bestätigt werden. Leider fehlt der Indikator für nationale Verbundenheit im Jahr 2002. Das ist umso bedauerlicher, da sich in diesem Jahr kein anderer Faktor zur Erklärung der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in den USA findet. Das kann sicherlich auf die insgesamt hohe Gefahrenperzeption im Land zurückgeführt werden. Wie Abbildung 3 zeigt, geben fast 91 Prozent der Amerikaner an, internationaler Terrorismus sei eine „sehr ernstzunehmende Bedrohung“. Islamischer Fundamentalismus (65 Prozent) und die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen durch den Irak (86 Prozent) erreichen im ersten Jahr nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 Höchstwerte.

Auch in Deutschland bleibt der positive statistisch signifikante Einfluss der nationalen Verbundenheit für die europäische Bedrohung weitestgehend unberührt von der Drittvariablenkontrolle. Das ist zu einem Großteil auf den Einfluss der Gruppenbindung auf die Wahrnehmung von Bedrohungen durch internationalen Terrorismus zurückzuführen, wie die Betrachtung der Einzelbedrohungen zeigt. Islamischer Fundamentalismus wird dagegen nur im Jahr 2004, CBRN-Waffen nur 2002 und 2006 statistisch bedeutsam durch nationale Verbundenheit

geprägt. Die persönliche (und auch die nationale, 2002) Gefahrenwahrnehmung war bereits in der bivariaten Betrachtung nicht statistisch signifikant – und ist es ebenfalls nicht im Gesamtmodell.

Tabelle 7: Direkte Effekte der Gruppenbindung und politischen Prädispositionen auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen, 2002 - 2008

	National/Europäisch					Persönlich		
	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
USA								
Nationale Verbundenheit	-	0,22 ^b	0,25 ^c	0,19 ^b	0,22 ^b	0,20 ^c	0,14 ^b	0,14 ^b
Ideologie (Konservativ)	0,02	0,04	-0,05	0,03	0,08	0,08	0,17 ^c	0,09
PID Republikaner	0,01	0,08 ^b	0,08 ^c	0,04	-0,01	0,01	0,00	0,06 ^a
PID Demokraten	0,02	-0,01	0,01	0,01	-0,01	0,01	-0,05 ^a	0,01
R ²	0,018	0,105	0,220	0,158	0,141	0,132	0,135	0,062
RMSEA	0,071	0,078	0,044	0,084	0,063	0,057	0,021	0,047
CFI	0,924	0,894	0,967	0,883	0,912	0,959	0,994	0,966
N	1011	780	811	771	427	777	769	710
Deutschland								
Nationale Verbundenheit	0,14 ^a	0,09 ^b	0,10 ^b	0,09 ^a	0,09	0,08	-	-0,02
Ideologie (Rechts)	0,13	0,10 ^a	0,07	0,02	0,01	-0,03	-0,02	0,07
Wahlabsicht CDU/CSU	0,03	0,04 ^a	0,03	0,01	0,03	0,01	-0,00	0,06 ^b
Wahlabsicht SPD	0,03	0,00	-0,00	-0,02	0,00	-0,00	-0,01	-0,02
R ²	0,079	0,131	0,131	0,112	0,130	0,035	0,033	0,044
RMSEA	0,010	0,051	0,054	0,032	0,041	0,049	0,047	0,010
CFI	0,999	0,944	0,923	0,973	0,951	0,941	0,946	0,997
N	453	908	913	954	483	931	930	906

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; PID = Parteiidentifikation; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland)/persönlicher Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen; im Modell zusätzlich enthalten: Sozialstrukturelle Merkmale (siehe Abbildung 2)

Der Einfluss ideologischer Überzeugungen auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen verliert bei Kontrolle durch soziodemographische Merkmale, nationale Verbundenheit und Parteiidentifikation beziehungsweise Wahlabsicht in beiden Ländern fast völlig an eigenständiger Erklärungskraft. In den USA bleibt der positive Einfluss konservativer Ideologie nur im Jahr 2007 statistisch bedeutsam erhalten. Das gilt 2007 nicht nur für die Modellierung der Gefahrenperzeption als latentes Konstrukt, sondern ebenso für alle drei Einzelbedrohungen. Darüber hinaus untermauern die Ergebnisse der multivariaten Gesamtmodelle die Annahme, dass konservative Personen eine höhere Bedrohungswahrnehmung aufweisen als Personen mit liberalen Wertvorstellungen. So zeigt sich sowohl für die nationale als auch für die persönliche Perzeption ein positiver überzufälliger Einfluss 2005 für internationalen Terrorismus,

2008 für islamischen Fundamentalismus sowie 2003 und 2006 für die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen in Nordkorea und im Iran. Insgesamt kann die in 2.3.3. formulierte Hypothese zur Wirkung der Ideologie in den USA wohl als bestätigt angesehen werden.

In Deutschland wird die übliche Schwelle statistischer Signifikanz für die nationale Bedrohungswahrnehmung 2002, für die europäische nur 2003 überschritten. Im Vergleich zu den einzelnen bivariaten Regressionsanalysen bestätigt sich der Trend, nach dem in Deutschland der Einfluss politischer Ideologien besonders zu Beginn des 21. Jahrhunderts stärker ausgeprägt ist als in den Folgejahren. Der etwas überraschende Effekt für die persönliche Bedrohungswahrnehmung im Jahr 2008 verliert im Gesamtmodell seine statistische Bedeutsamkeit. Dagegen kann die Betrachtung der Einzelbedrohungen keinen weiteren Erkenntnisgewinn liefern: Zwar nehmen Personen mit rechten Orientierungen 2002 in stärkerem Maße Bedrohungen durch islamischen Fundamentalismus wahr. Die weltweite Verbreitung von Atomwaffen wird dagegen aber als weniger kritisch empfunden (2005). In allen anderen Jahren finden sich dagegen keine überzufälligen Zusammenhänge. Die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen scheint in Deutschland folglich weniger durch ideologische Überzeugungen strukturiert als in den USA.

Ebenso wie die Prägekraft der Ideologie schwindet auch der Einfluss der Bindung an konservative Parteien in den USA und in Deutschland in der Gesamtbetrachtung. In beiden Ländern bleiben allerdings statistisch signifikante Effekte in der erwarteten Richtung für beide Bedrohungsobjekte in den Jahren 2003, 2004 und 2008 erhalten. Weiterhin findet sich in der Betrachtung der Strukturgleichungsmodelle mit den einzelnen Gefahren durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und CBRN-Waffen jeweils als manifeste Indikatoren nur wenig Variation. Die Ergebnisse scheinen robust und unabhängig von der Modellierung. Die Hypothese, dass Anhänger der Republikaner in den USA und der Unionsparteien in Deutschland in höherem Maße terroristische Gefahren wahrnehmen, kann an dieser Stelle bestätigt werden.

Für die Parteiidentifikation mit den Demokraten sowie der SPD ist der Einfluss auf die Perzeption terroristischer Bedrohungen dagegen weniger eindeutig. Es wird angenommen, dass die Anhänger liberaler beziehungsweise linker Parteien eine geringere Risikobewertung vornehmen. Allerdings weisen die Koeffizienten in beiden Ländern sowohl hypothesenkonforme negative als auch entgegen den Erwartungen positive Vorzeichen auf. Zwar verliert der in der bivariaten Betrachtung besonders herausgestellte positive Effekt der Parteiidentifikation zu den Demokraten im Jahr 2002 seine statistische Bedeutsamkeit, aber das Gesamtmodell

verschleiert tatsächlich recht unterschiedliche Effekte je nach Dimension der Bedrohung in den USA. Insgesamt finden sich auch hier nur wenig statistisch bedeutsame Effekte. Diese zeigen zudem in verschiedene Richtungen: Während Parteianhänger der Demokraten, entgegen den Erwartungen eine höhere Bedrohung durch internationalen Terrorismus (2002) und einen terroristischen Anschlag unter Verwendung von Massenvernichtungswaffen (2004) wahrnehmen, sinkt die Gefahrenperzeption bei islamischen Fundamentalismus (2005, nationale Bedrohung). Der 2007 im Gesamtmodell für terroristische Bedrohungswahrnehmungen als latentes Konstrukt gefundene negative statistisch signifikante Effekt auf persönliche Bedrohung kann in der Einzelbetrachtung nicht bestätigt werden. In Deutschland ist der Einfluss der Wahlabsicht der SPD in keinem Jahr und für keine Bedrohung (weder in der Gesamtschau, noch in der Einzelbetrachtung) statistisch relevant.

4.3.3. Zusammenfassung

In der vorliegenden Arbeit wird der Frage nachgegangen, welche Personen in den USA und in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts in besonderem Maße Bedrohungen durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und der Proliferation von CBRN-Waffen wahrnehmen. Dabei wird zwischen kollektiver und individueller Bedrohungsperzeption unterschieden. Theoretisch wird zwischen zwei verschiedenen Determinantengruppen differenziert: Zum einen werden nicht-politische sozialstrukturelle Merkmale wie Geschlecht, Alter, Bildung, ethnische Zugehörigkeit, Wohnort und Region, zum anderen Bestandteile der sozialen Identität eines Menschen wie nationale Verbundenheit, Ideologie und Parteibindung zur Erklärung herangezogen. Nach der bivariaten Betrachtung wird, entsprechend der verschiedenen Abstraktionsniveaus der theoretischen Konzepte, ein hierarchisch strukturiertes Überzeugungssystem bestehend aus drei Ebenen geschätzt (siehe Abbildung 2, obere Hälfte).

In Tabelle 7 ist zusätzlich zu den direkten Effekten der Gruppenbindung und politischen Prädispositionen die Erklärungsleistung der in den Gesamtmodellen enthaltenen Determinanten sowie Informationen zur Modellgüte für beide Länder und alle Jahre im Untersuchungszeitraum dargestellt. Diese Maße sollen Aufschluss darüber geben, inwiefern das hier postulierte Modell von den Daten empirisch gestützt wird. Gemessen an der Varianzaufklärung (R^2) sind die in den Modellen einbezogenen Variablen im Allgemeinen in den USA erklärungskräftiger als in Deutschland. Nur in den ersten beiden Jahren 2002 und 2003 können die aufgestellten Modelle in Deutschland einen größeren Teil der Varianz binden. Insgesamt schwankt die Erklärungsleistung in den USA bei der nationalen Bedrohung zwischen elf und 22 Prozent, für die persönliche Bedrohung zwischen sechs und 14 Prozent. Im ersten Jahr nach den Terroran-

schlägen von 2001 kann das Modell überhaupt nicht zur Erklärung beitragen welche Personen über eine höhere Gefahrenperzeption verfügen. Bereits weiter oben in dieser Arbeit wurde auf die insgesamt hohe Bedrohungswahrnehmung in der gesamten amerikanischen Bevölkerung im Jahr 2002 verwiesen: Nur ein Prozent der Amerikaner gaben in diesem Jahr an, internationaler Terrorismus sei keine Bedrohung für ihr Land, zwei Prozent die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen durch den Irak und acht Prozent islamischen Fundamentalismus. Bei so wenig Varianz auf der abhängigen Variablen ist es nicht verwunderlich, dass eine Erklärung für dieses Jahr unmöglich zu leisten ist. Die Bedrohungswahrnehmung ist in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen auf einem Höchststand. Die beste Erklärungsleistung kann im Jahr 2004 mit 22 Prozent erreicht werden. Interessanterweise ist die Varianzaufklärung für die persönliche Gefahrenperzeption in den Jahren 2005 und 2007 in den USA relativ stabil bei gut 13 Prozent. 2008 fällt sie dagegen auf sechs Prozent und erreicht mit Abstand den niedrigsten Wert insgesamt (abgesehen von 2002).

In Deutschland finden sich dagegen größere Unterschiede in der Erklärungsleistung für die kollektive und die individuelle Bedrohungswahrnehmung. Im Gegenzug sind die Schwankungen zwischen den einzelnen Jahren weniger ausgeprägt als in den USA. Insgesamt können etwa 13 Prozent der Varianz in den Jahren 2003, 2004 und 2006 sowie elf Prozent im Jahr 2005 für die europäische Bedrohung erklärt werden. Ähnlich wie in den USA findet sich die geringste Aufhellung im Jahr 2002. Die Differenz zu den Folgejahren ist hier allerdings weniger dramatisch: Für die europäische Bedrohung beträgt die Varianzaufklärung knapp acht Prozent, für die nationale Bedrohung etwas mehr als zehn Prozent. Werden die Modelle für Deutschland ohne die nationale Verbundenheit – analog zu den USA – geschätzt, verringert sich die Varianzerklärung insgesamt nur gering um 1,8 für die europäische beziehungsweise 0,6 Prozentpunkte für die nationale Gefahrenperzeption. Die Unterschiede in der Erklärungsstärke zwischen den beiden Ländern im Jahr 2002 sind folglich nicht auf die Anzahl der im Modell enthaltenen Variablen zurückzuführen, sondern als kontextabhängig zu interpretieren. Die Erklärungsleistung für die persönliche Bedrohungswahrnehmung in Deutschland schwankt zwischen 3,3 und 4,4 Prozent. Die in dieser Arbeit als Determinanten der individuellen Gefahrenperzeption herangezogenen Variablen sind in der Bundesrepublik folglich weniger gut für die Erklärung der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen geeignet als in den USA.

Obwohl zunächst weniger erklärungsstark, scheinen die Daten in Deutschland das theoretisch unterstellte Modell etwas besser abzubilden als in den USA. Als Gütemaße werden in dieser

Arbeit der Root Mean Square Error of Approximation (RMSEA) und der Comparative Fit Index (CFI) herangezogen. Nach gängiger Konvention gelten RMSEA-Werte kleiner als 0,05 als eine sehr gute Modellanpassung, Werte zwischen 0,05 und 0,08 als gut, Werte zwischen 0,08 und 0,10 als gerade noch akzeptabel. Modelle mit einem RMSEA größer als 0,10 sind dagegen abzulehnen (Byrne 2012: 73). Der CFI sollte idealerweise den Wert 1,0 annehmen. Akzeptiert werden Werte größer als 0,95 um eine gute Modellanpassung zu gewährleisten (Hu/Bentler 1999: 24). Diese Konventionen werden in den Berechnungen für Deutschland in fast allen untersuchten Jahren erreicht. Die im empirischen Modell enthaltenen Variablen passen folglich sehr gut zum theoretisch aufgestellten Überzeugungssystem. In den USA liegt dagegen eine etwas schlechtere Modellanpassung vor. Das gilt im Besonderen für die nationale Bedrohungswahrnehmung. Die persönliche Bedrohungswahrnehmung wird dagegen gut von den Daten abgebildet.

Zuletzt soll kurz auf die Problematik von Fallzahlverlusten im Gesamtmodell eingegangen werden. In jedem Land und in jedem Untersuchungsjahr stehen etwa 1000 Fälle, für die USA im Jahr 2002 1121 Fälle für die Analysen zur Verfügung (zur Übersicht der verwendeten Daten siehe Tabelle 3 in Abschnitt 3.3.). Aufgrund von Split-Experimenten in den interessierenden Variablen reduziert sich die Zahl der Befragten für das Jahr 2002 für Deutschland auf etwa jeweils 500 für die europäische und die nationale Bedrohungswahrnehmung. 2006 halbiert sich die Fallzahl in beiden Ländern infolge zwei verschiedener Versionen in den Antwortmöglichkeiten für die Bedrohungswahrnehmungen. Insgesamt liegt die Nonresponse-Rate in den USA deutlich über der in Deutschland (detaillierte Informationen für die einzelnen Variablen finden sich in Tabelle B2 und Tabelle B3). Trotz der Einbeziehung von Merkmalen, die traditionell kaum fehlende Werte aufweisen (wie etwa die Soziodemographie) und Variablen, in denen aufgrund der hier verwendeten Operationalisierung für alle Befragten gültige Werte vorliegen (wie die Parteiidentifikation und die Wahlabsicht), liegt die tatsächliche Fallzahl der Gesamtmodelle in den USA zwischen 71 (2008) und 90 Prozent (2002). In Deutschland schwankt die Zahl der in den Modellen enthaltenen Befragten dagegen zwischen 91 (2008) und 95 Prozent (2005, im Modell für die europäische Bedrohung). Ob diese Unterschiede kulturell bedingt oder reine Methodenartefakte durch die Feldarbeit zweier verschiedener Umfrageinstitute sind (Firebaugh 1997: 13), lässt sich an dieser Stelle nicht beantworten. Ausgeschlossen sind dagegen Modus-Unterschiede und Feldzeit-Effekte.

In beiden Ländern weist die ideologische Selbsteinstufung die höchste Anzahl fehlender Werte auf. Unter den einbezogenen Merkmalen handelt es sich hier vermutlich um den Indikator

für den die Befragten die größten kognitiven Fähigkeiten aufwenden müssen um eine entsprechende Einschätzung der eigenen ideologischen Wertvorstellungen anzugeben. Zumindest sollten sie hier über ein Mindestmaß an Verständnis für politische Zusammenhänge verfügen. Der systematische Ausfall von Personen mit geringem Wissensstand aus den empirischen Analysen könnte zu einer Überschätzung der gefundenen Zusammenhänge und der beschriebenen Kohärenz des Überzeugungssystems insgesamt führen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die in dieser Arbeit verwendeten Indikatoren die Bedrohungswahrnehmung der Amerikaner sowohl auf nationaler als auch auf persönlicher Ebene relativ konstant prägen (Tabelle 8). Dabei tragen die weniger abstrakten Merkmale nationale Verbundenheit, Ideologie und Parteiidentifikation in höherem Maße zur Erklärung bei. In Deutschland ist es dagegen die Soziodemographie, die mehrheitlich statistisch signifikante Befunde zur Erklärung der Bedrohungswahrnehmung beisteuert. Für die individuelle Gefahrenperzeption findet sich sogar nur ein einziger Effekt aus dem Bereich der sozialen und politischen Dispositionen, nämlich im Jahr 2008 für die Wahlabsicht von CDU/CSU. Zudem lassen sich in Deutschland größere Unterschiede zwischen den beiden Bedrohungsobjekten feststellen als in den USA: Während die kollektive Gefahrenwahrnehmung in Deutschland relativ gut erklärt werden kann, ist dies für die persönliche Bedrohungsperzeption mit den vorhandenen Variablen fast nicht möglich. Zwar finden sich in allen Jahren signifikante Einflüsse durch sozialstrukturelle Merkmale, diese können aber nur einen verschwindend geringen Teil der Gesamtvarianz binden.

Auf inhaltlicher Ebene finden sich durchaus Unterschiede im Einfluss der sozialstrukturellen Merkmale und politischen Prädispositionen auf die Bedrohungswahrnehmung. Das betrifft weniger die Richtung als vielmehr die Stärke des Einflusses, sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen den beiden Objekten. Systematische Unterschiede über die Zeit sind dagegen nicht festzustellen. In den USA nehmen Frauen, ältere Menschen, Personen, die in Großstädten leben und Angehörige ethnischer Mehrheiten terroristische Bedrohungen in stärkerem Maße wahr als Männer, Jüngere, Personen aus Kleinstädten oder aus ländlichen Gebieten und Schwarze, Hispanoamerikaner, Asiaten und Angehörige anderer ethnischer Minderheiten. Letzterer Befund widerspricht der aufgestellten Hypothese, die unter anderem aus der Argumentation um den *white male effect* abgeleitet wurde, wonach weiße Amerikaner terroristische Gefahren weniger stark wahrnehmen sollten. Es zeigt sich, dass der unerwartete positive Einfluss der Zugehörigkeit zur ethnischen Mehrheit in den USA auf die Wahrnehmung einer Bedrohung durch islamischen Fundamentalismus zurückzuführen ist, die verstärkt unter Wei-

ßen angegeben wird. Tendenziell verfügen in den USA zudem formal niedrig Gebildete über eine höhere Gefahrenperzeption. Dieser Effekt übersteigt aber in keinem Jahr die Schwelle statistischer Signifikanz.

Deutlich höhere Prägekraft geht in den USA von den weniger abstrakten, den Bedrohungswahrnehmungen unmittelbar vorgelagerten, langfristigen politischen Orientierungen aus. Dabei kommt der nationalen Verbundenheit eine herausragende Stellung zu: Zum einen erhöht das Vorhandensein einer Gruppenbindung in dieser Form in jedem Jahr im Untersuchungszeitraum die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen, zum anderen übt sie, mit Ausnahme von 2007, in jedem Modell den stärksten Einfluss (gemessen an den standardisierten Werten, nicht tabellarisch ausgewiesen) auf die Gefahrenperzeption aus. Interessanterweise ist 2007 gerade eine konservative ideologische Orientierung die erklärungsstärkste Variable im Gesamtmodell – und das, obwohl es das einzige Jahr ist, in dem der Koeffizient für Ideologie in den USA statistisch bedeutsam ist. Die angenommene positive Wirkrichtung lässt sich der Tendenz nach aber ebenfalls in den anderen Jahren im Gesamtmodell sowie in der bivariaten Betrachtung finden. Ähnliches gilt für den Einfluss der Parteiidentifikation mit den Republikanern. Einzig für eine Bindung an die Demokraten lassen sich gemischte Ergebnisse finden. Die Hypothese, wonach eine Identifikation an diese Partei zu einer geringeren Bedrohungswahrnehmung führt, kann nicht aufrechterhalten werden.

Tabelle 8: Zusammenfassung der Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen

	Theoretische Wirkrichtung	USA		Deutschland	
		N	P	E	P
Sozialstrukturelle Merkmale					
Geschlecht (Frau)	+	(+)	(+)	+	(-)
Alter	+	(+)	+	(+)	+/-
Bildung (Hoch)	-	(-)	(-)	-	-
Ethnie (Weiß) ¹	-	(+)	(-)		
Region (West) ²	+			(+)	+
Wohnort (Stadt)	+	(+/-)	+	(-)	+
Gruppenbindung und politische Prädispositionen					
Nationale Verbundenheit	+	+	+	+	(+/-)
Ideologie (Konservativ) ¹ /Ideologie (Rechts) ²	+	(+)	+	+	(-)
Parteiidentifikation Republikaner ¹ /Wahlabsicht CDU/CSU ²	+	+	+	+	(+)
Parteiidentifikation Demokraten ¹ /Wahlabsicht SPD ²	-	(+)	-/(+)	(+)	(-)

Angaben: N = nationale Bedrohung, E = europäische Bedrohung, P = persönliche Bedrohung; länderspezifische Variablen: ¹USA, ²Deutschland; Symbole in Klammern indizieren Signifikanz: p>0,05

Während sich die beschriebenen Muster in den USA für beide Bedrohungsobjekte finden lassen, zeigen sich in Deutschland hier größere Differenzen. So nehmen Frauen zwar in höherem Maße terroristische Gefahren wahr als Männer. Dies trifft jedoch nur auf die kollektive Bedrohungslage zu. Für die persönliche Bedrohung scheint – zumindest der Tendenz nach – gar der umgekehrte Effekt. Um ihre eigene Sicherheit sorgen sich die Frauen in Deutschland scheinbar weniger als die Männer. Einen ähnlichen Effekt lässt sich auch für den Einfluss des Lebensalters nachweisen. Zwar nehmen ältere Personen terroristische Bedrohungen sowohl auf europäischer Ebene als auch individuell mehrheitlich stärker wahr, allerdings zeigen sich im Jahr 2005 negative statistisch signifikante Effekte für die persönliche Gefahrenperzeption. Werden die Befragten aufgrund der Interviewsituation mit der Unterscheidung zwischen kollektiver und individueller Bedrohung direkt konfrontiert, sprechen sich die jüngeren Personen für eine wahrgenommen bedrohlichere Zukunft aus. Fehlt diese Unterscheidung der beiden Objekte, zeigt sich für kollektive und individuelle Bedrohungswahrnehmung das gleiche unterstellte Muster. Zudem ist das Lebensalter, insbesondere für die Wahrnehmung kollektiver Bedrohungen der einflussreichste Faktor im Gesamtmodell. In den Jahren, in denen keine altersspezifischen Unterschiede festgestellt werden können, wächst der Einfluss des Geschlechts auf die Gefahrenperzeption. Im Gegensatz zu Geschlecht und Alter weisen die Befunde zum formalen Bildungsniveau ausnahmslos in die hypothesenkonforme Richtung: Personen mit Abitur fühlen sich durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen insgesamt weniger bedroht. Nur in wenigen Jahren finden sich statistisch bedeutsame Effekte ausgehend vom strukturellen (Wohn-)Umfeld einer Person. Allerdings weisen diese in die erwartete Richtung: Personen aus Westdeutschland und insbesondere Einwohner von Großstädten verfügen über eine erhöhte Bedrohungswahrnehmung. Das gilt sowohl für die persönliche als auch für die kollektive Gefahrenperzeption. Personen, die in geographischer Nähe zu möglichen Terrorzielen wohnen, können die beiden Objekte wohl nur schwerlich voneinander trennen.

Mit Blick auf die Gruppenbindung und politischen Prädispositionen zeigen sich in Deutschland lediglich vereinzelt überzufällige Effekte. Dabei ist, wie schon in den USA, die nationale Verbundenheit der prägendste Faktor aus dieser Variablengruppe. Dies gilt allerdings nur für die europäische Bedrohungswahrnehmung. Die persönliche Gefahreinschätzung bleibt fast ausnahmslos unbeeinflusst von sozialen und politischen Dispositionen. Obwohl in der Tendenz hypothesenkonforme Effekte der Ideologie und der Wahlabsicht für CDU/CSU für die kollektive Bedrohungswahrnehmung festzustellen sind, verfehlen sie, abgesehen vom Jahr 2003, die Schwelle statistischer Signifikanz im Gesamtmodell (nicht aber in den bivariaten

Betrachtungen). Wie in den USA ist der Einfluss konservativer Prägungen auf eine erhöhte Bedrohungswahrnehmung festzustellen. Darüber hinaus muss ebenfalls in Deutschland die Hypothese zum Einfluss der Wahlabsicht für die SPD auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen verworfen werden.

Für das Jahr 2002 wird in Deutschland sowohl die nationale als auch die europäische Gefahren einschätzung erhoben. Unterschiede zwischen den Determinanten sind hier lediglich im Signifikanzniveau auszumachen. Abgesehen von der Wohnregion weisen die Koeffizienten in beiden Gruppen jeweils das gleiche Vorzeichen auf. Der Einfluss der sozialstrukturellen Merkmale, Gruppenbindungen und der politischen Prädispositionen erfolgt somit in gleicher Richtung. Frauen und Personen mit rechter Ideologie nehmen terroristische Bedrohungen sowohl auf nationaler als auf europäischer Ebene stärker wahr als Männer und Personen mit linken Überzeugungen. Darüber hinaus zeigt sich ein überzufälliger negativer Effekt des formalen Bildungsniveaus auf die nationale Bedrohung. Nationale Verbundenheit spielt in Deutschland dagegen nur auf europäischer Ebene eine signifikante Rolle. Die Gefahrenwahrnehmung im eigenen Land beeinflusst sie dagegen weniger stark.

Insgesamt können die Ergebnisse aus den bivariaten Regressionsanalysen in den multivariaten Strukturgleichungsmodellen in beiden Ländern bestätigt werden. Außerdem ist von einem eigenständigen Einfluss der sozialstrukturellen Merkmale auf die Bedrohungswahrnehmungen auszugehen. Das zeigt sich an der Stärke der direkten Effekte im Überzeugungssystem. So sind nahezu alle Gesamteffekte allein durch direkte Einflüsse der Soziodemographie zu erklären. Eine Mediation über die sozialen und politischen Dispositionen auf der zweiten Ebene findet, vor allem in Deutschland, kaum statt. Lediglich nationale Verbundenheit und eine Parteibindung an die Republikaner, noch seltener Ideologie, nehmen vereinzelt eine mediierende Rolle ein. Allerdings sind die gefundenen indirekten Effekte relativ gering. Obwohl zum Teil statistisch signifikant, sind sie wohl kaum von praktischer Relevanz. Darüber hinaus deuten die Ergebnisse darauf hin, dass entscheidende Wertorientierungen, die für eine erhöhte Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen maßgeblich verantwortlich sind, im hier aufgestellten Überzeugungssystem fehlen. Nur so ist der starke direkte Einfluss der Soziodemographie auf die Gefahrenperzeption zu erklären. Bereits in den theoretischen Ausführungen in 2.3.1. wird argumentiert, dass nicht das sozialstrukturelle Merkmal per se die Bedrohungswahrnehmung determiniert, sondern dahinter liegende psychologische Orientierungen und Sozialisationserfahrungen.

4.4. Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen

4.4.1. Bereichsspezifische Grundorientierungen

In dieser Arbeit werden drei grundlegende Überzeugungen als einstellungsbildend für den gesamten Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik angenommen: Militarismus, Internationalismus und Multilateralismus. Dabei geht es um die Frage nach den eingesetzten Mitteln, dem geographischen Bereich und der Kooperation mit anderen Staaten im Hinblick auf außenpolitisches Handeln (Russett/Shye 1993; Chittick et al. 1995; Chittick/Freyberg-Inan 2001a, 2001b). Die Gefahrenperzeption ist den bereichsspezifischen Grundorientierungen im hier postulierten hierarchisch strukturierten Einstellungssystem theoretisch vorgelagert (Everts/Isernia 2015; Hurwitz/Peffley 1991; Rattinger 1991; aber siehe Page/Bouton 2006). Dahinter steht die Annahme, dass terroristische Bedrohungen keineswegs ein neues Phänomen des 21. Jahrhunderts sind. Insbesondere die Gefahr durch CBRN-Waffen ist seit der Zeit des Kalten Krieges für Amerikaner wie Deutsche Realität. Und auch internationaler Terrorismus – verbunden mit religiösem Fanatismus – ist mindestens seit 1968 im Bewusstsein der Öffentlichkeit als radikale Palästinenser begannen Flugzeugentführungen im Kampf gegen Israel einzusetzen (Nacos et al. 2007: 114). Die jüngsten Terroranschläge in den USA und Europa dürften die Gefahr im Bewusstsein der Bevölkerung zusätzlich aktiviert haben. In dieser Lesart sollten Bedrohungswahrnehmungen in beiden Ländern soweit internalisiert sein, dass sie nicht nur außen- und sicherheitspolitische Einstellungen zu aktuellen Themen, sondern ebenso die bereichsspezifischen Grundorientierungen beeinflussen können.

Im Sinne der *Terror Management Theorie* (Greenberg et al. 1986; Greenberg et al. 1990; Greenberg et al. 1997; Pyszczynski et al. 2003) sollte eine gesteigerte objektbezogene Bedrohungswahrnehmung die Zustimmung zu innen- wie außenpolitischen Maßnahmen erhöhen die zu einer Verringerung der Bedrohung führen. Der von den USA angeführte „Krieg gegen den Terror“ scheint alle drei Grundorientierungen anzusprechen: Es wurde von der Bush-Administration ein internationales Vorgehen in Ländern, die Terroristengruppen maßgeblich unterstützen oder selbst Massenvernichtungswaffen herstellen oder erwerben wollen, gemeinsam mit Verbündeten unter dem Einsatz militärischer Mittel proklamiert (Nau 2008). In Deutschland wurde dieser Weg zunächst im Rahmen von NATO-Verpflichtungen mitgetragen. Daher wird angenommen, dass sich Personen in beiden Ländern mit einer erhöhten Bedrohungswahrnehmung für ein aktiveres internationales Engagement ihres Landes gegen den internationalen Terrorismus aussprechen. Dabei wird die Kooperation mit anderen Staaten

bevorzugt. Zudem sollten sich diese Personen in besonderem Maße für ein militärisches Vorgehen aussprechen, um die Quelle der Bedrohung zu beseitigen.

Analog zu den empirischen Analysen in den Abschnitten 4.3.1. und 4.3.2. werden die Effekte der Bedrohungswahrnehmung auf die bereichsspezifischen Grundorientierungen zunächst bivariat betrachtet, um grundsätzliche Assoziationen zwischen den beiden Konzepten zu identifizieren. Anschließend werden die Ergebnisse aus der Schätzung des Strukturgleichungsmodells vorgestellt. Dieses wird nun um eine vierte Ebene erweitert, auf der die Grundorientierungen verortet sind. Das Grundmodell zur Erklärung der Wahrnehmung terroristischer Gefahren aus Kapitel 4.3. bleibt dabei unverändert (siehe dazu auch die grafische Darstellung in Abbildung 2). Da die drei Grundorientierungen theoretisch nicht vollständig trennscharf sind, werden im empirischen Modell Kovarianzen zwischen allen Elementen der vierten Stufe modelliert. Stärker als bei der Erklärung der Determinanten könnten bei den Konsequenzen Probleme der Datenverfügbarkeit ins Gewicht fallen. Daher soll an dieser Stelle noch einmal darauf verwiesen werden, dass nicht für alle Jahre im Untersuchungszeitraum identische Indikatoren zur Messung der bereichsspezifischen Grundorientierungen vorliegen (für weitere Informationen siehe die Dokumentation der verwendeten Variablen in Anhang A sowie die univariaten Verteilungen in Tabelle B2 für die USA und Tabelle B3 für Deutschland). Obwohl als äquivalent angenommen, muss dies bei der Interpretation der empirischen Ergebnisse besondere Berücksichtigung finden.

In Tabelle 9 sind zunächst die Ergebnisse der bivariaten Regressionen der Ausbildung bereichsspezifischer Grundorientierungen auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen dargestellt. Dabei zeigt sich, dass nahezu alle Koeffizienten in beiden Ländern die erwartete Wirkrichtung aufweisen. Das gilt sowohl für die kollektive als auch für die persönliche Bedrohungswahrnehmung. In den USA überschreiten insgesamt 17 von 22 Koeffizienten die konventionelle Schwelle statistischer Signifikanz. Sie verteilen sich gleichermaßen auf beide Bedrohungsobjekte. In Deutschland findet sich dagegen weniger statistisch bedeutsame Evidenz: Nur neun von 23 Koeffizienten erreichen das übliche Niveau. Davon verteilen sich sechs auf 15 nationale, drei auf acht persönliche Bedrohungswahrnehmungen.

Allerdings sind die Muster in beiden Ländern nicht ganz zufällig. So kann keine der bereichsspezifischen Grundorientierungen im Jahr 2002 in den USA durch eine erhöhte Bedrohungswahrnehmung erklärt werden. In allen weiteren Jahren lassen sich hier dagegen maßgebliche Einflüsse der Gefahrenperzeption nachweisen. Im Gegensatz dazu ist 2002 das einzige Jahr in dem die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in Deutschland – sowohl die europäische

als auch die nationale – für alle drei Prinzipien maßgeblich ursächlich ist. 2003 und 2004 verfügen die Gefahreinschätzungen dagegen über keine strukturierende Wirkung für die Grundorientierungen. Dieses Ergebnis scheint zunächst der Annahme zu widersprechen, nach der die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen Militarismus, Internationalismus und Multilateralismus vorgelagert ist. Möglicherweise wurden diese drei Grundüberzeugungen aber bereits unmittelbar nach den Terroranschlägen aktiviert – dafür sprechen zumindest die Befunde für 2002 – und können in den Folgejahren nicht weiter gesteigert werden. Ab 2005 können dagegen auch in Deutschland wieder statistisch bedeutsame Effekte nachgewiesen werden. Bei der Kontrastierung europäischer und persönlicher Bedrohungswahrnehmungen im Jahr 2005 zeigt sich eindrücklich, dass die kollektive Gefahreinschätzung sehr wohl die außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen verstärken kann, nicht aber die individuelle Bedrohungswahrnehmung. Fehlt die Gegenüberstellung beider Bedrohungsobjekte, verfallen die Deutschen auch für die persönliche Gefahrenperzeption zurück in die angenommenen Muster (2007, 2008).

Tabelle 9: Bivariate Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung bereichsspezifischer Grundorientierungen, 2002 - 2008

	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
USA								
Militarismus								
Bedrohungswahrnehmung	-0,19	0,33 ^c	0,70 ^c	0,59 ^c	0,71 ^c	0,13	0,43 ^c	0,42 ^c
Internationalismus								
Bedrohungswahrnehmung	0,54	0,29 ^b	0,57 ^c	0,75 ^c	0,64 ^a	0,05	0,25 ^b	0,27 ^b
Multilateralismus								
Bedrohungswahrnehmung	-	-0,29 ^b	0,04	0,49 ^a	0,35 ^b	0,27 ^c	0,20 ^b	-
Deutschland								
Militarismus								
Bedrohungswahrnehmung	-0,29 ^a	0,13	0,05	-0,06	0,08	0,14	0,21 ^b	0,09
Internationalismus								
Bedrohungswahrnehmung	0,61 ^c	0,15	0,15	0,44 ^c	0,22	0,09	0,08	0,23 ^a
Multilateralismus								
Bedrohungswahrnehmung	0,30 ^a	-0,14	0,12	0,19 ^b	0,26 ^a	0,02	0,18 ^b	-

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b aus bivariater Regression; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; nur Fälle aus Gesamtmodell einbezogen (siehe Tabelle 10 und Tabelle 11); „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland) (2002-2006)/persönlicher (2005, 2007, 2008) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York City und das Pentagon in Washington, D.C. rief Präsident George W. Bush den *War on Terror* aus. Damit verbunden ist ein eindeutig militärisch orientierter Frame zur Be-

kämpfung dieser internationalen Gefahr. Daher wird eine gesteigerte Zustimmung zu Militarismus als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik angenommen bei Personen die terroristische Bedrohungen in stärkerem Maße wahrnehmen. Diese Hypothese kann für die USA eindeutig bestätigt werden: Alle Koeffizienten, mit Ausnahme von 2002, weisen in die entsprechende Richtung. Für die nationale Bedrohungswahrnehmung sind alle positiven Effekte zudem statistisch signifikant; für die persönliche Bedrohungswahrnehmung immerhin diejenigen der Jahre 2007 und 2008. In Deutschland ist die Wirkung dagegen weniger eindeutig. Zwar deutet die Mehrheit der Koeffizienten in die hypothesenkonforme Richtung, aber nur der Effekt von einer perzipierten persönlichen Bedrohung auf die Ausbildung militaristischer Grundhaltungen im Jahr 2007 ist auch statistisch bedeutsam.

Überraschenderweise indiziert der Koeffizient im Jahr 2002 für beide Länder ein negatives Vorzeichen. Eine höhere Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen würde demnach mit einer Ablehnung militärischer Mittel einhergehen. In Deutschland zeigt sich der Zusammenhang sowohl für die europäische als auch für die nationale Gefahrenperzeption. In beiden Fällen ist der Effekt statistisch signifikant. Es scheinen mindestens zwei verschiedene Erklärungen denkbar: Erstens könnte es sich dabei um ein reines Methodenartefakt handeln. So wurde für die Jahre 2003 bis 2008 ein Indikator zu Messung von Militarismus verwendet, der sehr nah am theoretischen Konzept gelagert ist. Die Grundorientierung wurde hier über die Zustimmung zur der Aussage „Unter bestimmten Bedingungen ist Krieg notwendig, um Gerechtigkeit zu erlangen“ operationalisiert. Im Jahr 2002 musste dagegen auf den Unterschied zwischen „militärischer Stärke“ und „wirtschaftlicher Stärke“ zur Bestimmung von „Macht und den weltweiten Einfluss eines Landes“ ausgewichen werden. Möglicherweise verfehlt diese Operationalisierung aber den Kern des Konzepts Militarismus (aber siehe beispielsweise Asmus et al. 2005: 399; Everts/Isernia 2015: 99ff.) und liefert folglich unerwartete Ergebnisse.

Zweitens ist aber auch eine inhaltliche Interpretation denkbar: Es ist durchaus vorstellbar, dass die Wahrnehmung einer physischen Bedrohung gerade nicht die Befürwortung für den Einsatz militärischer Gewalt erhöht. Dafür sprechen Befunde aus der Emotionsforschung, die zeigen, dass Bedrohungswahrnehmungen sowohl Wut als auch Angst erzeugen können und diese wiederum unterschiedliche Auswirkungen auf die Einstellungsbildung ausüben. Während Angst zu Vermeidungsverhalten führt, steigert Wut dagegen die Befürwortung einer aggressiven Außenpolitik (Lerner et al. 2003: 150; Huddy/Feldman 2011: 460). Überwiegt in der Zeit unmittelbar nach den Terroranschlägen in beiden Ländern die Angst vor einem erneu-

ten Übergriff, würde das die Ablehnung militärischer Mittel im Jahr 2002 in den USA und in Deutschland erklären. In den späteren Jahren könnten Gewöhnungseffekte (Mansel 1992: 186), beispielsweise durch die stetige Berichterstattung in den Medien, sowie das aggressive Vorgehen gegen mögliche Terroristen den Einfluss der Bedrohungswahrnehmung in der angenommenen Richtung „korrigieren“. Welcher Mechanismus tatsächlich zutrifft, kann an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden. Allerdings könnte sich ein Vergleich zu den weiter unten behandelten spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen lohnen: Ist eine Aggregatverschiebung der Emotionen maßgeblich für die Ablehnung von Militarismus im Jahr 2002 verantwortlich, sollte sich dies auch in der Zustimmung zu spezifischen militärischen Maßnahmen wiederfinden.

Die Anschläge internationaler Terroristen erfordern eine internationale Antwort. Insbesondere die USA unter Präsident Bush warben in Folge der Attentate vom 11. September 2001 für ein aktives außenpolitisches Engagement. Das spiegelt sich auch in der öffentlichen Meinung der Amerikaner und Deutschen wider: In allen Jahren im Untersuchungszeitraum erhöht die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen die Zustimmung zu Internationalismus. Während in den USA allerdings nahezu alle Koeffizienten statistisch signifikant sind, trifft das in Deutschland nur in drei Jahren zu: 2002 und 2005 für die kollektive Bedrohung sowie 2008 für die persönliche Bedrohung. Allerdings ist der Wunsch nach einer aktiven Rolle Deutschlands auch hier klar erkennbar. Die Beständigkeit der Ergebnisse könnten zudem auf Äquivalenz der beiden verwendeten Indikatoren (2002-2004, 2005-2008) hindeuten.

In den USA verfehlen die Koeffizienten in den Jahren 2002 und 2005 (hier nur für die persönliche Gefahreneinschätzung) die Schwelle statistischer Signifikanz. Das sind exakt die gleichen Jahre, in denen bereits der Einfluss wahrgenommener Bedrohung auf die Zustimmung zu Militarismus nicht bedeutsam erschien. Während sich dies 2002 auf das insgesamt hohe Bedrohungsgefühl in der amerikanischen Bevölkerung zurückführen lässt, treten 2005 deutliche Unterschiede in der Bewertung der nationalen und persönlichen Gefahrenperzeption hervor. Beim direkten Vergleich der beiden Objekte, scheint eine erhöhte nationale Bedrohungswahrnehmung die Zustimmung zu grundlegenden Prinzipien der Außen- und Sicherheitspolitik zu erhöhen, nicht aber die individuelle Wahrnehmung. Möglicherweise scheinen ein internationales Vorgehen sowie die Anwendung militärischer Mittel wenig Sicherheit für das persönliche Empfinden zu bieten. Das zeigt sich auch für die deutsche Bevölkerung.

Ebenfalls hypothesenkonforme empirische Evidenz findet sich für den Einfluss wahrgenommener terroristischer Bedrohungen auf die Befürwortung multilateraler Kooperation. Die Ko-

effizienten in beiden Ländern weisen im Untersuchungszeitraum durchweg in die angenommene Richtung. Für 2005 (national und persönlich), 2006 und 2007 sind die Effekte in den USA zudem statistisch bedeutsam. 2003 wirkt sich eine gesteigerte Gefahrenperzeption dagegen in beiden Ländern negativ auf die Zustimmung zu Multilateralismus aus. In den USA erlangt der Effekt zudem statistische Bedeutsamkeit. Das könnte sich zum einen auf datenbedingte Änderungen im verwendeten Indikator zurückführen lassen. Zum anderen könnte das Ergebnis als Reaktion auf die Verweigerung der Mandatserteilung für den Krieg im Irak durch die Vereinten Nationen interpretiert werden. Während das Konzept Multilateralismus in den Jahren 2004 bis 2007 über die Zustimmung operationalisiert wird: „Wenn die USA/Deutschland Maßnahmen ergreift, die die nationale Sicherheit betreffen, ist es entscheidend, dass wir dies zusammen mit unseren engsten Bündnispartnern tun“, wird es 2003 über die Ablehnung von „Wenn es um lebenswichtige Interessen unseres Landes geht, ist es gerechtfertigt, die Vereinten Nationen zu umgehen“ gemessen. Beide Aussagen bilden theoretisch multinationale Kooperation ab. Allerdings bezieht sich die Operationalisierung im Jahr 2003 in stärkerem Maße auf einen institutionellen Multilateralismus. Gerade der Stimulus „Vereinte Nationen“ könnte die aktuellen Ereignisse um den Einsatz im Irak in der amerikanischen Bevölkerung aktivieren.

In der Tendenz scheint es auch für Deutsche mit höherer Bedrohungswahrnehmung denkbar, ohne multilaterale Zusammenarbeit gegen einen möglichen Aggressor vorzugehen. Dem widerspricht aber der Befund aus dem Jahr 2002, wonach Personen mit erhöhter Gefahrenperzeption den Wunsch äußern, die Vereinten Nationen als Institution zur gemeinsamen internationalen Problemlösung zu stärken. Dieser Effekt ist sowohl für Gefahren, die die Europäische Union als auch das eigene Land betreffen, statistisch signifikant. Es handelt sich folglich nicht um eine (widererwartete) allgemeine Ablehnung multilateraler Kooperation. Möglicherweise will die Mehrheit der Deutschen nur gerade nicht mit den USA im Jahr 2003 gemeinsam außenpolitisch zusammenarbeiten. Dafür spricht auch, dass sich nach 2002 ebenfalls positive, statistisch bedeutsame Effekte der Bedrohungswahrnehmung auf die Zustimmung zu Multilateralismus in Deutschland für die Jahre 2005 bis 2007 finden lassen – und damit für europäisch wie persönlich wahrgenommene Gefahren durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und der Proliferation von CBRN-Waffen.

Die ausgeführten bivariaten Befunde bleiben in den Strukturgleichungsmodellen weitestgehend erhalten. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die empirischen Ergebnisse aus der Gesamtbetrachtung für die USA (Tabelle 10) und Deutschland (Tabelle 11) getrennt tabella-

risch dargestellt. Hier sind jeweils die direkten Effekte der Bedrohungswahrnehmung auf die Ausbildung der bereichsspezifischen Grundorientierungen abgetragen – bei gegenseitiger Kontrolle und bei Kontrolle durch die sozialstrukturellen Merkmale sowie der Gruppenbindung und den politischen Prädispositionen. Zusätzlich ist die Varianzaufklärung (mit und ohne Bedrohungswahrnehmung) für jede der drei Grundorientierungen enthalten sowie Angaben zur Modellgüte und den jeweiligen Fallzahlen.

Auffällig ist die geringe Anzahl befragter Amerikaner im Jahr 2002. Dies ist durch das Split-Design des Fragebogens für den Indikator für Militarismus bedingt. In allen anderen Jahren sinkt die Fallzahl im Vergleich zum Gesamtmodell der Determinanten wahrgenommener terroristischer Bedrohung nur geringfügig: Zwischen 1,5 und vier Prozent in den USA und zwischen null und fünf Prozent in Deutschland. Die Modellgüte-Maße (RMSEA und CFI) verbessern sich durch Erweiterung des Gesamtmodells um die Ebene der bereichsspezifischen Grundorientierungen in nahezu allen Jahren für Deutschland und in der Mehrheit der Untersuchungszeitpunkte für die USA. Die empirische Modellierung des theoretisch unterstellten Überzeugungssystems wird von den vorhandenen Daten folglich in akzeptablem Maße abgebildet. Das gilt insbesondere für Deutschland. Im Gegensatz dazu können die in das Schätzmodell einbezogenen Variablen in den USA insgesamt einen höheren Anteil der Varianz binden als in Deutschland. In beiden Ländern kann die Ausbildung von Militarismus als grundlegendes Prinzip der Außen- und Sicherheitspolitik eines Landes am besten erklärt werden.

Es wird angenommen, dass Personen, die eine gesteigerte Bedrohung durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und Massenvernichtungswaffen wahrnehmen, die Anwendung militärischer Mittel als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik zur Bekämpfung der Quelle der Bedrohung in stärkerem Maße befürworten. Empirische Evidenz findet sich dafür in den USA in allen Jahren (mit Ausnahme von 2002) auch bei Kontrolle sozialstruktureller Merkmale und grundlegender sozialer und politischer Prädispositionen. Die Befunde aus der bivariaten Betrachtung bleiben im Gesamtmodell erhalten. Keine statistische Bedeutsamkeit erlangen der negative Effekt im Jahr 2002 sowie der positive Effekt der persönlichen Bedrohung im Jahr 2005. Letzterer ist auch in allen drei Modellen der Einzelbedrohungen positiv, aber nur für internationalen Terrorismus statistisch signifikant. In allen anderen Jahren finden sich keine relevanten Unterschiede zwischen den jeweiligen Gefahrenperzeptionen und den Ergebnissen des hier präsentierten Gesamtmodells. Einzig die wahrgenommene Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen zeigt sich weniger erklärungsstark im Vergleich zu internationalem Terrorismus und islamischen Fundamentalismus gemessen an

der Konstanz statistisch signifikanter Koeffizienten im Untersuchungszeitraum. Nur in den Jahren 2004, 2007 und 2008 erreicht die Gefahreneinschätzung durch CBRN-Waffen das relevante Signifikanzniveau.

Tabelle 10: Direkte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung bereichsspezifischer Grundorientierungen in den USA, 2002 - 2008

	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
Militarismus								
Bedrohungswahrnehmung	-0,16	0,22 ^b	0,61 ^c	0,42 ^c	0,50 ^b	0,08	0,35 ^c	0,35 ^c
Internationalismus								
Bedrohungswahrnehmung	0,66	0,30 ^b	0,53 ^b	0,59 ^b	0,42	0,02	0,12	0,14
Multilateralismus								
Bedrohungswahrnehmung	-	-0,09	0,12	0,29 ^a	0,42 ^b	0,20 ^c	0,23 ^b	-
R ² (Militarismus)	0,053	0,134	0,204	0,207	0,273	0,165	0,211	0,204
Δ R ² (Bedrohung)	0,002	0,021	0,084	0,032	0,047	0,003	0,044	0,053
R ² (Internationalismus)	0,062	0,063	0,093	0,206	0,082	0,167	0,098	0,091
Δ R ² (Bedrohung)	0,027	0,019	0,032	0,031	0,014	0,000	0,003	0,004
R ² (Multilateralismus)	-	0,223	0,094	0,157	0,079	0,158	0,114	-
Δ R ² (Bedrohung)	-	0,003	0,004	0,026	0,055	0,025	0,027	-
RMSEA	0,072	0,068	0,050	0,084	0,077	0,056	0,017	0,050
CFI	0,925	0,929	0,956	0,900	0,887	0,962	0,996	0,963
N	325	747	782	751	417	756	753	700

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (2002-2006)/persönlicher (2005, 2007, 2008) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen; im Modell zusätzlich enthalten: Sozialstrukturelle Merkmale, Gruppenbindung und politische Prädispositionen (siehe Abbildung 2)

Insgesamt kann in den Jahren 2003 bis 2008 mit dem aufgestellten Schätzmodell zwischen 13 und 27 Prozent der Varianz für Militarismus in den USA erklärt werden. Dabei variiert der Anteil, der auf die Bedrohungswahrnehmung entfällt zwischen zwei und acht Prozent. Interessanterweise liegen die beiden Extreme in den aufeinander folgenden Jahren 2003 und 2004, um sich anschließend bei etwa vier Prozent minimalem Varianzaufklärungspotential einzupegeln. 2004 liegt der prozentuale Anteil, den die Bedrohungswahrnehmung allein zur Erklärung des Gesamtmodells beiträgt bei über 40 Prozent (8,4 von 20,4 Prozent Varianzaufklärung). Wesentliche Prädiktoren für die Ausbildung einer militaristischen Grundorientierung in den USA sind neben der Wahrnehmung terroristischer Gefahren die Zugehörigkeit zur ethnischen Mehrheit, eine starke nationale Verbundenheit, konservative Ideologievorstellungen sowie eine Parteibindung an die Republikaner (Tabelle B7). Obwohl diese Faktoren im Wesentlichen auch die Bedrohungswahrnehmung selbst determinieren, kann diese darüber

hinaus eigenständig zur Erklärung der Ausbildung einer militaristischen Grundhaltung beitragen.

Ebenso wie in den USA zeigen auch die Befunde für Deutschland einen durchweg positiven Einfluss wahrgenommener Bedrohungen auf die Befürwortung von Militarismus. Allerdings sind nur die Effekte für 2004 und 2007 statistisch signifikant – also in jeweils einem Fall für die europäische und die persönliche Gefahrenperzeption. Entgegen den Erwartungen bleibt zudem der negative Effekt im Jahr 2002 im Gesamtmodell statistisch bedeutsam. In den Einzelbetrachtungen zeigt sich hier ebenfalls der negative statistisch signifikante Einfluss für internationalen Terrorismus und der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen durch den Irak. Je höher die Bedrohungswahrnehmung der Deutschen 2002 desto wahrscheinlicher befürworteten sie also die wirtschaftliche Stärke gegenüber der militärischen Stärke eines Landes. In den übrigen Jahren lassen sich zudem vereinzelt statistisch bedeutsame positive Effekte für die Ausbildung militaristischer Grundhaltungen finden, wie etwa 2003 für internationalen Terrorismus und 2006 für islamischen Fundamentalismus.

Insgesamt liegt die Erklärungsleistung der Gesamtmodelle in Deutschland bei etwa 13 Prozent in den Jahren 2003 bis 2008. Ähnlich wie in den USA wird die geringste Varianzaufhellung im Jahr 2002 mit etwa fünf Prozent erreicht. Der auf die Bedrohungswahrnehmung entfallende Teil ist dabei absolut betrachtet deutlich geringer: Nur etwa ein Prozent im Jahr 2004 und immerhin drei Prozent im Jahr 2007. Für 2002 beträgt der Anteil sowohl für die europäische als auch für die nationale Bedrohungswahrnehmung etwa drei Prozent. Das sind über 65 Prozent Anteil für die Gefahreneinschätzung an der Gesamterklärungsleistung. Neben der Perzeption terroristischer Bedrohungen weisen in Deutschland zudem jüngere Männer mit rechter Selbsteinstufung, und etwas weniger beständig, Westdeutsche und Personen mit einer Wahlabsicht für CDU/CSU die höchsten Zustimmungswerte für Militarismus auf. Der Effekt von nationaler Verbundenheit verschwindet vollständig hinter dem Einfluss der Ideologievorstellung (Tabelle B10).

Die erhöhte Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen sollte den Wunsch in den USA und in Deutschland nach einem aktiven internationalen Engagement bestärken. Wie bereits in den bivariaten Regressionen sind auch in den vollständigen Strukturgleichungsmodellen für die USA alle Koeffizienten hypothesenkonform in positiver Wirkrichtung. Allerdings erreichen die Effekte der persönlichen Bedrohungswahrnehmung nicht mehr die konventionelle Schwelle statistischer Signifikanz. Tatsächlich bestätigen lässt sich der angenommene Einfluss folglich nur für die nationale Gefahrenperzeption in den Jahren 2003 bis 2005. Es könnte

sich jedoch um einen Effekt der Zeit und nicht des Bedrohungsobjekts handeln: Möglicherweise sehen die Amerikaner nach dem international stark kritisierten Krieg im Irak und dem immer wieder nach hinten korrigierten Ende des Afghanistaneinsatzes keine Verbindung mehr zwischen der Bekämpfung internationaler Terroristen und einem verstärkten außenpolitischen Engagement ihres Landes. Tatsächlich ist kein Effekt der persönlichen Bedrohungswahrnehmung in den Einzelmodellen statistisch signifikant (mit Ausnahme eines positiven Effekts von islamischem Fundamentalismus 2008). Für die nationale Bedrohungswahrnehmung findet sich dagegen zusätzliche empirische Evidenz 2002 durch islamischen Fundamentalismus und CBRN-Waffen sowie 2006 durch internationalen Terrorismus und CBRN-Waffen. Überraschenderweise geht die Wahrnehmung einer Bedrohung durch islamischen Fundamentalismus (allerdings nur) im Jahr 2006 mit der Befürwortung einer isolationistischen Haltung der USA einher. Im Gesamtmodell neutralisieren sich die einzelnen Effekte.

Tabelle 11: Direkte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung bereichsspezifischer Grundorientierungen in Deutschland, 2002 - 2008

	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
Militarismus								
Bedrohungswahrnehmung	-0,33 ^b	0,15	0,22 ^a	0,07	0,18	0,10	0,28 ^c	0,10
Internationalismus								
Bedrohungswahrnehmung	0,64 ^c	0,15	0,21	0,51 ^c	0,36	0,10	0,09	0,22 ^a
Multilateralismus								
Bedrohungswahrnehmung	0,35 ^a	-0,08	0,17 ^a	0,20 ^b	0,27 ^a	0,03	0,17 ^b	-
R ² (Militarismus)	0,046	0,124	0,112	0,127	0,134	0,130	0,143	0,129
Δ R ² (Bedrohung)	0,030	0,004	0,012	0,001	0,006	0,004	0,031	0,004
R ² (Internationalismus)	0,097	0,070	0,079	0,058	0,053	0,022	0,019	0,025
Δ R ² (Bedrohung)	0,062	0,003	0,007	0,038	0,012	0,003	0,001	0,009
R ² (Multilateralismus)	0,066	0,056	0,045	0,098	0,075	0,080	0,070	-
Δ R ² (Bedrohung)	0,025	0,001	0,012	0,017	0,021	0,000	0,014	-
RMSEA	0,000	0,045	0,051	0,033	0,036	0,045	0,043	0,012
CFI	1,000	0,955	0,932	0,973	0,963	0,950	0,954	0,996
N	429	880	897	938	480	916	922	902

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung europäischer (2002-2006)/persönlicher (2005, 2007, 2008) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen; im Modell zusätzlich enthalten: Sozialstrukturelle Merkmale, Gruppenbindung und politische Prädispositionen (siehe Abbildung 2)

Insgesamt können im Untersuchungszeitraum zwischen sechs und 21 Prozent der Gesamtvarianz in den USA erklärt werden, wobei der Anteil in der Mehrheit der Jahre unter zehn Prozent liegt. 2003 entfallen etwa zwei Prozent, 2004 und 2005 etwa drei Prozent davon auf die Bedrohungswahrnehmung. Weitere Befürworter internationalistischer Prinzipien in der Au-

ßenpolitik der USA sind formal hochgebildete weiße Männer aus Großstädten mit starker nationaler Verbundenheit (Tabelle B8). Der beständigste Prädiktor im gesamten Untersuchungszeitraum ist die Parteiidentifikation mit den Republikanern. Der von der Bush-Administration gesetzte Frame, den internationalen Terrorismus in Übersee zu bekämpfen, wurde folglich insbesondere bei den Parteianhängern des Präsidenten in gewünschter Weise adaptiert.

Auch in Deutschland können alle bivariaten Ergebnisse im Gesamtmodell bestätigt werden. In allen Jahren erhöht die Perzeption terroristischer Bedrohungen von außen den Wunsch nach einem aktiven internationalen Engagement. Statistische Bedeutsamkeit erlangt der Befund sowohl für die kollektive Bedrohungswahrnehmung in den Jahren 2002 und 2005 sowie für die persönliche Gefahrenperzeption im Jahr 2008. Trotz Indikatorwechsel bleiben die Befunde über die Zeit stabil. Die Betrachtung der Ergebnisse der einzelnen Bedrohungstypen bestätigt ebenso das gefundene Muster: Für die drei angegebenen Jahre sind alle internationalen Einzelgefahren statistisch signifikant. Zusätzliche empirische Evidenz findet sich nicht.

Die Varianzaufklärung für Internationalismus liegt in Deutschland insgesamt zwischen zwei und zehn Prozent – und ist damit schlechter als für Militarismus. Allerdings wird ein deutlich größerer Teil der Varianz durch die Bedrohungswahrnehmung gebunden: 2002 entfallen mehr als sechs (für die nationale Bedrohung drei) von zehn Prozent auf die Gefahrenperzeption, 2005 vier von sechs Prozent. Der Gesamtanteil erklärter Varianz im Jahr 2008 ist mit 2,5 Prozent praktisch unbedeutend. Die Soziodemographie und die politischen Prädispositionen können nur in geringem Maße zur Erklärung internationalistischer Grundorientierungen beitragen. Lediglich formal hoch Gebildete votieren über die Zeit hinweg konstant für ein stärkeres Engagement Deutschlands in der Welt (Tabelle B11). Möglicherweise erkennen sie das außenpolitische Potential ihres Landes nach Erhalt der vollen Souveränität im Jahr 1990. Weniger beständig, aber immerhin in drei von sieben Jahren statistisch signifikant, ist der positive Einfluss nationaler Verbundenheit auf Internationalismus. Personen mit einer positiven Assoziation zu Deutschland scheinen in stärkerem Maße von der internationalen Stärke ihres Landes überzeugt und äußern daher den Wunsch nach einem aktiveren Eingreifen in das internationale Geschehen. Zumindest in den ersten beiden Untersuchungsjahren erhöht zudem die Wahlabsicht für die SPD die Befürwortung von Internationalismus. Insbesondere die Parteianhänger der SPD scheinen folglich den eingeschlagenen internationalistischen Kurs Deutschlands, etwa im Rahmen der Beteiligung deutscher Streitkräfte an der *Operation Enduring Freedom* unter Bundeskanzler Schröder, mitzutragen.

Neben der Frage, ob sich das eigene Land überhaupt aktiv und mit welchen Mitteln am Weltgeschehen beteiligen sollte, bleibt schließlich zu untersuchen ob der Wunsch nach Kooperation auf internationaler Ebene durch die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen verstärkt wird. Die Bekämpfung des Aggressors soll so international auf eine breite Basis gestellt werden um die Erfolgsaussichten zu maximieren. Diese Vermutung kann sowohl in den USA als auch in Deutschland bestätigt werden. Alle Effekte, mit Ausnahme von 2003, weisen ein positives Vorzeichen auf. Personen, die terroristische Bedrohungen verstärkt wahrnehmen, befürworten multilaterale Kooperation, insbesondere unter Stärkung der Vereinten Nationen. Der negative Effekt im Jahr 2003 wurde bereits bei der bivariaten Betrachtung diskutiert und im Wesentlichen auf den verwendeten Indikator und das isolierte Vorgehen der USA im Irakkrieg zurückgeführt. Im Gesamtmodell verliert der Effekt schließlich auch in den USA seine statistische Bedeutsamkeit. Hier ist die positive Wirkung der Bedrohungswahrnehmung auf Multilateralismus von 2005 bis 2007 für beide Bedrohungsobjekte statistisch signifikant. Möglicherweise wächst der Wunsch nach stärkerer Zusammenarbeit mit verbündeten Staaten bei Amerikanern mit erhöhter Gefahrenperzeption gerade in diesen Jahren, da – trotz Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak – kaum Erfolge im Kampf gegen internationalen Terrorismus, religiöse Fanatiker und dem Erwerb von Massenvernichtungswaffen durch „Schurkenstaaten“ wie den Iran und Nordkorea erzielt werden konnten. Kein zusätzlicher Erkenntnisgewinn kann aus der gesonderten Betrachtung der Effekte einzelner Bedrohungen auf die Ausbildung multilateraler Einstellungen in den USA gezogen werden. Einzig 2003 führt eine erhöhte Perzeption von Gefahren durch Massenvernichtungswaffen in Nordkorea und im Iran statistisch bedeutsam zur Ablehnung internationaler Kooperation.

Insgesamt können durch das aufgestellte Modell zwischen acht und 22 Prozent der Gesamtvarianz in den USA erklärt werden. Dabei entfallen zwischen drei und sechs Prozent auf die Bedrohungswahrnehmung. Besonders hervorzuheben ist dabei das Jahr 2006: Hier entfallen 5,5 von 7,9 Prozent der Varianzaufklärung allein auf die Bedrohungswahrnehmung (fast 70 Prozent). In den übrigen Jahren liegt der Anteil deutlich geringer, nämlich zwischen 16 und 24 Prozent. Zur Gesamterklärung tragen im Wesentlichen Männer, liberale Ideologievorstellungen und eine Parteiidentifikation mit den Demokraten bei (Tabelle B9).

In Deutschland ist der Einfluss wahrgenommener Bedrohungen auf die Ausbildung multilateraler Orientierungen in den Jahren 2002 sowie von 2004 bis 2007 statistisch bedeutsam. Interessanterweise erhöht die europäische Gefahrenperzeption 2005 zwar den Wunsch nach internationaler Kooperation, nicht aber die persönliche Bedrohungswahrnehmung. Bei letzte-

rer zeigt sich in der Einzelbetrachtung lediglich ein positiver statistisch signifikanter Effekt bei der wahrgenommenen Gefahr durch eine weltweite Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Dagegen scheinen die Befunde der übrigen Jahre robust: Sowohl internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus als auch die Proliferation von CBRN-Waffen weisen einzeln einen positiven statistisch bedeutsamen Effekt auf Multilateralismus auf. Keine signifikante Prägekraft erreichen die Bedrohungswahrnehmungen dagegen im Jahr 2003. Ebenfalls keine substantiellen Unterschiede sind 2002 im Einfluss nationaler und europäischer Gefahrenperzeption zu verzeichnen.

Alles in allem ist die Erklärungskraft der Gesamtmodelle in Deutschland relativ gering: Die einbezogenen Variablen können zwischen fünf und zehn Prozent der Varianz für Multilateralismus auf sich vereinen. Zwischen drei und sechs Prozent entfallen dabei auf die Bedrohungswahrnehmung. Ihr prozentualer Anteil an der Erklärungsleistung schwankt damit zwischen 17 (2005) und 38 Prozent (2002). Die nationale Bedrohung im Jahr 2002 vereinigt sogar fünf von sieben Prozent Varianzaufklärungspotential auf sich, und damit über 70 Prozent. Neben der Gefahrenperzeption variieren die Determinanten multilateraler Orientierungen zwischen den Jahren – allerdings unsystematisch zwischen den zwei (USA)/drei (Deutschland) verwendeten Indikatoren. Für internationale Kooperation sprechen sich neben Personen mit einer erhöhten Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen im Allgemeinen ältere Männer aus dem Westen Deutschlands sowie Wähler von CDU/CSU aus (Tabelle B12).

4.4.2. Spezifische außen- und sicherheitspolitische Einstellungen

In der vorliegenden Arbeit werden Einstellungen eines breiten Spektrums spezifischer außen- und sicherheitspolitischer Themen betrachtet, um ein umfassendes Bild über den Einfluss wahrgenommener Bedrohungen durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen zu erhalten. Die hier analysierten Policies lassen sich dabei in mindestens vier Kategorien untergliedern: Die Einschränkung von Freiheitsrechten der amerikanischen und deutschen Bürger im Inland, die Erhöhung spezifischer sicherheitsrelevanter Haushaltsmittel wie etwa Rüstungsausgaben und Entwicklungshilfe, die grundsätzliche Zustimmung zu Maßnahmen der Terrorbekämpfung im Ausland, die Befürwortung konkreter aktueller Militäreinsätze im Irak und in Afghanistan sowie möglicher zukünftiger Einsätze, beispielsweise im Iran.

In 2.4.3. wird argumentiert, dass die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen die Zustimmung zu allen vier Themenbereichen erhöhen sollte. Es wird angenommen, dass eine erhöhte

Gefahrenperzeption zur Befürwortung einer aggressiveren Außen- und Sicherheitspolitik führt, um die Quelle der Bedrohung zu beseitigen. Insbesondere in den USA werden alle oben aufgeführten Policies von Präsident Bush unter dem *War on Terror* subsummiert. Die Kommunikation gegenüber der Bevölkerung wird fortan in diesem Rahmen platziert. Mit der wiederkehrenden Verknüpfung von politischen Maßnahmen und den Anschlägen vom 11. September 2001 schafft es Bush zudem, sein Vorgehen mit starken nationalen Symbolen zu verknüpfen. So wird auch für die Bevölkerungsteile, die nur wenig Interesse und Wissen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik aufweisen, eine einfache Verbindung zwischen der terroristischen Bedrohung und spezifischen Policies der Regierung geschaffen. Und auch in Deutschland dient der Verweis auf drohende Gefahren durch internationalen Terrorismus als Rechtfertigung einer internationalistisch ausgerichteten Politik. Um die wahrgenommene Bedrohung von außen erfolgreich zu verringern, sollte aber nicht nur militärisches Vorgehen zum Erfolg führen. Auch humanitäre Maßnahmen können zur Stabilisierung von Krisenregionen beitragen und so die Quelle internationalem Terrorismus⁴ und dessen Begleiterscheinungen bekämpfen. Um diese Annahme zu testen, werden neben den klassischen militärbezogenen Komponenten wie Auslandseinsätze auch zivile Maßnahmen wie etwa die Zahlung wirtschaftlicher Hilfen oder die Ausbildung von Polizei und Streitkräften vergleichend untersucht.

Im ersten Schritt werden, analog zu den bisherigen Untersuchungen, die bivariaten Assoziationen zwischen wahrgenommener terroristischer Bedrohung und den spezifischen Policy-Einstellungen vorgestellt. Zweitens wird geprüft, ob die gefundenen Zusammenhänge auch bei Kontrolle aller weiteren Orientierungen im Überzeugungssystem bestehen können. Zu diesem Zweck wird das empirische Modell in Abbildung 2 vollständig mit allen fünf Abstraktionsebenen geschätzt. Schließlich werden neben den direkten Effekten der Bedrohungswahrnehmung auch deren indirekte Effekte, also die Vermittlungswirkung über die bereichsspezifischen Grundorientierungen, detailliert betrachtet, um die Konsequenzen perzipierter Gefahren auf die Einstellungsbildung umfassend abzubilden und verstehen zu können. Dabei sind die Analysen zum Teil erheblichen Restriktionen aufgrund der Datenverfügbarkeit unterworfen. Es liegt in der Natur der Sache, dass aktuelle Ereignisse nicht als Zeitreihe erhoben werden können. Bei den vorliegenden Einstellungsobjekten wäre dies zwar prinzipiell in stärkerem Maße möglich gewesen (wie etwa für den Einsatz in Afghanistan), lag aber wohl nicht im Interesse der Primärforscher. So ist der Einfluss wahrgenommener Bedrohungen zumeist nur exemplarisch für ausgewählte Jahre zu untersuchen. Unterschiede in der Bedeutsamkeit kollektiver und individueller Bedrohungen für die Einstellungsbildung können nicht abschließend analysiert werden.

In Tabelle 12 sind die bivariaten Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung von Einstellungen gegenüber konkreten Policies im Untersuchungszeitraum dargestellt. Dabei zeigt sich, dass 14 von 17 Koeffizienten in den USA einen statistisch bedeutsamen Einfluss aufweisen. In Deutschland überschreitet die Hälfte der Koeffizienten die konventionelle Schwelle 95-prozentiger Sicherheit. Nicht alle Effekte der Gefahrenperzeption weisen dabei die angenommene Wirkrichtung auf. In beiden Ländern begünstigt, entgegen den Erwartungen, eine gesteigerte Bedrohungswahrnehmung die Ablehnung wirtschaftlicher Hilfszahlungen. Zudem scheint die Verteilung statistisch relevanter Koeffizienten alles andere als zufällig. So können in den USA kaum verlässliche Aussagen für das Jahr 2002 getroffen werden. In Deutschland lassen sich dagegen schwerlich Zusammenhänge für unkonkrete politische Maßnahmen finden, also beispielsweise zur Verteilung der Haushaltsmittel oder zu (möglichen) Militäreinsätzen ohne deutsche Involvierung wie im Irak und im Iran. Die Ergebnisse der bivariaten Untersuchungen sollen im Folgenden detailliert beschrieben werden.

Als innenpolitische Maßnahme zur Verhinderung terroristischer Anschläge werden sowohl in den USA als auch in Deutschland die Freiheitsrechte der Bürger durch Überwachung des öffentlichen Raums und privater Kommunikation eingeschränkt. Obwohl in beiden Ländern nicht unumstritten, zeigen die empirischen Ergebnisse deutlich, dass insbesondere bei erhöhter Bedrohungswahrnehmung die Zustimmung zu diesen Maßnahmen steigt. Wenn auch in den vorliegenden Daten nur für das Jahr 2006 verfügbar, so findet sich hier doch ein erster Hinweis darauf, dass sich die Ergebnisse aus der amerikanischen Forschung (Davis/Silver 2004a: 36; Huddy et al. 2005: 604; Davis 2007: 56, 78; Huddy et al. 2007b: 145; Hetherington/Suhay 2011: 554) ebenso auf Deutschland übertragen lassen. Die Sorge um einen erfolgreichen Terroranschlag führt auch hier zur Befürwortung freiheitsbeschränkender Maßnahmen durch die Regierung. Ein Vergleich der Effektstärken der Regressionskoeffizienten zeigt zudem, dass der Einfluss wahrgenommener Bedrohung in beiden Ländern etwa auf gleichem Niveau ($b_{USA}=0,39$; $b_{Deutschland}=0,36$) rangiert.

Neben direkten Eingriffen des Staates in die Privatsphäre der Bürger können sich auch Umverteilungen im Haushalt auf die unmittelbare Alltagswelt der Bevölkerung auswirken. Wird beispielsweise der Etat für die Rüstungsausgaben erhöht, muss das Geld womöglich in einem anderen Ressort eingespart werden. Um der wahrgenommenen terroristischen Bedrohung wirksam begegnen zu können, wird angenommen, dass eine Steigerung sicherheitspolitischer Ausgaben befürwortet wird, um die militärische Stärke des Landes zu erhöhen. Das könnte zum einen die Effektivität der Streitkräfte in konkreten Auslandseinsätzen steigern, zum ande-

ren auch zur (vorbeugenden) Abschreckung möglicher Aggressoren dienen. Einstellungen zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben liegen in dieser Arbeit für die Jahre 2002 bis 2004 und 2008 vor. Hier kann also ein vorsichtiger Vergleich zwischen dem Einfluss kollektiver und individueller Bedrohungswahrnehmungen vorgenommen werden.

In den USA zeigt sich eindrücklich der erwartete Zusammenhang: Personen mit einer gesteigerten Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen befürworten in stärkerem Maße eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Außer im Jahr 2002 ist dieser Effekt stets statistisch bedeutsam. In Deutschland zeigt sich in der Tendenz die gleiche Wirkrichtung. Aber nur 2004 ist der Zusammenhang als überzufällig zu bezeichnen. Möglicherweise lässt sich dieses Ergebnis auf den geänderten Kontext in Deutschland zurückführen. Im März 2004 rückt mit den Anschlägen in Madrid der Terror auch näher an Deutschland heran und aktiviert so die Verbindung zwischen der Bedrohungswahrnehmung (für den geographischen Bereich der Europäischen Union) und dem Wunsch, die Ausgaben für Rüstung und Verteidigung zu erhöhen. Im Vergleich zu Deutschland ($b=0,20$) ist der Effekt in den USA allerdings viermal so stark ($b=0,80$). Die deutsche nationale Gefahrenperzeption im Jahr 2002 zeigt interessanterweise sogar einen negativen Zusammenhang (wie auch schon bei Militarismus) zwischen Bedrohungswahrnehmung und der Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Allerdings erreicht der Koeffizient keine statistische Signifikanz.

Neben den Verteidigungsausgaben wird in dieser Arbeit auch die Zustimmung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe betrachtet. Wirtschaftliche Hilfen sollten, insbesondere in unsicheren Regionen, zur Stabilisierung und möglicherweise auch zur Demokratisierung der jeweiligen Länder beitragen und so ebenfalls als Instrument einer präventiven Terrorbekämpfung eingesetzt werden können. Die wenigen Befunde aus den USA (Kam/Kinder 2007: 328; Gadarian 2008: 124) sprechen jedoch für den gegenteiligen Effekt, wonach eine gesteigerte Bedrohungswahrnehmung zur Ablehnung von Hilfszahlungen führt. Entgegen den theoretischen Erwartungen, aber im Einklang mit den bisherigen überschaubaren empirischen Befunden in der amerikanischen Literatur, führt auch in der vorliegenden Untersuchung eine erhöhte Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen zum Wunsch die Entwicklungshilfe für andere Staaten zu reduzieren. Empirische Evidenz findet sich sowohl in den USA als auch in Deutschland in beiden verfügbaren Jahren 2002 und 2003. In Deutschland ist 2002 nur der Effekt der nationalen, nicht aber derjenige der europäischen Bedrohungswahrnehmung statistisch bedeutsam. Beide Koeffizienten verweisen jedoch in die gleiche negative Richtung. Bereits in 2.4.3. wird über mögliche Erklärungen spekuliert: Zum einen könnte generell eine

eher isolationistische Haltung bestärkt werden, wenn die Zustimmung für Hilfszahlungen an andere Länder, im Besonderen muslimisch geprägte Staaten, erhoben wird. Zum anderen soll möglicherweise vermieden werden, dass die Gelder regionalen Terrorgruppen in die Hände fallen, die diese wiederum für Anschläge in Europa und in den USA verwenden könnten (Münkler 2002: 22f., 36).

Tabelle 12: Bivariate Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung spezifischer Policy-Präferenzen, 2002 - 2008

	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
USA								
Einschränkung von Freiheitsrechten	-	-	-	-	0,39 ^a	-	-	-
Verteidigungsausgaben	0,48	0,41 ^c	0,80 ^c	-	-	-	-	0,47 ^c
Entwicklungshilfe	-0,66 ^b	-0,42 ^c	-	-	-	-	-	-
Bekämpfung Terrorismus (Militärische Aktionen)	0,54	-	0,88 ^c	-	-	-	-	-
Bekämpfung Terrorismus (Wirtschaftliche Hilfen)	-	-	-0,06	-	-	-	-	-
Irak (Militäreinsatz)	-	-	0,92 ^c	-	-	-	-	-
Afghanistan (Militäreinsatz)	-	-	-	-	-	-	0,39 ^c	0,39 ^c
Afghanistan (Humanitärer Einsatz)	-	-	-	-	-	-	-	0,27 ^c
Iran (Militärische Aktionen)	-	-	-	-	-	0,21 ^a	0,45 ^c	0,49 ^c
Deutschland								
Einschränkung von Freiheitsrechten	-	-	-	-	0,36 ^b	-	-	-
Verteidigungsausgaben	0,03	0,14	0,20 ^a	-	-	-	-	0,07
Entwicklungshilfe	-0,19	-0,51 ^c	-	-	-	-	-	-
Bekämpfung Terrorismus (Militärische Aktionen)	0,56 ^c	-	0,41 ^c	-	-	-	-	-
Bekämpfung Terrorismus (Wirtschaftliche Hilfen)	-	-	-0,02	-	-	-	-	-
Irak (Militäreinsatz)	-	-	0,06	-	-	-	-	-
Afghanistan (Militäreinsatz)	-	-	-	-	-	-	0,16 ^a	0,43 ^c
Afghanistan (Humanitärer Einsatz)	-	-	-	-	-	-	-	0,15 ^b
Iran (Militärische Aktionen)	-	-	-	-	-	0,01	0,12	0,42 ^c

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b aus bivariater Regression; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; nur Fälle aus Gesamtmodell einbezogen (siehe Tabelle 13 - Tabelle 19); „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland) (2002-2006)/persönlicher (2005, 2007, 2008) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Der dritte Themenkomplex umfasst konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von internationalem Terrorismus – unabhängig von einem bestimmten Staatsgebiet. Für 2002 und 2004 stehen

Einstellungen zur gezielten Anwendung militärischer Mittel zur Zerstörung terroristischer Organisationen zur Verfügung. 2004 wird zusätzlich die Befürwortung wirtschaftlicher Hilfen zur Erhöhung des Lebensstandards ganz spezifisch als Maßnahme zur Terrorbekämpfung erhoben. Hier bestätigt sich das bereits für die Staatsausgaben vorgefundene Muster: Personen mit einer erhöhten Bedrohungswahrnehmung sprechen sich in stärkerem Maße für militärische Aktionen aus während sie gleichzeitig humanitäre Mittel ablehnen. Dies gilt sowohl für Amerikaner als auch für Deutsche. Dabei ist in den USA lediglich der Koeffizient für die Zerstörung terroristischer Organisationen unter Anwendung militärischer Gewalt im Jahr 2004 statistisch signifikant. 2002 besteht mit $b=0,54$ ebenfalls eine starke Assoziation zwischen der Gefahrenperzeption und der Befürwortung militärischer Mittel. Diese ist allerdings nicht statistisch bedeutsam. Eine Erklärung dafür wurde bereits an anderer Stelle in dieser Arbeit gegeben: Terroristische Bedrohungen werden 2002 in den USA in allen Bevölkerungsteilen überdurchschnittlich hoch wahrgenommen. Insbesondere Terroranschläge werden von 91 Prozent der Bevölkerung als sehr ernstzunehmende Bedrohung angesehen. Damit handelt es sich um eine nahezu konstante Einschätzung aller Amerikaner, die kaum zwischen verschiedenen spezifischen Einstellungen diskriminieren kann.

In Deutschland überschreiten die Koeffizienten für den Einfluss der perzipierten Bedrohungen auf die Zustimmung zu Militäraktionen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus‘ in beiden Jahren die Schwelle statistischer Signifikanz. Sowohl die Trias aus verschiedenen militärischen Maßnahmen wie Luftangriffe und Bodentruppen gegen terroristische Trainingscamps und andere Einrichtungen sowie die gezielte Tötung von Terroristenführern (2002) als auch die generelle Unterstützung militärische Aktionen zur Zerstörung terroristischer Organisationen (2004) werden von Deutschen mit erhöhter Bedrohungswahrnehmung in stärkerem Maße befürwortet. Das gilt sowohl für die Wahrnehmung nationaler als auch europäischer Gefahren. Die Bereitstellung wirtschaftlicher Hilfen zur Erhöhung des Lebensstandards in Ländern, in denen Terroristen angeworben werden, um den internationalen Terrorismus zu bekämpfen, wird dagegen abgelehnt. Allerdings ist dieser Zusammenhang nicht statistisch bedeutsam.

Der Einsatz von Kampftruppen scheint damit auf beiden Seiten des Atlantiks als geeignetes Mittel zur Bekämpfung von Terroristen angesehen zu werden. In den USA ist der Einfluss wahrgenommener terroristischer Bedrohungen im Jahr 2004 ($b=0,88$) dabei mehr als doppelt so stark wie in Deutschland ($b=0,41$). Die (langfristige) Stabilisierung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Krisengebieten, von den Terrororganisationen zumeist profi-

tieren, wird dagegen in beiden Ländern als weniger erfolgsversprechend betrachtet. Dieser Befund überrascht insofern, als dass insbesondere Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkriegs humanitäre Lösungen als Maxime ihrer Außen- und Sicherheitspolitik setzt.

Zum Einfluss der Perzeption terroristischer Bedrohungen auf die Befürwortung militärischer und humanitärer Maßnahmen innerhalb konkreter und hypothetischer Auslandseinsätze stehen Daten zum Krieg im Irak (2004), in Afghanistan (2007, 2008) und gegen den Iran (2005, 2007, 2008) zur Verfügung. Der Argumentationslinie dieser Arbeit folgend, werden positive Effekte bei Personen mit einer gesteigerten Gefahrenperzeption auf die Zustimmung zu den oben angeführten Einsätzen unterstellt. Die bivariate Betrachtung bestätigt diese Annahme partiell. Während der unterstellte Mechanismus in den USA fast ausnahmslos zutrifft, zeigt sich ein differenziertes Bild für die deutsche Bevölkerung.

Die Einstellungen zum Krieg im Irak werden zum einen als Kalkulation von Kosten und Nutzen, zum anderen über die generelle Befürwortung der Truppenentsendung (USA) oder -verweigerung (Deutschland) operationalisiert. Im Juni 2004, ein Jahr nach der offiziellen Beendigung des Krieges gegen Saddam Hussein findet sich unter Amerikanern mit erhöhter Bedrohungswahrnehmung eine überzufällig höhere Zustimmung zum Einsatz im Irak. Diese Tendenz zeigt sich zwar auch in Deutschland, ist sowohl als praktische Einflussgröße ($b=0,06$) als auch statistisch jedoch nicht relevant. Das mag kaum verwundern, ist Deutschland weder an direkten Kampfhandlungen noch am Wiederaufbau des Iraks in entscheidender Personalgröße beteiligt. Darüber hinaus wurde der Einsatz von Beginn an kritisch in der deutschen Öffentlichkeit debattiert (Haumann/Petersen 2004).

Während die von den USA angeführte „Koalition der Willigen“ 2003 ohne UN-Mandat in den Irak einmarschierte, sind die Voraussetzungen für den Krieg in Afghanistan deutlich anders zu bewerten: Nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 wurde zum ersten Mal in der Geschichte der NATO der Bündnisfall ausgerufen (Meiers 2010: 210). Der Krieg gegen die Taliban in Afghanistan ist der erste Auslandseinsatz im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Deutschlands Bundeskanzler Gerhard Schröder versprach „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA (Meiers 2010: 210). Alle im Bundestag vertretenen Parteien, mit Ausnahme der Linken, sprachen sich für den Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan aus

(Kreps 2010: 198, 204f.). Ebenso befürwortet die Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Einsatz im Rahmen des Anti-Terror-Kampfes.⁵²

Dabei wächst die Unterstützung für den Kampfeinsatz mit steigender Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen. Das gilt gleichermaßen auf beiden Seiten des Atlantiks (aber siehe Kam/Kinder 2007: 328; Sahar 2008: 193; Biehl et al. 2011: 81). Sowohl 2007 als auch 2008 zeigen die Koeffizienten in den USA und in Deutschland in die erwartete Richtung. Sie sind in beiden Jahren und beiden Ländern statistisch signifikant. Während die Bedeutung der Bedrohungswahrnehmung für die Zustimmung zur Durchführung von Kampfeinsätzen gegen die Taliban in den USA auf gleichem Niveau ($b=0,39$) verbleibt, steigt der Einfluss der Gefahrenperzeption in Deutschland von $b=0,16$ im Jahr 2007 auf $b=0,43$ im Jahr 2008. Neben dem Bedeutungsgewinn erreicht die Perzeption terroristischer Gefahren damit in der Frage zum Einsatz aktiver Kampfhandlungen in Afghanistan den gleichen Stellenwert in beiden Ländern im Jahr 2008.

Weniger stark, aber dennoch statistisch bedeutsam, zeigen sich zudem Effekte der Bedrohungswahrnehmung auf die Zustimmung zu humanitären Maßnahmen wie die Sicherung wirtschaftlicher Wiederaufbauprojekte, die Hilfe bei der Ausbildung von Polizei und Militär sowie die Bekämpfung des Drogenanbaus in Afghanistan. Personen, die Gefahren durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in besonderem Maße als ernstzunehmende Bedrohungen ansehen, befürworten folglich nicht nur Kampfeinsätze gegen die Taliban, sondern auch humanitäre Aktionen zur Stabilisierung des Landes. Dieser Zusammenhang konnte für andere nicht-militärische Maßnahmen wie wirtschaftliche Hilfen im Allgemeinen und auch speziell zur Bekämpfung von internationalem Terrorismus dagegen nicht gefunden werden. Möglicherweise ist die Verknüpfung von Ziel, Strategie und Mittel im konkreten Fall in Afghanistan für die Gesamtbevölkerung deutlicher zu erfassen. Zudem wurde, gerade in Deutschland, die Beteiligung an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe immer wieder unter Betonung humanitärer Aspekte von den politischen Eliten diskutiert (Müller/Wolff 2011).

Im Fall des Iran handelt es sich im Gegensatz zu Afghanistan und zum Irak nicht um einen konkreten Militäreinsatz, sondern um ein hypothetisches Szenario, falls der Iran nicht auf die

⁵² Dies gilt zumindest bis zum Jahr 2008. Nach dem merklichen strukturellen Wandel des Einsatzes in Afghanistan mit verstärkt militärischen Komponenten auch im Norden des Landes, in dem die deutschen Streitkräfte stationiert waren, schwindet die Zustimmung in der Bevölkerung kontinuierlich. Das ergeben die jährlichen Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), bis Ende 2012 Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (SOWI).

(mutmaßliche) Entwicklung von Atomwaffen verzichtet. Dabei sind zur Zielerreichung verschiedene Maßnahmen vorstellbar – in letzter Instanz ebenso die Anwendung militärischer Mittel. Erwartungsgemäß befürworten Personen mit gesteigerter Bedrohungswahrnehmung das sich Offenhalten der Anwendung militärischer Gewalt gegen den Iran. In den USA ist dieser Zusammenhang in allen drei Untersuchungsjahren, in denen entsprechende Daten vorliegen, statistisch bedeutsam. In Deutschland findet sich die gleiche Tendenz, aber nur 2008 ist sie sowohl von praktischer als auch von statistischer Relevanz. Interessanterweise können die gefundenen Ergebnisse in der bivariaten Betrachtung nur für den Einfluss persönlicher Bedrohungswahrnehmungen Gültigkeit beanspruchen. Für das Jahr 2005 liegen zusätzlich Ergebnisse für die kollektive Gefahrenperzeption vor (nicht tabellarisch ausgewiesen). Hier ist der Effekt in beiden Ländern zum einen nicht statistisch bedeutsam, zum anderen weist der Koeffizient auf einen negativen Zusammenhang hin: Je stärker terroristische Gefahren für das eigene Land (USA) oder das Gebiet der Europäischen Union (Deutschland) wahrgenommen werden, desto eher scheint der Wunsch nach Verzicht auf militärische Gewalt gegenüber dem Iran geäußert zu werden. Fühlen sich Amerikaner und Deutsche dagegen persönlich bedroht, wird ein militärisches Vorgehen eher in Betracht gezogen.

Ob die in Tabelle 12 zusammengefassten bivariaten Assoziationen bei Kontrolle soziodemographischer Merkmale und (außen-)politischer Dispositionen standhalten, soll im Folgenden erörtert werden. Dafür wird das gesamte hierarchisch strukturierte Einstellungssystem mit fünf Ebenen geschätzt (Abbildung 2). Auf der ersten und zweiten Stufe finden sich die sozialstrukturellen Charakteristika sowie die nationale Verbundenheit und die politischen Prädispositionen. Auf der dritten Stufe ist die Wahrnehmung von Bedrohungen durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und der Proliferation von CBRN-Waffen verortet. Auf der vierten Stufe, und folglich als Mediatoren zwischen der Bedrohungswahrnehmung und den spezifischen Policy-Orientierungen, liegen die bereichsspezifischen Grundorientierungen Militarismus, Internationalismus und Multilateralismus. All diese Merkmale beeinflussen folglich direkt und/oder indirekt die Einstellungsbildung zu konkreten Themen in der Außen- und Sicherheitspolitik beider Länder. Aufgrund der Fülle an allgemeinen und spezifischen im Modell aufgenommenen Überzeugungen ist dabei durchaus von einem *harten* Test für den Einfluss der Bedrohungswahrnehmungen auf die Policy-Präferenzen zu sprechen. Andererseits ist nicht auszuschließen, dass entscheidende Indikatoren keine Berücksichtigung im Modell finden, da sie erstens in der theoretischen Argumentation fehlen oder zweitens in den Daten schlichtweg nicht enthalten sind.

Analog zu den bisherigen Ausführungen wird die direkte und indirekte Wirkung der Bedrohungswahrnehmungen auf die vier spezifischen Einstellungsobjekte – Einschränkung von Freiheitsrechten, Erhöhung sicherheitsrelevanter Staatsausgaben, Bekämpfung von internationalem Terrorismus, Befürwortung konkreter Militäreinsätze – mittels multivariaten Strukturgleichungsmodellen untersucht. Besonderes Augenmerk richtet sich dabei auf die Vermittlung der Gefahrenperzeption über die bereichsspezifischen Grundorientierungen. Um die Robustheit der Befunde zu überprüfen, werden zudem die Ergebnisse aus Schätzungen berichtet, in denen die drei hier betrachteten Bedrohungswahrnehmungen – internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, die Proliferation von CBRN-Waffen – einzeln anstelle des latenten Konstrukts aufgenommen werden. Darüber hinaus werden die Ergebnisse für die neben der Bedrohungswahrnehmung im Modell enthaltenen Konzepte aufgeführt, um einen Gesamteindruck für das gesamte Überzeugungssystem außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen zu erhalten.

Für die Bürger beider Länder unmittelbar erfahrbar werden die innerstaatlichen Sicherheitsmaßnahmen zur Terrorabwehr sowohl in den USA als auch in Deutschland als direkte Reaktion auf die Anschläge vom September 2001 erheblich ausgeweitet. Das Repertoire reicht von verschärften Bestimmungen bei Flugreisen, der Videoüberwachung öffentlicher Plätze und des Personennahverkehrs bis hin zur Speicherung privater Kommunikationsdaten. Diese Beschränkung von Freiheitsrechten soll der frühzeitigen Erkennung und Vereitelung möglicher Terroranschläge dienen. Folglich sollten mit einer erhöhten Bedrohungswahrnehmung die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zur Terrorabwehr in stärkerem Maße befürwortet werden, um erneute Anschläge zu erschweren und schließlich zu verhindern. Tatsächlich bestätigt sich dieser Zusammenhang in der bivariaten Betrachtung für beide Länder. Im Gesamtmodell, bei Kontrolle durch Soziodemographie, politische Prädispositionen und den bereichsspezifischen Grundorientierungen, zeigt sich insgesamt weiterhin der positive Einfluss in beiden Ländern (Tabelle 13).

Der direkte Effekt der Bedrohungswahrnehmung auf die Zustimmung zur Einschränkung von Freiheitsrechten verkehrt sich in den USA allerdings ins Negative. Aufgehoben wird dieser durch einen moderaten, statistisch bedeutsamen, indirekten positiven Effekt über Militarismus: Eine höhere Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen begünstigt die Zustimmung zum generellen Einsatz militärischer Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik. Personen mit ausgeprägten militaristischen Grundhaltungen sprechen sich zudem stärker für die innenpolitischen Maßnahmen zur Einschränkung bestimmter freiheitlicher Rechte im Zuge der Ter-

rorabwehr aus. Eine Vermittlung über Internationalismus und Multilateralismus findet dagegen nicht statt. Allerdings geht der direkte Einfluss der Bedrohungswahrnehmung hinter den sonstigen im Gesamtmodell enthaltenen Variablen zurück. Ein statistisch bedeutsamer direkter Effekt ist in den USA bei multivariater Betrachtung nicht nachzuweisen. Das ist umso erstaunlicher, da die bisherige empirische Evidenz gerade für diesen Einstellungsbereich von einem deutlichen Zusammenhang in der hier angenommenen Richtung ausgeht (Davis/Silver 2004a: 36; Huddy et al. 2005: 604; Huddy et al. 2007b: 145; Hetherington/Suhay 2011: 554).

Tabelle 13: Direkte und indirekte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zur Einschränkung von Freiheitsrechten, 2006

	USA	Deutschland
Direkt	-0,08	0,21
Indirekt	0,18 ^a	0,06
via Militarismus	0,16 ^a	0,00
via Internationalismus	0,05	0,00
via Multilateralismus	-0,03	0,05
R ² (Gesamtmodell)	0,367	0,205
Δ R ² (Bedrohung)	0,001	0,014
RMSEA	0,063	0,044
CFI	0,916	0,929
N	395	471

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b ; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen; im Modell zusätzlich enthalten: Sozialstrukturelle Merkmale, Gruppenbindung und politische Prädispositionen (siehe Abbildung 2)

Mindestens drei verschiedene Erklärungen können für die Diskrepanz der Ergebnisse herangezogen werden: Erstens könnte es sich um Kontexteffekte handeln. Sowohl Davis und Silver (2004a) als auch Huddy und Kollegen (2005, 2007) verwenden Daten aus dem Jahr 2002, während die Zustimmung zur Einschränkung der Freiheitsrechte in den TTS lediglich für das Jahr 2006 vorliegt. Mit kürzerem Abstand zu den Terroranschlägen könnte die Befürwortung jeglicher Maßnahmen der Regierung die Sicherheit im eigenen Land zu gewährleisten, insgesamt höher ausfallen als fünf Jahre nach den Anschlägen. Zudem gerät die Freiheitsbeschränkung, insbesondere die flächendeckende Überwachung des öffentlichen Raums, zunehmend in Kritik. Wenngleich nicht bekannt ist, wie viele Anschläge durch die verschärften Sicherheitsmaßnahmen tatsächlich verhindert werden konnten, bieten sie keinen vollständigen Schutz, wie die Attentate in Madrid und London zeigen. Dem entgegen stehen die Befunde von Hetherington und Suhay (2011: 554), die positive statistisch bedeutsame Effekte der

Wahrnehmung terroristischer Gefahren auf die Zustimmung zur Kameraüberwachung an öffentlichen Plätzen mit Daten aus dem Herbst 2006 nachweisen.

Zweitens ist die Auswahl der Bedrohungsindikatoren entscheidend für die Replikation und Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Alle oben berichteten Studien verwenden Bedrohung durch internationalen Terrorismus. Und tatsächlich verfehlt dieser Indikator auch im hier aufgestellten Gesamtmodell nur knapp die konventionelle Schwelle statistischer Signifikanz. Die Wahrnehmung internationaler Gefahren durch islamischen Fundamentalismus und den Erwerb von Atomwaffen durch den Iran führt dagegen zu einer Ablehnung der staatlichen Sicherheitsmaßnahmen. Als latentes Konstrukt im Schätzmodell operationalisiert, neutralisieren sich die hier beschriebenen Effekte.

Drittens könnten wichtige Kontrollvariablen in den bisherigen Modellen in der amerikanischen Literatur fehlen. Statistische Bedeutsamkeit erlangen im hier geschätzten vollständigen Strukturgleichungsmodell Alter, formal niedriges Bildungsniveau, nationale Verbundenheit, konservative Ideologie, eine Parteiidentifikation zu den Republikanern und Militarismus (Tabelle B13). Zusammen können sie fast 40 Prozent der gesamten Erklärungsleistung auf sich vereinen. Insbesondere die militaristische Grundhaltung mediiert den Effekt von Bedrohungswahrnehmungen auf die Zustimmung zur Einschränkung von Freiheitsrechten maßgeblich. Diese Grundhaltung ist allerdings in keiner der oben genannten Studien enthalten. Möglicherweise wird so der Einfluss der Bedrohungswahrnehmungen in der bisherigen Literatur überschätzt. Dafür spricht auch der Vergleich zwischen dem positiven statistisch signifikanten bivariaten Effekt (Tabelle 12) und den Ergebnissen aus dem vollständigen Strukturgleichungsmodell (Tabelle 13) in dieser Arbeit.

Ebenso wie in den USA weicht auch in Deutschland die überzufällige Assoziation zwischen terroristischen Bedrohungswahrnehmungen und die Befürwortung zur Einschränkung von Freiheitsrechten aus der bivariaten Betrachtung bei Aufnahme der übrigen Indikatoren im Gesamtmodell. Die angenommene positive Einflussrichtung bleibt insgesamt jedoch erhalten. Der Gesamteffekt setzt sich dabei aus einem dominierenden positiven direkten Effekt und einem schwachen positiven indirekten Effekt zusammen. Beide Effekte bestätigen die in 2.4.3. aufgestellte Hypothese, verpassen allerdings knapp die konventionelle Schwelle statistischer Signifikanz. Eine Vermittlung über die außenpolitischen Grundorientierungen findet in Deutschland nur marginal statt: Einzig Multilateralismus kann die direkte Wirkung der Bedrohungswahrnehmung zusätzlich verstärken. Wie bereits in Tabelle 11 ersichtlich, werden bei erhöhter perzipierter Gefahrenlage im Jahr 2006 multivariate Grundhaltungen aktiviert.

Diese wiederum wirken positiv auf die Zustimmung zur Einschränkung der Freiheitsrechte als innenpolitische Anti-Terrormaßnahme.

Werden statt dem latenten Indikator die Einzelbedrohungen zur Schätzung herangezogen, zeigen sich ebenfalls durchweg positive Effekte. Im Modell für islamischen Fundamentalismus ist dieser darüber hinaus statistisch bedeutsam. Personen, die eine höhere Wahrnehmung von zukünftigen Bedrohungen durch radikale Islamisten für Europa aufweisen, befürworten folglich in stärkerem Maße die Einschränkung der Freiheitsrechte, insbesondere die Überwachung von Telefongesprächen, der Kommunikation im Internet und von Bankgeschäften sowie die Installation von Überwachungskameras an öffentlichen Plätzen. Diese Maßnahmen werden zudem mehrheitlich von Personen mit formal niedriger Bildung, Westdeutschen und Einwohnern von Großstädten befürwortet. Zudem erhöht eine rechte Ideologie und eine Wahlabsicht für CDU/CSU die Zustimmung (Tabelle B13). Insgesamt ist die Erklärungsleistung deutlich schwächer als in den USA: Nur gut 20 Prozent der Varianz können durch die einbezogenen Variablen in Deutschland gebunden werden. Auf der anderen Seite des Atlantiks liegt der Erklärungsanteil mit knapp 37 Prozent fast doppelt so hoch. Dabei wird die Einschränkung der Freiheitsrechte in beiden Ländern von vergleichbaren Bevölkerungsgruppen unterstützt.

Eine Möglichkeit, auf die perzipierte terroristische Bedrohung zu reagieren, könnte eine aggressive Außenpolitik sein. Um den politischen Handlungsspielraum dafür zu erhöhen, sollte der nationale Wehretat erhöht werden. Eine gesteigerte Gefahrenwahrnehmung sollte folglich die Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben positiv beeinflussen. Dies konnte bereits bivariat für die nationale als auch für die persönliche Bedrohungswahrnehmung für die USA bestätigt werden. Die Befunde gelten ebenfalls im Gesamtmodell: In allen Untersuchungsjahren (2002, 2003, 2004, 2008) erhöht die Perzeption terroristischer Bedrohungen die Zustimmung zur Steigerung des Wehretats (Tabelle 14). Abgesehen vom Jahr 2002 sind alle Koeffizienten statistisch signifikant. Tatsächlich ist der starke ($b=0,48$), aber statistisch nicht signifikante Zusammenhang wohl vielmehr auf die besondere Verteilung der Erklärungsvariable in diesem Jahr als auf ein tatsächlich inhaltliches Argument zurückzuführen. Zudem erschwert die dramatische Verringerung der Fallzahl (aufgrund eines Split-Half-Designs des Militarismus-Indikators) möglicherweise zusätzlich die korrekte Schätzung der Standardfehler. Insgesamt kann die in 2.4.3. aufgestellte Hypothese wohl für alle Untersuchungsjahre als bestätigt gelten. Und auch in den Schätzmodellen mit den Einzelbedrohungen zeigen sich durchweg positive Einflüsse, die in den Jahren 2003, 2004 und 2008 überzufällig ausfallen.

Der Gesamteinfluss der Bedrohungswahrnehmung auf die Zustimmung zur Erhöhung der Rüstungsausgaben wird in den USA im Wesentlichen durch den direkten Effekt der Gefahrenperzeption determiniert. Dieser wird durch indirekte Effekte über die bereichsspezifischen Grundorientierungen ergänzt. Während sich die indirekten Effekte 2003 auf alle drei Grundhaltungen gleichermaßen verteilen, zeigt sich 2004 eine Vermittlung über Militarismus und Internationalismus. Multilateralismus spielt dagegen keine medierende Rolle mehr. Im Gegensatz zu den nationalen Bedrohungen zeigt sich 2008 beim Einfluss der persönlichen Gefahrenwahrnehmung die dominierende Wirkung von Militarismus als Mediator. Neben dem direkten Einfluss auf die Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben findet folglich eine verstärkende Wirkung über militaristische Grundorientierungen statt, die ihrerseits selbst von der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen positiv beeinflusst werden.

Tabelle 14: Direkte und indirekte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zur Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben, 2002 - 2008

	USA				Deutschland			
	2002	2003	2004	2008	2002	2003	2004	2008
Direkt	0,48	0,22 ^b	0,42 ^b	0,36 ^b	-0,00	0,04	0,20	0,07
Indirekt	0,09	0,04 ^a	0,10 ^a	0,07 ^a	-0,01	0,03	0,04 ^a	0,02
via Militarismus	-0,00	0,01	0,07	0,07 ^a	-0,01	0,02	0,02	0,01
via Internationalismus	0,09	0,02	0,04 ^a	-0,00	0,01	0,01	0,01	0,01
via Multilateralismus	-	0,02	-0,01	-	-0,01	-0,00	0,01	-
R ² (Gesamtmodell)	0,102	0,203	0,243	0,222	0,026	0,101	0,067	0,103
Δ R ² (Bedrohung)	0,022	0,017	0,022	0,054	0,000	0,001	0,008	0,001
RMSEA	0,066	0,065	0,049	0,059	0,000	0,043	0,050	0,039
CFI	0,932	0,939	0,963	0,949	1,000	0,959	0,932	0,959
N	318	725	745	330	423	845	830	442

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland) (2002-2004)/persönlicher (2008) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen; im Modell zusätzlich enthalten: Sozialstrukturelle Merkmale, Gruppenbindung und politische Prädispositionen (siehe Abbildung 2)

Alles in allem kann die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen für die USA knapp zehn Prozent zur Erklärung im Gesamtmodell beitragen. Für die persönliche Gefahrenperzeption liegt der Anteil an der Varianzaufklärung sogar bei 24 Prozent. Obwohl der Einfluss der Bedrohungswahrnehmung auf die Befürwortung der Erhöhung des Wehretats 2002 und 2004 stärker ausfällt als 2008, ist die Perzeption in diesem letzten Jahr deutlich erklärungsstärker im Gesamtmodell. Insgesamt zeigen sich in allen Untersuchungsjahren zudem überzufällig Männer, Weiße, Personen mit einer starken nationalen Verbundenheit und einer Parteidenti-

fikation mit den Republikanern als Befürworter der Erhöhung der Rüstungsausgaben. Ebenso positiv wirken sich Militarismus, Internationalismus und Unilateralismus aus (Tabelle B14).

Wie in den USA zeigen sich in der bivariaten Betrachtung auch in Deutschland, mit Ausnahme von 2002, positive Effekte wahrgenommener terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zur Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben. Abweichungen zwischen europäischer und persönlicher Gefahrenperzeption sind nicht zu beobachten. Allerdings erreicht lediglich der Koeffizient im Jahr 2004 sowohl in der bivariaten als auch in der multivariaten Schätzung statistische Bedeutsamkeit. Nur drei Monate nach den Anschlägen auf den öffentlichen Nahverkehr in Madrid scheint die Verbindung zwischen den Rüstungsausgaben und dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus bei Personen mit gesteigerter Bedrohungswahrnehmung aktiviert. Interessanterweise führt die Perzeption terroristischer Bedrohungen 2002 in Deutschland zur Ablehnung einer Erhöhung des Wehretats. Zunächst scheinen die Deutschen skeptisch, mit erneuter Gewalt auf die Terroranschläge zu reagieren. Möglicherweise fürchten sie, Terrorattentate könnten sich als Vergeltungsmaßnahmen ebenfalls im eigenen Land ereignen, wenn sie sich zu offensiv an den von den USA geführten Militäraktionen in Übersee beteiligen.

Dieser Effekt findet sich sowohl für die nationale als auch für die europäische Bedrohungswahrnehmung. Wird das eigene Land als Bezugsobjekt angesprochen, ist der Zusammenhang zudem statistisch signifikant. Das gilt ebenso für die drei Einzelbedrohungen in den Schätzungen für die nationale Bedrohungswahrnehmung im Jahr 2002. Der statistisch bedeutsame Effekt im Jahr 2004 ist dagegen allein auf die Bedrohung durch internationalen Terrorismus zurückzuführen. In beiden Fällen speist sich der Gesamteffekt der Gefahrenperzeption auf die Zustimmung zur Erhöhung der Rüstungsausgaben in Deutschland aus ihrer direkten Beziehung. Eine Vermittlung über die bereichsspezifischen Grundorientierungen findet nur in geringem Maße statt. Militarismus ist dabei auch in Deutschland der prominenteste Vermittler, insbesondere im Jahr 2004, in dem die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen militaristische Orientierungen signifikant erhöht. Während diese ihrerseits zur Befürwortung der Erhöhung des Wehretats beitragen. Eine Mediation über die bereichsspezifischen Grundhaltungen kann in den übrigen Jahren auch deshalb nicht stattfinden, weil keine direkten Effekte von ihnen auf die interessierende Variable ausgehen. Der prozentuale Anteil der Bedrohungswahrnehmung an der Gesamterklärungsleistung ist mit 14 (2002, nationale Bedrohung) und zwölf Prozent (2004) in beiden Jahren etwa im gleichen Einflussbereich sowie etwas höher als in den USA. Insgesamt wird die Erhöhung des Wehretats in Deutschland von Männern,

Westdeutschen, Personen mit einer Wahlabsicht für CDU/CSU und SPD sowie mit militaristischen Grundhaltungen befürwortet (Tabelle B14).

Die Zustimmung zur Erhöhung der wirtschaftlichen Hilfen für andere Länder wird 2002 und 2003 in den TTS erhoben. In 2.4.3. wird argumentiert, dass Personen mit erhöhter Bedrohungswahrnehmung die Ausweitung dieser Zahlungen befürworten sollten. Durch die Erhöhung des Lebensstandards und des Bildungsniveaus in ärmeren Ländern könnte den Terroristen der Nährboden zur Verbreitung ihrer Ideologie entzogen sowie weitere Rekrutierungsmaßnahmen erschwert werden. Tatsächlich zeigt die empirische Evidenz sowohl in der amerikanischen Forschung (Kam/Kinder 2007: 328; Gadarian 2008: 124) als auch in der bivariaten Betrachtung dieser Arbeit für beide Länder, dass eine gesteigerte Bedrohungswahrnehmung tatsächlich die Zustimmung zur *Reduzierung* der Entwicklungshilfe für andere Staaten sowohl in den USA als auch in Deutschland begünstigt. Dabei bleiben die Ergebnisse aus dem einfachen Modell ebenfalls bei Kontrolle durch Soziodemographie sowie den allgemeinen politischen und bereichsspezifischen Dispositionen ausnahmslos erhalten (Tabelle 15).

In den USA bestätigt sich in beiden Jahren der negative, statistisch signifikante Effekt der Bedrohungswahrnehmung auf die Zustimmung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe. Neben der Modellierung der Bedrohungswahrnehmung als latenten Indikator, ist die hier beschriebene Wirkrichtung zudem in allen drei Einzelmodellen für internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und CBRN-Waffen nachzuweisen. 2002 beträgt der Anteil der Bedrohungswahrnehmung an der Gesamtaufklärung 64 Prozent. 2003 beträgt ihr Anteil 33 Prozent. In beiden Jahren wird der starke direkte negative Effekt durch einen gegensätzlich wirkenden indirekten Effekt über Internationalismus leicht abgeschwächt. Amerikaner mit erhöhter Bedrohungswahrnehmung lehnen zum einen also direkt die Erhöhung von wirtschaftlichen Hilfen für Entwicklungsländer ab. Zum anderen befürworten sie zeitgleich ein aktives Engagement ihres Landes in der internationalen Arena. Eine solche internationalistische Haltung begünstigt ihrerseits die Zustimmung zur Erhöhung von Hilfszahlungen. Dieser Pfad durch das hierarchisch strukturierte Einstellungssystem über die vierte Ebene steht dem direkten Einfluss von der dritten auf die fünfte Ebene damit diametral entgegen. Er ist aber zu wenig einflussreich, um die deutlich negative direkte Wirkung der nationalen Gefahrenperzeption auf die Zustimmung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe relevant abzuschwächen oder gar umzukehren. Hinzu treten sehr geringe negative indirekte Effekte über Militarismus und Multilateralismus auf, die den Einfluss der Vermittlung über Internationalismus zusätzlich reduzieren. Neben Personen mit erhöhter Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen lehnen zu-

dem Ältere, formal niedrig Gebildete, Amerikaner mit konservativen Ideologievorstellungen und Personen mit isolationistischen und unilateralen Grundorientierungen die Erhöhung von Hilfszahlungen an andere Nationen grundsätzlich ab (Tabelle B15).

Tabelle 15: Direkte und indirekte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe, 2002 und 2003

	USA		Deutschland	
	2002	2003	2002	2003
Direkt	-0,82 ^b	-0,38 ^c	-0,23	-0,43 ^b
Indirekt	0,12	0,03	0,05	0,01
via Militarismus	-0,00	-0,01	0,04	0,00
via Internationalismus	0,12	0,05 ^a	0,02	0,01
via Multilateralismus	-	-0,01	0,00	-0,00
R ² (Gesamtmodell)	0,102	0,140	0,067	0,142
Δ R ² (Bedrohung)	0,065	0,046	0,014	0,031
RMSEA	0,072	0,068	0,000	0,044
CFI	0,924	0,929	1,000	0,959
N	313	708	421	841

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen; im Modell zusätzlich enthalten: Sozialstrukturelle Merkmale, Gruppenbindung und politische Prädispositionen (siehe Abbildung 2)

In Deutschland zeigt sich 2002 und 2003 ebenfalls der negative Effekt der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen – sowohl in der Einzelbetrachtung als auch bei der Schätzung als latentes Konstrukt – auf die Zustimmung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe im Staatshaushalt. Entgegen den Erwartungen führt eine erhöhte Gefahrenperzeption folglich auch hier zur Ablehnung von wirtschaftlichen Hilfszahlungen. 2002 ist der Effekt für die nationale, 2003 für die europäische Bedrohungswahrnehmung statistisch bedeutsam. 2002 geht der statistisch bedeutsame direkte Effekt der nationalen Gefahrenperzeption allein auf die Bedrohungswahrnehmung durch die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen im Irak zurück. Für die europäische Bedrohungswahrnehmung ist 2002 kein Koeffizient der drei Einzelgefahren, 2003 alle Koeffizienten gleichermaßen statistisch bedeutsam. Damit sollten die hier ausgeführten Befunde als durchaus robust angesehen werden können. Der Anteil der Varianzaufklärung, der allein auf die Bedrohungswahrnehmung entfällt, liegt wie in den USA im Jahr 2002 (36 Prozent) deutlich höher als 2003 (22 Prozent). Zudem ist der Gesamteffekt in den statistisch bedeutsamen Modellen einzig auf den direkten Einfluss der Bedrohungswahrnehmung auf die Zustimmung zur Entwicklungshilfe zurückzuführen. Vermittlungseffekte über Militarismus, Internationalismus und Multilateralismus sind nicht von praktischer Relevanz. Insbesondere

der in den USA erklärungskräftige Effekt über Internationalismus ist in Deutschland nicht gegeben. Einzig für die europäische Bedrohung im Jahr 2002 scheint der Einfluss der perzipierten terroristischen Bedrohung auf die Zustimmung zur Reduzierung der Entwicklungshilfe leicht durch eine Mediation über Militarismus abgeschwächt. Demnach aktiviert die wahrgenommene Bedrohung militaristische Grundhaltungen (Tabelle 11), diese wiederum erhöhen der Tendenz nach die Zustimmung zu Hilfszahlungen an andere Nationen. Dieser positive indirekte Effekt schwächt folglich den negativen Gesamteffekt der Bedrohungswahrnehmung leicht ab. Ebenfalls ablehnend stehen in Deutschland formal niedrig Gebildete, konservative Personen mit einer Wahlabsicht für CDU/CSU, aber nicht für die SPD, sowie Befürworter von Isolationismus der Erhöhung der Entwicklungshilfe entgegen (Tabelle B15).

Nach den Analysen der innenpolitischen Möglichkeiten auf terroristische Bedrohungen zu reagieren, werden im Folgenden zwei verschiedene Maßnahmen mit spezifischerer Verknüpfung zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus beleuchtet. Erstens wird der Einfluss wahrgenommener Bedrohung auf die Zustimmung zu geeigneten *militärischen* Aktionen in den Jahren 2002 und 2004 untersucht. Zweitens können zu diesem Themenbereich, wie schon bei den Staatsausgaben, die Konsequenzen der Gefahrenperzeption für die Zustimmung zu *humanitären* Maßnahmen in Form von wirtschaftlichen Hilfen für 2004 vergleichend analysiert werden. Es zeigt sich, dass unter erhöhter Bedrohungswahrnehmung in beiden Ländern insbesondere militärische Aktionen zur Zerstörung terroristischer Organisationen als geeignete Möglichkeit angesehen werden den internationalen Terrorismus effizient zu bekämpfen. Die gesteigerte Perzeption dieser Bedrohung scheint dagegen folgenlos für die Einstellungsbildung gegenüber Hilfszahlungen zur Erhöhung des Lebensstandards in Ländern, in denen Terroristen angeworben werden um so die Unterstützung in der Bevölkerung für diese Gruppen zu minimieren (Tabelle 16). Damit werden die Ergebnisse aus den bivariaten Regressionen bestätigt. Zwar wechselt die Einflussrichtung der Bedrohungswahrnehmung auf die Zustimmung zur Wirtschaftshilfe im multivariaten Modell für Deutschland, die statistischen Kenngrößen bleiben jedoch von der Aufnahme der Kontrollvariablen in allen Fällen unbeeinflusst.

In den USA zeigt sich deutlich, dass die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen die Zustimmung zur Anwendung militärischer Gewalt im Kampf gegen den internationalen Terrorismus direkt steigert. 2002 scheint, wie bereits in der bivariaten Betrachtung, dieser Zusammenhang zwar sehr stark ausgeprägt, aber zufällig. Das lässt sich vermutlich auf ein methodisches, weniger auf ein inhaltliches Argument zurückführen. Zudem stützen die Ergebnisse aus

den Modellschätzungen mit den Einzelindikatoren für die Bedrohungswahrnehmungen die positive Einflussrichtung: Sowohl 2002 als auch 2004 weisen alle drei Koeffizienten in die angenommene Richtung. 2002 verfehlt lediglich die Bedrohung durch islamischen Fundamentalismus die konventionelle Schwelle statistischer Signifikanz. Werden Gefahren durch internationalen Terrorismus und der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen durch den Irak wahrgenommen, erhöht sich dagegen die Befürwortung konkreter militärischer Maßnahmen im Kampf gegen Terroristen statistisch signifikant.

Tabelle 16: Direkte und indirekte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zu geeigneten Maßnahmen zur Bekämpfung von internationalem Terrorismus, 2002 und 2004

	USA			Deutschland		
	Militärische Aktionen (2002)	Militärische Aktionen (2004)	Wirtschaftliche Hilfen (2004)	Militärische Aktionen (2002)	Militärische Aktionen (2004)	Wirtschaftliche Hilfen (2004)
Direkt	0,77	0,47 ^c	-0,11	0,46 ^b	0,39 ^c	0,00
Indirekt	0,03	0,18 ^c	0,10	0,10 ^a	0,02	0,04 ^a
via Militarismus	-0,02	0,14 ^b	0,02	-0,03	0,03 ^a	0,01
via Internationalismus	0,05	0,04	0,07 ^a	0,12 ^b	-0,01	0,01
via Multilateralismus	-	-0,00	0,01	0,01	0,00	0,01
R ² (Gesamtmodell)	0,153	0,332	0,077	0,181	0,133	0,038
Δ R ² (Bedrohung)	0,059	0,032	0,001	0,044	0,036	0,000
RMSEA	0,063	0,050	0,049	0,000	0,049	0,048
CFI	0,942	0,962	0,957	1,000	0,938	0,936
N	288	762	756	385	890	885

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen; im Modell zusätzlich enthalten: Sozialstrukturelle Merkmale, Gruppenbindung und politische Prädispositionen (siehe Abbildung 2)

Bemerkenswert ist der Unterschied in der Effektstärke der direkten und indirekten Effekte zwischen den Jahren. Während 2002 in den USA praktisch nur der direkte Einfluss der wahrgenommenen Bedrohung für die Unterstützung militärischer Aktionen relevant ist, wird dieser im Jahr 2004 zusätzlich durch einen positiven indirekten Effekt ergänzt. Dabei findet die Vermittlung über Internationalismus, in stärkerem Maße noch über Militarismus statt. Beide Grundhaltungen werden durch die erhöhte Perzeption der hier betrachteten terroristischen Gefahren aktiviert (Tabelle 10) und führen ihrerseits zu einer verstärkten Befürwortung militärischer Aktionen gegen terroristische Organisationen. 2002 bedarf es dieser Vermittlung über die Grundhaltungen dagegen nicht in der amerikanischen Bevölkerung. Zum einen spielt hier der Abstand zu den Terroranschlägen im September 2001 eine maßgebliche Rolle. Kurz

nach dem traumatisierenden Ereignis ist die Verbindung zwischen wahrgenommener Gefahrenlage und den Reaktionen darauf sofort in den Köpfen der Bevölkerung verfügbar. Eine Ableitungshilfe zur Einstellungsbildung wird nicht benötigt. 2004 dürften die Bilder der Anschläge auf das World Trade Center und auf das Pentagon zwar noch präsent sein – auch aufgrund der wiederholt gezeigten Bilder in den Medien. Die Erfahrungen aus den Kriegen in Afghanistan und im Irak scheinen den direkten Einfluss der Bedrohungsperzeption auf die Unterstützung des militärischen Vorgehens jedoch abzuschwächen. Im Einsatz in Afghanistan konnte (zunächst) weder Osama bin Laden aufgespürt werden, noch wurde die Terrororganisation al-Qaida zerstört. Im Irak wurden keine Massenvernichtungswaffen gefunden. Mit den ausbleibenden Erfolgen scheint es nur rational, dass eine militaristische (und in abgeschwächter Form eine internationalistische) Grundhaltung den Einfluss der Bedrohungswahrnehmung auf die Zustimmung zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus mit militärischen Mitteln mediiert, während sich der direkte Einfluss abschwächt.

Insgesamt liegt der Anteil der Varianzaufklärung der Bedrohungswahrnehmung an der Gesamterklärungskraft des Modells 2002 mit fast 40 Prozent deutlich höher als die zehn Prozent im Jahr 2004. Auch hier zeigt sich deutlich der Einfluss der Vermittlung über die bereichsspezifischen Grundhaltungen. Neben Personen mit einer erhöhten Gefahrenperzeption sprechen sich zudem Männer, formal niedrig Gebildete, Weiße und Einwohner ländlicher Gebiete in den USA für militärische Aktionen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus aus. Zudem erhöhen eine starke nationale Verbundenheit, konservative Ideologievorstellungen sowie eine Parteiidentifikation für die Republikaner die Zustimmung. 2004, jedoch nicht 2002, zeigen ebenfalls Anhänger der Demokraten eine erhöhte Befürwortung zu militärischen Aktionen zur Zerstörung terroristischer Organisationen (Tabelle B16). Nach der *Rally Round the Flag* aller Bevölkerungsgruppen in den USA unmittelbar nach 9/11 zeigt sich hier die zunehmende Kritik an Präsident Bush und dessen aggressiver Außenpolitik durch die Demokraten in den Folgejahren (Gadarian 2008: 9). Die Amerikaner scheinen mit einem gewissen zeitlichen Abstand zu den Anschlägen in dieser spezifischen Frage der Argumentation der von ihnen präferierten politischen Eliten stärker zu folgen. Die Unstimmigkeiten zwischen Republikanern und Demokraten spiegeln sich bei der Anwendung der Mittel im Kampf gegen den internationalen Terrorismus folglich auch auf Bevölkerungsebene wider.

Der Einfluss wahrgenommener terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zu wirtschaftlichen Hilfszahlungen im Kampf gegen Terroristen ist in den USA dagegen weniger eindeutig auszumachen. Neben Luftangriffe gegen terroristische Trainingscamps und andere

Einrichtungen, Angriffe von Bodentruppen sowie die gezielte Ermordung von Terroristenführern könnten Hilfszahlungen dazu beitragen den Lebensstandard in den betreffenden Ländern zu erhöhen. Terrororganisationen sollte es so erschwert werden neue Mitglieder anzuwerben. Wenngleich vielmehr in langfristigerer Perspektive verstanden, könnten so terroristische Organisationen wirkungsvoll bekämpft werden. Bereits in der bivariaten Betrachtung zeigte sich allerdings ein negativer, jedoch nicht statistisch signifikanter, Effekt. Personen mit erhöhter Bedrohungswahrnehmung bevorzugen folglich eher militärische Maßnahmen. Hilfszahlen werden von den Amerikanern nicht befürwortet oder in der Tendenz sogar abgelehnt. In den Einzelmodellen zeigt sich, dass die drei Bedrohungen gegensätzlich wirken und folglich in der Gesamtschau kein eindeutiges Ergebnis erkennbar ist. Je höher die Gefahrenperzeption durch internationalen Terrorismus, desto höher scheint tatsächlich die Zustimmung zu Hilfszahlungen an Länder in denen Terroristen angeworben werden. Wahrgenommene Bedrohungen, ausgehend von islamischen Fundamentalismus und Massenvernichtungswaffen, führen dagegen zur Ablehnung finanzieller Hilfen. Allerdings ist in den Einzelschätzungen kein Effekt statistisch bedeutsam.

Wird das gesamte Einstellungssystem betrachtet, wird deutlich, dass der negative direkte Effekt der Gefahrenperzeption fast vollständig durch positive indirekte Effekte über die außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen aufgehoben wird. Besonders Internationalismus nimmt hier eine dominierende Vermittlerrolle ein. Eine gesteigerte Wahrnehmung internationaler Bedrohungen führt zu dem Wunsch einer aktiveren Rolle der USA – möglicherweise um den von Terrororganisationen ausgehenden Gefahren für das eigene Land frühzeitig zu begegnen. Diese internationalistische Haltung wirkt sich zudem positiv auf die Befürwortung wirtschaftlicher Hilfen aus. Militaristische Orientierungen werden durch die Perzeption terroristischer Bedrohungen ebenfalls aktiviert. Diese können jedoch nicht in Unterstützung für humanitäre Hilfsmaßnahmen umgesetzt werden. Ohnehin scheinen sich Befürworter militärischer und ziviler Maßnahmen aus unterschiedlichen Sub-Populationen zusammen zusetzen. So werden die Hilfszahlungen von Frauen, formal hoch gebildeten Personen mit geringer nationaler Verbundenheit und liberalen Ideologievorstellungen unterstützt (Tabelle B16). Unterschiede nach parteipolitischer Orientierung sind dagegen, wie auch schon für die Zustimmung zur Entwicklungshilfe, nicht zu verzeichnen.

In Deutschland erhöht die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen, wie in den USA, die Befürwortung militärischer Aktionen zur Zerstörung terroristischer Organisationen in Übersee. Die Befunde aus der bivariaten Betrachtung können ebenso im multivariaten Gesamtmo-

dell bestätigt werden. Sowohl 2002 als auch 2004 ist diese Assoziation überzufällig. In beiden Jahren finden sich jeweils starke direkte Effekte der Gefahrenperzeption, die etwa auf gleichem Niveau wie 2004 in den USA liegen ($b_{\text{Deutschland 2002}}=0,46/b_{\text{Deutschland 2004}}=0,39$; $b_{\text{USA 2004}}=0,47$). Zusätzlich wird der Einfluss der Gefahreinschätzung über die bereichsspezifischen Grundorientierungen vermittelt. Die wahrgenommene terroristische Bedrohung erhöht ebenfalls in Deutschland den Wunsch nach einem grundsätzlich aktiveren internationalen Vorgehen des eigenen Landes. Dies wird wiederum in Zustimmung zu militärischen Maßnahmen gegen Terroristen umgesetzt.

Interessanterweise wird unter erhöhter Bedrohungswahrnehmung der grundsätzliche Einsatz militärischer Gewalt im Jahr 2002 in Deutschland abgelehnt (Tabelle 11), aber nicht im konkreten Fall um Terrororganisationen zu bekämpfen. Das hier beschriebene Muster zeigt sich im Übrigen sowohl für die Perzeption europäischer als auch nationaler Bedrohungen: Die positiven direkten Effekte der Gefahrenwahrnehmung werden zusätzlich durch positive, über Internationalismus vermittelte, indirekte Effekte verstärkt. Militaristische Grundhaltungen schwächen den Einfluss auf die Zustimmung militärischer Aktionen gegen Terroristen dagegen leicht ab. Insgesamt besitzen sie jedoch kaum praktische Relevanz im Jahr 2002. 2004 aktiviert die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen dagegen militaristische Haltungen, die zudem die Zustimmung zu gezielten Militäraktionen gegen Terrororganisationen erhöhen. Internationalismus verliert dagegen an Erklärungskraft. Deutsche mit verstärkter Bedrohungswahrnehmung im Jahr 2004 scheinen also weniger ein generelles außenpolitisches Engagement als vielmehr den Einsatz militärischer Mittel als geeignetes Vorgehen zur Bekämpfung der vermeintlichen Gefahr zu befürworten. Dieser Einstellungswechsel könnte zum einen als Folge der mit den Anschlägen in Madrid scheinbar näherrückenden Gefahr für die Bundesrepublik verstanden werden. Zum anderen könnte aber schlichtweg der Wechsel des Indikators zur Messung von Militarismus als Begründung herangezogen werden. Keine Effekte zeigen sich in beiden Untersuchungsjahren dagegen für Multilateralismus. Obwohl der von den USA geführte *War on Terror* weitreichende Unterstützung unter den westlichen Ländern, insbesondere zu Beginn auch in Deutschland findet, spielen multilateralistische Orientierungen weder eine Vermittlerrolle, noch wirken sie selbst direkt auf die Zustimmung zur Bekämpfung von internationalem Terrorismus.

Insgesamt liegt der Anteil der Varianzaufklärung für die Bedrohungswahrnehmung in Deutschland in beiden Jahren bei etwa 25 Prozent. Darüber hinaus unterstützen Männer, formal niedrig Gebildete und Einwohner ländlicher Regionen die spezifischen militärischen

Maßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Zudem erhöhen eine rechte Ideologie sowie die Wahlabsicht für CDU/CSU in beiden Jahren die Zustimmung zu Militäraktionen (Tabelle B16). Insgesamt zeigen sich keine substantiellen Unterschiede für die Ergebnisse bei Verwendung der Bedrohungswahrnehmung als latentes Konstrukt oder als separate Indikatoren. In den Einzelmodellen weisen alle drei Bedrohungstypen in beiden Jahren positive, statistisch signifikante, Effekte auf die Zustimmung zu Militäraktionen gegen Terroristen auf.

Nur geringe Auswirkungen gehen auch in Deutschland von der Gefahreinschätzung auf die Zustimmung zu wirtschaftlichen Hilfen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus aus. In der bivariaten Betrachtung wurden negative, statistisch unbedeutende Effekte gefunden. In der Schätzung des gesamten Einstellungssystems zeigt sich ein verschwindend geringer positiver Einfluss ohne statistische Signifikanz. Dieses uneinheitliche Bild zeigt sich ebenso bei der Analyse der Einzelbedrohungen: Während die wahrgenommene Gefahr durch internationalen Terrorismus und ein möglicher Anschlag unter Verwendung von Massenvernichtungswaffen die Befürwortung von Hilfszahlungen erhöht, wirkt die wahrgenommene Bedrohung durch islamischen Fundamentalismus ablehnend. Ähnlich wie bei der unspezifischeren Frage nach der Erhöhung der Entwicklungshilfe scheint die Sorge, die Hilfszahlungen könnten in die Hände der Terroristen fallen, die Zustimmung zu dieser Maßnahme zu überlagern.

Insgesamt ist die Zustimmung zur Bereitstellung wirtschaftlicher Hilfen zur Erhöhung des Lebensstandards in Ländern, in denen Terroristen angeworben werden als Möglichkeit der Terrorbekämpfung in Deutschland kaum strukturiert – zumindest nicht anhand der Merkmale, die in dieser Arbeit postuliert werden. Das wird beim Blick auf die Gesamterklärungsleistung der Modelle ersichtlich: Während die Zustimmung zu militärischen Maßnahmen in Deutschland insgesamt zu 18 (2002) und 13 (2004) Prozent durch das hier aufgestellte Modell erklärt wird, ist dies für die Befürwortung der humanitären Komponente kaum möglich (R^2 =vier Prozent). Neben den Bedrohungswahrnehmungen gehen auch von den bereichsspezifischen Grundorientierungen keine Wirkungen auf diese Policy aus. Lediglich Männer und Einwohner von ländlichen Gemeinden und Kleinstädten befürworteten Hilfszahlungen als Instrument im Kampf gegen den internationalen Terrorismus in überzufälligem Maße (Tabelle B16). Keinerlei Einfluss besitzen dagegen die politischen Dispositionen. Das ist insofern wenig verwunderlich, wird dieses Thema in Deutschland kaum entlang parteipolitischer und ideologischer Konfliktlinien in der Öffentlichkeit debattiert.

Als Reaktion auf die Anschläge im September 2001 und unter dem Oberbegriff des darauf folgenden *War on Terror* lassen sich die spezifischen Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak sowie die Verhandlungen mit dem Iran zur Verhinderung der Entwicklung einer Atombombe einordnen. Personen mit einer erhöhten Perzeption terroristischer Gefahren für das Land und ihr eigenes Leben sollten diesen konkreten Maßnahmen der Terrorabwehr positiver gegenüberstehen als Personen, die keine solche Bedrohung wahrnehmen. Aufgrund der Datenverfügbarkeit werden die Auslandseinsätze in Afghanistan und im Irak nicht chronologisch nach ihrem Beginn bearbeitet, sondern in der Reihenfolge der vorliegenden Indikatoren und ihres inhaltlichen Bezugsrahmens. Die folgenden Ausführungen beziehen sich daher zunächst auf den Krieg im Irak, zu welchem Daten aus dem Jahr 2004 vorliegen. Im Anschluss werden die empirischen Befunde zum Einsatz in Afghanistan aus den Jahren 2007 und 2008 präsentiert. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse wird durch einen Objektwechsel von kollektiver Bedrohung 2004 für den Irak zu persönlicher Bedrohung 2007 und 2008 für Afghanistan beeinträchtigt. Die Analysen hinsichtlich zukünftiger Militäraktionen gegen den Iran können für 2005 dagegen vergleichend für beide Bedrohungsobjekte betrachtet werden. Für 2007 und 2008 stehen lediglich die Indikatoren individueller Bedrohungswahrnehmung zur Verfügung.

Die Einstellungen zum Krieg im Irak werden etwa ein Jahr nach Beendigung der direkten Kampfhandlungen als Retrospektive erhoben. Der hier verwendete additive Index setzt sich aus der Befürwortung für die Teilnahme (USA) beziehungsweise der Ablehnung der Nicht-Teilnahme (Deutschland) und aus der schlussendlichen Erfolgswahrnehmung des Einsatzes zusammen. Insgesamt erhöht die Perzeption terroristischer Bedrohungen in beiden Ländern die Befürwortung des Einsatzes. Im Vergleich zum bivariaten Modell verliert die Bedrohungswahrnehmung in den USA ihre statistische Bedeutsamkeit. Anstelle des direkten Effekts treten ausschließlich über die bereichsspezifischen Grundorientierungen vermittelte indirekte Effekte auf (Tabelle 17). Sowohl Militarismus als auch Internationalismus sind einflussreiche Mediatoren im Einstellungssystem der Amerikaner bei der Erklärung der Zustimmung zum Militäreinsatz im Irak. Wie bereits bei der Interpretation der Befunde zu geeigneten Maßnahmen im Kampf gegen Terrororganisationen weiter oben ausgeführt, verstärkt die Wahrnehmung internationaler Bedrohungen militaristische und internationalistische Grundhaltungen der Amerikaner im Jahr 2004 überzufällig. Beide Orientierungen begünstigen zudem die Befürwortung des Irakkriegs. Multilateralismus wird dagegen nicht aktiviert. Dieser Effekt würde dem unterstellten positiven Einfluss der Gefahrenwahrnehmung ohnehin diametral entgegenstehen. So begünstigen multilaterale Haltungen die *Ablehnung* des Irakkriegs. Das er-

scheint vor dem Hintergrund der Verweigerung eines UN-Mandats sowie der (inter)nationalen Kritik am unilateralen Vorgehen der USA nur folgerichtig.

Tabelle 17: Direkte und indirekte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zum Militäreinsatz im Irak, 2004

	USA	Deutschland
Direkt	0,13	0,06
Indirekt	0,30 ^c	0,02
via Militarismus	0,19 ^c	0,03 ^a
via Internationalismus	0,12 ^b	-0,01
via Multilateralismus	-0,01	-0,00
R ² (Gesamtmodell)	0,495	0,081
Δ R ² (Bedrohung)	0,002	0,002
RMSEA	0,047	0,051
CFI	0,972	0,931
N	738	860

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen; im Modell zusätzlich enthalten: Sozialstrukturelle Merkmale, Gruppenbindung und politische Prädispositionen (siehe Abbildung 2)

Für Deutschland zeigen sich weder bi- noch multivariat statistisch signifikante Wirkungen der Perzeption terroristischer Gefahren auf die Zustimmung zum Krieg im Irak. Wie in den USA erfolgt der Einfluss lediglich über die Vermittlung durch die Grundhaltungen. In Deutschland ist Militarismus allerdings zum einen alleiniger Mediator, zum anderen ist dessen Effekt zwar statisch bedeutsam, aber praktisch als sehr gering einzustufen. Eine mögliche Erklärung für die Unterschiede zwischen den USA und Deutschland liegt sicherlich in der grundsätzlich differenten Haltung zum Einsatz militärischer Gewalt beider Länder und in der generellen Ablehnung des Irakkriegs in allen Teilen der deutschen Bevölkerung. So verstärken zwar militaristische Grundhaltungen auch in Deutschland die Zustimmung zum Irakkrieg. Allerdings ist ihr Einfluss ($b=0,17$) gerade einmal halb so stark wie in den USA ($b=0,30$). Darüber hinaus kann eine gesteigerte Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen für Europa die Zustimmung zum Irakkrieg in Deutschland nicht direkt erhöhen. Die Erklärungsleistung könnte zum einen durch eine ex-post-Rationalisierung in Bezug auf den kritisierten Krieg im Irak selbst geschmälert werden, so dass die reine Gefahrenperzeption die grundsätzliche Haltung nicht ersetzen kann. Zum anderen zeigen die Terroranschläge in Madrid im März 2004 eindrücklich, dass der Einsatz gegen Saddam Hussein keineswegs zu einer Schwächung des internationalen Terrorismus‘ geführt hat.

Alles in allem kann die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen weder in den USA noch in Deutschland aufgrund fehlender direkter Effekte die Erklärungsleistung des Gesamtmodells erhöhen. Dabei ist dessen Erklärungsleistung für die USA mit fast 50 Prozent ohnehin kaum zu steigern. Die Zustimmung zum Irakkrieg kann in Deutschland mit den einbezogenen Merkmalen dagegen nur zu acht Prozent erhellt werden. Entweder verfügen die Deutschen kaum über fundierte Einstellungen zu diesem Militäreinsatz oder sie besitzen aufgrund der fortwährenden Medienberichterstattung über einen sehr hohen Kenntnisstand und bedürfen daher keinen Rückgriff auf Heuristiken. Unterstützung findet der Krieg im Irak in beiden Ländern von Personen aus dem konservativen politischen Lager mit Parteiidentifikation für die Republikaner beziehungsweise Wahlabsicht für die Unionsparteien (Tabelle B17). Neben militaristischen Grundhaltungen begünstigen in den USA Internationalismus und Unilateralismus die Zustimmung zum Einsatz im Irak. Zudem sprechen sich hier Männer, Weiße und Personen, die außerhalb von Großstädten leben mehrheitlich für den Einsatz aus. In Deutschland unterstützen zudem jüngere Bevölkerungsgruppen den Krieg im Irak.

Daneben differiert der Einfluss der Bedrohungswahrnehmung je nach Dimension: Zwar weisen alle drei Einzelgefahren durchweg positive Effekte auf, aber nur die perzipierte Bedrohung eines terroristischen Anschlags unter Verwendung von Massenvernichtungswaffen ist in beiden Ländern auch statistisch bedeutsam. Das scheint wenig überraschend, war doch primäres Anliegen des Einsatzes im Irak das Aufspüren und Zerstören von CBRN-Waffen und zu ihrer Herstellung benötigter Ressourcen (Chittick 2006: 2). In den USA zeigt sich zudem ein überzufälliger Einfluss der Wahrnehmung einer Gefahr durch radikalen Islamismus. Auf beiden Seiten des Atlantiks kann dagegen keine statistisch bedeutsame Erhöhung der Befürwortung des Irakkrieges bei erhöhter Wahrnehmung einer Bedrohung durch internationalen Terrorismus nachgewiesen werden. Der Einsatz im Irak als Teil des von der Bush-Administration geframten *War on Terror* scheint damit weder im eigenen Land⁵³ noch in Deutschland erfolgreich.

Der Militäreinsatz gegen die Taliban in Afghanistan ist eine von den USA geführte gemeinsame Sicherheitsmission nach Artikel 51 der UN-Charta. Der NATO-Rat stellte am 12. September 2001 den Bündnisfall nach Artikel 5 fest (Knelangen 2011: 205). Der UN-

⁵³ Im Gegensatz zu den in dieser Arbeit präsentierten Befunden konnte Shambaugh (2013: 36) direkte positive statistisch signifikante Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zum Irakkrieg in den USA Ende 2006/Anfang 2007 nachweisen. Trotz Kontrolle zahlreicher Indikatoren von sozialstrukturellen Merkmalen über politische Prädispositionen und spezifische außenpolitische Orientierungen fehlen in Shambaugh's Modell die hier einbezogenen bereichsspezifischen Grundhaltungen, die den Einfluss der Bedrohungswahrnehmung überlagern.

Sicherheitsrat erteilte das Mandat mit der Resolution 1378 am 14. November 2001 (Chittick 2006: 214). Auch Deutschland beteiligt sich von Beginn an an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe. Grundlage für den Auslandseinsatz ist das am 22. Dezember 2001 erteilte Mandat des Deutschen Bundestages (Bundeswehr 2015). Der Krieg gegen die Taliban in Afghanistan ist die erste Auslandsmission im Kampf gegen den internationalen Terrorismus als unmittelbare Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001. In den TTS werden Bevölkerungseinstellungen zu diesem Thema lediglich für die Jahre 2007 und 2008 erhoben. Eine Trendanalyse ist in der vorliegenden Arbeit daher nicht möglich. Allerdings können aufgrund der Datenlage die Befürwortung militärischer und humanitärer Komponenten des Einsatzes vergleichend analysiert werden. Dadurch ergibt sich ein größeres Gesamtbild bei der Betrachtung der Konsequenzen wahrgenommener terroristischer Bedrohungen. Im Gegensatz zum Krieg im Irak sollte auch die deutsche Bevölkerung über spezifische Einstellungen zum Einsatz in Afghanistan ausbilden, da die Bundeswehr hier in erheblich größerem Umfang aktiv ist.⁵⁴

In 2.4.3. wird argumentiert, dass Personen, die terroristische Bedrohungen stärker wahrnehmen, höhere Zustimmungswerte für den Einsatz in Afghanistan aufweisen sollten um die Quelle der möglichen Gefahr, im konkreten Fall das Taliban-Regime und dessen Unterstützung für al-Qaida, zu schwächen. Obwohl zunächst plausibel erscheinend, wird diese Hypothese nicht durch Befunde aus der vorliegenden Literatur gestützt: Eine erhöhte Bedrohungswahrnehmung durch internationalen Terrorismus führte weder bei Amerikanern (Kam/Kinder 2007: 328 für das Jahr 2002; Sahar 2008: 193 für 2005) noch bei Deutschen (Biehl et al. 2011: 81 für 2010) zu einer statistisch bedeutsamen Erhöhung in der Zustimmung zum Einsatz in Afghanistan. Dem entgegen stehen die empirischen Befunde dieser Arbeit sowohl in der bivariaten Betrachtung (Tabelle 12) als auch in den multivariaten Strukturgleichungsmodellen (Tabelle 18). Der Einfluss perzipierter terroristischer Bedrohungen führt 2007 und 2008 in Deutschland und in den USA eindeutig zu einer Erhöhung der Befürwortung des Einsatzes in Afghanistan – und zwar sowohl für gezielte militärische Aktionen als auch für humanitäre Maßnahmen. Der Effekt der hier modellierten persönlichen Bedrohungswahrnehmung überschreitet in allen Fällen der bivariaten Regressionen und 2008 in den multivariaten Modellen die Schwelle 95-prozentiger Sicherheit.

⁵⁴ Es lässt sich nicht leugnen, dass die Berichterstattung über den Irakkrieg auch die deutschen Medien dominiert. Einstellungen zum Afghanistan-Einsatz könnten daher von den Einstellungen zum Irakkrieg überlagert werden.

Mindestens zwei mögliche Erklärungen für diese Diskrepanz zwischen den bisherigen Befunden und den empirischen Ergebnissen der vorliegenden Arbeit können in Betracht gezogen werden: Erstens könnten die Abweichungen auf verschiedene Operationalisierungen des zentralen Konzepts der Bedrohungswahrnehmung in den einzelnen Arbeiten zurückzuführen sein. Dem kann entgegen gehalten werden, dass Kam/Kinder (2007), Sahar (2008) sowie Biehl und Kollegen (2011) jeweils perzipierte Bedrohung durch internationalen Terrorismus mit äquivalenter Itemerfassung zu dieser Arbeit in ihren Modellen verwenden. Obwohl terroristische Bedrohungen hier als Trias aus internationalem Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und der möglichen Gefahr durch die Verbreitung von CBRN-Waffen verstanden werden, erfolgt zusätzlich eine Modellschätzung mit den Einzelbedrohungen um die gefundenen Effekte besser einordnen zu können und gegebenenfalls ein detailliertes Verständnis für den Untersuchungsgegenstand zu erhalten. Dabei zeigen sich keine Abweichungen in der Wirkrichtung und dem statistischen Signifikanzniveau bei alleiniger Verwendung des manifesten Indikators für internationalen Terrorismus im Vergleich zum latenten Konstrukt. Allerdings verwenden Kam und Kinder einen Indikator für *nationale* Bedrohung, Sahar modelliert einen Index aus *nationaler* und *persönlicher* Bedrohung. Einzig Biehl zieht ebenfalls die *persönliche* Gefahrenperzeption für seine Berechnungen heran. Daher kann an dieser Stelle der Einwand differierender Operationalisierungen nur teilweise entkräftet werden.

Zweitens sind die unterschiedlichen Kontextbedingungen der verschiedenen Studien zu berücksichtigen. Möglicherweise unterliegen Kam und Kinder einem „Deckeneffekt“ durch die Verwendung von Daten aus dem Jahr 2002.⁵⁵ Auch in dieser Arbeit konnte für die USA gezeigt werden, dass starke Effekte in diesem Jahr keine statistische Bedeutsamkeit erlangen, da 2002 kaum Varianz in der Bedrohungswahrnehmung, insbesondere für internationalen Terrorismus, gegeben ist. Die Ergebnisse von Biehl et al. aus dem Jahr 2010 für Deutschland lassen sich kontextbedingt ebenfalls kaum mit denen aus 2007 und 2008 vergleichen. Für die Bundeswehr stellt der Einsatz in Afghanistan „de[n] erste[n] Kampfeinsatz der Streitkräfte seit ihrer Aufstellung 1955“ (Bundeswehr 2015) dar. Was 2002 als Verteidigungs- und Stabilisierungsmission begann (Müller/Wolff 2011), wandelte sich in den Jahren 2008 und 2009 zum Kampfeinsatz (Knelangen 2011: 211). Ein deutliches Zeichen dafür ist die Verwendung des Terminus ‘ „Krieg“ in der deutschen Öffentlichkeit (Schoen 2010: 398). Die Entwicklungen in

⁵⁵ Kam/Kinder (2007) greifen auf Daten der American National Election Studies (ANES) aus dem Jahr 2002 zurück. Hier geben fast 67 Prozent der Amerikaner an, einen erneuten Terroranschlag in den USA im Ausmaß von 9/11 in den nächsten zwölf Monaten als sehr wahrscheinlich oder wahrscheinlich zu betrachten. Das subjektive Bedrohungsempfinden dürfte diese Angaben deutlich übersteigen, wie die Verteilung in den hier verwendeten CCFR-Daten des gleichen Jahres vermuten lässt.

Afghanistan und in der Elitenrhetorik dürften in der deutschen Bevölkerung zu Beginn und gegen Ende des Einsatzes also mit verschiedenen Attributen verknüpft werden. Das sollte sich auch im Einstellungssystem widerspiegeln.

Tabelle 18: Direkte und indirekte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zum Militäreinsatz in Afghanistan, 2007 und 2008

	USA			Deutschland		
	Militärische Aktionen (2007)	Militärische Aktionen (2008)	Humanitärer Einsatz (2008)	Militärische Aktionen (2007)	Militärische Aktionen (2008)	Humanitärer Einsatz (2008)
Direkt	0,12	0,21 ^b	0,15 ^b	0,13	0,40 ^c	0,11 ^a
Indirekt	0,14 ^c	0,12 ^c	0,07 ^c	0,08 ^b	0,03	0,03 ^a
via Militarismus	0,12 ^c	0,11 ^c	0,06 ^c	0,05 ^b	0,02	0,01
via Internationalismus	0,01	0,01	0,01	0,01	0,00	0,02
via Multilateralismus	0,01	-	-	0,02	-	-
R ² (Gesamtmodell)	0,341	0,262	0,337	0,112	0,146	0,265
Δ R ² (Bedrohung)	0,005	0,020	0,032	0,006	0,052	0,017
RMSEA	0,016	0,048	0,050	0,042	0,020	0,029
CFI	0,997	0,968	0,941	0,958	0,990	0,964
N	744	690	678	917	889	880

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung persönlicher Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen; im Modell zusätzlich enthalten: Sozialstrukturelle Merkmale, Gruppenbindung und politische Prädispositionen (siehe Abbildung 2)

In der Gesamtbetrachtung des in dieser Arbeit postulierten hierarchisch strukturierten Überzeugungssystems werden die Vorteile der Strukturgleichungsmodellierung als verwendete Schätzmethode deutlich: Während konventionelle OLS-Regressionen einen positiven Einfluss der terroristischen Bedrohungswahrnehmung auf die Zustimmung zu militärischen Aktionen in den USA sowohl für 2007 und 2008 ergeben, offenbart die Aufschlüsselung direkter und indirekter Effekte durch die Vermittlung über die bereichsspezifischen Grundorientierungen die tatsächliche Wirkung. So wird die Befürwortung der Anwendung militärischer Mittel im Kampf gegen die Taliban zwar 2008 unmittelbar durch die Perzeption terroristischer Gefahren erhöht. Im Jahr zuvor zeigen sich dagegen keine direkten Einflüsse. Stattdessen konstituiert sich der Gesamteffekt fast ausschließlich über die Mediation durch Militarismus. Amerikaner mit militaristischen Grundhaltungen sprechen sich also in stärkerem Maße für militärische Maßnahmen in konkreten Situationen aus. Aktiviert wird diese fundamentale Orientierung dabei durch eine erhöhte Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in beiden Jahren und in etwa gleicher Stärke (b=0,35; Tabelle 10). Bei Kontrolle von Militarismus im Gesamtmodell verliert der direkte Einfluss der Gefahrenperzeption auf die spezifische Policy dagegen an

Bedeutung. 2008, als der militärische Charakter des Afghanistan-Einsatzes in der amerikanischen Bevölkerung nach Jahren der Stabilisierungsmission (erneut) offensichtlich wurde, gewinnt auch die direkte Wirkung der Bedrohungswahrnehmung auf die Zustimmung zum Einsatz an Relevanz. Ergänzt wird die Stärke des Effekts um die Vermittlung via Militarismus – wie bereits im Jahr 2007.

Alle drei Einzelbedrohungen weisen in den jeweiligen Schätzungen sowohl 2007 als auch 2008 positive, statistisch signifikante Ergebnisse in den USA auf. Neben einer erhöhten Wahrnehmung internationaler Bedrohungen durch Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und CBRN-Waffen sprechen sich zudem Männer, Weiße, Personen mit starker nationaler Verbundenheit und Parteianhänger der Republikaner für militärische Aktionen gegen die Taliban in Afghanistan aus. Neben militaristischen Grundorientierungen verstärkt eine internationalistische Haltung die Befürwortung des Mandats (Tabelle B18). 2007 erklären diese Faktoren zusammen etwa 34 Prozent der Varianz. Auf die Bedrohungswahrnehmung entfällt dabei ein nahezu irrelevanter eigenständiger Anteil.

Ein vergleichbares Bild ergibt sich in den USA bei der Analyse zur Zustimmung humanitärer Maßnahmen, wie der Sicherung wirtschaftlicher Wiederaufbauprojekte, Hilfe bei der Ausbildung von Polizei und Militär sowie der Bekämpfung des Drogenanbaus in Afghanistan. Zum einen wird die Zustimmung zu diesen Policies durch eine verstärkt wahrgenommene terroristische Bedrohung direkt erhöht. Das gilt sowohl für das latente Konstrukt als auch für die drei manifesten Einzelschätzungen. Ergänzt wird dieser Effekt durch einen positiven, statistisch bedeutsamen indirekten Pfad über Militarismus. Das ist umso bemerkenswerter, als dass hier explizit die Befürwortung ziviler Komponenten untersucht wird. Internationalismus und Multilateralismus scheint dagegen keine Vermittlungsrolle zuzukommen. Überraschend ist das Unterstützerfeld für humanitäre Aktionen aufgestellt: Tatsächlich setzt sich dieses aus den gleichen Personengruppen zusammen, die schon militärische Maßnahmen befürworteten. Einzig formal hochgebildete Amerikaner bevorzugen in stärkerem Maße humanitäre im Gegensatz zu militärischen Komponenten (Tabelle B18). Insgesamt liegt der Anteil der Varianzaufklärung des Gesamtmodells für die Bedrohungswahrnehmungen bei etwa drei Prozentpunkten von insgesamt etwa 34 – und damit etwa auf dem Niveau der Zustimmung zu militärischen Aktionen im gleichen Jahr.

Bei der Betrachtung der Zustimmung zu militärischen Aktionen gegen die Taliban in Afghanistan zeigt sich in Deutschland zunächst ein vergleichbares Bild zu den USA: Während 2007 keine statistisch signifikante direkte Wirkung von der Wahrnehmung terroristischer Bedro-

hung ausgeht (wohl aber in allen drei Einzelmodellen), ist sie 2008 deutlich erklärungsstärker. 2007 wird der Einfluss der Gefahrenperzeption wie in den USA maßgeblich über Militarismus vermittelt. Ergänzt wird dieser Effekt in Deutschland um die Mediation durch Multilateralismus. Beide Grundhaltungen werden in diesem Jahr durch eine erhöhte Wahrnehmung terroristischer Gefahren aktiviert und beeinflussen ihrerseits die Zustimmung zum Militäreinsatz in Afghanistan. 2008 findet dagegen keine Vermittlung statt. Die Bedrohungswahrnehmung erhöht direkt die Befürwortung militärischer Aktionen gegen die Taliban. Das spiegelt sich auch im Anteil an der Gesamterklärungsleistung wider: Während 2007 lediglich fünf Prozent der Varianzaufklärung auf die Bedrohungswahrnehmung entfallen, liegt der Anteil 2008 bei 36 Prozent. Damit zeigt sich die Perzeption terroristischer Gefahren auf die Zustimmung zu militärischen Aktionen in Afghanistan deutlich einflussreicher in Deutschland als in den USA. Zum einen ist der direkte Effekt im Jahr 2008 fast doppelt so stark ($b_{USA}=0,21$, $b_{Deutschland}=0,40$). Zum anderen vereinigt die Bedrohungswahrnehmung mehr als ein Drittel der Gesamterklärungsleistung in Deutschland auf sich, während sie in den USA einen unerheblichen Anteil beisteuert.

Insgesamt können die übrigen im Modell enthaltenen Variablen die Zustimmung zum Militäreinsatz in Afghanistan in Deutschland deutlich schlechter erklären als in den USA. Das gilt im Besonderen für die sozialstrukturellen Merkmale und die politischen Prädispositionen. Einzig Männer und Ältere sowie mit dem Land stark verbundene Personen befürworten den Einsatz überzufällig. Erstmals zeigen alle drei Grundorientierungen ihre Wirkung: Militarismus, Internationalismus und Multilateralismus tragen zu einer erhöhten Zustimmung zu Kampfhandlungen gegen die Taliban bei (Tabelle B18). Die Kommunikationsstrategie der Bundesregierung scheint also durchaus erfolgreich. Keine Grundhaltung erreicht allerdings die Einflussstärke der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen.

Zur Erklärung der Zustimmung humanitärer Hilfen trägt die Gefahrenereinschätzung in Deutschland sowohl direkt als auch indirekt bei. Im Gegensatz zu den USA speist sich der (schwache) indirekte Effekt dabei nicht aus der Mediation über Militarismus. Vielmehr aktiviert die Gefahrenperzeption internationalistische Grundhaltungen in der deutschen Bevölkerung, die sich positiv auf die Befürwortung ziviler Maßnahmen in Afghanistan auswirken. Der Anteil der Bedrohungswahrnehmung an der Gesamtvarianzaufklärung liegt allerdings nur bei sechs Prozent – und folglich auf ähnlich niedrigem Niveau wie in den USA. In den als Robustheitstests geschätzten Einzelmodellen erlangt nur die Wahrnehmung persönlicher Bedrohung durch die Proliferation von Atomwaffen statistische Bedeutsamkeit. Wahrgenomme-

ne Gefahren durch internationalen Terrorismus und islamischen Fundamentalismus verpassen dagegen knapp die konventionelle Schwelle statistischer Signifikanz.

Während nationale Verbundenheit keine Rolle mehr bei der Einstellungsbildung hinsichtlich humanitärer Maßnahmen in Afghanistan spielt, befürworten nun formal hoch Gebildete diese Komponenten des Einsatzes im Rahmen der ISAF in höherem Maße als formal niedrig Gebildete (Tabelle B18). Hinzu kommen männliche Befragte sowie Personen aus Westdeutschland. Auch die drei Grundorientierungen tragen signifikant zur Erklärung der Zustimmung wie oben beschrieben bei. Die untersuchten politischen Prädispositionen spielen dagegen eine untergeordnete Rolle. Das erscheint nur folgerichtig: Zum einen wird der deutsche Einsatz parteipolitisch – mit Ausnahme der Linken – kaum kontrovers diskutiert (Kreps 2010: 204f.; Schoen 2010: 402; Pötzschke et al. 2015: 128). Politische Dispositionen⁵⁶ sollten daher wenig einflussreich sein. Zum anderen gilt der Einsatz in Afghanistan in Deutschland von Beginn an als Teil des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus in dessen Rahmen die Sicherheit Deutschlands verteidigt werden soll (Müller/Wolff 2011). Selbst wenn in der Bundesrepublik aufgrund der jüngsten deutschen Geschichte die Anwendung militärischer Gewalt als Mittel der Außenpolitik mehrheitlich abgelehnt wird (siehe dazu auch Tabelle B3), erscheint die hier unterstellte Einflussrichtung dieser Grundhaltung auf die generelle Zustimmung zum Einsatz in Afghanistan durchaus plausibel. Standen doch neben der militärischen Komponente zudem immer humanitäre Aspekte im Vordergrund der Argumentation um den Einsatz generell und die Mandatsverlängerung durch den Deutschen Bundestag im Besonderen (Müller/Wolff 2011). Dabei wurde die (neue) Verantwortung Deutschlands in der Welt angesprochen, die ein stärkeres internationales Engagement einzufordern scheint. Und schließlich ist der Einsatz in Afghanistan als multilaterale, im Zuge der (NATO-)Bündnisverpflichtungen eingegangene Kooperation mit deutscher Beteiligung zu bewerten. Personen mit multilateralistischen Grundorientierungen befürworten daher in besonderem Maße die Aktionen gegen die Taliban in Afghanistan – sowohl in militärischer wie humanitärer Hinsicht.

Neben den konkreten Einsätzen im Irak und in Afghanistan werden ab 2003 in der amerikanischen und der deutschen Öffentlichkeit zunehmend militärische Möglichkeiten gegen den Iran diskutiert, falls dieser sein Nuklearprogramm über die zivile Nutzung hinweg ausdehnen wür-

⁵⁶ Tatsächlich erscheint die Analyse einer Wahlabsicht für DIE LINKE gerade bei der Zustimmung zum Einsatz in Afghanistan als besonders vielversprechend, da sie die einzige im Bundestag vertretene Partei ist, die eine deutliche, in der Öffentlichkeit wahrnehmbare, Gegenposition einnimmt. Zum einen ist jedoch die Fallzahl in den verfügbaren Daten zu gering, um präzise Schätzungen zu erhalten. Zum anderen sollten Anhänger der Linken sich auch in grundlegenden Orientierungen, wie etwa der ideologischen Selbsteinstufung oder der generellen Anwendung militärischer Gewalt in der Außen- und Sicherheitspolitik, von Nicht-Anhängern unterscheiden. Zumindest dieser Teilaspekt ist damit im hier geschätzten Gesamtmodell enthalten.

de. Während in den USA der Einsatz militärischer Gewalt als ultima ratio durchaus vorstellbar ist, wird diese Option von den Deutschen entschieden abgelehnt. In 2.4.3. wird ausgeführt, dass eine erhöhte Bedrohungswahrnehmung durchaus die Bereitschaft zu einem Militäreinsatz gegen den Iran erhöhen kann – und zwar in beiden Ländern. Die bivariaten Befunde (Tabelle 12) bestätigen im ersten Schritt die Argumentation: Sowohl in den USA als auch in Deutschland verstärkt eine perzipierte individuelle Bedrohungswahrnehmung die Zustimmung sich militärische Maßnahmen gegen den Iran offen zu halten. Dieser Einfluss bleibt ebenfalls bei Aufnahme relevanter Faktoren für die Einstellungsbildung, wie sozialstrukturelle Charakteristika, politische Prädispositionen und bereichsspezifische Grundorientierungen weitestgehend erhalten (Tabelle 19).

In den USA zeigen sich durchweg starke positive direkte Effekte der Bedrohungswahrnehmung auf die Befürwortung der Anwendung militärischer Mittel gegen den Iran, falls die diplomatischen Bemühungen nicht zum gewünschten Ergebnis führen. Wie schon in der bivariaten Betrachtung erreichen die Effekte der Bedrohungswahrnehmung in den multivariaten Kausalmodellen in allen Untersuchungsjahren 2005, 2007 und 2008 statistische Bedeutsamkeit. Ihr Anteil an der Varianzaufklärung des Gesamtmodells beträgt zwischen fünf und zehn Prozent. Ergänzt wird der direkte Einfluss in den späteren Jahren zudem durch eine Mediation über Militarismus. Obwohl eine erhöhte Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen 2005, 2007 und 2008 grundlegende militärische Orientierungen aktiviert, führen diese nur 2007 und 2008 zur Befürwortung militärischer Maßnahmen gegen den Iran. 2007 wird der positive indirekte Gesamteffekt allerdings durch einen gegenläufigen Pfad über Multilateralismus abgeschwächt. Zwar erhöht eine gesteigerte Gefahrenperzeption insgesamt die Zustimmung zu internationaler Kooperation, Amerikaner mit multilateralistischen Grundhaltungen lehnen allerdings ein militärisches Vorgehen gegen den Iran ab. Ob dieses Einstellungsmuster lediglich 2007 auftritt, oder auch 2008 noch Relevanz besitzt, muss aufgrund der Datenverfügbarkeit an dieser Stelle offen bleiben.

Bei der Kontrastierung der Verwendung der Bedrohungswahrnehmung als latentes Konstrukt mit den drei einzelnen manifesten Indikatoren werden Differenzen im öffentlichen Setting über die Zeit offenkundig. Von Beginn an wurde der Iran als Bestandteil der „Achse des Bösen“ von der Bush-Administration geführt und so direkt in den übergeordneten *War on Terror* einbezogen (Chittick 2006: 204). Dies scheint zunächst von der amerikanischen Bevölkerung entsprechend eingeordnet worden zu sein. Und so erlangt 2005 einzig die Wahrnehmung einer Bedrohung durch internationalen Terrorismus statistische Bedeutsamkeit für die Befürwor-

tung eines möglichen militärischen Vorgehens gegen den Iran. Islamischer Fundamentalismus und die drohende Gefahr durch den Erwerb von Atomwaffen durch den Iran werden dagegen erst ab 2007 für die Einstellungsbildung relevant. Alles in allem unterstützen ein mögliches militärisches Vorgehen neben Personen mit erhöhter Bedrohungswahrnehmung auch Männer, Amerikaner mit einer starken nationalen Verbundenheit und konservativen Werten sowie militaristischen, internationalistischen und unilateralen Grundhaltungen. Parteianhänger der Demokraten lehnen ein militärisches Vorgehen dagegen ab (Tabelle B19).

Tabelle 19: Direkte und indirekte Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zu militärischen Maßnahmen gegen den Iran, 2005 - 2008

	USA			Deutschland		
	2005	2007	2008	2005	2007	2008
Direkt	0,17 ^a	0,29 ^b	0,30 ^b	-0,02	0,12	0,40 ^c
Indirekt	-0,00	0,05	0,11 ^b	0,01	0,04 ^a	0,05
via Militarismus	0,00	0,10 ^b	0,08 ^b	0,01	0,04 ^a	0,04
via Internationalismus	0,00	0,01	0,02	-0,00	-0,00	0,01
via Multilateralismus	-0,00	-0,06 ^a	-	-0,00	0,00	-
R ² (Gesamtmodell)	0,137	0,209	0,162	0,068	0,063	0,132
Δ R ² (Bedrohung)	0,008	0,014	0,017	0,000	0,003	0,026
RMSEA	0,049	0,034	0,052	0,046	0,044	0,001
CFI	0,966	0,984	0,959	0,948	0,952	1,000
N	703	736	680	898	905	895

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung persönlicher Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen; im Modell zusätzlich enthalten: Sozialstrukturelle Merkmale, Gruppenbindung und politische Prädispositionen (siehe Abbildung 2)

In Deutschland ist die Wirkung wahrgenommener terroristischer Gefahren weniger deutlich. Über die Jahre hinweg scheint sich der in 2.4.3. angenommene Einfluss herauszukristallisieren: So finden sich 2005 weder überzufällige direkte, noch indirekte Effekte der Gefahrenperzeption auf die Zustimmung zu militärischen Aktionen gegen den Iran. Der direkte Effekt ist in der Tendenz sogar negativ. 2007 ist der Einfluss zumindest in der Vermittlung durch Militarismus gegeben. Die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen aktiviert folglich militaristische Grundhaltungen und diese wiederum wirken positiv auf die Befürwortung militärischer Aktionen gegen den Iran. 2008 findet sich ebenfalls dieser Effekt, allerdings nicht mehr statistisch bedeutsam. Dagegen führt die Bedrohungswahrnehmung nun unmittelbar zur Zustimmung den diplomatischen Druck auf den Iran zu erhöhen und sich die Anwendung militärischer Gewalt dabei als Möglichkeit offenzuhalten.

Im Jahr 2008 können allein 20 Prozent der Gesamterklärungsleistung auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in Deutschland zurückgeführt werden. Zusätzlich tragen Männer, Jüngere, Einwohner Westdeutschlands sowie Militarismus zur Varianzaufklärung bei (Tabelle B19). Im Gegensatz zu den USA nehmen die übrigen bereichsspezifischen Grundorientierungen nur eine untergeordnete Rolle ein. Zudem scheint hier das von den Amerikanern eingesetzte Framing weniger einflussreich: Zunächst erlangt nur die wahrgenommene Bedrohung durch die weltweite Verbreitung von Atomwaffen 2005 statistische Relevanz. Gefahren durch internationalen Terrorismus führen in der Tendenz sogar zur Ablehnung militärischer Maßnahmen gegen den Iran. Dies verkehrt sich in den Folgejahren ins Gegenteil. Spätestens 2008 erhöhen alle drei Einzelbedrohungen statistisch signifikant die Zustimmung zu einem möglichen Militäreinsatz gegen den Iran auch in Deutschland.

Im Fall des Iran ermöglichen die vorliegenden Daten nicht nur die Analyse von drei Untersuchungsjahren, sondern ebenfalls die detaillierte Betrachtung der Wirkungsweise kollektiver und individueller Bedrohungswahrnehmungen. So liegen für das Jahr 2005 beide Objektfragen vor. Für Deutschland sind dabei kaum Unterschiede zu verzeichnen. Sowohl eine erhöhte wahrgenommene *europäische* als auch eine erhöhte *persönliche* terroristische Bedrohung führen tendenziell zur Ablehnung eines Militäreinsatzes gegen den Iran in diesem Jahr, falls dieser nicht auf den Erwerb von Atomwaffen verzichtet. In beiden Fällen erreichen die Koeffizienten aber keine statistische Signifikanz. Keine substantiellen Unterschiede finden sich zudem in der Analyse der Einzelbedrohungen: Eine Gefahrenperzeption durch internationalen Terrorismus scheint die Ablehnung eines militärischen Vorgehens zu begünstigen, islamischer Fundamentalismus und eine Gefahr durch die weltweite Proliferation von Atomwaffen erhöhen dagegen die Zustimmung zum Offenhalten dieser Option. Die beschriebenen Zusammenhänge zeigen sich für beide Objektarten der Bedrohungswahrnehmung.

In den USA treten hingegen bemerkenswerte Unterschiede je nach Art der Bedrohung auf: Wie bereits oben ausgeführt, verstärkt die Wahrnehmung *persönlicher* terroristischer Bedrohungen insgesamt sowie in allen drei Einzelmodellen die Zustimmung zur Anwendung militärischer Gewalt gegen den Iran. Für die Modellierung der Gefahrenperzeption als latentes Konstrukt sowie für internationalen Terrorismus als Einzelbedrohung ist dieser Zusammenhang statistisch signifikant. Wird dagegen die *nationale* Bedrohungswahrnehmung angesprochen, sinkt die Zustimmung für ein militärisches Vorgehen in allen Teilmodellen. Statistisch bedeutsam ist der Einfluss hier sowohl im Gesamtmodell als auch für internationalen Terrorismus als manifester Indikator. Der Respekt vor dem Gegner Iran scheint größer als vor den

Taliban in Afghanistan oder dem Saddam-Regime im Irak. Möglicherweise befürchten Amerikaner mit erhöhter nationaler Gefahrenwahrnehmung militärische Aktionen könnten den Iran nicht abschrecken, sondern seinerseits zu einem offensiven Vorgehen veranlassen. Wird die Bedrohung als persönlich gefährlich empfunden, verkehrt sich diese Haltung ins Gegenteil: Von einem aggressiven Vorgehen erhoffen sich die Amerikaner dann möglicherweise, die Bedrohung abwenden zu können. Zumindest scheinen sie hier weniger risikoavers.

4.4.3. Zusammenfassung

Diese Arbeit geht der Frage nach, ob eine erhöhte Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen Bevölkerungseinstellungen in den USA und in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts beeinflussen kann. Es wird theoretisch argumentiert, dass Bedrohungswahrnehmungen zum einen außenpolitische Grundhaltungen wie Militarismus, Internationalismus und Multilateralismus aktivieren sollten. Zum anderen wird angenommen, dass eine erhöhte Gefahrenperzeption insgesamt zu einer aggressiveren Sicherheitspolitik führt, um die Quelle der Bedrohung zu bekämpfen. Hierfür wurden vier Typen von Einstellungsobjekten untersucht: Innenpolitische Maßnahmen zur Anti-Terror-Abwehr wie die Einschränkung von Freiheitsrechten, die Zustimmung zur Erhöhung sicherheitsrelevanter Staatsausgaben wie Wehretat und Entwicklungshilfe, Maßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Befürwortung von konkreten Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan sowie ein zukünftiges militärisches Vorgehen gegen den Iran. Dabei werden ergänzend zu militärischen Maßnahmen die Zustimmung zu humanitären Aktionen vergleichend analysiert.

Um die aufgeworfenen Forschungsfragen entsprechend untersuchen zu können, wird ein zwei-stufiges Vorgehen gewählt: Erstens werden bivariate Schätzungen durchgeführt, um den Einfluss wahrgenommener Bedrohung durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und der Proliferation von CBRN-Waffen auf die Befürwortung der bereichsspezifischen Grundorientierungen und der spezifischen Policy-Einstellungen zu analysieren. So können die Ergebnisse dieser Arbeit zum einen mit bisherigen Befunden in der Literatur verglichen werden, bei denen relevante Kontrollmerkmale wie etwa die bereichsspezifischen Grundorientierungen fehlen. Zum anderen können Effekte, die auf die zum Teil dramatischen Fallzahlverluste aufgrund des Fragebogendesigns zurückgeführt werden, leichter nachvollzogen werden. Tatsächlich findet sich bereits bei bivariater Betrachtung (Tabelle 9, Tabelle 12) ein eindeutiges Ergebnis zugunsten der in 2.4.3. aufgestellten Hypothesen.

Um ein detailliertes Verständnis für die Wirkungsweise der Bedrohungswahrnehmung zu erhalten, werden zweitens direkte und indirekte Effekte mithilfe des in Kapitel 2 aufgestellten hierarchisch strukturierten Einstellungssystems geschätzt. Auf die vierte Stufe, unmittelbar der Bedrohungswahrnehmung nachgeordnet, werden die drei bereichsspezifischen Grundorientierungen platziert. Die fünfte, spezifischste Stufe ist mit den jeweiligen Policy-Präferenzen besetzt (siehe Abbildung 2, untere Hälfte). Neben direkten Effekten der Bedrohungswahrnehmung werden hier zudem indirekte Effekte, vermittelt über die Grundorientierungen modelliert. Für die Zustimmung zu den spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen wird das gesamte Strukturgleichungsmodell geschätzt (Abbildung 2). Um die wesentlichen Informationen zu verdichten, werden in den Ergebnistabellen in dieser Arbeit lediglich die Informationen zur Wirkungsweise der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen dargestellt. Die Gesamtheit der Erklärungsgrößen für die bereichsspezifischen Grundorientierungen (Tabelle B7 - Tabelle B12) sowie für die spezifischen Policy-Einstellungen (Tabelle B13 - Tabelle B19) sind im Anhang aufgeführt.

Neben den Effektkoeffizienten sind in den jeweiligen Ergebnistabellen zu den bereichsspezifischen Grundorientierungen (Tabelle 10, Tabelle 11) und den spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen (Tabelle 13 - Tabelle 19) zudem Informationen über die Erklärungsleistung der einbezogenen Variablen, die Modellgüte sowie Informationen über die Fallzahl des jeweils geschätzten Strukturgleichungsmodells enthalten. Insgesamt fällt eine durchweg höhere Erklärungsleistung, gemessen an R^2 , in den USA für die Gesamtmodelle auf. Zum einen könnten die Einstellungen der Amerikaner im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik kohärenter ausfallen, weil ihnen dieser Politikbereich zugänglicher ist als den Deutschen. So findet seit jeher eine stärkere Berichterstattung zu diesen Themen in den amerikanischen Medien statt. Dies hat sich nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 noch einmal gesteigert (Nacos et al. 2007: 111). Zudem wird – auch der Kampf gegen den internationalen Terrorismus – ideologisch und parteipolitisch kontroverser diskutiert als in Deutschland (Gadarian 2008: 9). Politische Prädispositionen sollten daher eine stärkere Wirkung erzielen. Und schließlich besitzt die perzipierte Sicherheitslage ebenfalls Einfluss auf innenpolitische Entscheidungen, insbesondere auf das Wahlverhalten (für die USA zum Beispiel Aldrich et al. 1989; Rattinger 1990a; Pomper 2005; für Deutschland: Schoen 2004; Fuchs/Rohrschneider 2005; Schoen 2011; Pötzschke et al. 2015; aber Schoen 2010). Insgesamt scheint dieser Politikbereich in den USA weniger alltagsfern als in Deutschland. Aber auch hier schwankt die Erklärungskraft zwischen den verschiedenen Untersuchungsobjekten und zwischen den Jahren.

Die höchste Varianzaufklärung beim Vergleich der drei Grundorientierungen lässt sich für Militarismus finden. In den USA können die im Modell enthaltenen Variablen etwa 20 Prozent (zumindest für die Jahre 2004-2008), in Deutschland etwa 13 Prozent zur Erklärung dieser Grundhaltung beitragen. 2002 liegt der Anteil in beiden Ländern dagegen bei lediglich fünf Prozent. Mindestens zwei Umstände können für diese Entwicklung als ursächlich betrachtet werden: Erstens könnten die Terroranschläge von 2001 sowohl in den USA als auch in Deutschland insgesamt militaristische Grundhaltungen in der Bevölkerung aktiviert haben. Die langfristigen sozialen und politischen Prädispositionen können daher weniger gut diskriminieren. Zweitens wird für 2002 zur Messung für Militarismus aufgrund der Datenlage ein Indikator herangezogen, der die relative Wichtigkeit zwischen wirtschaftlicher und militärischer Stärke eines Landes erfasst. Möglicherweise lassen sich grundlegende militaristische Grundorientierungen damit weniger gut abbilden.

Als Indikatoren für Internationalismus werden die Befürwortung einer aktiveren Rolle des eigenen Landes in der Welt (2002-2004) und die Demokratieförderung durch die USA beziehungsweise die EU (2005-2008) herangezogen. Während die Erklärungsleistung in den USA im Untersuchungszeitraum stark schwankt (zwischen sechs Prozent in den Jahren 2002 und 2003 sowie bis zu 21 Prozent im Jahr 2005), zeigt sich für Deutschland eine bessere Varianzbindung für die Jahre 2002 bis 2004. Hier können zwischen sieben und zehn Prozent, in den späteren Jahren dagegen nur zwei Prozent Erklärungskraft erzielt werden. Während zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Frage nach der internationalen Verantwortung Deutschlands stärker parteipolitisch aufgeladen ist, scheint im Verlauf der Jahre eine Annäherung stattzufinden, die sich hier auf Bevölkerungsebene widerspiegelt.

2003 können 22 Prozent der Varianz für Multilateralismus in den USA erklärt werden. In den folgenden Jahren sinkt der Beitrag der Modellvariablen auf etwa 16 bis acht Prozent. Ein eindeutiger Trend ist nicht erkennbar. Dennoch scheint die Kritik am unilateralen Vorgehen der USA im Irak, insbesondere von Personen aus dem liberalen politischen Spektrum und von Parteianhängern der Demokraten, die Erklärungsleistung im Jahr 2003 besonders zu steigern. In Deutschland sinkt die Erklärungskraft für Multilateralismus spiegelbildlich in den Jahren 2003 und 2004 – möglicherweise aus den gleichen Gründen. Der von den USA geführte Krieg im Irak ohne UN-Mandat scheint die deutsche Bevölkerung zu eisen. Zumindest die sozialstrukturellen Merkmale und die in dieser Arbeit herangezogenen politischen Prädispositionen sind 2003 und 2004 weniger erklärungskräftig. In den übrigen Jahren lässt sich durch sie immerhin zwischen sieben und zehn Prozent der Varianz binden.

Wird nur der prozentuale Anteil der Varianz zur Erklärung der drei Grundorientierungen betrachtet, der durch die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen gebunden wird, zeigen sich stärkere Unterschiede je nach Untersuchungsjahr und Land. Während 2002 keine statistisch signifikanten Effekte, und folglich auch kein Beitrag zur Erklärungsleistung in den USA auftritt, zeigen sich in diesem Jahr die stärksten Einflüsse in Deutschland (jeweils 65 Prozent für Militarismus und Internationalismus, 40 Prozent für Multilateralismus). Im ersten Jahr nach den Terroranschlägen steigt das Niveau der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in den USA in allen Bevölkerungsteilen gleichermaßen an. Daher ist es nicht möglich überzufällige Assoziationen im Jahr 2002 festzustellen. In Deutschland ist 2002 im Gegensatz zu den USA das einzige Jahr, in dem die Gefahrenperzeption alle drei Grundorientierungen zur gleichen Zeit anspricht. Für die übrigen Untersuchungszeitpunkte sind keine systematischen Unterschiede für die Erklärung der Grundhaltungen festzustellen. Der Anteil an der Varianzaufklärung liegt für Militarismus in den USA bei etwa 20 Prozent, mit Ausnahme von 2004: Hier steigt die Erklärungsleistung der Bedrohungswahrnehmung auf 41 Prozent an. In Deutschland liegt dieser Anteil dagegen zwischen elf (2004) und 22 (2007) Prozent.

Internationalismus erreicht in beiden Ländern die höchsten Erklärungswerte durch die Gefahrenperzeption, wenn statistisch bedeutsam. In den USA können etwa 30 (2003, 2004) beziehungsweise 15 (2005) Prozent der Varianz gebunden werden, in Deutschland etwa 65 (2002, 2005) beziehungsweise 36 (2008) Prozent. Bei Multilateralismus sind in den USA die größten Schwankungen von 70 (2006) zu 24 (2007) und 17 (2005) Prozent zu verzeichnen. In Deutschland liegt der Anteil an der Gesamterklärungsleistung dagegen bei circa 23 Prozent (2004-2007), mit Ausnahme von 40 Prozent im Jahr 2002.

Ebenso wie bei den bereichsspezifischen Grundorientierungen ist die Varianzaufklärung des Gesamtmodells für die außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen in den USA fast ausnahmslos höher als in Deutschland. So können die unabhängigen Variablen zwar fast 37 Prozent der Varianz im Modell für die Zustimmung zur Einschränkung der Freiheitsrechte in den USA binden, aber nur gut 20 Prozent in Deutschland. Ein ähnliches Verhältnis zeigt sich bei den Analysen zur Erhöhung der Rüstungsausgaben. 2002 ist die Erklärungskraft mit etwa zehn Prozent in den USA und nur drei Prozent in Deutschland relativ gering. In den Folgejahren liegt der Anteil bei über 20 beziehungsweise um die zehn Prozent. Nur geringe Unterschiede finden sich dagegen bei der Zustimmung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe. Während 2002 hier zehn (USA) beziehungsweise sieben (Deutschland) Prozent Varianzaufklärung

möglich ist, können 2003 in beiden Ländern mit dem vorliegenden Schätzmodell circa 14 Prozent erklärt werden.

Noch stärkere Unterschiede in der Höhe der Varianzaufklärung können zwischen militärischen und humanitären Maßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus beobachtet werden. Länderunterschiede spielen hingegen nur eine nachgeordnete Rolle: In den USA können die Modellvariablen 15 (2002) beziehungsweise 33 (2004) Prozent der Varianz zur Zustimmung militärischer Aktionen binden, aber nicht einmal acht Prozent bei der Schätzung zu wirtschaftlichen Hilfszahlungen. In Deutschland kann die Anwendung militärischer Gewalt immerhin zu 18 (2002) beziehungsweise 13 (2004) Prozent aufgeklärt werden, humanitäre Leistungen dagegen nur zu vier Prozent.

Wird der konkrete Einsatz in Afghanistan betrachtet, verschiebt sich die Erklärungsleistung zugunsten der humanitären Maßnahmen in Deutschland. Während militärische Missionen nur zu etwa elf (2007) beziehungsweise 15 (2008) Prozent erklärt werden können, liegt die Varianzbindung für den humanitären Einsatz bei 27 Prozent im Jahr 2008. In den USA sind nur geringfügige Schwankungen zwischen den drei Schätzmodellen festzustellen. Auch hier erhellen die unabhängigen Variablen 2008 die nicht-militärischen Maßnahmen mit 34 Prozent zumindest in stärkerem Maße als die militärischen mit 26 Prozent. Ihr Anteil liegt im Vorjahr allerdings selbst bei 34 Prozent Erklärungskraft.

Noch deutlichere Differenzen in der Einstellungsstärke ergeben sich bei der Zustimmung zum Irakkrieg. Während das Gesamtmodell, bestehend aus sozialstrukturellen Merkmalen, politischen Prädispositionen, Bedrohungswahrnehmung und bereichsspezifischen Grundorientierungen fast 50 Prozent der Varianz in den USA erklären kann, liegt dieser Anteil bei lediglich acht Prozent in Deutschland. Dieser entfällt komplett auf Militarismus und Isolationismus. Tatsächlich sprechen sich die konservativen Parteien in Deutschland zwar für einen den USA etwas entgegenkommenderen Kurs in der Irak-Frage aus, doch eine klare parteipolitische Polarisierung findet in der Bundesrepublik nicht statt. Das spiegelt sich deutlich in der Erklärungskraft der politischen Dispositionen wider. Weniger dramatisch fallen die Unterschiede bei Befürwortung eines militärischen Vorgehens gegen den Iran aus. In den USA schwankt die Erklärungsleistung leicht von 14 (2005) auf 21 (2007) und zurück auf 16 (2008) Prozent. In Deutschland liegt sie dagegen konstant bei circa sechs Prozent in den ersten beiden Jahren und steigt 2008 auf 13 Prozent an.

Für den prozentualen Anteil, der allein auf den Einfluss der Bedrohungswahrnehmung bei der Erklärung spezifischer außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen zurückgeht, gilt nicht mehr grundsätzlich, wie bei der Gesamtvarianz beschrieben, dass die Erklärungskraft in den USA jene in Deutschland überwiegt. Insgesamt schwankt der Anteil an der Varianzaufklärung in den USA zwischen 64 (2002) beziehungsweise 33 (2003) Prozent für die Zustimmung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe und zehn Prozent und weniger in den übrigen Modellen (mit Ausnahme von 24 Prozent für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben im Jahr 2008). In Deutschland liegt der Anteil zwischen 36 Prozent für die Befürwortung militärischer Aktionen gegen die Taliban in Afghanistan im Jahr 2008, zwischen 20 und 28 Prozent für ein militärisches Vorgehen gegen den Iran (2008), die Erhöhung von Entwicklungshilfe (2003) und militärische Aktionen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus (2002, 2004). Zwölf Prozent entfallen auf die Erhöhung des Wehretats 2004, nur fünf Prozent auf militärische Aktionen 2002 und humanitäre Maßnahmen in Afghanistan im Jahr 2004. Werden nur die Zeitpunkte miteinander verglichen, in denen statistisch signifikante Effekte von der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in beiden Ländern ausgehen, zeigt sich in allen Fällen eine stärkere Erklärungskraft in Deutschland. Einzig bei der Zustimmung zu humanitären Maßnahmen in Afghanistan liegt der Anteil der Befürworter in den USA mit etwa neun Prozent marginal über dem Wert in Deutschland mit etwa sechs Prozent.

Zur Beurteilung der Modelgüte werden neben der Erklärungskraft der einbezogenen Indikatoren für das Gesamtmodell in dieser Arbeit die Fitmaße RMSEA und CFI herangezogen. Wie bereits in 4.3.3. näher ausgeführt, sollte der RMSEA einen Wert kleiner als 0,10 (Byrne 2012: 73), der CFI einen Wert größer als 0,95 (Hu/Bentler 1999: 24) annehmen um eine akzeptable Passung der empirischen Daten an das theoretische Modell zu gewährleisten. Bereits das dreistufige Überzeugungssystem zur Analyse der Determinanten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen erreichte diese Grenzwerte in fast allen Jahren (Tabelle 7). Trotz der erheblichen Komplexitätserhöhung durch Aufnahme einer vierten (bereichsspezifische Grundorientierungen) und schließlich fünften (spezifische Einstellungen) Stufe entsprechen die Fitmaße, insbesondere der RMSEA, durchweg den konventionellen Akzeptanzwerten. Wie bereits bei den Determinanten ist die Modelgüte insgesamt auch für die Konsequenzen in Deutschland als etwas besser anzusehen als in den USA. Für die Analyse der außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen weisen die Schätzungen unter Einbeziehung persönlicher Bedrohungswahrnehmungen eine etwas bessere Modelpassung auf als unter Einbezug der kollektiven Gefahrenperzeption. Kaum Unterschiede finden sich dagegen in den Modellen

für die spezifischen Einstellungen. Alle Kennzahlen befinden sich im akzeptablen Bereich oder verfehlen diesen nur knapp. Aufgrund der Vielzahl an einbezogenen Abstraktionsstufen und Variablen wird in dieser Arbeit von einer tolerablen Modellgüte ausgegangen.

Für jedes Jahr stehen für die empirischen Analysen pro Land etwa 1000 Fälle zur Verfügung. Aufgrund von Antwortverweigerung und Design-Entscheidungen bei der Fragebogenentwicklung variiert die Anzahl gültiger Antworten im Untersuchungszeitraum. Dabei sind die Fallzahlen des fünfstufigen Strukturgleichungsmodells in den USA grundsätzlich etwas niedriger als in Deutschland. Probleme bei Verwendung der ideologischen Selbsteinstufung wurden bereits in 4.3.3. besprochen. Zusätzlich verursachen die Einstellungen zu einem militärischen Vorgehen gegen den Iran, aber auch Einstellungen zur Entwicklungshilfe und zu den Verteidigungsausgaben 2003 sowie zum Irakkrieg 2004 in den USA einen überdurchschnittlichen Anteil an Non-Response. Für Deutschland sind dagegen die Befürwortung militärischer Maßnahmen gegen die Taliban in Afghanistan 2002, die Zustimmung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe 2003 und zu den Rüstungsausgaben 2004 zu nennen, die einen Fallzahlverlust nach sich ziehen. Insbesondere Einstellungen zum Staatshaushalt, aber auch ungewohnte Militäreinsätze scheinen in der Bevölkerung beider Länder noch nicht gefestigt. Der systematische Fallzahlverlust aufgrund von Design-Entscheidungen in den Umfragen, insbesondere durch Split-Halbs, wurde bereits weiter oben vermerkt.

In dieser Arbeit wird angenommen, dass eine erhöhte Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen insgesamt zur Befürwortung einer aktiven, multilateralen und aggressiven Außenpolitik beider Länder führt. Neben dieser allgemeinen Ausrichtung werden zudem Hypothesen zu spezifischen Policies aufgestellt. In den USA und in Deutschland sollte demnach eine gesteigerte Bedrohungswahrnehmung die Zustimmung sowohl zu konkreten militärischen als auch zu nicht-militärischen Maßnahmen erhöhen, von denen angenommen wird, dass sie die Bedrohung reduzieren oder gar vollständig beseitigen. Dabei stützt sich die Argumentation zusätzlich auf – zumeist aus dem amerikanischen Kontext – destillierten empirischen Befunden. So scheint es auch wenig verwunderlich, dass die in 2.4.3. formulierten Hypothesen fast ausnahmslos für die USA bestätigt werden können (Tabelle 20). Substantielle Unterschiede in den Konsequenzen von nationaler und persönlicher Bedrohungswahrnehmung sind dabei nicht festzustellen. Auch wenn nicht in allen Fällen statistisch bedeutsam, sind die grundlegenden Muster deutlich erkennbar: Beide Gefahrenperzeptionen aktivieren sowohl militaristische als auch multilateralistische Grundhaltungen in der amerikanischen Bevölkerung. Der Wunsch nach einer aktiveren Außenpolitik wird durch eine nationale Gefahrenperzeption

verstärkt, in der Tendenz auch durch eine individuelle Bedrohungswahrnehmung. Möglicherweise ist bei letzterer doch die Angst zu groß, das internationale Engagement könnte in Bumerang-Manier letztendlich in negative Konsequenzen umschlagen. Dem entgegen stehen allerdings die empirischen Ergebnisse zu Militarismus. Wahrscheinlich lassen sich die Unterschiede im Signifikanzniveau zwischen den Jahren folglich als einen Indikatorwechsel für Internationalismus interpretieren.

Erhebliche Unterschiede treten in den USA dagegen beim Einfluss der Bedrohungswahrnehmung auf die Zustimmung zu militärischen und humanitären Maßnahmen auf. Ausnahmslos alle spezifischen Policies, die in Zusammenhang mit einem aggressiven Vorgehen unter Verwendung militärischer Gewalt stehen, finden wachsenden Zuspruch von Personen, die eine erhöhte Gefahr durch terroristische Bedrohungen wahrnehmen. Dazu zählen die Erhöhung der Rüstungsausgaben, die Bekämpfung von terroristischen Organisationen mit militärischen Mitteln, die Zustimmung zum Irakkrieg, militärische Aktionen gegen die Taliban in Afghanistan und das sich Offenhalten militärischer Optionen gegen den Iran, falls dieser nicht von der Entwicklung oder dem Erwerb einer Atombombe Abstand nimmt. All diese Maßnahmen finden in der amerikanischen Bevölkerung insbesondere bei Männern und Personen mit starker nationaler Verbundenheit, konservativen Wertvorstellungen und einer Parteiidentifikation zu den Republikanern die größte Unterstützung. In allen Fällen kann die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen insgesamt zusätzlich signifikant zu einer Zustimmungserhöhung beitragen. Ihr praktisch relevanter Anteil, gemessen am Zuwachs in der Varianzaufklärung, schwankt dagegen erheblich zwischen den einzelnen Untersuchungsobjekten.

Ebenfalls verstärkend wirkt eine erhöhte Gefahrenperzeption in den USA auf die Zustimmung zur Einschränkung von Freiheitsrechten als präventive innenpolitische Anti-Terror-Maßnahme. Ihr Einfluss auf die Befürwortung humanitärer Policies und Aktionen ist dagegen vielschichtiger. So führt die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen zu dem Wunsch, generell den Anteil für Entwicklungshilfe am eigenen Staatshaushalt zu senken. Soll die Bereitstellung wirtschaftlicher Hilfen zur Erhöhung des Lebensstandards in den Ländern beitragen, in denen Terroristen angeworben und folglich der Nachschub an Personal und sonstiger Unterstützung abgeschnitten werden, steigt die Zustimmung in der Bevölkerung im Vergleich leicht an. Handelt es sich ganz konkret um die Stabilisierungsmission in Afghanistan findet sich schließlich überzufällige Unterstützung bei erhöhter Gefahrenperzeption. Möglicherweise wird die Gefahr geringer eingestuft, ein gefestigtes Land biete terroristischen Organisa-

tionen Nährboden für deren Ideologie. Insgesamt sollte sich die wahrgenommene Bedrohung für die USA damit reduzieren.

Tabelle 20: Zusammenfassung der Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen

	Theoretische Wirkrichtung	USA		Deutschland	
		N	P	E	P
Bereichsspezifische Grundorientierungen					
Militarismus	+	+	+	+	+
Internationalismus	+	+	(+)	+	+
Multilateralismus	+	+	+	+	+
Spezifische außen- und sicherheitspolitische Einstellungen					
Einschränkung von Freiheitsrechten	+	+		(+)	
Erhöhung sicherheitsrelevanter Staatsausgaben: Verteidigungsausgaben	+	+	+	(+)	(+)
Erhöhung sicherheitsrelevanter Staatsausgaben: Entwicklungshilfe	+	-		-	
Bekämpfung von Terrorismus, militärische Aktionen	+	+		+	
Bekämpfung von Terrorismus, wirtschaftliche Hilfen	+	(-)		(+)	
Militäreinsätze: Irak	+	+		(+)	
Militäreinsätze: Afghanistan, militärische Aktionen	+		+		+
Militäreinsätze: Afghanistan, humanitärer Einsatz	+		+		+
Militäreinsätze: Iran, militärische Aktionen	+		+		(+)

Angaben: N = nationale Bedrohung, E = europäische Bedrohung, P = persönliche Bedrohung; Symbole in Klammern indizieren Signifikanz: $p > 0,05$

Die für die USA gefundenen empirischen Ergebnisse gelten eingeschränkt auch für die deutsche Bevölkerung. In der Tendenz lassen sich äquivalente Konsequenzen wahrgenommener terroristischer Bedrohung auf die Zustimmung zur allgemeinen Ausrichtung sowie zu spezifischen Maßnahmen der Außen- und Sicherheitspolitik nachweisen. Allerdings fehlt in der Mehrzahl der Untersuchungsobjekte die statistische Bedeutsamkeit der Ergebnisse im Vergleich zu den USA. Für die bereichsspezifischen Grundorientierungen ist einzig der Einfluss einer europäischen Gefahrenwahrnehmung auf die Befürwortung multilateraler Kooperation als überzufällig zu beobachten. Damit wird die generelle Ausrichtung der deutschen Außenpolitik bei erhöhter Bedrohungswahrnehmung noch verstärkt. Fühlen sich die Deutschen allerdings persönlich bedroht, scheint nicht allein Verlass auf die Bündnispartner. Internationalismus und Militarismus werden, obwohl theoretisch zunächst als durchaus plausibel angenommen, dagegen nicht durchgängig durch eine erhöhte Gefahrenperzeption aktiviert.

Statistisch signifikante Effekte finden sich dagegen bei allen vier inhaltlichen Einstellungskategorien. Ein grundsätzliches Umdenken der bewährten außen- und sicherheitspolitischen Prinzipien kann eine gesteigerte terroristische Bedrohungswahrnehmung in Deutschland folg-

lich nicht leisten, wohl aber entscheidend die Einstellungsbildung für spezifische aktuelle Fragen der internationalen Politik prägen. Bei der Zustimmung zur Einschränkung der Freiheitsrechte finden sich positive Effekte (allerdings nur in der bivariaten Betrachtung statistisch bedeutsam). Darüber hinaus zeigt sich, wie in den USA, die Ablehnung der Erhöhung von Entwicklungshilfe. Über mögliche Gründe wurde an entsprechender Stelle spekuliert. Interessanterweise erhöht die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen zwar nicht die Zustimmung zur Anwendung militärischer Mittel generell, wohl aber in konkreten Situationen. So befürworteten Deutsche mit gesteigerter Gefahrenperzeption militärische Aktionen ganz allgemein zur Bekämpfung terroristischer Organisationen und speziell gegen die Taliban in Afghanistan. Hier werden zudem humanitäre Maßnahmen wie die Sicherung wirtschaftlicher Wiederaufbauprojekte, die Ausbildung der afghanischen Polizei und des Militärs sowie die Bekämpfung des Drogenanbaus befürwortet. Keine überzufälligen Konsequenzen aus der wahrgenommenen Bedrohung lassen sich dagegen für Militäreinsätze nachweisen, in die Deutschland (noch) nicht involviert ist, wie der Krieg im Irak sowie ein mögliches militärisches Vorgehen gegen den Iran. Hier finden sich, mit Ausnahme von 2008 für den Iran, auch keine statistisch bedeutsamen bivariaten Assoziationen. Tatsächlich scheint sich die Bedrohungswahrnehmung in der Bundesrepublik dann als einflussreich zu zeigen, wenn ein Mindestmaß an Einstellungen zum Untersuchungsgegenstand bereits vorhanden ist. Wie in den USA kommen auch in Deutschland die Unterstützer konkreter militärischer Einsätze klar aus dem konservativen Lager, zeigen sich verbunden mit der eigenen Nation und weisen eine überdurchschnittlich hohe Wahlabsicht für CDU/CSU auf.

Differenzen im Einfluss auf die außen- und sicherheitspolitische Einstellungsbildung ergeben sich zwischen europäischer und nationaler Bedrohung. Für das Jahr 2002 wurde mittels Randomisierung etwa für die Hälfte der deutschen Befragten die Perzeption terroristischer Gefahren für die Europäische Union, für die andere Hälfte der Befragten für Deutschland selbst erhoben. Für alle bereichsspezifischen Grundorientierungen und die in diesem Jahr analysierten spezifischen Einstellungen zeigen sich statistisch bedeutsame (Gesamt-)Effekte der nationalen Bedrohungswahrnehmung. Gleichzeitig weisen die Koeffizienten für die europäische Bedrohungswahrnehmung in allen Fällen in der Tendenz in die gleiche Richtung, überschreiten aber nicht die konventionelle Schwelle statistischer Signifikanz. Damit differieren die verschiedenen Objekte der Gefahrenperzeption keineswegs in erheblichem Maße. Lediglich ihre Wirkung auf die Einstellungsbildung scheint in letzter Konsequenz stärker bei Wahrnehmung zukünftiger Bedrohungen für das eigene Land.

Insgesamt können die aufgestellten theoretischen Erwartungen zur Wirkung der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung bereichsspezifischer Grundorientierungen sowie spezifischer außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in den USA als auch – zumindest in der Tendenz – in Deutschland bestätigt werden. Dabei bleiben die Ergebnisse der bivariaten Betrachtung auch bei Aufnahme von sozialstrukturellen Merkmalen und politischen Prädispositionen weitestgehend erhalten. Die empirischen Befunde zeigen sich robust gegenüber etwaigen Variationen im verwendeten Konstrukt für die Bedrohungswahrnehmungen (latent versus manifest) sowie in der Spezifikation des Gesamtmodells: Aufgrund der Datenlage fehlt in den vergleichend angelegten Analysen ein Indikator für nationale Verbundenheit und Multilateralismus im Jahr 2002 für die USA. 2007 muss das Überzeugungssystem für Deutschland ohne nationale Verbundenheit geschätzt werden. Um den Vergleich zwischen den Ländern in diesen Fällen zu gewährleisten, wurden zusätzlich Nebenrechnungen mit äquivalent reduzierten Modellen für das jeweils andere Land geprüft. Dabei traten zumeist keine Unterschiede in der Wirkrichtung oder im statistischen Signifikanzniveau auf. Ausnahme ist lediglich der Effekt der Gefahrenperzeption auf die Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben für Deutschland im Jahr 2002: In der Modellschätzung ohne nationale Verbundenheit wechselt die Einflussrichtung von negativ zu positiv. In beiden Fällen ist dieser Effekt allerdings nicht statistisch bedeutsam. Tatsächlich weist bereits die bivariate Regression auf einen positiven Einfluss der Bedrohungswahrnehmung auf die Erhöhung des Wehretats hin.

Bemerkenswert ist die Vielzahl an einflussreichen direkten Effekten der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung konkreter militärischer und nicht-militärischer Maßnahmen. Neben sozialstrukturellen Charakteristika, politischen Prädispositionen und den außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen besitzt die Bedrohungswahrnehmung in der Mehrzahl der in dieser Arbeit untersuchten Einstellungen einen eigenständigen Einfluss auf beiden Seiten des Atlantiks. Dieser wird zudem durch indirekte Effekte über die Grundhaltungen verstärkt, insbesondere in den USA. Militarismus zeigt sich dabei als beständigster Mediator. Durch die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen wird erstens die generelle Zustimmung zur Anwendung militärischer Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik erhöht und zweitens unterstützen Personen mit militaristischen Grundhaltungen in stärkerem Maße konkrete Auslandseinsätze. In einer Vielzahl der Analysen zeigen sich zudem indirekte Effekte über Internationalismus. Die Perzeption terroristischer Gefahren aktiviert den Wunsch nach einem generell engagierterem Vorgehen des eigenen Landes. Dies wiederum begünstigt die Unterstützung gezielter militärischer und humanitärer Maßnahmen. So zeigt sich beispiels-

weise bei der Zustimmung der amerikanischen Bevölkerung zum Krieg im Irak zunächst kein direkter Einfluss der Bedrohungswahrnehmung im multivariaten Modell. Doch bedeutsame Mediationen über Militarismus und Internationalismus führen insgesamt zu einem relevanten Einfluss der Gefahrenperzeption. Multilateralismus scheint dagegen keine Vermittlerrolle in der hier interessierenden Form einzunehmen.

Für Deutschland gelten die aufgezeigten Muster der Mediation nur in eingeschränkter Form. Zwar lassen sich auch hier erklärungskräftige vermittelte Effekte über die bereichsspezifischen Grundorientierungen nachweisen, allerdings werden Militarismus und Internationalismus in deutlich weniger Jahren statistisch bedeutsam von den Bedrohungswahrnehmungen aktiviert und können folglich auch keine Mediatorrolle einnehmen. Einzig multilaterale Orientierungen werden durch die Gefahrenperzeption durchweg begünstigt. Diese zeigen sich jedoch wenig einflussreich zur Erklärung der hier untersuchten spezifischen Einstellungen. Deutlich einflussreicher erweist sich in Deutschland folglich die Bedrohungswahrnehmung durch starke direkte Effekte auf die spezifischen Policy-Präferenzen.

5. Schlussbetrachtung

5.1. Zusammenfassung und Diskussion der wichtigsten Ergebnisse

Fast 15 Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ist die Bedrohung durch islamistischen Terrorismus weltweit scheinbar stärker als je zuvor. Insgesamt fielen 2014 über 32.000 Menschen weltweit terroristischen Anschlägen zum Opfer (Institute for Economics & Peace 2015).⁵⁷ Die jüngsten religiös motivierten Attentate wie etwa während des Boston Marathons am 15. April 2013 (Tagesschau 2013) und auf die Redaktion des Satiremagazins *Charlie Hebdo* am 7. Januar 2015 in Paris (ZEIT Online 2015) verdeutlichen die anhaltende internationale Gefahr in den USA und in Europa. Hinzu kommen fast täglich Berichte über Gräueltaten der Terrormiliz *Islamischer Staat* im Irak und in Syrien (Müller-Seedorf 2014) – und mit ihnen die Angst westliche Kämpfer bringen den Schrecken auch in ihre Heimatländer. Einen traurigen Höhepunkt stellten die Attentate vom 13. November 2015 in Paris dar, bei denen mindestens 132 Menschen starben (Spiegel Online 2015).⁵⁸ Diese Ereignisse, wie viele andere, über die nicht täglich in den Medien berichtet wird, verdeutlichen die Relevanz terroristischer Bedrohungen weit über den tatsächlichen Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit (2002-2008) hinaus. Das in Kapitel 2 aufgestellte theoretische Modell zur Erklärung von Determinanten und Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in den USA und in Deutschland beansprucht unabhängig vom hier zeitlich eingegrenzten Rahmen der empirischen Analysen Gültigkeit.

Das Forschungsinteresse dieser Arbeit umfasst drei grundlegende Problemstellungen. Erstens wird der Frage nachgegangen, welche Faktoren die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen erhöhen. Zweitens soll untersucht werden, ob und in welchem Umfang außen- und sicherheitspolitische Einstellungen tatsächlich durch die Gefahrenperzeption beeinflusst werden. Drittens ist zu klären, inwieweit die für die USA gefunden Ergebnisse auf Deutschland übertragbar sind. Insbesondere der Vergleich der beiden Länder schließt eine erhebliche Lücke in der Forschungstradition zu terroristischen Bedrohungen und liefert erste Hinweise auf die Einstellungsbildung in verschiedenen Kontexten: Einerseits zeigen sich die Amerikaner grundsätzlich offener gegenüber der Anwendung militärischer Mittel in der Außenpolitik,

⁵⁷ Die Hälfte der Todesopfer geht dabei auf den sogenannten Islamischen Staat und auf Boko Haram zurück. Nur drei Prozent entfallen auf westliche Länder – seit dem Jahr 2000 (Institute for Economics & Peace 2015).

⁵⁸ Zum Zeitpunkt der Fertigstellung der vorliegenden Arbeit war weder die genaue Anzahl der Todesopfer noch die endgültige Identifikation der Täter abgeschlossen.

waren bereits direktes Ziel von Terroranschlägen und hatten im Untersuchungszeitraum mit George W. Bush einen Präsidenten, der sich den Kampf gegen den internationalen Terrorismus mit offenbar allen Mitteln auf die Fahnen schrieb. Auf der anderen Seite stehen die Deutschen, die durch die Erfahrungen aus dem Nationalsozialismus Kriegseinsätzen eher ablehnend gegenüber stehen, erst seit 1990 über die volle Souveränität bei der Ausrichtung ihrer Sicherheitspolitik verfügen und bis zum heutigen Tag von einem Terrorangriff in vergleichbarem Ausmaß auf eigenem Staatsgebiet verschont blieben. Folglich scheint ein kohärenteres Einstellungssystem mit deutlich stärkeren Einflüssen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf außen- und sicherheitspolitische Orientierungen in den USA zunächst durchaus plausibel zu sein.

Zur Beantwortung der aufgeworfenen Forschungsfragen wird eine kognitionspsychologische Perspektive (zum Beispiel Herrmann et al. 1999) eingenommen. Demnach lässt sich der Prozess der Einstellungsbildung als Zusammenspiel aus Kontexteinflüssen, bereits vorhandenen Prädispositionen sowie neu erhaltenen Informationen fassen. Entgegen der Annahme, Bevölkerungseinstellungen seien volatil und unstrukturiert (Almond 1950; Lippmann 1955; Converse 1964, 1970), kann sich der Großteil der Bürger sehr wohl durch Ableitung spezifischer Sachverhalte aus langfristigen Orientierungen und mithilfe von Heuristiken einen Reim auf außen- und sicherheitspolitische Fragestellungen machen (Tversky/Kahneman 1973, 1974; Campbell et al. 1980; Fiske 1986; Schoen 2006c). Folglich wird in dieser Arbeit ein hierarchisch strukturiertes Überzeugungssystem aufgestellt, bestehend aus fünf Ebenen mit unterschiedlichem Abstraktionsniveau. Auf der mittleren Ebene wird die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen verortet. Sie wird so zum einen durch die beiden vorgelagerten Stufen (sozialstrukturelle Merkmale, Gruppenbindung und politische Prädispositionen) determiniert und beeinflusst ihrerseits zum anderen Elemente auf den nachfolgenden Stufen (bereichsspezifische Grundorientierungen, spezifische außen- und sicherheitspolitische Einstellungen). Über alle Ebenen hinweg werden direkte und indirekte Effekte modelliert, um so ein tiefergehendes Verständnis für die Wirkungsweise der Elemente innerhalb des Einstellungssystems, insbesondere aber der Gefahrenperzeption zu erhalten. Im Folgenden sollen die wesentlichen Erkenntnisse dieser Arbeit zusammengefasst, Restriktionen offen gelegt sowie Implikationen für die Aussagekraft diskutiert und Anregungen für zukünftige Forschungsarbeiten gegeben werden.

Tatsächlich ist die terroristische Bedrohung in den USA und in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein vielschichtiges Konzept. Neben der generellen Gefahr durch internatio-

nal agierende Terroristen, wird immer wieder islamischer Fundamentalismus als Hauptmotiv für die Attentate aufgeführt. Zudem wächst die Sorge über die Verbreitung und schließlich der Verwendung von Massenvernichtungswaffen durch Terroristen. Auf alle drei Aspekte rekurriert auch der vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush ausgerufene *War on Terror*, der den wesentlichen Kontext der vorliegenden Analysen darstellt. Und so ist es wenig verwunderlich, dass auf beiden Seiten des Atlantiks diese Trias auch auf Bevölkerungsebene ihren Niederschlag findet: Alle drei oben benannten Gefahrenwahrnehmungen korrelieren in starkem Maße miteinander und grenzen sich hinreichend von anderen internationalen Bedrohungen ökonomischer und ökologischer Natur ab (Everts/Isernia 2015: 69-78; Wagner et al. 2015: 273-277).

Das Jahr 2002 markiert dabei für die Amerikaner eine absolute Ausnahme. Weder zuvor noch danach wurden in den Daten des CCFR⁵⁹ so hohe Bedrohungswahrnehmungen in der Bevölkerung gemessen: Über 90 Prozent fühlten sich demnach durch internationalen Terrorismus, 86 Prozent durch die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen im Irak, 64 Prozent durch islamischen Fundamentalismus stark bedroht. Bereits 2003 sinkt die Gefahrenperzeption um bis zu 20 Prozentpunkte und bleibt schließlich bis 2008 relativ stabil. Alles in allem ist der Untersuchungszeitraum folglich von einer anhaltend hohen Bedrohungswahrnehmung in den USA gekennzeichnet. Während keine Unterschiede im Ausmaß der Wahrnehmung von internationalem Terrorismus als einerseits nationale und andererseits persönliche Bedrohung zu verzeichnen sind, werden die Gefahren durch islamischen Fundamentalismus und die weltweite Verbreitung von Atomwaffen als *individuell* bedrohlicher von den Amerikanern eingestuft. Das gilt zumindest im Jahr 2005, für das Daten zu beiden Objekten im direkten Vergleich vorliegen. Das verblüfft insofern, als dass persönliche Bedrohung eine Funktion kollektiver Bedrohung darstellen sollte: Nur wenn ich eine Bedrohung für das eigene Land wahrnehme, kann ich mich auch persönlich bedroht fühlen (Huddy et al. 2002: 494).⁶⁰

Und so weisen die Deutschen hier eine scheinbar rationalere Sichtweise auf: Für alle drei Bedrohungen wird die Gefahr für die Europäische Union als deutlich höher eingeschätzt als für das Individuum an sich. Zudem wird eine Bedrohung durch die Proliferation von CBRN-Waffen insgesamt als weit weniger kritisch betrachtet als in den USA. Gefahren durch islamischen Fundamentalismus rücken stattdessen in stärkerem Maße ins Blickfeld der deutschen

⁵⁹ 2006 erfolgte die Umbenennung in *Chicago Council on Global Affairs* (CCGA).

⁶⁰ Andererseits sind Attentate radikaler Terroristen nicht auf ein bestimmtes Staatsgebiet beschränkt. Die Gefahr Opfer eines Anschlags zu werden, ist ebenso im Ausland gegeben, wie Attentate in Urlaubsgebieten auf der ganzen Welt zeigen. Dieser Aspekt ist möglicherweise zu vernachlässigen, betrifft er doch nur einen ausgewählten Kreis an Personen.

Öffentlichkeit als auf der anderen Seite des Atlantiks. Dabei liegen die geringsten Unterschiede zwischen den drei Bedrohungstypen in der Perzeption kollektiver Gefahren. Das höchste Ausmaß an äußerer Bedrohung wird auch in der Bundesrepublik durch internationalen Terrorismus wahrgenommen, allerdings auf etwas niedrigerem Niveau als in den USA. Ob der Terroranschlag im eigenen Land oder schlichtweg Unterschiede in der politischen Kultur beider Länder für diese Differenzen maßgeblich verantwortlich sind, bleibt an dieser Stelle Spekulation.

1. Wer nimmt terroristische Bedrohungen wahr?

In dieser Arbeit werden verschiedene Wirkmechanismen auf Individualebene identifiziert, die zu einer Erhöhung der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen beitragen. Diese umfassen etwa eine grundlegende Disposition generell gesteigerter Gefahrenperzeption, sicherheitsbedürftige Wertorientierungen und Sozialisationserfahrungen, objektive Abwägungen der Bedrohungslage sowie entsprechende Merkmale sozialer Identität und politischer Instrumentalisierung. Operationalisiert werden diese Mechanismen mittels sozialstrukturellen Merkmalen, Gruppenbindung und politischen Prädispositionen. Es zeigt sich, dass die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in den USA in erster Linie auf Gruppenbindungen, in Deutschland dagegen stärker auf Sozialisationserfahrungen, Wertorientierungen und objektiven Einschätzungen beruht. Insgesamt können die in dieser Arbeit betrachteten Determinanten in den USA einen etwas höheren Anteil der Gefahrenperzeption erklären als in Deutschland. Das gilt insbesondere für die Wahrnehmung persönlicher Bedrohung.

Der beständigste Prädiktor in den USA ist dabei die nationale Verbundenheit. In allen Untersuchungsjahren gilt: Je stärker sich ein Amerikaner mit seinem Land verbunden fühlt, desto stärker befürchtet er terroristische Anschläge. Zudem ist die Gefahrenperzeption in den USA stärker politisiert. So sind es Parteianhänger der Republikaner, die terroristische Bedrohungen von außen als ernstzunehmender für das Land aber auch für sich selbst wahrnehmen. Sie folgen damit ihrem Präsidenten, der um Unterstützung für seinen *War on Terror* wirbt, der sicherlich nur unter der Voraussetzung fortbestehender Gefahren durch internationale Terroristen Berechtigung finden kann. Beide Determinanten dienen zudem als Mediator für (die im Grunde zu vernachlässigenden) Einflüsse sozialstruktureller Merkmale auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen. Ideologische Differenzen spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle oder treten hinter die nationale Verbundenheit und die Parteiidentifikation zurück. Neben Elitenrhetorik als Einflussfaktor prägen zudem mit Sicherheit verknüpfte Wertorientierungen die Bedrohungswahrnehmung in den USA. Es lassen sich zum einen sicherlich die

hier betrachteten Merkmale sozialer Identität auf ähnliche Wertpräferenzen zurückführen. So dürften etwa mit dem eigenen Land stark verbundene Amerikaner, Parteianhänger der Republikaner und Personen mit konservativen Vorstellungen allesamt sicherheitsbedürftige Werte stärker internalisiert haben als etwa weniger patriotische Personen, Anhänger der Demokraten und Unabhängige sowie Amerikaner mit liberalen Präferenzen. Zum anderen zeigt sich dies an den Ergebnissen zum Einfluss der sozialstrukturellen Merkmale auf die Bedrohungswahrnehmung. Hier kann primär das Alter zur Erklärung erhöhter Gefahrenperzeption beitragen. Es wird angenommen, dass sich ältere Personen in stärkerem Maße für den Erhalt des Althergebrachten aussprechen und folglich Veränderungen von außen kritischer beurteilen als jüngere Personen. Hinweise finden sich zudem für eine rationale Abwägung der Gefahrensituation durch Bewohner von amerikanischen Großstädten, die von möglichen Attentaten sicherlich stärker betroffen sein dürften als Einwohner ländlicherer Gebiete und folglich eine höhere Bedrohungswahrnehmung aufweisen. Die Dominanz der politischen Prädispositionen in der Erklärungsleistung für die USA zeigt sich ebenfalls daran, dass sie als Determinanten sowohl für die Wahrnehmung nationaler wie persönlicher terroristischer Bedrohungen herangezogen werden können. Der Einfluss sozialstruktureller Merkmale beschränkt sich dagegen weitestgehend auf die individuelle Gefahrenperzeption.

In Deutschland sind dagegen die Indikatoren der Soziodemographie, insbesondere Geschlecht, Alter und Bildung besonders erklärungsstark. Ergänzt werden die Einflüsse durch nationale Verbundenheit sowie – in deutlich weniger konsistenter Form – einer Wahlabsicht für CDU/CSU. Ideologievorstellungen können kaum zusätzliche Erklärungskraft entfalten. Die Erklärung der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen scheint sich somit in Deutschland aus einer größeren Vielfalt möglicher Wirkmechanismen zu speisen als in den USA. Zudem werden einzelne Differenzen zwischen den beiden Bedrohungsobjekten offenkundig. So weisen etwa Frauen nur dann eine erhöhte Gefahrenperzeption auf, wenn es sich um kollektive Bedrohungen handelt. Dieser Befund widerlegt damit zum einen, dass Frauen in Umfragesituationen „ehrlicher“ antworten als Männer und zum anderen, dass Frauen generell über eine höhere Gefahrenperzeption verfügen. Dagegen scheinen Frauen eher (sozialisations-, möglicherweise sogar evolutionsbedingt) besorgt um das Wohl anderer als um ihre eigene Sicherheit. Daneben scheinen objektive Abwägungen eine entscheidende Rolle bei der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen zu spielen: Personen mit höherer formaler Bildung geben durchweg eine niedrigere Gefahrenperzeption in Deutschland an. Einwohner von Großstädten und wirtschaftlichen Ballungsgebieten weisen dagegen eine erhöhte Sorge um terroristische Anschläge auf. Wie in den USA geben darüber hinaus ältere Personen eine höhere

Bedrohungswahrnehmung, insbesondere auf individueller Ebene, an. Unter den Merkmalen der sozialen Identität zeigt sich die nationale Verbundenheit am erklärungsstärksten. Insgesamt können die Gruppenbindung und die politischen Prädispositionen lediglich die europäische, nicht aber die persönliche, Gefahrenwahrnehmung substantiell beeinflussen. Zudem geht von ihnen keine Mediation der sozialstrukturellen Merkmale aus. Fast ausnahmslos wirken die apolitischen Determinanten in Deutschland direkt auf die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen.

2. Kann die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen Bevölkerungseinstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik beeinflussen?

Für die systematische Betrachtung der Konsequenzen erhöhter wahrgenommener terroristischer Bedrohung werden zwei Arten von Orientierungen unterschiedlichen Abstraktionsgrades herangezogen: Zum einen grundlegende Prinzipien im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, nämlich Militarismus, Internationalismus und Multilateralismus, zum anderen Einstellungen zu spezifischen Policies, wie die Beschränkung der Freiheitsrechte im Inland, die Zustimmung zur Erhöhung sicherheitsrelevanter Staatsausgaben, die Unterstützung konkreter Maßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und schließlich die Befürwortung konkreter Militäreinsätze im Irak, in Afghanistan und gegen den Iran. Dabei wird angenommen, dass eine aggressive Außenpolitik in beiden Ländern bei erhöhter Gefahrenperzeption Unterstützung findet, um effektiv gegen den vermeintlichen Aggressor vorzugehen und schlussendlich die drohende Gefahr abzuwenden.

Tatsächlich wird in beiden Ländern durch erhöht wahrgenommene terroristische Bedrohungen der Wunsch nach einem internationalistischen Vorgehen gemeinsam mit Verbündeten und unter Anwendung militärischer Gewalt insgesamt bestärkt. Dies spiegelt sich zudem in den Einstellungen zu konkreten außen- und sicherheitspolitischen Policies wider. Auch wenn sich die Deutschen hier teilweise etwas zurückhaltender äußern als die Amerikaner, finden sich doch auf beiden Seiten des Atlantiks die gleichen Wirkmechanismen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen innerhalb des hierarchisch strukturierten Überzeugungssystems. Während militärische Maßnahmen unter Personen mit einer erhöhten Gefahrenperzeption Unterstützung finden, muss bei nicht-militärischen Maßnahmen dagegen stärker differenziert werden.

Die Interpretation des Einflusses der Gefahrenperzeption auf die bereichsspezifischen Grundorientierungen wird durch wechselnde Indikatoren für die jeweiligen theoretischen Konzepte

im Zeitverlauf erschwert. Die empirischen Ergebnisse für die USA zeigen trotz variierender Operationalisierungen und Modifikationen des Schätzmodells ein konsistentes Bild: Personen mit erhöhter wahrgenommener terroristischer Bedrohung sprechen sich überzufällig für eine stärkere militärische Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik aus. Es finden sich keine Unterschiede in der Wirkung der nationalen und persönlichen Bedrohungswahrnehmung. Ein stärkeres aktives Engagement fordern dagegen nur Amerikaner, die eine Gefährdung für ihr Land wahrnehmen. Die Steigerung der Kooperationsbereitschaft ist dagegen weniger abhängig vom Objekt der Bedrohung als vielmehr vom Kontext. Tatsächlich kann eine erhöhte Gefahrenwahrnehmung in den ersten Jahren nach den Anschlägen in New York City und Washington, D.C. den Wunsch nach multilateraler Zusammenarbeit in den USA nicht steigern. Das zeigt sich eindrucksvoll auch auf Elitenebene beim Krieg gegen Saddam Hussein: Trotz Verweigerung eines UN-Mandats wichen die USA nicht von ihrem Vorhaben ab und führten die „Koalition der Willigen“ in den Irak an. Spätestens ab Sommer 2005 zeigt sich dagegen reger Zuspruch unter Amerikanern mit einer erhöhten Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen für eine stärker auf Kooperation ausgerichtete amerikanische Außenpolitik. Zum einen kann dies möglicherweise auf die vergebliche Suche nach Massenvernichtungswaffen im Irak sowie die anschließende internationale Kritik am unilateralen Vorgehen der USA zurückgeführt werden. Zum anderen scheint die vermeintlich prekäre Sicherheitslage im eigenen Land weiter ungebrochen. Dafür sprechen zumindest die zahlreichen Anhebungen der Terrorwarnstufe zwischen März 2002 und Juli 2005 (Department of Homeland Security 2015), verstärkt durch die mediale Berichterstattung mit besonderem Fokus auf die gestiegene Gefahrensituation (Nacos et al. 2007: 111-113).

Zum Einfluss wahrgenommener terroristischer Bedrohungen auf spezifische außen- und sicherheitspolitische Einstellungen in den USA konnten in den empirischen Untersuchungen im Besonderen die Annahmen zur Unterstützung militärischer Maßnahmen bestätigt werden. Amerikaner mit erhöhter Gefahren einschätzung sprechen sich folglich für die Erhöhung der Rüstungsausgaben aus. Sie befürworten generell militärische Aktionen zur Zerstörung von international agierenden Terrororganisationen sowie speziell den Auslandseinsatz in Afghanistan. Zudem sprechen sie sich deutlich für ein mögliches militärisches Vorgehen gegen den Iran aus. Wenn auch nicht direkt, so doch vermittelt über die außenpolitischen Grundhaltungen, erhöht die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen zudem die Zustimmung zum Krieg im Irak. Innenpolitisch finden zudem Einschränkungen der Freiheitsrechte im Rahmen der Terrorabwehr Unterstützung. Weniger klare Konsequenzen ergeben sich aus der Gefahrenperzeption für humanitäre Maßnahmen. Je leichter die jeweilige Policy mit der Zielerrei-

chung in Verbindung gebracht werden kann, desto eher findet sie Zustimmung in der amerikanischen Bevölkerung: Während die Erhöhung der relativ unspezifischen Entwicklungshilfe bei wahrgenommener terroristischer Bedrohung deutlich abgelehnt wird, finden sich keine klaren Mehrheiten bei der Frage, ob wirtschaftliche Hilfen zur Erhöhung des Lebensstandards in Ländern, in denen Terroristen angeworben werden, bereitgestellt werden sollten. Für die Stabilisierung Afghanistans werden dagegen konkrete nicht-militärische Maßnahmen wie die Sicherung wirtschaftlicher Wiederaufbauprojekte, die Ausbildung von Polizei und Militär und die Bekämpfung des Drogenanbaus umso stärker unterstützt, je höher die Gefahrenperzeption ausgeprägt ist.

Als Maxime der deutschen Außenpolitik nach 1990 wurden weiter oben in dieser Arbeit bereits Internationalismus, Multilateralismus und Antimilitarismus benannt. Tatsächlich wird durch eine erhöhte Wahrnehmung kollektiver wie individueller terroristischer Bedrohungen insbesondere der Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit auf internationaler Ebene noch verstärkt. Zudem scheint unter diesen Umständen ein aktiveres Vorgehen wünschenswert. Allerdings sind die empirischen Befunde hier weniger konstant im Zeitverlauf. Obwohl eine erhöhte Bedrohungswahrnehmung für die Europäische Union scheinbar größere Unterstützung für eine internationalistische Ausrichtung Deutschlands erzielt, findet sich vereinzelt ebenfalls empirische Evidenz für einen analogen Befund für die persönliche Gefahrenperzeption. Die bedeutendsten Einstellungsänderungen zeigen sich bei der Befürwortung militärischer Gewalt: Wenn auch nicht in jedem Jahr statistisch bedeutsam, so scheint eine erhöhte Gefahreinschätzung doch insgesamt zu einem Anstieg militaristischer Orientierungen in der deutschen Bevölkerung zu führen. Eine bemerkenswerte Ausnahme stellt hier 2002 dar: Im Jahr nach den Terroranschlägen in den USA begegnen Deutsche mit erhöhter Bedrohungswahrnehmung dem generellen Einsatz militärischer Gewalt kritischer.

Die generelle (Neu-)Ausrichtung der deutschen Außenpolitik zeigt sich zudem in den Konsequenzen für spezifische Einstellungen, die sich aus einer erhöhten Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in Deutschland ergeben. So finden konkrete militärische Maßnahmen gegen Terroristen sowie der Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan größere Zustimmung bei entsprechender Gefahreinschätzung – sowohl für die Europäische Union als auch für das Individuum selbst. Dabei werden sowohl Kampfeinsätze gegen die Taliban als auch humanitäre Mittel zur Stabilisierung des Landes überdurchschnittlich unterstützt. Weniger spezifische Maßnahmen wie etwa die generelle Erhöhung der Rüstungsausgaben sowie Militäreinsätze ohne (bisherige) deutsche Beteiligung zeigen sich dagegen nahezu unbeeinflusst von der

Bedrohungslage. Möglicherweise fehlt hier der direkte Bezug zu einem tatsächlichen Aggressor. Das gilt in besonderem Maße sicherlich für die Verteidigungsausgaben, aber ebenso für Kampfeinsätze im Irak und im Iran. So konnte 2003 aus deutscher Sicht von den USA weder glaubhaft eine Gefahr durch Massenvernichtungswaffen im Irak nachgewiesen werden, noch ergibt sich offenbar zunächst die unmittelbare Verbindung zwischen dem Atomprogramm des Iran und einer Bedrohung für die Bevölkerung der Bundesrepublik, der mit militärischer Gewalt zu begegnen ist. Für die Beziehungen zum Iran sollte darauf hingewiesen werden, dass im Zeitverlauf zumindest Verschiebungen zugunsten eines militärischen Eingreifens unter denjenigen Deutschen zu beobachten sind, die eine ernstzunehmende terroristische Gefahr insgesamt wahrnehmen. Während konkrete humanitäre Maßnahmen in Afghanistan breite Unterstützung bei Personen mit einer erhöhten Bedrohungswahrnehmung finden, wird die generelle Erhöhung der Entwicklungshilfe mit wenig spezifischen Adressaten durchweg abgelehnt. Der gezielte Einsatz wirtschaftlicher Hilfen als Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus wird ambivalent betrachtet. Einflüsse auf die Zustimmung zur Einschränkung der Freiheitsrechte im Inland finden sich nur in der Tendenz.

Zusätzlich zu den direkten Effekten wird der Einfluss der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen durch indirekte Effekte, vermittelt über die bereichsspezifischen Grundorientierungen, verstärkt. Dabei kommt Militarismus die beständigste Prägekraft in beiden Ländern zu. Ergänzt werden diese vermittelten Einflüsse zudem durch indirekte Wirkungen über Internationalismus, allerdings weniger dominant. Multilateralismus ist dagegen kein geeignetes Konzept die Wirkung der Gefahrenperzeption auf die spezifischen Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik zu mediiieren. Obwohl sich Personen mit erhöhter Bedrohungswahrnehmung auf beiden Seiten des Atlantiks durchweg für eine engere Zusammenarbeit aussprechen, findet diese Maxime nahezu keine Beachtung bei der Anwendung konkreter Policies. Bleibt die Vermittlung über Militarismus aus, ist dies allein auf die fehlende substantielle Verbindung zwischen der Bedrohungswahrnehmung und der Grundorientierung zurückzuführen. In *allen* Jahren, in denen die Gefahrenperzeption militaristische Grundhaltungen aktiviert, erfolgt eine zusätzliche Mediation über Militarismus für die spezifischen militärischen Maßnahmen (gegen internationale Terrororganisationen im Allgemeinen und für die konkreten Kampfeinsätze im Irak, Afghanistan und Iran). Dieses Muster findet sich sowohl in Deutschland als auch in den USA. Unterschiede sind allerdings hinsichtlich der Effektstärke auszumachen: So tragen die indirekten Effekte über Militarismus in deutlich größerem Maße in den USA zum Gesamteffekt bei als in Deutschland. In der Bundesrepublik zeigt sich eindeutig die Dominanz direkter Effekte der Bedrohungswahrnehmung, marginal ergänzt durch eine Medi-

ation über Militarismus. Die vereinzelt nachgewiesenen Vermittlungseffekte über Internationalismus scheinen sich vielmehr auf den Kontext als auf die Untersuchungsobjekte zu konzentrieren. So zeigen sich in den USA nur substantielle Mediationen für das Jahr 2004 infolge des Irakkrieges, in Deutschland nur für 2002 als Reaktion auf die Terroranschläge im September des Vorjahres.

3. Finden sich die für die USA gefundenen Wirkmechanismen der Determinanten und Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auch in Deutschland?

Die Terroranschläge am 11. September 2001 erschütterten die USA. Es war der erste direkte Angriff seit Pearl Harbor im Dezember 1941. Als Reaktion folgte eine interventionistische, militaristische Ausrichtung der Außenpolitik unter George W. Bush, zusammengefasst unter dem *War on Terror*. Wissenschaftlich wurden die Ereignisse von einer kaum zu überblickenden Vielzahl an Publikationen begleitet, insbesondere im amerikanischen Forschungskontext. Untersuchungen außerhalb der USA legen ähnliche Einstellungsbildungsprozesse nahe, unabhängig davon, ob das Land ebenfalls von erfolgreichen Attentaten betroffen ist (Maras 2013; Großbritannien: Goodwin et al. 2005; Rubin et al. 2005; Rubin et al. 2007; Spanien: Dinesen/Jæger 2013) oder nicht (Deutschland: Brosig/Brähler 2002; Brück/Müller 2009; Biehl et al. 2011; Pietsch/Fiebig 2011; Australien: Stevens et al. 2009; Stevens et al. 2011; Kanada: Lemyre et al. 2006). Dabei mangelt es jedoch zum einen an systematischen Vergleichen, zum anderen finden sich kaum fundierte Arbeiten zur Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen in Deutschland. Diese Forschungslücken sucht die vorliegende Arbeit zu schließen. Erstmals werden Determinanten und Konsequenzen strukturiert erschlossen und in komparativer Form diskutiert. Dabei differieren die USA und Deutschland nicht nur hinsichtlich der Erfahrung eines nationalen Traumas aufgrund der Terroranschläge im eigenen Land, sondern gleichwohl in der strategischen Ausrichtung ihrer Außenpolitik, im politischen System sowie im Charakter der Medienberichterstattung. Dennoch konnten in weiten Teilen dieser Arbeit wesentlich mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede für die Determinanten und Konsequenzen wahrgenommener terroristischer Bedrohungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts gefunden werden.

Wenig verwunderlich ist zunächst die im Untersuchungszeitraum durchweg höhere Bedrohungswahrnehmung in der amerikanischen Bevölkerung, insbesondere speziell bei Gefahren durch internationalen Terrorismus im Jahr 2002 sowie generell durch die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Während der Schock über die Attentate im eigenen Land nachhallt, wird die mögliche Bedrohung durch den Erwerb und die Entwicklung von CBRN-

Waffen durch die Staaten der „Achse des Bösen“ politisch von Präsident Bush forciert. Daneben reagiert ebenfalls die deutsche Bevölkerung mit einer Erhöhung der Gefahrenperzeption auf die Terroranschläge in den USA, noch stärker allerdings auf die Anschläge in Europa. Zudem scheint sie diese stärker mit islamischem Fundamentalismus als Hauptursache für Terroranschläge in Verbindung zu bringen als die Amerikaner. Auf beiden Seiten des Atlantiks wird die Bedrohungswahrnehmung also maßgeblich von Gefahren durch internationalen Terrorismus dominiert. Während in Deutschland allerdings die vermeintlichen Verursacher terroristischer Anschläge stärkere Beachtung erfahren, stehen in den USA die Gefahren durch CBRN-Waffen im Blickfeld der Öffentlichkeit. Die Vermutung liegt nahe, dass diese Nuancen in der Wichtigkeit gesamt wahrgenommener terroristischer Bedrohungen ihren Niederschlag in Differenzen in den Determinanten und Konsequenzen finden. Aus diesem Grund wurden alle Schätzmodelle zusätzlich für die jeweiligen Einzelbedrohungen modelliert und deren Ergebnisse offengelegt. Die empirische Evidenz zeigt, dass sich Bedrohungen durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und CBRN-Waffen keineswegs substantiell für die Einstellungsbildung des in dieser Arbeit untersuchten Überzeugungssystems in beiden Ländern unterscheiden.

Bei der Frage nach der Übertragbarkeit der amerikanischen Befunde auf den deutschen Kontext ist zunächst darauf hinzuweisen, dass das theoretische Modell sowie das empirische Vorgehen dieser Arbeit nicht geeignet ist, um Unterschiede und Gemeinsamkeit *direkt* zu messen (wie beispielsweise durch multiple Gruppenvergleiche). Vielmehr wird die Einstellungsbildung in den USA und in Deutschland jeweils separat betrachtet und anschließend die wesentlichen Ergebnisse detailliert beleuchtet und in Beziehung zueinander gesetzt. Dieses Verfahren soll erste Hinweise auf mögliche Parallelen in der Einstellungsbildung liefern. Tatsächlich lassen sich stärkere Abweichungen im Einfluss der theoretisch angenommenen Bestimmungsfaktoren der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen finden als für die Konsequenzen einer erhöhten Gefahrenperzeption. Die beobachteten Differenzen betreffen allerdings weniger die Wirkrichtung als vielmehr die Gewichtung der einzelnen Determinanten sowie deren Effektstärke. Die Dominanz der weniger abstrakten Erklärungsfaktoren der Gruppenbindung und politischen Prädispositionen in den USA ist sicherlich zum Teil auf die starke Präsenz von George W. Bush im präsidentiellen Regierungssystem der USA zurückzuführen sowie auf dessen Fähigkeit die Terroranschläge von 2001 mit nationalen Symbolen zu verknüpfen und so die Einstellungsbildung entsprechend zu lenken. Zudem wurden die Amerikaner durch die Angriffe auf eigenem Boden zutiefst in ihrem Selbstverständnis als militärische Supermacht erschüttert.

In Deutschland kommt der nationalen Verbundenheit zwar ebenfalls eine prägende Kraft bei der Einschätzung der Gefahrensituation zu – hier allerdings nur für die kollektive Bedrohung. Ohnehin können individuelle Bedrohungswahrnehmungen in der deutschen Bevölkerung kaum mit den angenommenen Prädiktoren erklärt werden. Die Einstellungsbildung erfolgt hier zudem stärker durch sozialisations- und persönlichkeitsbedingte Merkmale sowie durch Berücksichtigung kognitiver Aspekte. Das durch die Terroranschläge in den USA verursachte nationale Trauma, bestärkt durch eine fortwährend hoch emotionale Medienberichterstattung, scheint konsistentere Kausalbeziehungen zwischen nationalen Werten und deren Bedrohung zu aktivieren. In Deutschland scheint die öffentliche Meinung dagegen weniger politisiert. Es dominieren apolitische Erklärungsfaktoren. Ob ein Terroranschlag mit weitreichender Verbreitung auch in Deutschland dieses Muster zu beeinflussen vermag, ist mit den vorliegenden Daten nicht zu beantworten. Aufgrund der politischen Kultur Deutschlands, die im Wesentlichen auf breite Mehrheiten und Kompromisse ausgerichtet ist, lässt sich zumindest spekulieren, dass eine Bedrohung von außen nicht im amerikanischen Ausmaß instrumentalisiert werden würde.

Als Konsequenz aus der erhöhten Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen wird sowohl in der generellen Ausrichtung als auch in konkreten Situationen eine Hinwendung zu einer offensiven Außen- und Sicherheitspolitik angenommen. Für die Amerikaner sollte das in stärkerem Maße zutreffen, da sie die Terroranschläge im eigenen Land erlebt haben, eine starke geopolitische Rolle für sich in der Welt beanspruchen sowie insgesamt eine höhere Bereitschaft für den Einsatz militärischer Gewalt zeigen als die deutsche Bevölkerung. Die vorliegende Arbeit betrachtet eine Vielzahl unterschiedlich gelagerter Themen zu militärischen Maßnahmen. Tatsächlich zeigt sich in den USA bei erhöhter Gefahrenperzeption eine breite Zustimmung zu einem aggressiven Vorgehen zur Abwendung der terroristischen Bedrohung. In Deutschland werden stattdessen gezielt Maßnahmen unterstützt, die in direktem Zusammenhang mit der bestehenden Gefahrenquelle stehen. Das betrifft zum einen das militärische Vorgehen gegen Terrororganisationen und speziell den Kampfeinsatz in Afghanistan. Dabei wirkt die Bedrohungswahrnehmung direkt, nur in Einzelfällen wird sie über eine grundlegende (militaristische) Grundhaltung vermittelt. Zudem kommt der Gefahrenperzeption in Deutschland insgesamt eine höhere Erklärungsleistung in diesen konkreten Fällen zu als in den USA. Werden existenzielle Bedrohungen wahrgenommen, scheinen die Deutschen folglich weniger auf Heuristiken wie Grundorientierungen angewiesen zu sein. Obwohl grundsätzlich die Anwendung militärischer Gewalt in der deutschen Bevölkerung abgelehnt wird, scheint sie in spezifischen Situationen dennoch als nötig erachtet, um die individuelle Unver-

sehrtheit und die Souveränität des eigenen Landes zu schützen. In diesen speziellen Konstellationen scheinen zumindest Deutsche und Amerikaner vom selben Planeten – und nicht etwa von Venus und Mars (Kagan 2003: 3). Dafür sprechen zusätzlich die offengelegten Unterschiede in der Wirkung wahrgenommener terroristischer Bedrohungen auf nicht-militärische Maßnahmen, die sich in Deutschland noch deutlicher zeigen als in den USA: Je spezifischer der Einsatz der Mittel, desto stärker fällt die Zustimmung aus.

5.2. Einschränkungen der Befunde und Implikationen für zukünftige Forschungsarbeiten

Die vorliegende Arbeit kann aufzeigen, welche Personen in den USA und in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts kollektive und individuelle terroristische Bedrohungen wahrnehmen und welche Konsequenzen sich aus dieser Gefahrenperzeption für Einstellungen zu allgemeinen und spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Fragen ergeben. Allerdings beginnt die Zeitreihe erst nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Die Untersuchung von Einstellungsänderungen in der Bevölkerung, die sich unmittelbar auf dieses Ereignis zurückführen ließen, ist daher nicht möglich. Stattdessen werden die Attentate als Ausgangspunkt der zukünftigen Politikgestaltung beider Länder betrachtet. Eine Stärke der Arbeit besteht sicherlich in der Verwendung einer komparativen Studienreihe. Neben dem Konstanthalten der Feldzeit, des Modus‘ und der Fragebogensequenz sollte sich zudem die Vergleichbarkeit der für beide Länder zur Verfügung stehenden Indikatoren erhöhen. Darüber hinaus sollten sich aufgrund des Untersuchungszeitraums über sieben aufeinander folgende Jahre zufällige Einflüsse von grundlegenden Mustern separieren lassen.

Sicherlich wäre der Königsweg für die empirischen Analysen die Verwendung von Panel-Daten mit möglichst kurzen Abständen zwischen den Wiederholungsbefragungen. So können Einstellungsänderungen im Zeitverlauf klarer auf Variation individueller Orientierungen oder umweltbedingter Einflüsse zurückgeführt werden. Zudem ließe sich die Wirkung von kurzfristigen (Medien-)Ereignissen adäquater abbilden. Doch gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sind Panel-Daten rar. Neben den üblichen Problemen der Kostenintensität der Erhebung und der schwindenden Repräsentativität aufgrund von Panel-Mortalität und Konditionierungseffekten, sind internationale Schocks – im Vergleich beispielsweise zu öffentlichen Wahlen – kaum vorherzusehen. Mindestens eine Befragungswelle muss aber zum einen zwangsläufig vor dem interessierenden Ereignis erhoben werden, um ein geeignetes Analysedesign entwickeln zu können. Zum anderen werden für die Vorher/Nachher-Messung relevante Indikatoren in mindestens zwei Befragungen, die das Ereignis umschließen, benö-

tigt. So fehlt beispielsweise im Panel der *American National Election Studies* (ANES) 2000-2002-2004 die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen im Jahr 2000. Gleiches gilt für die um eine Panel-Welle erweiterte Querschnittserhebung der Studienreihe *America's Place in the World* des PEW Research Center vom Herbst 2001.

Außerdem sollten experimentell angelegte Untersuchungen für den vorliegenden Forschungsgegenstand genau hinterfragt werden. Zwar sind Laboruntersuchungen beispielsweise zum Einfluss medialer Berichterstattung auf die Gefahrenperzeption (Merolla/Zechmeister 2009; Baum/Groeling 2010b; Gadarian 2010, 2013) oder zum Erzeugen von *Mortality Salience* (Landau et al. 2004; Pyszczynski et al. 2006; Das et al. 2009) für die Untersuchungen von Einstellungsänderungen durchaus üblich. Tatsächlich kann aber spätestens seit den Anschlägen von 2001 keine echte Kontrollgruppe mehr generiert werden (Berinsky 2010: 648). Das Informationsniveau zu terroristischen Bedrohungen ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts in den USA und in Deutschland nahezu ausgereizt (Everts/Isernia 2015: 168). Die Verwendung von jährlich erhobenen Querschnittsdaten mit äquivalentem Fragebogen stellt unter den gegebenen Bedingungen folglich die beste Annäherung an ein optimales Analysedesign dar.

Allerdings werden die empirischen Analysen aufgrund des angelegten Untersuchungsdesigns der TTS mit Splits und Indikatorenwechsel im Zeitverlauf erheblich erschwert. Robustere Ergebnisse könnten durch eine höhere Komparabilität, sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen den Jahren, erzielt werden. Das betrifft erstens die Messung der Bedrohungsperzeption, insbesondere jene durch Massenvernichtungswaffen. Die Variation hier ist besonders schmerzhaft, da die Gefahrenwahrnehmung das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit leitet. Durch die Messung der Bedrohungswahrnehmung als latentes Konstrukt, bestehend aus drei verschiedenen Bedrohungstypen, könnten Änderungen im Zeitverlauf hier weniger stark ins Gewicht fallen. Stärker problembehaftet ist möglicherweise der Vergleich kollektiver und individueller Bedrohungswahrnehmungen mit den vorhandenen Daten. Tatsächlich kann nur für das Jahr 2005 eine zuverlässige komparative Analyse durchgeführt werden. In allen anderen Jahren ist die Gefahrenperzeption nicht vom Kontext, das heißt vom jeweiligen Untersuchungsjahr, empirisch zu trennen. Die Betrachtung der gesamten Zeitreihe ermöglicht hier zumindest erste Hinweise auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Objekten, kann aber nicht vollends gesicherte Ergebnisse liefern. Zweitens sind die bereichsspezifischen Grundorientierungen nicht stringent im Zeitverlauf erhoben. Auch hier ist zum Teil fraglich, ob die beobachteten Zusammenhänge tatsächlich auf die jeweilige Grundhaltung oder auf den Kontext zurückzuführen sind. Besonders deutlich wird dies bei der völlig uner-

warteten Wirkung wahrgenommener terroristischer Bedrohungen auf Militarismus im Jahr 2002. Drittens fehlt für Deutschland schlichtweg die Parteiidentifikation zur Operationalisierung der psychologischen Bindung an eine politische Partei. Während für die USA eine politische Prädisposition im klassischen Sinne zur Modellschätzung herangezogen werden kann, muss für Deutschland auf die Wahlabsicht ausgewichen werden. Tatsächlich ist diese aber weniger grundlegend im Überzeugungssystem verankert und könnte daher weniger gut zur Erklärung geeignet sein. Restriktionen folgen daraus zum einen für die Schätzung der Determinanten der Gefahrenwahrnehmung. Zum anderen fehlt eine grundlegende Kontrollvariable für die gesamte Einstellungsbildung. Die Einbeziehung der Parteiidentifikation wäre folglich bei zukünftigen Forschungsarbeiten wünschenswert.

In dieser Arbeit wird ein hierarchisch strukturiertes Einstellungssystem erarbeitet, das sowohl die Determinanten als auch die Konsequenzen wahrgenommener terroristischer Bedrohungen einbindet. Die empirische Schätzung unterliegt hinsichtlich verfügbarer, theoretisch wünschenswerter, Konzepte den durch die TTS vorgegebenen Einschränkungen. Dabei erscheint es insbesondere für die Erklärung der Gefahrenperzeption durchaus plausibel, diese auf relevante Persönlichkeitsmerkmale und persönliche Wertorientierungen zurückzuführen. Hier könnte beispielsweise Neurotizismus eine erhöhte Bedrohungswahrnehmung grundlegend begünstigen. Neurotizismus, oder auch Emotionale Labilität, beschreibt in erster Linie den Umgang mit negativen Emotionen. Personen mit hohen neurotizistischen Werten sind leicht aus dem seelischen Gleichgewicht zu bringen. Sie sind emotional nicht so stabil, haben häufiger negative Gefühlszustände und sind weniger fähig, ihre Bedürfnisse zu kontrollieren (Schumann 2001: 61). Folglich sollte die Umwelt als bedrohlicher wahrgenommen werden als bei emotional stabilen Personen. Offenheit für Erfahrung sollte die Wahrnehmung terroristischer Bedrohung dagegen grundsätzlich abmildern. Offenheit für Erfahrungen charakterisiert Menschen, die Interesse an neuen Erlebnissen haben. Diese sind neugierig, fantasievoll und tolerant. Sie erproben neue Handlungen und bevorzugen Abwechslung (Schumann 2001: 61). Zukünftige Gefahren von außen dürften für diese Personen weniger bedrohlich wirken.

Neben Persönlichkeitseigenschaften wird in der theoretischen Argumentation häufig auf die Verbindung zwischen sicherheitsbedürftigen Wertorientierungen sowie dem Festhalten am Althergebrachten einerseits und der Gefahrenperzeptionen andererseits verwiesen. Eine sophisticatedere Prüfung dieser Annahme dürfte die direkte Einbindung entsprechender Werte in die Schätzmodelle darstellen. Wird beispielsweise das von Shalom Schwartz vorgeschlagene Wertesystem (Schwartz 1992, 1994b, 1994a) herangezogen, erscheinen Sicherheit, Konformi-

tät und Tradition als plausible Kandidaten. Sie bilden den übergeordneten Wert „Bewahrung“, der folglich Beständigkeit, Selbstbeschränkung sowie die Erhaltung traditioneller Bräuche beinhaltet (Schwartz 1994b: 89). Personen, die diesen Wertorientierungen eine hohe Wichtigkeit beimessen, sollten eine höhere Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen aufweisen. Die Aufnahme von Persönlichkeitsmerkmalen und Wertorientierungen könnte zudem zu einer realistischeren Schätzung des Einflusses der Bedrohungswahrnehmung auf die ihnen nachgelagerten Orientierungen führen. So konnten beispielsweise Pötzschke et al. (2012) Einflüsse der beiden Konzepte auf die bereichsspezifischen Grundhaltungen für die amerikanische Bevölkerung nachweisen. Werden sowohl die Bedrohungswahrnehmung als auch die Grundorientierungen von persönlichen Werten determiniert und wird diese Komponente nur unzureichend im Schätzmodell berücksichtigt, könnte der tatsächliche Einfluss der Gefahrenperzeption überschätzt werden.

Nationale Verbundenheit zeigt sich in den empirischen Analysen sowohl in den USA als auch in Deutschland als besonders erklärungsstark für die Bedrohungswahrnehmung sowie für die Befürwortung einer Außenpolitik unter Anwendung militärischer Gewalt im Allgemeinen und im Spezifischen. Operationalisiert wird das theoretische Konzept über das Sympathie-Skalometer zum jeweils eigenen Land aufgrund fehlender geeigneter Indikatoren für nationale Identität, insbesondere Nationalismus und Patriotismus. Eine detaillierte Betrachtung wäre hier besonders wünschenswert, da theoretisch ein differenzierterer Einfluss der verschiedenen Facetten nationaler Identität anzunehmen ist (siehe etwa Mader/Pötzschke 2014). Dieser könnte durch die Verwendung geeigneter Indikatoren offengelegt werden und möglicherweise ein klareres Verständnis über den Prozess der Einstellungsbildung liefern. Das in dieser Arbeit verwendete Skalometer kann dagegen nur erste Hinweise liefern. Gezielte Wirkmechanismen lassen sich nicht präzise herausarbeiten.

Tiefere Erkenntnisse könnte ebenso eine Erweiterung der analytischen Perspektive, um den Aspekt der mit wahrgenommenen terroristischen Bedrohungen in Verbindung stehenden negativen Emotionen liefern. Erste empirische Ergebnisse aus den USA lassen vermuten, dass Angst zu Unsicherheit und Risikoaversion führt, während Wut Sicherheit und Risikoakzeptanz erhöht. Ängstliche Personen bekundeten demzufolge eine geringere Zustimmung zu Militäreinsätzen im Krieg gegen den internationalen Terrorismus (Huddy et al. 2005: 601; Skitka et al. 2006: 380; Huddy et al. 2007a: 225). Wut erhöht dagegen die Befürwortung von Aus-

landseinsätzen in Übersee (Huddy et al. 2007a: 225).⁶¹ Erzeugen Angst und Wut tatsächlich gegensätzliche Effekte, beispielsweise auf die Zustimmung zu aggressiven Policies, könnten die in dieser Arbeit präsentierten Befunde eine Unterschätzung der Gefahrenperzeption darstellen. Unterschiede beim Einfluss der Bedrohungswahrnehmung auf spezifische außen- und sicherheitspolitische Einstellungen zwischen den USA und Deutschland könnten auf diese Emotionen zurückzuführen sein. So wäre es möglich, dass eine wahrgenommene existentielle Bedrohung in der amerikanischen Bevölkerung überzufällig häufig Wut auslöst. Die deutsche Bevölkerung könnte im Gegenzug mehrheitlich mit Angst reagieren. In Folge würde die Gefahreneinschätzung in den USA die Zustimmung für einen Militärschlag erhöhen, in Deutschland dagegen senken. Solch dramatische Unterschiede in den Konsequenzen wahrgenommener terroristischer Bedrohungen konnten in der vorliegenden Arbeit zwar nicht gefunden werden, sind aber denkbar. Eine detailliertere Betrachtung der Wirkung von bedrohungsbedingten Emotionen könnte folglich das Verständnis für die Einstellungsbildung in diesem Bereich erhöhen.

Möglicherweise ist es zudem verfehlt, eine identische Strukturierung der Einstellungssysteme in den USA und in Deutschland auf Bevölkerungsebene anzunehmen. Die vorliegende Arbeit unterstellt Äquivalenz in den Überzeugungssystemen. Denkbar ist aber auch, dass in beiden Ländern zusätzliche Faktoren in erheblichem Umfang zur Strukturierung außen- und sicherheitspolitischer Orientierungen beitragen und folglich der Einfluss wahrgenommener terroristischer Bedrohungen hier überschätzt wird. Für die USA wäre das Einbeziehen einer Selbstreflexion über mögliche Gründe für die Terroranschläge denkbar. Neben der reinen Schuldzuweisung an die Terroristen und ihnen freundlich gesinnte Gruppen, wie beispielsweise die Taliban in Afghanistan, könnte ein Teil der Ursache zudem am eigenen Weltmachtstreben und offensiven Auftreten der USA auf der internationalen Arena zu finden sein. Einer Studie zufolge, befürworten Amerikaner, die ihrem eigenen Land eine Mitverantwortung an den Attentaten einräumen, in geringerem Maße ein aggressives Vorgehen im Krieg gegen den internationalen Terrorismus. Im Gegenzug steigt die Zustimmung für konkrete Kampfeinsätze, wenn die Gründe für die Terroranschläge – hier speziell für die Attentate am 11. September 2001 – allein auf radikalen Islamismus zurückgeführt werden (Sahar 2008).

⁶¹ Neben Einstellungsänderungen sind zudem Unterschiede in den kognitiven Prozessen festzustellen: Während Angst eine sorgfältigere Informationsverarbeitung bewirkt (siehe etwa Arbeiten zu *Affective Intelligence*: Marcus et al. 2000), führt Wut zu einer weniger systematischen Informationsverarbeitung (Huddy/Feldman 2011: 458). Dieser Zusammenhang ist für das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit allerdings nachrangig.

Für Deutschland scheint die Aufnahme von Atlantizismus als vierte grundlegende bereichsspezifische Orientierung vielversprechend. So könnte die Zustimmung zu spezifischen militärischen Maßnahmen dann ansteigen, wenn nicht der Kampfeinsatz als solcher, sondern die Zusammenarbeit mit den USA als wichtiges Instrument der Problemlösung erachtet wird: „An appeal to Atlantic values and the ability to show that the decision to use force has been made and enacted through Atlantic institutions and in close contact with all the relevant allies in a multilateral setting is crucial to gaining public support for the use of force in Europe“ (Everts/Isernia 2015: 136). Eine enge transatlantische Verbundenheit könnte zum einen den Einfluss der Bedrohungswahrnehmung auf die außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen mediiieren. Zum anderen dürfte Atlantizismus als geeignete Kontrollvariable für den Effekt der Gefahrenperzeption im gesamten Überzeugungssystem dienen.⁶²

Der Einfluss massenmedialer Berichterstattung wird in der vorliegenden Arbeit fast vollständig ausgeblendet. Dabei beziehen die Menschen gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ihre Informationen in erster Linie aus den Medien: Einerseits in Form der reinen Faktenvermittlung, andererseits als Interpretation durch Journalisten und die politischen Eliten (Zaller 1992; Berinsky 2009). Obwohl im theoretischen Modell angedeutet, wird die Medienrezeption hier weder analysiert, noch im Detail zur Interpretation der Ergebnisse herangezogen. Die Verbindung von Umfragedaten mit begleitenden Inhaltsanalysen könnte folglich den Blickwinkel auf den Untersuchungsgegenstand erweitern. Dabei sollte nicht nur der konkrete Inhalt, sondern ebenso der Tenor sowie der Sender der Nachricht Beachtung finden (Nacos et al. 2007; Baum/Groeling 2010b).

Bedrohungen sind Ausdruck gesellschaftlicher Diskurse. Bedrohungswahrnehmungen werden nicht nur aus objektiven Eintrittswahrscheinlichkeiten abgeleitet, sondern zu einem Großteil auch aus den von Medien und politischen Akteuren vorgegebenen Deutungsmustern. Die Perzeption terroristischer Gefahren kann sich so erstens direkt auf die Einstellungsbildung auswirken, etwa durch eine unmittelbare Steigerung der Befürwortung einer aggressiven Außenpolitik gegen den vermeintlichen Aggressor. Zweitens erweitert sie den Überzeugungsspielraum für die politischen Eliten. Durch eine andauernde mediale Berichterstattung werden

⁶² Die Aufnahme zusätzlicher Erklärungsfaktoren auf den unteren Ebenen des postulierten Überzeugungssystems ist aber nur dann sinnvoll, wenn sich die Konzepte weitestgehend nicht auf die gleichen Prädispositionen zurückführen lassen wie die bereits vorhandenen Elemente. Das Vorhandensein einer transatlantischen Bindung ist offenbar in starkem Maße durch Ideologie determiniert: So weisen in den USA und in Europa vermehrt Personen mit konservativen beziehungsweise rechten Wertorientierungen höhere Atlantizismus-Werte auf als Personen mit liberalen beziehungsweise linken Wertorientierungen (Everts/Isernia 2015: 115). Ideologie ist aber bereits als Konzept in dieser Arbeit enthalten. Wenn auch theoretisch fruchtbar, dürfte der zusätzliche empirische Erkenntnisgewinn möglicherweise geringer ausfallen als zunächst vermutet.

die Zugänglichkeit und die Salienz des Themas in der Bevölkerung zunächst erhöht und die (vermeintliche) Bedrohung schließlich schrittweise internalisiert. Dabei gilt, Risiken, auf die die Menschen keinen Einfluss haben und die relativ selten vorkommen, werden überschätzt, wie Flugzeugabstürze oder Attentate internationaler Terroristen (Holst 1998: 282; Maras 2013: 234, 238). Verstärkt wird die Bedrohungswahrnehmung zudem durch eine emotionale Berichterstattung, besonders durch das Fernsehen (USA: Gadarian 2010; Deutschland: Haußecker 2013). Gelingt es den politischen Entscheidungsträgern ein Umfeld des Vertrauens und der Zuversicht zu schaffen, scheinen Personen mit erhöhter Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen durchaus bereit, ihren Policy-Angeboten zu folgen. Dabei bleibt in der bisherigen Literatur offen, bis zu welchem Grad die Bevölkerung den Eliten folgt und von welcher Dauer die Einstellungsänderung tatsächlich bestehen kann.

Abschließend ist auf die Übertragung des in dieser Arbeit aufgestellten hierarchisch strukturierten Einstellungssystems für weitere Dimensionen internationaler Bedrohungen zu verweisen. Die Konzeptualisierung des Erklärungsmodells und dessen empirische Überprüfung erfolgten einzig für die hier betrachteten Bedrohungen durch internationalen Terrorismus, islamischen Fundamentalismus und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Keine Beachtung fanden dagegen weitere mögliche internationale Bedrohungen, wie etwa durch globale Erwärmung, wirtschaftliche Krisen oder Flüchtlingsströme (siehe hierzu beispielsweise Everts/Isernia 2015; Wagner et al. 2015). Tatsächlich liegt der Schluss nahe, dass die Einstellungsbildung für diese Dimensionen gleichen Mustern folgt wie für die Wahrnehmung terroristischer Gefahren. Eine erhöhte Perzeption ökonomischer und ökologischer Bedrohungen sollte ebenfalls auf langfristige Prädispositionen, wie in dieser Arbeit theoretisch hergeleitet, zurückzuführen sein. Eine entsprechende Hypothesenanpassung für die jeweilige Einflussrichtung der einzelnen Konzepte ist hierbei selbstverständlich. Ebenso können Konsequenzen für themenspezifische Grundhaltungen und konkrete Policy-Einstellungen aus einer erhöhten Gefahrenperzeption abgeleitet werden. Es gilt die Annahme, dass jene Policies Unterstützung finden, die die vermeintliche Bedrohung abschwächen oder gar vollständig bekämpfen. Um der internationalen Bedrohung effektiv zu begegnen, scheint generell ein international aktives, multilaterales Engagement notwendig. Im Gegensatz zu Terrorismus ist bei anderen internationalen Gefahren aber häufig kein klarer Verursacher erkennbar, gegen den sich spezifische Maßnahmen richten ließen. Hier stößt die Singersche Definition aus *Fähigkeit* und *Absicht* an ihre konzeptionellen Grenzen.

Alles in allem scheint das erarbeitete Modell zur Erklärung von Determinanten und Konsequenzen der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen sowohl auf den Zeitraum nach 2008 als auch für weitere Dimensionen internationaler Gefahren übertragbar. Dabei ist für eine Reihe theoretischer Konzepte eine adäquatere Umsetzung auf Indikatorebene wünschenswert. Zudem verspricht eine Verbindung mit Medieninhaltsanalysen sowie eine Erweiterung um individuelle Merkmale, wie Persönlichkeitsmerkmale, Wertorientierungen oder auch Atlantizismus, tiefere Erkenntnisse über den Prozess der Einstellungsbildung als es die vorliegende Arbeit leisten konnte. Aus politikrelevanter Sicht sind die empirischen Ergebnisse für Deutschland besonders hervorzuheben: Obwohl die Anwendung militärischer Mittel in weiten Teilen der Bevölkerung grundsätzlich abgelehnt wird, erhöht sich die Zustimmung zu konkreten Militäreinsätzen bei erhöhter Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen. Die Bundesrepublik blieb bis zum heutigen Tag von einem Terroranschlag mit großer Reichweite verschont. Allein die Perzeption einer (möglichen) existentiellen Bedrohung bewirkt scheinbar ein Überdenken der ursprünglichen Policy-Präferenzen.

Literaturverzeichnis

- Aldrich, John H., Gelpi, Christopher, Feaver, Peter, Reifler, Jason, und Sharp, Kristin Thompson. (2006). Foreign Policy and the Electoral Connection. *Annual Review of Political Science*, 9(1), 477-502.
- Aldrich, John H., Sullivan, John D., und Borgida, Eugene. (1989). Foreign Affairs and Issue Voting: Do Presidential Candidates "Waltz Before A Blind Audience?". *The American Political Science Review*, 83(1), 123-141.
- Almond, Gabriel A. (1950). *The American People and Foreign Policy*. New York City, NY: Harcourt, Brace and Company.
- Althaus, Scott L. (2003). *Collective Preferences in Democratic Politics: Opinion Surveys and the Will of the People*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Arian, Asher. (1989). A People Apart: Coping with National Security Problems in Israel. *The Journal of Conflict Resolution*, 33(4), 605-631.
- Arzheimer, Kai. (2009). Ideologien. In V. Kaina und A. Römmele (Hg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch* (83-108). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Asbrock, Frank, und Fritsche, Immo. (2013). Authoritarian reactions to terrorist threat: Who is being threatened, the Me or the We? *International Journal of Psychology*, 48(1), 35-49.
- Asmus, Ronald, Everts, Philip P., und Isernia, Pierangelo. (2005). The Transatlantic Gap in Public Opinion. In T. Jäger, A. Höse und K. Oppermann (Hg.), *Transatlantische Beziehungen: Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit* (397-424). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Auswärtiges Amt. (2015). *Konflikt um das iranische Atomprogramm*. http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/NaherMittlererOsten/Iran/Iranisches-Nuklearprogramm_node.html, Zugriff am 23.09.2015.
- Backhaus, Klaus, Erichson, Bernd, Plinke, Wulff, und Weiber, Rolf. (2006). *Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung* (11. überarbeitete Auflage). Berlin [u.a.]: Springer.
- Baldwin, David A. (1971). Thinking about Threats. *The Journal of Conflict Resolution*, 15(1), 71-78.
- Bamberg, Eva, und Mohr, Gisela. (1988). Geschlechtsunterschiede. In R. Asanger und G. Wenninger (Hg.), *Handwörterbuch der Psychologie* (4. Auflage, 237-242). München/Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Bar-Tal, Daniel, Jacobson, Dan, und Freund, Tali. (1995). Security Feelings among Jewish Settlers in the Occupied Territories: A Study of Communal and Personal Antecedents. *The Journal of Conflict Resolution*, 39(2), 353-377.
- Bar-Tal, Daniel, und Labin, Daniela. (2001). The effect of a major event on stereotyping: terrorist attacks in Israel and Israeli adolescents' perceptions of Palestinians, Jordanians and Arabs. *European Journal of Social Psychology*, 31(3), 265-280.
- Bardes, Barbara A., und Oldendick, Robert W. (1990). Public Opinion and Foreign Policy: A Field in Search of Theory. In S. Long (Hg.), *Research in Micropolitics* (3. Auflage, 227-247). Greenwich/London: Jai Press.
- Baum, Matthew A., und Groeling, Tim. (2009). Shot by the Messenger: Partisan Cues and Public Opinion Regarding National Security and War. *Political Behavior*, 31(2), 157-186.
- Baum, Matthew A., und Groeling, Tim. (2010a). Reality Asserts Itself: Public Opinion on Iraq and the Elasticity of Reality. *International Organization*, 64(3), 443-479.

- Baum, Matthew A., und Groeling, Tim. (2010b). *War Stories: The Causes and Consequences of Public Views of War*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Baumann, Rainer, und Hellmann, Gunther. (2001). Germany and the use of military force: 'total war', the 'culture of restraint' and the quest for normality. *German Politics*, 10(1), 61-82.
- Berinsky, Adam. (2010). Democracy at Risk: How Terrorist Threats Affect the Public – By Jennifer Merolla and Elizabeth Zechmeister. *Political Psychology*, 31(4), 647-650.
- Berinsky, Adam J. (2007). Assuming the Costs of War: Events, Elites, and American Public Support for Military Conflict. *The Journal of Politics*, 69(4), 975-997.
- Berinsky, Adam J. (2009). *In Time of War: Understanding American Public Opinion from World War II to Iraq*. Chicago, IL: Chicago University Press.
- Biehl, Heiko, Fiebig, Rüdiger, Giegerich, Bastian, Jacobs, Jörg, und Jonas, Alexandra. (2011). *Strategische Kulturen in Europa: Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen in acht europäischen Ländern 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr* (Forschungsbericht 96). Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Bjereld, Ulf, und Ekengren, Ann-Marie. (1999). Foreign Policy Dimensions: A Comparison Between the United States and Sweden. *International Studies Quarterly*, 43(3), 503-518.
- Blank, Thomas, und Schmidt, Peter. (2003). National Identity in a United Germany: Nationalism or Patriotism? An Empirical Test With Representative Data. *Political Psychology*, 24(2), 289-312.
- Boehnke, Klaus, und Schwartz, Shalom H. (1997). Fear of War: Relations to Values, Gender, and Mental Health in Germany and Israel. *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology*, 3(2), 149-165.
- Boehnke, Klaus, Schwartz, Shalom H., Stromberg, Claudia, und Sagiv, Lilach. (1998). The Structure and Dynamics of Worry: Theory, Measurement, and Cross-National Replications. *Journal of Personality*, 66(5), 745-782.
- Boscarino, Joseph A., Figley, Charles R., und Adams, Richard E. (2003). Fear of Terrorism in New York After the September 11 Terrorist Attacks: Implications for Emergency Health and Preparedness. *International Journal of Emergency and Mental Health*, 5(4), 199-209.
- Brader, Ted, Valentino, Nicholas A., und Suhay, Elizabeth. (2008). What Triggers Public Opposition to Immigration? Anxiety, Group Cues, and Immigration Threat. *American Journal of Political Science*, 52(4), 959-978.
- Brady, Henry E., und Sniderman, Paul M. (1985). Attitude Attribution: A Group Basis for Political Reasoning. *The American Political Science Review*, 79(4), 1061-1078.
- Brettschneider, Frank, und Rölle, Daniel. (1998). Parteien als Vertreter von Bürgerinteressen: Modelle zur Erklärung von Vertretenheitsgefühlen am Beispiel des Großprojekts „Stuttgart 21“. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50(4), 711-729.
- Brosig, Burkhard, und Brähler, Elmar. (2002). Die Angst vor dem Terror – Daten aus deutschen Repräsentativerhebungen vor und nach dem 11. September. *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*, 4(2), 77-94.
- Brück, Tilman, und Müller, Cathérine. (2009). Comparing the Determinants of Concern about Terrorism and Crime. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Bulmahn, Thomas, Fiebig, Rüdiger, Greif, Stefanie, Jonas, Alexandra, Sender, Wolfgang, und Wieninger, Victoria. (2008). *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr* (Forschungsbericht 86). Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.

- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK). (2015). *CBRN-Schutz*. http://www.bbk.bund.de/DE/AufgabenundAusstattung/CBRNSchutz/cbrnschutz_node.html, Zugriff am 24.04.2015.
- Bundeswehr. (2015). *Die Chronik des Einsatzes*. [http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP3I5EyrpHK9pPKUUVL3UzLzixNSSqlS93MziYqCK1Dy9zOLENAiRnFGUn5eZrV-Q7agIAHoGi0Q!/,](http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP3I5EyrpHK9pPKUUVL3UzLzixNSSqlS93MziYqCK1Dy9zOLENAiRnFGUn5eZrV-Q7agIAHoGi0Q!/) Zugriff am 08.08.2015.
- Buzan, Barry. (1991). *People, States and Fear: An Agenda for International Security Studies in the Post-Cold War Era* (2. Auflage). New York City, NY [u.a.]: Harvester Wheatsheaf.
- Byrne, Barbara M. (2012). *Structural Equation Modeling with Mplus*. New York City, NY/London: Routledge.
- Cacioppo, John T., und Gardner, Wendi L. (1999). Emotion. *Annual Review of Psychology*, 50, 191-214.
- Campbell, Angus, Converse, Philip E., Miller, Warren E., und Stokes, Donald E. (1980). *The American Voter. Unabridged Edition*. Chicago, IL/London: The University of Chicago Press.
- Caprara, Gian Vittorio, Schwartz, Shalom H., Capanna, Cristina, Vecchione, Michele, und Barbaranelli, Claudio. (2006). Personality and Politics: Values, Traits, and Political Choice. *Political Psychology*, 27(1), 1-28.
- Carney, Dana R., Jost, John T., Gosling, Samuel D., und Potter, Jeff. (2008). The Secret Lives of Liberals and Conservatives: Personality Profiles, Interaction Styles, and the Things They Leave Behind. *Political Psychology*, 29(6), 807-840.
- Chicago Council on Foreign Relations (CCFR), und The German Marshall Fund of the United States (GMFUS). (2002). *WORLDVIEWS 2002: American and European Public Opinion on Foreign Policy*. ICPSR version. Market and Opinion Research International, London, England/Harris Interactive, Rochester, NY [producers]. Inter-university Consortium for Political and Social Research, Ann Arbor, MI [distributor].
- Chittick, William O. (2006). *American Foreign Policy. A Framework for Analysis*. Washington, D.C.: Congressional Quarterly Press.
- Chittick, William O. (2009). *Flatland Revisited*. Paper presented at the Annual Meeting of the International Studies Association, New York City, NY.
- Chittick, William O., und Billingsley, Keith R. (1989). The Structure of Elite Foreign Policy Beliefs. *The Western Political Quarterly*, 42(2), 201-224.
- Chittick, William O., Billingsley, Keith R., und Travis, Rick. (1995). A Three-Dimensional Model of American Foreign Policy Beliefs. *International Studies Quarterly*, 39(3), 313-331.
- Chittick, William O., und Freyberg-Inan, Annette. (2001a). 'Chiefly for fear, next for honour, and lastly for profit': an analysis of foreign policy motivation in the Peloponnesian War. *Review of International Studies*, 27(1), 69-90.
- Chittick, William O., und Freyberg-Inan, Annette. (2001b). The impact of basic motivation on foreign policy opinions concerning the use of force: A three-dimensional framework. In P. Everts und P. Isernia (Hg.), *Public Opinion and the International Use of Force* (31-56). London: Routledge.
- Chodorow, Nancy J. (1989). *Feminism and Psychoanalytic Theory*. Cambridge: Polity Press.
- Claggett, William J. M., und Shafer, Byron E. (2010). *The American Public Mind: The Issues Structure of Mass Politics in the Postwar United States*. New York City, NY: Cambridge University Press.
- CNN. (2010). *FBI concludes investigation into 2001 anthrax mailings*. <http://edition.cnn.com/2010/CRIME/02/19/fbi.anthrax.report/>, Zugriff am 20.08.2015.
- Cohen, Bernard C. (1973). *The public's impact on foreign policy*. Boston, MA: Little, Brown and Company.

- Cohrs, J. Christopher. (2005). Patriotismus – Sozialpsychologische Aspekte. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 36(1), 3-11.
- Conover, Pamela Johnston, und Feldman, Stanley. (1984). How People Organize the Political World: A Schematic Model. *American Journal of Political Science*, 28(1), 95-126.
- Conover, Pamela Johnston, und Sapiro, Virginia. (1993). Gender, Feminist Consciousness, and War. *American Journal of Political Science*, 37(4), 1079-1099.
- Converse, Philip E. (1964). The Nature of Belief Systems in Mass Publics. In D. E. Apter (Hg.), *Ideology and Discontent* (202-261). New York City, NY: Wiley.
- Converse, Philip E. (1969). Of Time and Partisan Stability. *Comparative Political Studies*, 2, 139-171.
- Converse, Philip E. (1970). Attitudes and Non-Attitudes: Continuation of a Dialogue. In E. R. Tufté (Hg.), *The Quantitative Analysis of Social Problems* (168-189). Reading, MA [u.a.]: Addison-Wesley Publishing Company.
- Converse, Philip E. (1990). Popular Representation and the Distribution of Information. In J. A. Ferejohn und J. H. Kuklinski (Hg.), *Information and Democratic Processes* (369-388). Urbana/Chicago, IL: University of Illinois Press.
- Costa, Jr., Paul T., und McCrae, Robert R. (1988). From Catalog to Classification: Murray's Needs and the Five-Factor Model. *Journal of Personality and Social Psychology*, 55(2), 258-265.
- Das, Enny, Bushman, Brad J., Bezemer, Marieke D., Kerkhof, Peter, und Vermeulen, Ivar E. (2009). How terrorism news reports increase prejudice against outgroups: A terror management account. *Journal of Experimental Social Psychology*, 45(3), 453-459.
- Davidov, Eldad. (2009). Measurement Equivalence of Nationalism and Constructive Patriotism in the ISSP: 34 Countries in a Comparative Perspective. *Political Analysis*, 17(1), 64-82.
- Davis, Darren W. (2007). *Negative Liberty: Public Opinion and the Terrorist Attacks on America*. New York City, NY: Russell Sage Foundation.
- Davis, Darren W., und Silver, Brian D. (2004a). Civil Liberties vs. Security: Public Opinion in the Context of the Terrorist Attacks on America. *American Journal of Political Science*, 48(1), 28-46.
- Davis, Darren W., und Silver, Brian D. (2004b). *One Nation Indivisible? Dimensions of Racial Reactions to the Terrorist Attacks on America*. Paper presented at the Annual Meeting of the Midwest Political Science Association, Chicago, IL.
- Delli Carpini, Michael X., und Keeter, Scott. (1996). *What Americans Know about Politics and Why It Matters*. New Haven, CT/London: Yale University Press.
- Department of Homeland Security. (2015). *Chronology of Changes to the Homeland Security Advisory System*. <http://www.dhs.gov/homeland-security-advisory-system>, Zugriff am 06.10.2015.
- Der Tagesspiegel. (2015). *Anschläge in Deutschland fast immer vereitelt*. <http://www.tagesspiegel.de/politik/chronologie-anschlaege-in-deutschland-fast-immer-vereitelt/4591238.html>, Zugriff am 08.07.2015.
- Dinesen, Peter Thisted, und Jæger, Mads Meier. (2013). The Effect of Terror on Institutional Trust: New Evidence from the 3/11 Madrid Terrorist Attack. *Political Psychology*, 34(6), 917-926.
- Downs, Anthony. (1968). *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Druckman, Daniel. (1994). Nationalism, Patriotism, and Group Loyalty: A Social Psychological Perspective. *Mershon International Studies Review*, 38(1), 43-68.
- Echebarria-Echabe, Agustin, und Fernández-Guede, Emilia. (2006). Effects of terrorism on attitudes and ideological orientation. *European Journal of Social Psychology*, 36(2), 259-265.

- Eichenberg, Richard C. (2005). Victory Has Many Friends. U.S. Public Opinion and the Use of Military Force, 1981-2005. *International Security*, 30(1), 140-177.
- Eichenberg, Richard C. (2006). *Global Public Opinion on the Use of Military Force from the First Gulf War to the Invasion and Occupation of Iraq: Universal Logics and National Characteristics*. Paper presented at the Convention of the International Studies Association, San Diego, CA.
- Endres, Fabian, Schoen, Harald, und Rattinger, Hans. (2015). Außen- und Sicherheitspolitik aus Sicht der Bürger: Theoretische Perspektiven und ein Überblick über den Forschungsstand. In H. Biehl und H. Schoen (Hg.), *Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger: Theorien, Methoden, Befunde* (39-65). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Entman, Robert M. (2003). Cascading Activation: Contesting the White House's Frame After 9/11. *Political Communication*, 20, 415-432.
- Erästö, Tytti. (2011). Transatlantic diplomacy in the Iranian nuclear issue – Helping to build trust? *European Security*, 20(3), 405-430.
- Everts, Philip, und Isernia, Pierangelo. (2015). *Public Opinion, Transatlantic Relations and the Use of Force*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Feldman, Stanley, und Stenner, Karen. (1997). Perceived Threat and Authoritarianism. *Political Psychology*, 18(4), 741-770.
- Fiebig, Rüdiger. (2009). Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsempfinden. In T. Bulmahn, R. Fiebig, J. Hennig, C. Pietsch, V. Wieninger und S. Zimmer (Hg.), *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2008 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr* (Forschungsbericht 90, 119-133). Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Finucane, Melissa L., Slovic, Paul, Mertz, C. K., Flynn, James, und Satterfield, Theresa A. (2000). Gender, race, and perceived risk: the 'white male' effect. *Health, Risk & Society*, 2(2), 159-172.
- Fiorina, Morris P. (1981). *Retrospective Voting in American National Elections*. New Haven, CT/London: Yale University Press.
- Firebaugh, Glenn. (1997). *Analyzing Repeated Surveys*. Thousand Oaks, CA [u.a.]: Sage Publications.
- Fischhoff, Baruch, Gonzalez, Roxana M, Small, Deborah A, und Lerner, Jennifer S. (2003). Judged Terror Risk and Proximity to the World Trade Center. *The Journal of Risk and Uncertainty*, 26(2/3), 137-151.
- Fiske, Susan T. (1986). Schema-Based Versus Piecemeal Politics: A Patchwork Quilt, but Nota Blanket, of Evidence. In R. R. Lau und D. O. Sears (Hg.), *Political Cognition* (41-53). Hillsdale, NJ: Lawrence Erlbaum Associates.
- Fiske, Susan T., und Taylor, Shelley E. (1984). *Social Cognition*. Reading, MA: Addison-Wesley Publishing Company.
- Flynn, Gregory, und Rattinger, Hans. (1985). The Public and Atlantic Defense. In G. Flynn und H. Rattinger (Hg.), *The Public and Atlantic Defense* (365-388). Totowa/London: Rowan & Allanheld/Croom Helm.
- Frei, Daniel. (1987). Feindbilder und Bedrohungswahrnehmungen – Die kognitiven Grundlagen von Sicherheit und Unsicherheit. In W. Heisenberg und D. S. Lutz (Hg.), *Sicherheitspolitik kontrovers: Auf dem Weg in die neunziger Jahre* (98-109). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Friedland, Nehemia, und Merari, Ariel. (1985). The Psychological Impact of Terrorism: A Double-Edged Sword. *Political Psychology*, 6(4), 591-604.
- Fritsche, Immo, und Fischer, Peter. (2009). Terroristische Bedrohung und soziale Intoleranz. In A. Beelmann und K. J. Jonas (Hg.), *Diskriminierung und Toleranz: Psychologische*

- Grundlagen und Anwendungsperspektiven* (303-318). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fuchs, Dieter, und Rohrschneider, Robert. (2005). War es dieses Mal nicht die Ökonomie? Der Einfluss von Sachfragenorientierungen auf die Wählerentscheidung bei der Bundestagswahl 2002. In J. W. Falter, O. W. Gabriel und B. Weßels (Hg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002* (339-356). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gabriel, Oscar W. (1994). Politische Einstellungen und politische Kultur. In O. W. Gabriel und F. Brettschneider (Hg.), *Die EU-Staaten im Vergleich: Strukturen, Prozesse, Politikinhalt* (2. Auflage, 96-133). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gabriel, Oscar W. (1997). Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs. In O. W. Gabriel, O. Niedermayer und R. Stöss (Hg.), *Parteiendemokratie in Deutschland* (233-254). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Gadarian, Shana Kushner. (2008). *The Politics of Threat: Terrorism, Media, and Foreign Policy Opinion*. Dissertation, Doctor of Philosophy, Princeton University, Ann Arbor, MI.
- Gadarian, Shana Kushner. (2010). The Politics of Threat: How Terrorism News Shapes Foreign Policy Attitudes. *The Journal of Politics*, 72(2), 469-483.
- Gadarian, Shana Kushner. (2013). Beyond the Water's Edge: Threat, Partisanship, and Media. In S. J. Sinclair und D. Antonius (Hg.), *The Political Psychology of Terrorism Fears* (67-84). New York City, NY: Oxford University Press.
- Gareis, Sven Bernhard. (2011). Militärische Auslandseinsätze und die Transformation der Bundeswehr. In T. Jäger, A. Höse und K. Oppermann (Hg.), *Deutsche Außenpolitik* (148-170). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gefeller, Ingo, und Trudewind, Clemens. (1978). Bedrohtheitsgefühl: Erfassung, Verteilung und Beziehungen zu ökologischen Variablen und Persönlichkeitsvariablen. In H.-D. Schwind, W. Ahlborn und R. Weiß (Hg.), *Empirische Kriminalgeographie. Bestandsaufnahme und Weiterführung am Beispiel von Bochum („Kriminalitätsatlas Bochum“)*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Gelpi, Christopher, Feaver, Peter D., und Reifler, Jason. (2009). *Paying the Human Costs of War: American Public Opinion and Casualties in Military Conflicts*. Princeton, NJ/Oxford: Princeton University Press.
- Gerber, Alan S., Huber, Gregory A., Doherty, David, Dowling, Conor M., und Ha, Shang E. (2010). Personality and Political Attitudes: Relationships across Issue Domains and Political Contexts. *American Political Science Review*, 104(01), 111-133.
- Gerich, Joachim (2010). Thurstone- und Likertskalierung. In C. Wolf und H. Best (Hg.), *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse* (259-281). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gimesi, Thomas, Jindra, Robert, Siedschlag, Alexander, und Tannheimer, Thomas. (2007). *National Threat Perception: Survey Results from Germany*. Garnet Working Paper No 18.6.
- Goodwin, Robin, Willson, Michelle, und Gaines, Jr., Stanley. (2005). Terror threat perception and its consequences in contemporary Britain. *British Journal of Psychology*, 96(4), 389-406.
- Gordon, Carol, und Arian, Asher. (2001). Threat and Decision Making. *Journal of Conflict Resolution*, 45(2), 196-215.
- Gordon, Philip H. (2006). The End of the Bush Revolution. *Foreign Affairs*, 85(4), 75-86.
- Green, Donald P., Palmquist, Bradley, und Schickler, Eric. (2002). *Partisan Hearts and Minds: Political Parties and the Social Identities of Voters*. New Haven, NJ/London: Yale University Press.

- Greenberg, Jeff, Pyszczynski, Tom, und Solomon, Sheldon. (1986). The Causes and Consequences of a Need for a Self-Esteem: A Terror Management Theory. In R. F. Baumeister (Hg.), *Public Self and Private Self* (189-212). New York City, NY [u.a.]: Springer-Verlag.
- Greenberg, Jeff, Solomon, Sheldon, und Pyszczynski, Tom. (1997). Terror Management Theory of Self-Esteem and Cultural Worldviews: Empirical Assessments and Conceptual Refinements. *Advances in Experimental Social Psychology*, 29, 61-139.
- Greenberg, Jeff, Solomon, Sheldon, Veeder, Mitchell, Lyon, Deborah, Pyszczynski, Tom, Rosenblatt, Abram, und Kirkland, Shari. (1990). Evidence for Terror Management Theory II: The Effects of Mortality Salience on Reactions to Those Who Threaten or Bolster the Cultural Worldview. *Journal of Personality and Social Psychology*, 58(2), 308-318.
- Greene, Steven. (1999). Understanding Party Identification: A Social Identity Approach. *Political Psychology*, 20(2), 393-403.
- Hamilton, Daniel S. (2010). Obama und Europa. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 4, 20-26.
- Hatlapa, Ruth, und Markovits, Andrei S. (2010). Obamamania and Anti-Americanism as Complementary Concepts in Contemporary German Discourse. *German Politics & Society*, 28(1), 69-94.
- Haumann, Wilhelm, und Petersen, Thomas. (2004). German Public Opinion on the Iraq Conflict: A Passing Crisis with the USA or a Lasting Departure? *International Journal of Public Opinion Research*, 16(3), 311-330.
- Haußecker, Nicole (2013). *Terrorismusberichterstattung in Fernsehnews: visuelle Framing und emotionale Reaktionen*. Baden-Baden: Nomos.
- Hellmann, Gunter, Wolf, Reinhard, und Schmidt, Siegmund. (2007). Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive. In S. Schmidt, G. Hellmann und R. Wolf (Hg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik* (15-46). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Herrmann, Richard K., Isernia, Pierangelo, und Segatti, Paolo. (2009). Attachment to the Nation and International Relations: Dimensions of Identity and Their Relationship to War and Peace. *Political Psychology*, 30(5), 721-754.
- Herrmann, Richard K., Tetlock, Philip E., und Visser, Penny S. (1999). Mass Public Decisions to Go to War: A Cognitive-Interactionist Framework. *The American Political Science Review*, 93(3), 553-573.
- Herzog, Dietrich. (1989). Was heißt und zu welchem Ende studiert man Repräsentation? In D. Herzog und B. Weßels (Hg.), *Konfliktpotentiale und Konsensstrategien. Beiträge zur politischen Soziologie der Bundesrepublik* (307-335). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hetherington, Marc J., und Suhay, Elizabeth. (2011). Authoritarianism, Threat, and Americans' Support for the War on Terror. *American Journal of Political Science*, 55(3), 546-560.
- Hinckley, Ronald H. (1988). Public Attitudes toward Key Foreign Policy Events. *Journal of Conflict Resolution*, 32(2), 295-318.
- Holst, Christian. (1998). *Sicherheit und Bedrohung: Determinanten subjektiver Sicherheit in der Bundesrepublik zu Beginn der neunziger Jahre*. Hamburg: Verlag Dr. Kovač.
- Holsti, Ole R. (1979). The Three-Headed Eagle: The United States and System Change. *International Studies Quarterly*, 23(3), 339-359.
- Holsti, Ole R. (1992). Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus. *International Studies Quarterly*, 36(4), 439-466.
- Holsti, Ole R. (2004). *Public Opinion and American Foreign Policy*. Ann Arbor, MI: The University of Michigan Press.
- Holsti, Ole R. (2006). American Public Opinion and Foreign Policy: Did the September 11 Attacks Change Everything? In D. P. Forsythe, P. C. MacMahon und A. Wedeman

- (Hg.), *American Foreign Policy in a Globalized World* (141-171). New York City, NY/Oxon: Routledge.
- Holsti, Ole R. (2007). *Public Opinion and American Foreign Policy*. Ann Arbor, MI: The University of Michigan Press.
- Holsti, Ole R., und Rosenau, James N. (1984). *American Leadership in World Affairs: Vietnam and the Breakdown of Consensus*. Boston, MA [u.a.]: George Allen & Unwin.
- Holsti, Ole R., und Rosenau, James N. (1986). Consensus Lost. Consensus Regained?: Foreign Policy Beliefs of American Leaders, 1976-1980. *International Studies Quarterly*, 30(4), 375-409.
- Holsti, Ole R., und Rosenau, James N. (1990). The Structure of Foreign Policy Attitudes among American Leaders. *The Journal of Politics*, 52(1), 94-125.
- Holsti, Ole R., und Rosenau, James N. (1996). Liberals, Populists, Libertarians, and Conservatives: The Link between Domestic and International Affairs. *International Political Science Review*, 17(1), 29-54.
- Hu, Li-tze, und Bentler, Peter M. (1999). Cutoff Criteria for Fit Indexes in Covariance Structure Analysis: Conventional Criteria Versus New Alternatives. *Structural Equation Modeling: A Multidisciplinary Journal*, 6(1), 1-55.
- Huddy, Leonie. (2001). From Social to Political Identity: A Critical Examination of Social Identity Theory. *Political Psychology*, 22(1), 127-156.
- Huddy, Leonie. (2003). Group Identity and Political Cohesion. In D. O. Sears, L. Huddy und R. Jervis (Hg.), *Oxford Handbook of Political Psychology* (511-558). Oxford [u.a.]: Oxford University Press.
- Huddy, Leonie, und Feldman, Stanley. (2011). Americans Respond Politically to 9/11: Understanding the Impact of the Terrorist Attacks and Their Aftermath. *American Psychologist*, 66(6), 455-467.
- Huddy, Leonie, Feldman, Stanley, Capelos, Theresa, und Provost, Colin. (2002). The Consequences of Terrorism: Disentangling the Effects of Personal and National Threat. *Political Psychology*, 23(3), 485-509.
- Huddy, Leonie, Feldman, Stanley, und Cassese, Erin. (2007a). On the Distinct Political Effects of Anxiety and Anger. In W. R. Neuman, G. E. Marcus, A. N. Crigler und M. MacKuen (Hg.), *The Affect Effect: Dynamics of Emotion in Political Thinking and Behavior* (202-230). Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Huddy, Leonie, Feldman, Stanley, Lahav, Gallya, und Taber, Charles (2003). Fear and Terrorism: Psychological Reactions to 9/11. In P. Norris, M. Kern und M. Just (Hg.), *Framing Terrorism: The News Media, the Government and the Public* (255-278). New York City, NY: Routledge.
- Huddy, Leonie, Feldman, Stanley, Taber, Charles, und Lahav, Gallya. (2005). Threat, Anxiety, and Support of Antiterrorism Policies. *American Journal of Political Science*, 49(3), 593-608.
- Huddy, Leonie, Feldman, Stanley, und Weber, Christopher. (2007b). The Political Consequences of Perceived Threat and Felt Insecurity. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 614(1), 131-153.
- Huddy, Leonie, und Khatib, Nadia. (2007). American Patriotism, National Identity, and Political Involvement. *American Journal of Political Science*, 51(1), 63-77.
- Hurwitz, Jon, und Peffley, Mark A. (1987). How Are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model. *The American Political Science Review*, 81(4), 1099-1120.
- Hurwitz, Jon, und Peffley, Mark A. (1991). American Images of the Soviet Union and National Security Issues. In H. Rattinger und D. Munton (Hg.), *Debating National Security: The Public Dimension* (101-138). Frankfurt/Main [u.a.]: Peter Lang.

- Hurwitz, Jon, und Peffley, Mark A. (1999). International Attitudes. In J. P. Robinson, P. R. Shaver und L. S. Wrightsman (Hg.), *Measures of Political Attitudes* (533-590). San Diego, CA: Academic Press.
- Hurwitz, Jon, Peffley, Mark A., und Seligson, Mitchell A. (1993). Foreign Policy Belief Systems in Comparative Perspective: The United States and Costa Rica. *International Studies Quarterly*, 37(3), 245-270.
- Hutcheson, John, Domke, David, Billeaudeau, Andre, und Garland, Philip. (2004). U.S. National Identity, Political Elites, and a Patriotic Press Following September 11. *Political Communication*, 21(1), 27-50.
- Hyde-Price, Adrian. (2004). European Security, Strategic Culture, and the Use of Force. *European Security*, 13(4), 323-343.
- Institute for Economics & Peace. (2015). *2015 Global Terrorism Index: Measuring and Understanding the Impact of Terrorism*. <http://economicsandpeace.org/wp-content/uploads/2015/11/Global-Terrorism-Index-2015.pdf>, Zugriff am 25.11.2015.
- Isernia, Pierangelo, und Everts, Philip P. (2004). Partners Apart? The Foreign Policy Attitudes of the American and European Publics. *Japanese Journal of Political Science*, 5(2), 229-258.
- Isernia, Pierangelo, und Everts, Philip P. (2006). European Public Opinion on Security Issues. *European Security*, 15(4), 451-469.
- Isernia, Pierangelo, Juhász, Zoltán, und Rattinger, Hans. (2002). Foreign Policy and the Rational Public in Comparative Perspective. *The Journal of Conflict Resolution*, 46(2), 201-224.
- Jacobson, Gary C. (2003). The Bush Presidency and the American Electorate. In F. I. Greenstein (Hg.), *The George W. Bush Presidency: An Early Assessment* (197-227). Baltimore, MD/London: The Johns Hopkins University Press.
- Jacobson, Gary C. (2007). *A Divider, Not a Uniter: George W. Bush and the American People*. New York City, NY: Pearson Education.
- Jacobson, Gary C. (2011). *A Divider, Not a Uniter: George W. Bush and the American People* (2. Auflage). Boston, MA [u.a.]: Longman.
- Jedinger, Alexander, und Mader, Matthias. (2015). Predispositions, Mission-Specific Beliefs, and Public Support for Military Missions: The Case of the German ISAF Mission in Afghanistan. *International Journal of Public Opinion Research*, 27(1), 90-110.
- Jervis, Robert. (1985). Perceiving and Coping with Threat. In R. Jervis, R. N. Lebow und J. G. Stein (Hg.), *Psychology and Deterrence* (13-33). Baltimore, MD/London: The Johns Hopkins University Press.
- Jervis, Robert. (2009). Understanding beliefs and threat inflation. In A. T. Thrall und J. K. Cramer (Hg.), *American Foreign Policy and the Politics of Fear. Threat Inflation since 9/11* (16-39). London [u.a.]: Routledge.
- Jost, John T., Glaser, Jack, Kruglanski, Arie W., und Sulloway, Frank J. (2003). Political Conservatism as Motivated Social Cognition. *Psychological Bulletin*, 129(3), 339-375.
- Juhász, Zoltán. (1995). Bedrohungsvorstellungen der Deutschen nach der Wiedervereinigung. In H. Rattinger (Hg.), *Bamberger politikwissenschaftliche Beiträge* (Forschungsbericht 11). Bamberg: Universität Bamberg, Lehrstuhl für Politikwissenschaft II.
- Juhász, Zoltán. (1996). *Außenpolitische Denkbilder: Eine empirische Untersuchung außenpolitischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung nach der Wiedervereinigung*. Hamburg: Verlag Dr. Kovač.
- Juhász, Zoltán. (2000). Einstellungsforschung in der Politikwissenschaft. In S. Deminger, T. Fögen, J. Scharloth und S. Zwickl (Hg.), *Einstellungsforschung in der Soziolinguistik und Nachbardisziplinen: Studies in Language Attitudes* (179-208). Frankfurt/Main: Peter Lang

- Juhász, Zoltán. (2001). German public opinion and the use of force in the early 1990s. In P. P. Everts und P. Isernia (Hg.), *Public Opinion and the International Use of Force* (57-85). New York City, NY: Routledge.
- Kagan, Robert. (2002). Power and Weakness. *Policy Review*, 113, 3-28.
- Kagan, Robert. (2003). *Paradise and Power. America and Europe in the New World Order*. London: Atlantic Books.
- Kaltenthaler, Karl, und Miller, William. (2012). *Social Psychology and Fear of Terrorism*. <https://www.uakron.edu/dotAsset/2b153912-ba26-4ae8-a220-85dbadc70447.pdf>, Zugriff am 18.01.2014
- Kam, Cindy D., und Kinder, Donald R. (2007). Terror and Ethnocentrism: Foundations of American Support for the War on Terrorism. *The Journal of Politics*, 69(2), 320-338.
- Kim, Sung-young, Taber, Charles S., und Lodge, Milton. (2010). A Computational Model of the Citizen as Motivated Reasoner: Modeling the Dynamics of the 2000 Presidential Election. *Political Behavior*, 32, 1-28.
- Knelangen, Wilhelm. (2011). Die deutsche Politik zur Bekämpfung des Terrorismus. In T. Jäger, A. Höse und K. Oppermann (Hg.), *Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen* (2., aktualisierte und erweiterte Auflage, 198-223). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Knorr, Klaus. (1976). Threat Perception. In K. Knorr (Hg.), *Historical Dimensions of National Security Problems* (78-119). Lawrence, KS [u.a.]: University Press of Kansas.
- Kohr, Heinz-Ulrich. (1983). Psychological Determinants of Perceived Military Threat. Evidence from two Empirical Studies in the FRG. In H.-U. Kohr und H.-G. Räder (Hg.), *New Social Movements and the Perception of Military Threat in Western Democracies* (35-71). München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Krell, Gert. (2003) *Arroganz der Macht, Arroganz der Ohnmacht: Der Irak, die Weltordnungspolitik der USA und die transatlantischen Beziehungen*. Frankfurt/Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
- Kreps, Sarah. (2010). Elite Consensus as a Determinant of Alliance Cohesion: Why Public Opinion Hardly Matters for NATO-led Operations in Afghanistan. *Foreign Policy Analysis*, 6(3), 191-215.
- Krosnick, Jon A. (1990). Government Policy and Citizen Passion: A Study of Issue Publics in Contemporary America. *Political Behavior*, 12(1), 59-92.
- Kuklinski, James H, und Hurley, Norman L. (1994). On Hearing and Interpreting Political Messages: A Cautionary Tale of Citizen Cue-Taking. *The Journal of Politics*, 56(3), 729-751.
- Kull, Steven, Ramsay, Clay, und Lewis, Evan. (2003/2004). Misperceptions, the Media, and the Iraq War. *Political Science Quarterly*, 118(4), 569-598.
- Landau, Mark J., Solomon, Sheldon, Greenberg, Jeff, Cohen, Florette, Pyszczynski, Tom, Arndt, Jamie, Miller, Claude H., Ogilvie, Daniel M., und Cook, Alison. (2004). Deliver us from Evil: The Effects of Mortality Salience and Reminders of 9/11 on Support for President George W. Bush. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 30(9), 1136-1150.
- Lau, Richard R., und Sears, David O. (1986). Social Cognition and Political Cognition: The Past, the Present, and the Future. In R. R. Lau und D. O. Sears (Hg.), *Political Cognition* (347-366). Hillsdale, NJ: Lawrence Erlbaum Associates.
- Lavanco, Giacchino, Romano, Floriana, und Milio, Anna. (2008). Terrorism's Fear: Perceived Personal and National Threats. *International Journal of Human and Social Sciences*, 3(4), 305-308.

- Lazarsfeld, Paul F., Berelson, Bernard, und Gaudet, Hazel. (1944). *The People's Choice: How the Voter Makes up His Mind in a Presidential Campaign*. New York City, NY, London: Columbia University Press.
- Lazarus, Richard S. (1968). Stress *International Encyclopedia of the Social Sciences* (15. Auflage, 337-348). New York City, NY: Free Press.
- Lazarus, Richard S., und Folkman, Susan. (1984). *Stress, Appraisal, and Coping*. New York City, NY: Springer Publishing Company.
- Lemyre, Louise, Turner, Michelle C., Lee, Jennifer E. C., und Krewski, Daniel. (2006). Public Perception of Terrorism Threats and Related Information Sources in Canada: Implications for the Management of Terrorism Risks. *Journal of Risk Research*, 9(7), 755-774.
- Lerner, Jennifer S., Gonzalez, Roxana M., Small, Deborah A., und Fischhoff, Baruch. (2003). Effects of Fear and Anger on Perceived Risks of Terrorism: A National Field Experiment. *American Psychological Society* 14(2), 144-150.
- Lippmann, Walter. (1955). *Essays in the Public Philosophy*. Boston, MA: Little, Brown.
- Little, Brian R., Lecci, Len, und Watkinson, Barbara. (1992). Personality and Personal Projects: Linking Big Five and PAC Units of Analysis. *Journal of Personality*, 60, 501-525.
- Lodge, Milton, und Taber, Charles. (2000). Three Steps toward a Theory of Motivated Political Reasoning. In A. Lupia, M. D. McCubbins und S. L. Popkin (Hg.), *Elements of Reason: Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality* (183-213). Cambridge: Cambridge University Press.
- Lodge, Milton, und Taber, Charles S. (2005). The Automaticity of Affect for Political Leaders, Groups, and Issues: An Experimental Test of the Hot Cognition Hypothesis. *Political Psychology*, 26(3), 455-482.
- Longhurst, Kerry. (2004). *Germany and the use of force*. Manchester: Manchester University Press.
- Lotto. (2015). *LOTTO® 6 aus 49 Gewinnwahrscheinlichkeit*. <https://www.lotto.de/de/informationen/lotto-6aus49/gewinnwahrscheinlichkeit.html#>, Zugriff am 17.11.2015.
- Luk, Chung L., und Bond, Michael H. (1993). Personality Variation and Values Endorsement in Chinese University Students. *Personality and Individual Differences*, 14, 429-437.
- Lupia, Arthur. (1992). Busy Voters, Agenda Control, and the Power of Information. *The American Political Science Review*, 86(2), 390-403.
- Mader, Matthias. (2015). Citizens' Perceptions of Policy Objectives and Support for Military Action: Looking for Prudence in Germany. *Journal of Conflict Resolution*. OnlineFirst, doi: 10.1177/0022002715603099.
- Mader, Matthias, und Pöttschke, Jana. (2014). National Identities and Mass Belief Systems on Foreign and Security Policy in Germany. *German Politics*, 23(1-2), 59-77.
- Mader, Matthias, und Schoen, Harald. (2013). Alles eine Frage des Blickwinkels? Framing-Effekte und Bevölkerungsurteile über einen möglichen Bundeswehreinsatz in Libyen. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 20(1), 5-34.
- Maggiotto, Michael A. (1991). Cognitive Structure and Attitude Contexts: Interpreting Public Opinion on Foreign and National Security Policy in the United States. In H. Rattinger und D. Munton (Hg.), *Debating National Security: The Public Dimension* (379-402). Frankfurt/Main [u.a.]: Peter Lang.
- Maggiotto, Michael A., und Wittkopf, Eugene R. (1981). American Public Attitudes toward Foreign Policy. *International Studies Quarterly*, 25(4), 601-631.
- Mair, Peter. (2007). Left-Right Orientations. In R. J. Dalton und H.-D. Klingemann (Hg.), *The Oxford Handbook of Political Behavior* (206-222). New York City, NY: Oxford University Press.

- Mandelbaum, Michael, und Schneider, William. (1979). The New Internationalisms: Public Opinion and American Foreign Policy. In K. A. Oye, D. Rothchild und R. J. Lieber (Hg.), *Eagle Entangled: U.S. Foreign Policy in a Complex World* (34-88). New York City, NY: Longman.
- Mansel, Jürgen. (1992). Jugendliche und der Golfkrieg: Stabilität und Veränderung in der Wahrnehmung und Bewertung makrosozialer Risiken. In J. Mansel (Hg.), *Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohung: Untersuchungen zu ökologischen Krisen, internationalen Konflikten und politischen Umbrüchen als Stressoren* (186-208). Weinheim/München: Juventa Verlag.
- Maras, Marie-Helen. (2013). Risk Perception, Fear, and Its Consequences Following the 2004 Madrid and 2005 London Bombings. In S. J. Sinclair und D. Antonius (Hg.), *The Political Psychology of Terrorism Fears* (227-245). Oxford: Oxford University Press.
- Marcus, George E., Neuman, W. Russell, und MacKuen, Michael. (2000). *Affective Intelligence and Political Judgement*. Chicago, IL/London: University of Chicago Press.
- Mathews, Andrew, und MacLeod, Colin. (1986). Discrimination of Threat Cues Without Awareness in Anxiety States. *Journal of Abnormal Psychology*, 95(2), 131-138.
- Matlary, Janne Haaland. (2006). When Soft Power Turns Hard: Is an EU Strategic Culture Possible? *Security Dialogue*, 37(1), 105-121.
- McAdams, Dan P., und Pals, Jennifer L. (2006). A New Big Five: Fundamental Principles for an Integrative Science of Personality. *American Psychologist*, 61(3), 204-217.
- McCleary, Daniel F., Nalls, Meagan L., und Williams, Robert L. (2009). Types of Patriotism as Primary Predictors of Continuing Support for the Iraq War. *Journal of Social and Military Sociology*, 37(1), 77-94.
- McCombs, Maxwell E., und Shaw, Donald L. (1972). The Agenda-Setting Function of Mass Media. *Public Opinion Quarterly*, 36(2), 176-187.
- McDermott, Rose. (2004). The Feeling of Rationality: The Meaning of Neuroscientific Advances for Political Science. *Perspectives on Politics*, 2, 691-706.
- McFarland, Sam G. (2005). On the Eve of War: Authoritarianism, Social Dominance, and American Students' Attitudes Toward Attacking Iraq. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 31(3), 360-367.
- Meiers, Franz-Josef. (2010). Von der Scheckbuchdiplomatie zur Verteidigung am Hindukusch. Die Rolle der Bundeswehr bei multinationalen Auslandseinsätzen 1990-2009. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 3(2), 201-222.
- Merolla, Jennifer L., und Zechmeister, Elizabeth J. (2009). *Democracy at Risk: How Terrorist Threats Affect the Public*. Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Meyer, Berthold. (1983). *Der Bürger und seine Sicherheit: Zum Verständnis von Sicherheitsstreben und Sicherheitspolitik*. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Mikulincer, Mario, und Shaver, Phillip R. (2003). The Attachment Behavioral System in Adulthood: Activation, Psychodynamics, and Interpersonal Processes. *Advances in Experimental Social Psychology* 35, 53-152.
- Miller, Joanne M., und Krosnick, Jon A. (2004). Threat as a Motivator of Political Activism: A Field Experiment. *Political Psychology*, 25(4), 507-523.
- Mondak, Jeffery J. (2010). *Personality and the foundations of political behavior*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mondak, Jeffery J., und Halperin, Karen D. (2008). A Framework for the Study of Personality and Political Behaviour. *British Journal of Political Science*, 38, 335-362.
- Moravcsik, Andrew. (1997). Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics. *International Organization*, 51, 513-553.
- Mroz, John Edwin. (1980). *Beyond Security: Private Perceptions among Arabs and Israelis*. New York City, NY [u.a.]: Pergamon Press.

- Mueller, John. (2006). *Overblown: How Politicians and the Terrorism Industry Inflate National Security Threats, and Why We Believe Them*. New York City, NY: Free Press.
- Mueller, John E. (1973). *War, Presidents and Public Opinion*. New York City, NY: John Wiley & Sons.
- Müller-Seedorf, Wolfgang. (2014). *Die Terrormiliz Islamischer Staat und ihre Entwicklung* (Nr. 28/14). Berlin: Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag.
- Müller, Erwin. (1987). Bedrohungswahrnehmung in Ost und West. In W. Heisenberg und D. S. Lutz (Hg.), *Sicherheitspolitik kontrovers: Auf dem Weg in die neunziger Jahre (79-97)*. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Müller, Harald, und Wolff, Jonas. (2011). Demokratischer Krieg am Hindukusch? Eine kritische Analyse der Bundestagsdebatten zur deutschen Afghanistanpolitik 2001-2011. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 4, 197-221.
- Münkler, Herfried. (2002). *Die neuen Kriege*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Myers, Teresa A., und Hayes, Andrew F. (2010). Reframing the Casualties Hypothesis: (Mis)Perceptions of Troop Loss and Public Opinion About War. *International Journal of Public Opinion Research*, 22(2), 256-275.
- Nacos, Brigitte L., Bloch-Elkon, Yaeli, und Shapiro, Robert Y. (2007). Post-9/11 Terrorism Threats, News Coverage, and Public Perceptions in the United States. *International Journal of Conflict and Violence*, 1(2), 105-126.
- National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism (START). (2013). *Global Terrorism Database 1970-2012*. <http://www.start.umd.edu/gtd>, Zugriff am 09.04.2014.
- Nau, Henry R. (2008). Iraq and Previous Transatlantic Crises: Divided by Threat, not Institutions or Values. In J. Anderson, G. J. Ikenberry und T. Risse (Hg.), *The End of the West? Crisis and Change in the Atlantic Order* (82-110). Ithaca, NY/London: Cornell University Press.
- Newcomb, Michael D. (1988). Background, Personality, and Behavioral Correlates of Nuclear Anxiety. *Personality and Individual Differences*, 9(2), 379-389.
- Niketta, Reiner. (2003). „11. September 2001: War was?“ Konstruktion einer Skala zur Messung der Angst vor terroristischen Bedrohungen *Bielefelder Arbeiten zur Sozialpsychologie* (Forschungsbericht 205). Bielefeld: Universität Bielefeld.
- Nincic, Miroslav, und Ramos, Jennifer M. (2010). Ideological structure and foreign policy preferences. *Journal of Political Ideologies*, 15(2), 119-141.
- Page, Benjamin I., und Bouton, Marshall M. (2006). *The Foreign Policy Disconnect: What Americans Want from Our Leaders but Don't Get*. Chicago, IL: The University of Chicago Press.
- Page, Benjamin I., und Shapiro, Robert Y. (1992). *The Rational Public: Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences*. Chicago, IL/London: The University of Chicago Press.
- Page, Benjamin I., Shapiro, Robert Y., und Gillroy, John M. (1992). Foreign Policy: World War II and the Cold War. In B. I. Page und R. Y. Shapiro (Hg.), *The Rational Public: Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences* (172-220). Chicago, IL/London: The University of Chicago Press.
- Page, Benjamin I., und Xie, Tao. (2011). Purposive Mass Belief Systems concerning Foreign Policy. In P. M. Sniderman und B. Highton (Hg.), *Facing the Challenge of Democracy: Explorations in the Analysis of Public Opinion and Political Participation* (47-69). Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Peffley, Mark A., und Hurwitz, Jon. (1985). A Hierarchical Model of Attitude Constraint. *American Journal of Political Science*, 29(4), 871-890.

- Peffley, Mark A., und Hurwitz, Jon. (1993). Models of Attitude Constraint in Foreign Affairs. *Political Behavior*, 15(1), 61-90.
- Perrin, Andrew J., und Smolek, Sondra J. (2009). Who trusts? Race, gender, and the September 11 rally effect among young adults. *Social Science Research*, 38, 134-145.
- Pietsch, Carsten, und Fiebig, Rüdiger. (2011). „Keine besondere Bedrohungslage“: Die Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu Maßnahmen der Terrorabwehr. In T. Jäger (Hg.), *Die Welt nach 9/11: Auswirkungen des Terrorismus auf Staatenwelt und Gesellschaft* (261-284). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pitkin, Hanna F. (1967). *The Concept of Representation*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Pomper, Gerald M. (2005). The presidential election: The ills of American politics after 9/11. In M. Nelson (Hg.), *The Elections of 2004* (42-68). Washington, D.C.: Congressional Quarterly Press.
- Pötzschke, Jana, Rattinger, Hans, und Schoen, Harald. (2012). Persönlichkeit, Wertorientierungen und Einstellungen zu Außen- und Sicherheitspolitik in den Vereinigten Staaten. *Politische Psychologie*, 2, 4-29.
- Pötzschke, Jana, Rattinger, Hans, und Schoen, Harald. (2015). Mehr als ein Thema für Spezialisten? Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr und das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009. In H. Biehl und H. Schoen (Hg.), *Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger: Theorien, Methoden, Befunde* (123-146). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Powell, G. Bingham. (2004). The Chain of Responsiveness. *Journal of Democracy*, 15(4), 91-105.
- Pruitt, Dean G. (1965). Definition of the Situation as a Determinant of International Action. In H. C. Kelman (Hg.), *International Behavior: A Social-Psychological Analysis* (393-432). New York City, NY [u.a.]: Holt, Rinehart and Winston.
- Pyszczynski, Tom, Abdollahi, Abdolhossein, Solomon, Sheldon, Greenberg, Jeff, Cohen, Florette, und Weise, David. (2006). Mortality Salience, Martyrdom, and Military Might: The Great Satan Versus the Axis of Evil. *Personality Social Psychology Bulletin*, 32(4), 525-537.
- Pyszczynski, Tom, Solomon, Sheldon, und Greenberg, Jeff. (2003). *In the Wake of 9/11: The Psychology of Terror*. Washington, D.C.: American Psychological Association.
- Räder, Hans-Georg. (1982). Meinungsbildung und Meinungsänderung zur Sicherheitspolitik unter dem Einfluß politischer Ereignisse: Eine Panel-Untersuchung über Stabilität und Veränderung von Meinungen zur Sicherheitspolitik. In R. Zoll (Hg.), *Sicherheit und Militär: Genese, Struktur und Wandel von Meinungsbildern in Militär und Gesellschaft. Ergebnisse und Analyseansätze im internationalen Vergleich* (66-93). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rathbun, Brian C. (2007). Hierarchy and Community at Home and Abroad: Evidence of a Common Structure of Domestic and Foreign Policy Beliefs in American Elites. *Journal of Conflict Resolution*, 51(3), 379-407.
- Rattinger, Hans. (1990a). Domestic and foreign policy issues in the 1988 presidential election. *European Journal of Political Research*, 18, 623-643.
- Rattinger, Hans. (1990b). Einstellungen zur Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten: Ein Vergleich von Befunden und Strukturen in den späten achtziger Jahren. In M. Kaase und H.-D. Klingemann (Hg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987* (377-418). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rattinger, Hans. (1991). The Development and Structure of West German Public Opinion on Security Issues Since the Late 1970s. In H. Rattinger und D. Munton (Hg.), *Debating*

- National Security: The Public Dimension* (301-341). Frankfurt/Main [u.a.]: Peter Lang.
- Rattinger, Hans. (1994). Public Attitudes to European Integration in Germany after Maastricht: Inventory and Typology. *Journal of Common Market Studies*, 32(4), 525.
- Rattinger, Hans. (1996). Einstellungen zur europäischen Integration in der Bundesrepublik: Ein Kausalmodell. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 3(1), 45-78.
- Rattinger, Hans. (2002). Parteiidentifikation. In M. Greiffenhagen und S. Greiffenhagen (Hg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland* (2. Auflage, 316-324). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Rattinger, Hans. (2007). Öffentliche Meinung. In S. Schmidt, G. Hellmann und R. Wolf (Hg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik* (313-325). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rattinger, Hans, und Heinlein, Petra. (1986). *Sicherheitspolitik in der öffentlichen Meinung: Umfrageergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zum „heißen Herbst 1983“*. Berlin: Wissenschaftlicher Autoren-Verlag.
- Rattinger, Hans, und Holst, Christian. (1998). *Strukturen und Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik*. Bamberg: Universität Bamberg.
- Raviv, Amiran, Sadeh, Avi, Raviv, Alona, Silberstein, Ora, und Diver, Orna. (2000). Young Israelis' Reactions to National Trauma: The Rabin Assassination and Terror Attacks. *Political Psychology*, 21(2), 299-322.
- Reifler, Jason, Clarke, Harold D., Scotto, Thomas J., Sanders, David, Stewart, Marianne C., und Whiteley, Paul. (2014). Prudence, Principle and Minimal Heuristics: British Public Opinion Toward the Use of Military Force in Afghanistan and Libya. *The British Journal of Politics & International Relations*, 16(1), 28-55.
- Risse, Thomas. (2004). Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11, 24-31.
- Rohrschneider, Robert. (1993). Environmental Belief Systems in Western Europe: A Hierarchical Model of Constraint. *Comparative Political Studies*, 26(1), 3-29.
- Rousseau, David L. (2006). *Identifying Threats and Threatening Identities: The Social Construction of Realism and Liberalism*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Rubin, G. James, Brewin, Chris R., Greenberg, Neil, Hughes, Jamie H., Simpson, John, und Wessely, Simon. (2007). Enduring consequences of terrorism: 7-month follow-up survey of reactions to the bombings in London on 7 July 2005. *British Journal of Psychiatry*, 190, 350-356.
- Rubin, G. James, Brewin, Chris R., Greenberg, Neil, Simpson, John, und Wessely, Simon. (2005). Psychological and behavioural reactions to the bombings in London on 7 July 2005: cross sectional survey of a representative sample of Londoners. *British Medical Journal*, 331, 606-612.
- Rudi, Tatjana. (2010). *Wahlentscheidungen in postsozialistischen Demokratien in Mittel- und Osteuropa. Eine vergleichende Untersuchung*. Baden-Baden: Nomos.
- Russett, Bruce, und Shye, Samuel. (1993). Aggressiveness, Involvement, and Commitment in Foreign Policy Attitudes. In D. Caldwell und T. J. McKeown (Hg.), *Diplomacy, Force and Leadership. Essays in Honor of Alexander L. George* (41-60). Boulder [u.a.]: Westview Press.
- Sahar, Gail. (2008). Patriotism, Attributions for the 9/11 Attacks, and Support for War: Then and Now. *Basic & Applied Social Psychology*, 30(3), 189-197.
- Schatz, Robert T., und Fiske, Susan T. (1992). International Reactions to the Threat of Nuclear War: The Rise and Fall of Concern in the Eighties. *Political Psychology*, 13(1), 1-29.

- Schatz, Robert T., Staub, Ervin, und Lavine, Howard. (1999). On the Varieties of National Attachment: Blind Versus Constructive Patriotism. *Political Psychology*, 20(1), 151-174.
- Schenk, Michael. (2007). *Medienwirkungsforschung* (3. Auflage). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schnell, Rainer, Hill, Paul B., und Esser, Elke. (2008). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. München/Wien: Oldenbourg Verlag.
- Schoen, Harald. (2004). Winning by Priming? Campaign Strategies, Changing Determinants of Voting Intention, and the Outcome of the 2002 German Federal Election. *German Politics and Society* 22(3), 65-82.
- Schoen, Harald. (2005). Stabil, aber auch politisch stabilisierend? Persönlichkeitsfaktoren und Cleavage-Wahlverhalten. In S. Schumann (Hg.), *Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung* (61-75). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schoen, Harald. (2006a). Angst und Einstellungen zum Kosovokrieg: Eine Analyse der öffentlichen Meinung in Ost- und Westdeutschland. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 13(2), 177-199.
- Schoen, Harald. (2006b). Beeinflusst Angst politische Einstellungen? Eine Analyse der öffentlichen Meinung während des Golfkriegs 1991. *Politische Vierteljahresschrift*, 47(3), 441-464.
- Schoen, Harald. (2006c). Der demokratische Musterbürger als Normalfall? Kognitionspsychologische Einblicke in die black box politischer Meinungsbildung. *Politische Vierteljahresschrift*, 47(1), 89-101.
- Schoen, Harald. (2007). Personality Traits and Foreign Policy Attitudes in German Public Opinion. *Journal of Conflict Resolution*, 51(3), 408-430.
- Schoen, Harald. (2008). Identity, Instrumental Self-Interest and Institutional Evaluations: Explaining Public Opinion on Common European Policies in Foreign Affairs and Defence. *European Union Politics*, 9(1), 5-29.
- Schoen, Harald. (2010). Ein Bericht von der Heimatfront: Bürger, Politiker und der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr. *Politische Vierteljahresschrift*, 51, 395-408.
- Schoen, Harald. (2011). Two indicators, one conclusion: On the public salience of foreign affairs in Germany before and after reunification. In K. Oppermann und H. Viehriig (Hg.), *Issue Salience in International Politics* (23-38). London/New York City, NY: Routledge.
- Schoen, Harald, und Schumann, Siegfried. (2007). Personality Traits, Partisan Attitudes, and Voting Behavior: Evidence from Germany. *Political Psychology*, 28(4), 471-498.
- Schuhmann, Siegfried. (2001). *Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien: Der Einfluß von Persönlichkeitseinstellungen zu politischen Parteien*. München/Wien: R. Oldenbourg Verlag.
- Schwartz, Shalom H. (1992). Universals in the Content and Structure of Values: Theoretical Advances and Empirical Tests in 20 Countries. In M. P. Zanna (Hg.), *Advances in Experimental Social Psychology* (25, 1-65). San Diego, CA: Academy Press.
- Schwartz, Shalom H. (1994a). Are There Universal Aspects in the Structure and Content of Human Values? *Journal of Social Issues*, 50, 19-46.
- Schwartz, Shalom H. (1994b). Beyond Individualism/Collectivism: New Dimensions of Values. In U. Kim, H. C. Triandis, C. Kagitcibasi, S.-C. Choi und G. Yoon (Hg.), *Individualism and Collectivism: Theory Application and Methods* (85-122). Thousand Oaks, CA [u.a.]: Sage Publications.
- Schwartz, Shalom H. (2007). Value orientations: measurement, antecedents and consequences across nations. In R. Jowell, C. Roberts und R. Fitzgerald (Hg.), *Measuring Attitudes Cross-Nationally: Lessons from the European Social Survey* (161-193). London: Sage Publications.

- Schwartz, Shalom H., Caprara, Gian Vittorio, und Vecchione, Michele. (2010). Basic Personal Values, Core Political Values, and Voting: A Longitudinal Analysis. *Political Psychology*, 31(3), 421-452.
- Schwartz, Shalom H., Sagiv, Lilach, und Boehnke, Klaus. (2000). Worries and Values. *Journal of Personality*, 68(2), 309-346.
- Schwenkmezger, Peter. (1985). *Modelle der Eigenschafts- und Zustandsangst: Theoretische Analysen und empirische Untersuchungen zur Angsttheorie von Spielberger*. Göttingen [u.a.]: Verlag für Psychologie.
- Sears, David O., Lau, Richard R., Tyler, Tom R., und Allen, Jr., Harris M. (1980). Self-Interest vs. Symbolic Politics in Policy Attitudes and Presidential Voting. *The American Political Science Review*, 74(3), 670-684.
- Shambaugh, George. (2013). Perceptions of Threat, Trust in Government, and Policy Support for the War in Iraq. In S. J. Sinclair und D. Antonius (Hg.), *The Political Psychology of Terrorism Fears* (20-49). Oxford: Oxford University Press.
- Shapiro, Robert Y., und Page, Benjamin I. (1988). Foreign Policy and the Rational Public. *The Journal of Conflict Resolution*, 32(2), 211-247.
- Silver, Roxane Cohen, Holman, E. Alison, McIntosh, Daniel N., Poulin, Michael, und Gil-Rivas, Virginia. (2002). Nationwide Longitudinal Study of Psychological Responses to September 11. *Journal of the American Medical Association*, 288(10), 1235-1244.
- Singer, J. David. (1958). Threat-Perception and the Armament-Tension Dilemma. *The Journal of Conflict Resolution*, 2(1), 90-105.
- Singer, J. David. (1989). System Structure, Decision Processes, and the Incidence of International War. In M. I. Midlarsky (Hg.), *Handbook of War Studies* (1-21). Boston, MA: Unwin Hyman.
- Skitka, Linda J. (2005). Patriotism or Nationalism? Understanding Post-September 11, 2001, Flag-Display. *Behavior Journal of Applied Social Psychology*, 32(10), 1995-2011.
- Skitka, Linda J., Bauman, Christopher W., Aramovich, Nicholas P., und Morgan, G. Scott. (2006). Confrontational and Preventative Policy Responses to Terrorism: Anger Wants a Fight and Fear Wants "Them" to Go Away. *Basic & Applied Social Psychology*, 28(4), 375-384.
- Smith, Karen E. (2008). *European Union Foreign Policy in a Changing World* (2. Auflage). Cambridge: Policy Press.
- Spiegel Online. (2015). *Die Attentäter von Paris: Terroristen der Generation Syrien*. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/frankreich-attentaeter-terroristen-der-generation-syrien-a-1063011.html>, Zugriff am 19.11.2015.
- Steenbergen, Marco R., und Lodge, Milton. (2006). Process Matters: Cognitive Models of Candidate Evaluation. In M. B. MacKuen und G. Rabinowitz (Hg.), *Electoral Democracy* (125-171). Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
- Stein, Janice Gross (2013). Threat Perception in International Relations. In L. Huddy, D. O. Sears und J. S. Levy (Hg.), *The Oxford Handbook of Political Psychology* (2. Auflage, 365-395). Oxford: Oxford University Press.
- Stevens, Garry, Agho, Kingsley, Taylor, Melanie, Jones, Alison L., Jacobs, Jennifer, Barr, Margo, und Raphael, Beverley. (2011). Alert but less alarmed: a pooled analysis of terrorism threat perception in Australia. *BioMed Central Public Health*, 11, 797-807.
- Stevens, Garry, Taylor, Melanie, Barr, Margo, Jorm, Louisa, Giffin, Michael, Ferguson, Ray, Agho, Kingsley, und Raphael, Beverley. (2009). Public perceptions of the threat of terrorist attack in Australia and anticipated compliance behaviours. *Australian and New Zealand Journal of Public Health*, 33(4), 339-346.
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). (2013). *SIPRI Yearbook 2013*. <http://www.sipri.org/yearbook/2013>, Zugriff am 17.06.2014.

- Struck, Peter. (2004). *Erklärung der Bundesregierung durch den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck, am 11. März 2004 in Berlin*. http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NY3BCoMwEET_KDFUC_bW0kuhnnqo9iIxWeJSk8hmtZd-fGPBGZjDvIGRL5kd9IpOM8agJ9nKzuBp-IjBr054DJgYCBcvHCQzohkZ-j9bgRjQoluCS_uwT4Dcq7qqhKUZcpOYFvOWz-3JgJAxAG_JEBhzOtIcScyReNrIQpSJJQCu7Ql0vhSp2qe-xbOvmrspD09wecvb-_AOEmrGb/, Zugriff am 27.10.2015.
- Sulfaro, Valerie A., und Crislip, Mark N. (1997). How Americans Perceive Foreign Policy Threats: A Magnitude Scaling Analysis. *Political Psychology*, 18(1), 103-126.
- Szabo, Stephen F. (2004). *Parting Ways: The Crisis in German-American Relations*. Washington, D.C.: The Brookings Institution.
- Szabo, Stephen F. (2007). Vereinigte Staaten von Amerika: politische und Sicherheitsbeziehungen. In S. Schmidt, G. Hellmann und R. Wolf (Hg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik* (353-366). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Taber, Charles S. (2003). Information Processing and Public Opinion. In D. O. Sears, L. Huddy und R. Jervis (Hg.), *Oxford Handbook of Political Psychology* (433-476). Oxford: Oxford University Press.
- Taber, Charles S., und Young, Everett. (2013). Political Information Processing. In L. Huddy, D. O. Sears und J. S. Levy (Hg.), *Oxford Handbook of Political Psychology* (2. Auflage, 525-558). Oxford: Oxford University Press.
- Tagesschau. (2013). *Anschläge in den USA*. <http://www.tagesschau.de/ausland/anschlag-chronik100.html>, Zugriff am 07.07.2015.
- Tajfel, Henri. (1981). *Human groups and social categories*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tajfel, Henri, und Turner, John. (1979). An Integrative Theory of Intergroup Conflict. In W. G. Austin und S. Worchel (Hg.), *The Social Psychology of Intergroup Relations* (33-47). Monterey, CA: Brooks/Cole.
- Thearle, Leila, und Weinreich-Haste, Helen. (1986). Ways of Dealing With the Nuclear Threat: Coping and Defense among British Adolescents. *International Journal of Mental Health*, 15(1-3), 126-142.
- Thórisdóttir, Hulda, und Jost, John T. (2011). Motivated Closed-Mindedness Mediates the Effect of Threat on Political Conservatism. *Political Psychology*, 32(5), 785-811.
- Thórisdóttir, Hulda, Jost, John T., Liviatan, Ido, und ShROUT, Patrick E. (2007). Psychological Needs and Values Underlying Left-Right Political Orientation: Cross-National Evidence from Eastern and Western Europe. *Public Opinion Quarterly*, 71(2), 175-203.
- Tocci, Nathalie, und Alcaro, Riccardo. (2014). Rethinking transatlantic relations in a multipolar era. *International Politics*, 51, 366-389.
- Turner, John C. (1982). Towards a cognitive redefinition of the social group. In H. Taifel (Hg.), *Social identity and intergroup relations* (15-40). Cambridge: Cambridge University Press.
- Tversky, Amos, und Kahneman, Daniel. (1973). Availability: A Heuristic for Judging Frequency and Probability. *Cognitive Psychology*, 5(2), 207-232.
- Tversky, Amos, und Kahneman, Daniel. (1974). Judgement under Uncertainty: Heuristics and Biases. Biases in judgements reveal some heuristics of thinking under uncertainty. *Science*, 185(4157), 1124-1131.
- van Deth, Jan W. (1998). Equivalence in comparative political research. In J. W. van Deth (Hg.), *Comparative Politics: The Problem of Equivalence* (1-19). London/New York City, NY: Routledge.
- Wagner, Corina, Pötzschke, Jana, und Rattinger, Hans. (2015). Eine Bedrohung für die Partnerschaft? Bedrohungswahrnehmungen und Länderimages im deutsch-

- amerikanischen Verhältnis. In H. Biehl und H. Schoen (Hg.), *Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger: Theorien, Methoden, Befunde* (263-291). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Waltz, Kenneth N. (1979). *Theory of International Politics*. Reading, MA: Addison-Wesely Publishing Company.
- Westle, Bettina. (2005). „Identität und Äquivalenz“: Der Vergleich in der internationalen Survey-Forschung. In S. Kropp und M. Minkenberg (Hg.), *Vergleichen in der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Westle, Bettina. (2009). Immer noch in der Steinzeit? Gesellschaftliche und politische Gender-Orientierungen. In S. M. Kühnel, O. Niedermayer und B. Westle (Hg.), *Wähler in Deutschland: Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wildavsky, Aaron, und Dake, Karl. (1990). Theories of Risk Perception: Who Fears What and Why? *Daedalus*, 119(4), 41-60.
- Wittkopf, Eugene R. (1981). The Structure of Foreign Policy Attitudes: An Alternative View. *Social Science Quarterly*, 62(1), 108-123.
- Wittkopf, Eugene R. (1986). On the Foreign Policy Beliefs of the American People: A Critique and Some Evidence. *International Studies Quarterly*, 30(4), 425-445.
- Wittkopf, Eugene R. (1990). *Faces of Internationalism: Public Opinion and American Foreign Policy*. Durham/London: Duke University Press.
- Wittkopf, Eugene R. (1991). Public Attitudes Toward American Foreign and National Security Policy Since Vietnam. In H. Rattinger und D. Munton (Hg.), *Debating National Security: The Public Dimension* (171-202). Frankfurt/Main [u.a.]: Peter Lang.
- Zaller, John. (1991). Information, Values, and Opinion. *The American Political Science Review*, 85(4), 1215-1237.
- Zaller, John. (1992). *The Nature and Origins of Mass Opinion*. Cambridge: Cambridge University Press.
- ZEIT Online. (2015). *Drei Tage Terror in Paris*. <http://www.zeit.de/feature/attentat-charlie-hebdo-rekonstruktion>, Zugriff am 07.07.2015.
- Ziegler, Jr., Andrew H. (1987). The Structure of Western European Attitudes Towards Atlantic Co-operation: Implications for the Western Alliance. *British Journal of Political Science*, 17(4), 457-477.

Anhang

Anhang A: Fragewortlaut und Operationalisierungen

Der exakte Fragewortlaut ist zunächst für die USA, im Anschluss für Deutschland aufgeführt. Alle Variablen wurden auf einen Wertebereich von 0 bis 1 rekodiert, wobei 1 stets Zustimmung zu dem jeweiligen Konstrukt bedeutet. Besonderheiten wie inverse Kodierung oder Indexbildung sind an entsprechender Stelle vermerkt.

Bedrohungswahrnehmung, national/europäisch:

[2002] “I am going to read you a list of possible threats to the vital interest of the United States in the next ten years. For each one, please tell me if you see this as a critical threat, an important but not critical threat, or not an important threat at all.” / „Ich lese Ihnen nun eine Liste mit möglichen Bedrohungen für die grundlegenden deutschen/europäischen Interessen in den nächsten 10 Jahren vor. Sagen Sie mir bitte für jede, ob Sie diese als eine sehr ernstzunehmende Bedrohung, eine ernstzunehmende Bedrohung oder als eine nicht ernstzunehmende Bedrohung ansehen.“

- “International terrorism” / „Internationaler Terrorismus“
- “Islamic fundamentalism” / „Islamischer Fundamentalismus“
- “Iraq developing weapons of mass destruction” / „Entwicklung von Massenvernichtungswaffen durch den Irak“

Antwortkategorien: Critical, important but not critical, not important, DK/RF / Sehr ernstzunehmend, ernstzunehmend, nicht ernstzunehmend, WN/KA

[2003-2006] “I am going to read you a list of possible international threats to the United States in the next 10 years. Please tell me if you think each one on the list is an extremely important threat, an important threat, or not an important threat at all.” / „Ich lese Ihnen nun eine Liste mit möglichen internationalen Bedrohungen für die europäischen Interessen in den nächsten 10 Jahren vor. Sagen Sie mir bitte für jede, ob Sie diese als eine sehr ernstzunehmende Bedrohung, eine ernstzunehmende Bedrohung oder als eine nicht ernstzunehmende Bedrohung ansehen.“

- “International terrorism” / „Internationaler Terrorismus“
- “Islamic fundamentalism” / „Islamischer Fundamentalismus“
- “North Korea/Iran developing weapons of mass destruction (2003), Terrorist attack on the U.S. using weapons of mass destruction (2004), The global spread of nuclear weapons (2005), Iran acquiring nuclear weapons (2006)” / „Massenvernichtungswaffen in Nordkorea/im Iran (2003), Terroristischer Anschlag unter Verwendung von Massenvernichtungswaffen (2004), Die weltweite Verbreitung von Atomwaffen (2005), Erwerb von Atomwaffen durch den Iran (2006)“

Antwortkategorien: Extremely important, important, not important, DK/RF / Sehr ernstzunehmend, ernstzunehmend, nicht ernstzunehmend, WN/KA

Bedrohungswahrnehmung, persönlich:

[2005] “And in the next 10 years, how likely are you to be personally affected by the following threat?” / „Und wie wahrscheinlich ist es, dass Sie persönlich in den nächsten 10 Jahren von der folgenden Bedrohung betroffen sein werden?“

- “International terrorism” / „Internationaler Terrorismus“
- “Islamic fundamentalism” / „Islamischer Fundamentalismus“
- “The global spread of nuclear weapons” / „Die weltweite Verbreitung von Atomwaffen“

Antwortkategorien: Very likely, somewhat likely, not too likely, not likely at all, DK/RF / Sehr wahrscheinlich, etwas wahrscheinlich, nicht sehr wahrscheinlich, überhaupt nicht wahrscheinlich, WN/KA

[2007, 2008] “And in the next 10 years, please tell me how likely you are to be personally affected by each of the following threats?” / „Bitte sagen Sie mir jeweils, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie persönlich in den nächsten 10 Jahren von den folgenden Bedrohungen betroffen sein werden?“

- “International terrorism” / „Internationaler Terrorismus“
- “Islamic fundamentalism” / „Islamischer Fundamentalismus“
- “Iran acquiring nuclear weapons” / „Erwerb von Atomwaffen durch den Iran“

Antwortkategorien: Very likely, somewhat likely, not too likely, not likely at all, DK/RF / Sehr wahrscheinlich, etwas wahrscheinlich, nicht sehr wahrscheinlich, überhaupt nicht wahrscheinlich, WN/KA

Geschlecht:

[2002-2008] 1: Frau, 0: Mann

Alter:

[2002] 1: 65 Jahre und älter, 0: Unter 65 Jahre
[2003-2008] in Jahren

Bildung:

[2002, 2003] 1: Hoch (college graduate, post graduate), 0: Miscellaneous (8th grade or less, some high school, high school graduate, some college) / 1: Hoch (Fachhochschulreife, Hochschulreife, abgeschlossenes Studium), 0: Sonst (Grundschule, Volks- oder Hauptschule, Realschule, noch Schüler)

[2004-2008] 1: Hoch (graduation from high (secondary) school, graduation from college/university or other third-level instruction, post-graduate degree (Masters, PHD) beyond your initial college), 0: Miscellaneous (elementary (primary) school or less, some high (secondary) school, other qualification) / 1: Hoch (Fachhochschulreife, Hochschulreife, abgeschlossenes Grundstudium, abgeschlossenes (Haupt-)Studium), 0: Sonst (Volks- oder Hauptschule oder weniger, weiterbildende Schule ohne Abitur, anderer Abschluss)

Ethnie:

[US: 2003-2008] 1: White, 0: Miscellaneous

Region:

[DE: 2002-2008] 1: West (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein.), 0: Ost (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen)

Wohnort:

[2004-2008] 1: Metropolitan zone, 0: Other town/urban center, rural zone / 1: Großstadt, 0: Kleinstadt/städtisches Gebiet, ländliches Gebiet

Nationale Verbundenheit:

[US: 2003-2008, DE: 2002-2006, 2008] “Next I’d like to rate your feelings toward some countries with one hundred meaning a very warm, favorable feeling, zero meaning a very cold, unfavorable feeling, and fifty meaning not particularly warm or cold. You can use any number from zero to one hundred. If you have no opinion or have never heard of that country, please say so.“ / „Als nächstes möchte ich Sie bitten, Ihre Gefühle gegenüber einigen Ländern zu bewerten. 100 steht für ein sehr positives Gefühl, 0 für ein sehr negatives Gefühl und 50 für ein weder positives noch negatives Gefühl. Sie können jeden Wert zwischen 0 und 100 verwenden, je höher die Zahl desto zugetaner sind Sie diesem Land. Sagen Sie bitte, wenn Sie keine Meinung haben oder noch nie von dem Land gehört haben.“

- „The United States“ / „Deutschland“

Antwortkategorien: 0-100, never heard of, DK/RF / 0-100, nicht bekannt, WN/KA

Ideologie:

[US: 2002] “In politics, people sometimes talk of ‘liberal’ and ‘conservative’. Where would you place yourself on a scale from 1 to 5, where 1 means very liberal and 5 means very conservative?”

Antwortkategorien: Very liberal, fairly liberal, middle of the road, fairly conservative, very conservative, DK/RF

[DE: 2002] „In der Politik reden die Leute manchmal von ‚rechts‘ und ‚links‘. Wo würden Sie sich selbst auf einer 1 bis 7 Skala einordnen? Die 1 bedeutet extrem links und die 7 extrem rechts.“

Antwortkategorien: Linksextrem, links, linksliberal, Mitte, konservative Mitte, konservativ rechts, rechtsextrem, WN/KA

[2003-2008] “In politics, people sometimes talk of ‘liberal’ and ‘conservative’. Where would you place yourself on a scale from 1 to 7, where 1 means extremely liberal and 7 means extremely conservative?” / „In der Politik sprechen die Leute manchmal von ‚links‘ und ‚rechts‘. Wo würden Sie sich selbst auf einer Skala zwischen 1 und 7 einordnen, wobei 1 sehr weit links und 7 sehr weit rechts bedeutet? Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Einordnung abstufen.“

Antwortkategorien: Extremely liberal, liberal, slightly liberal, moderate, slightly conservative, conservative, extremely conservative, DK/RF / Sehr weit links, links, etwas links, Mitte, etwas rechts, rechts, sehr weit rechts, WN/KA

Parteiidentifikation:

[US: 2002-2008] “Generally speaking, do you usually think of yourself as ...?”

Antwortkategorien: A Democrat, a Republican, an independent, something else, DK/RF

1: Republican, 0: Miscellaneous

1: Democrat, 0: Miscellaneous

Wahlabsicht:

[DE: 2002-2008] „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären? Wäre das die ...?“

Antwortkategorien: CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Linkspartei.PDS/WASG, (ab 2007 DIE LINKE), Republikaner/DVU/NPD, sonstige Partei (spontan), keine/würde nicht wählen (spontan), WN/KA

1: CDU/CSU, 0: Sonst

1: SPD, 0: Sonst

Militarismus:

[2002] “Which of the following do you think is more important in determining a country’s overall power and influence in the world – a country’s economic strength, or its military strength?” / „Was ist ihrer Meinung nach entscheidender, um die Macht und den weltweiten Einfluss eines Lands zu bestimmen – die wirtschaftliche Stärke eines Landes oder dessen militärische Stärke?“

Antwortkategorien: Economic strength, military strength, DK/RF / Wirtschaftliche Stärke, militärische Stärke, WN/KA

1: Military strength, 0: Miscellaneous / 1: Militärische Stärke, 0: Sonst

[2003-2008] “Please tell me whether you agree or disagree with each of the following?” / „Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Aussagen stark zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen?“

- “Under some conditions, war is necessary to obtain justice.” / „Unter bestimmten Bedingungen ist Krieg notwendig, um Gerechtigkeit zu erlangen.“

Antwortkategorien: Agree strongly, agree somewhat, disagree somewhat, disagree strongly, DK/RF / Stimme stark zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu, WN/KA

Internationalismus:

[2002-2004] “Do you think it will be best for the future of the United States if we take an active part in world affairs or if we stay out of world affairs?” / „Denken Sie, dass es am besten für die Zukunft von Deutschland wäre, wenn wir eine aktive Rolle in der internationalen Politik übernehmen würden oder wenn wir uns aus der internationalen Politik raushalten würden?“

Antwortkategorien: Active part, stay out, DK/RF / Aktive Rolle, raushalten, WN/KA

[2005-2008] “Do you think it should or should not be the role of the United States to help establish democracy in other countries?” / „Meinen Sie, dass es Aufgabe der Europäischen Union sein sollte, beim Aufbau der Demokratie in anderen Ländern zu helfen, oder nicht?“

Antwortkategorien: It should be the role of the United States, it should not be the role of the United States, DK/RF / Es sollte Aufgabe der Europäischen Union sein, es sollte nicht Aufgabe der Europäischen Union sein, WN/KA

Multilateralismus:

[DE: 2002] „Einige sind der Ansicht, dass durch die steigenden Interaktionen zwischen Ländern die Notwendigkeit besteht, internationale Einrichtungen zu stärken, um mit gemeinsamen Problemen umgehen zu können. Andere sagen, dass dies nur größere und unhandlichere Bürokratien entstehen lässt. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob diese gestärkt werden sollen oder nicht.“

- „Die Vereinten Nationen“

Antwortkategorien: Muss gestärkt werden, muss nicht gestärkt werden, WN/KA

[2003] “Please tell me whether you agree or disagree with each of the following?” / „Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Aussagen stark zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen?“

- “When vital interests of our country are involved, it is justified to bypass the UN (‘vital interests’ means when stakes are high).” / „Wenn es um lebenswichtige Interessen unseres Landes geht, ist es gerechtfertigt, die Vereinten Nationen zu umgehen (,lebenswichtige Interessen‘ heißt, dass die Sicherheit des eigenen Landes bedroht ist).“

Antwortkategorien: Agree strongly, agree somewhat, disagree somewhat, disagree strongly, DK/RF / Stimme stark zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu, WN/KA

Hinweis zur Kodierung: Variable ist invers kodiert

[2004-2007] “Please tell me whether you agree or disagree with each of the following?” / „Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Aussagen stark zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen?“

- “When our country acts on a national security issue, it is critical that we do so together with our closest allies.” / „Wenn Deutschland Maßnahmen ergreift, die die nationale Sicherheit betreffen, ist es entscheidend, dass wir dies zusammen mit unseren engsten Bündnispartnern tun.“

Antwortkategorien: Agree strongly, agree somewhat, disagree somewhat, disagree strongly, DK/RF / Stimme stark zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu, WN/KA

Einschränkung von Freiheitsrechten:

[2006] “As part of the effort to prevent terrorism, would you say you strongly support, somewhat support, somewhat oppose or strongly oppose the U.S. government having greater authority to ...?” / „Würden Sie es als Teil der Bemühungen, Terrorismus zu verhindern, sehr unterstützen, eher unterstützen, eher ablehnen oder sehr ablehnen, wenn die deutsche Bundesregierung mehr Befugnisse hätte zur ...?“

- “Monitor citizen’s telephone calls” / „Überwachung der Telefongespräche von Bürgern“
- “Monitor citizen’s communications on the internet” / „Überwachung der Kommunikation von Bürgern im Internet“
- “Monitor citizen’s banking transactions” / „Überwachung der Bankgeschäfte von Bürgern“
- “Install surveillance cameras in public places” / „Installation von Überwachungskameras an öffentlichen Plätzen“

Antwortkategorien: Strongly support, somewhat support, somewhat oppose, strongly oppose, DK/RF / Sehr unterstützen, eher unterstützen, eher ablehnen, sehr ablehnen, WN/KA

Verteidigungsausgaben:

[2002] “Now I am going to read a list of government programs. For each, I’d like you to tell me whether you feel it should be expanded, cut back or kept about the same.” / „Ich lese Ihnen nun eine Reihe von Regierungsprogrammen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Ihrer Meinung nach die Höhe der Ausgaben für die folgenden Regierungsprogramme ausgedehnt, verringert oder ungefähr gleich bleiben sollte.“

- “Defense spending” / „Rüstungsausgaben“

Antwortkategorien: Expand, cut back, kept about the same, DK/RF / Ausdehnen, verringern, ungefähr gleichbleiben, WN/KA

[2003, 2004, 2008] “Now I am going to read a list of government programs. Is the government spending too much, too little, or about the right amount on ...?” / „Ich lese Ihnen nun eine Reihe von Regierungsprogrammen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob die Regierung dafür zu viel, zu wenig oder in etwa in richtigem Umfang Geld ausgibt?“

- „Defense“ / „Rüstungsausgaben“

Antwortkategorien: Too much, too little, about the right amount, DK/RF / Zu viel, zu wenig, in etwa in richtigem Umfang, WN/KA

Entwicklungshilfe:

[2002] “Now I am going to read a list of government programs. For each, I’d like you to tell me whether you feel it should be expanded, cut back or kept about the same.” / „Ich lese Ihnen nun eine Reihe von Regierungsprogrammen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Ihrer Meinung nach die Höhe der Ausgaben für die folgenden Regierungsprogramme ausgedehnt, verringert oder ungefähr gleich bleiben sollte.“

- “Economic aid to other nations” / „Wirtschaftliche Hilfe für andere Nationen“

Antwortkategorien: Expand, cut back, kept about the same, DK/RF / Ausdehnen, verringern, ungefähr gleichbleiben, WN/KA

[2003] “Now I am going to read a list of government programs. Is the government spending too much, too little, or about the right amount on ...?” / „Ich lese Ihnen nun eine Reihe von Regierungsprogrammen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob die Regierung dafür zu viel, zu wenig oder in etwa in richtigem Umfang Geld ausgibt?“

- “Economic aid to other nations” / „Wirtschaftliche Hilfe für andere Nationen“

Antwortkategorien: Too much, too little, about the right amount, DK/RF / Zu viel, zu wenig, in etwa in richtigem Umfang, WN/KA

Bekämpfung Terrorismus, Militärische Aktionen:

[2002] “In order to combat international terrorism, please say whether you favor or oppose each of the following measures?” / „Würden Sie die folgenden Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus begrüßen oder ablehnen?“

- “Air strikes against terrorist training camps and other facilities” / „Luftangriffe gegen terroristische Trainingscamps und andere Einrichtungen“
- “Attacks by ground troops against terrorist training camps and other facilities” / „Angriffe von Bodentruppen gegen terroristische Trainingscamps und andere Einrichtungen“
- “Assassination of terrorist leaders” / „Die Ermordung von Terroristenführern“

Antwortkategorien: Favor, oppose, DK/RF / Begrüßen, ablehnen, WN/KA

Summenindex: 0: Keine Option begrüßt – 1: Alle drei Optionen begrüßt

[2004] “Please tell me whether you agree or disagree with each of the following?” / “Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Aussagen stark zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen?“

- "Military action to eliminate terrorist organizations is the most appropriate way to fight terrorism." / „Militärische Aktionen zur Zerstörung terroristischer Organisationen sind der beste Weg, den Terrorismus zu bekämpfen.“

Antwortkategorien: Agree strongly, agree somewhat, disagree somewhat, disagree strongly, DK/RF / Stimme stark zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu, WN/KA

Bekämpfung Terrorismus, Wirtschaftliche Hilfen:

[2004] "Please tell me whether you agree or disagree with each of the following?" / „Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Aussagen stark zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen?“

- "Providing economic aid to raise living standards in countries where terrorists are recruited is the most appropriate way to fight terrorism." / „Die Bereitstellung wirtschaftlicher Hilfen zur Erhöhung des Lebensstandards in Ländern, in denen Terroristen angeworben werden, ist der beste Weg, den Terrorismus zu bekämpfen.“

Antwortkategorien: Agree strongly, agree somewhat, disagree somewhat, disagree strongly, DK/RF / Stimme stark zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu, WN/KA

Irak, Militäreinsatz:

[2004] "Do you think the war in Iraq was worth the loss of life and the costs of attacking Iraq, or not?" / „Denken Sie, der Krieg im Irak war die vielen Todesfälle und die anderen Kosten des Krieges wert, oder nicht?“ (Split 1)

"Do you think the war in Iraq to liberate the Iraqi people was worth the loss of life and the other costs of attacking Iraq, or not?" / „Denken Sie, der Krieg im Irak zur Befreiung des irakischen Volkes war die vielen Todesfälle und die anderen Kosten des Krieges wert, oder nicht?“ (Split 2)

Antwortkategorien: Yes, no, DK/RF / Ja, nein, WN/KA

"As you may know U.S. troops are currently stationed in Iraq. Do you approve or disapprove of the presence of U.S. troops in Iraq?" / „Wie Sie vielleicht wissen, hat Deutschland entschieden, keine Truppen in den Irak zu entsenden. Befürworten Sie diese Entscheidung, oder lehnen Sie diese ab?“

Antwortkategorien: Approve, disapprove, DK/RF / Befürworte, lehne ab, WN/KA

Hinweis zur Kodierung: Variable für Deutschland ist invers kodiert

Summenindex: 0: Keine Bejahung – 1: Zwei Bejahungen

Afghanistan, Militärische Aktionen:

[2007] "As you may know, some countries have troops currently engaged in different military operations around the world. To what extent, would you approve or disapprove the deployment of U.S. troops for the following operations?" / „Wie Sie vielleicht wissen, haben einige Länder derzeit weltweit in verschiedenen Militäroperationen Truppen eingesetzt. In welchem Maße befürworten Sie die Entsendung deutscher Bundeswehrtruppen für die folgenden Operationen oder lehnen diese ab?“

- "To conduct combat operations against the Taliban in Afghanistan" / „Zur Durchführung von Kampfeinsätzen gegen die Taliban in Afghanistan“

Antwortkategorien: Approve very much, approve somewhat, disapprove somewhat, disapprove very much, DK/RF / Befürworte stark, befürworte eher, lehne eher ab, lehne stark ab, WN/KA

[2008] “As you may know, many countries are engaged in different ways to stabilize Afghanistan. To what extent would you approve or disapprove?” / „Wie Sie vielleicht wissen, sind viele Länder derzeit bemüht Afghanistan zu stabilisieren. In welchem Maße befürworten Sie die folgenden Operationen oder lehnen diese ab?“

- “Conducting combat operations against the Taliban” / „Durchführung von Kampfeinsätzen gegen die Taliban“

Antwortmöglichkeiten: Approve very much, approve somewhat, disapprove somewhat, disapprove very much, DK/RF / Befürworte stark, befürworte eher, lehne eher ab, lehne stark ab, WN/KA

Afghanistan, Humanitärer Einsatz:

[2008] “As you may know, many countries are engaged in different ways to stabilize Afghanistan. To what extent would you approve or disapprove?” / „Wie Sie vielleicht wissen, sind viele Länder derzeit bemüht Afghanistan zu stabilisieren. In welchem Maße befürworten Sie die folgenden Operationen oder lehnen diese ab?“

- “Providing security for economic reconstruction projects” / „Sicherung wirtschaftlicher Wiederaufbauprojekte“

- “Assisting with the training of Afghan police and military forces” / „Hilfe bei der Ausbildung von Polizei und Militär“

- “Combating narcotics production” / „Bekämpfung des Drogenanbaus“

Antwortmöglichkeiten: Approve very much, approve somewhat, disapprove somewhat, disapprove very much, DK/RF / Befürworte stark, befürworte eher, lehne eher ab, lehne stark ab, WN/KA

Iran, Militärische Aktionen:

[2005] “There are discussions on what to do in Iran to encourage it to refrain from developing nuclear weapons. What do you think is the best way for U.S. to put pressure on Iran?” / „Es gibt Diskussionen darüber, was zu tun sei, um den Iran dazu anzutreiben, auf die Entwicklung von Atomwaffen zu verzichten. Was ist Ihrer Meinung nach der beste Weg, wie Europa den Iran unter Druck setzen könnte?“

Antwortkategorien: Exert diplomatic pressure on Iran, offer economic incentives, apply economic sanctions, take military action, DK/RF / Diplomatischen Druck auf den Iran ausüben, wirtschaftliche Anreize bieten, wirtschaftliche Sanktionen verhängen, militärische Maßnahmen ergreifen, WN/KA

1: Take military action, 0: Miscellaneous / 1: Militärische Maßnahmen ergreifen, 0: Sonst

[2007, 2008] “Diplomatic efforts are underway to prevent Iran from acquiring nuclear weapons. Should these efforts fail, which of the following strategies would you most favor?” / „Durch die laufenden diplomatischen Bemühungen soll der Iran vom Erwerb von Atomwaffen abgehalten werden. Wenn die diplomatischen Bemühungen scheitern sollten, welche der folgenden Strategien würden Sie am meisten befürworten?“

Antwortkategorien: Accept that Iran may develop nuclear weapons, maintain the present level of diplomatic pressure on Iran, increase diplomatic pressure on Iran but rule out the use of

military force, increase diplomatic pressure on Iran and maintain the option of using military force, DK/RF / Akzeptieren, dass der Iran Atomwaffen entwickeln kann, das gegenwärtige Maß an diplomatischen Druck auf den Iran aufrechterhalten, den diplomatischen Druck auf den Iran erhöhen, aber die Anwendung militärischer Gewalt ausschließen, den diplomatischen Druck auf den Iran erhöhen und die Anwendung militärischer Gewalt als Möglichkeit offenhalten, WN/KA

1: Maintain the option of using military force, 0: Miscellaneous / 1: Anwendung militärischer Gewalt als Möglichkeit offenhalten, 0: Sonst

Anhang B: Ergänzende Tabellen

Tabelle B1: Übersicht der verwendeten Studien zum Stand der Forschung

Studie	Land	Modus (Sample)	Feldzeit	Fall- zahl	Ob- jekt	Dimension
Biehl et al. (2011)	DE	CATI	2010	1000	P	Terrorismus
Boehnke/Schwartz (1997)	DE	PAPI (Studenten)	Frühjahr/ Sommer 1994	400	N	nuklearer Krieg
Boscarino et al. (2003)	US (New York City)	CATI	09.2002	1001	N	Terrorismus
Brosig/Brähler (2002)	DE	F2F	11.2001	2490	P	Terrorismus, Islamischer Fun- damentalismus, CBRN-Waffen
Brück/Müller (2009)	DE	CASI	06./07.2007	1057	N	Terrorismus
Conover/Sapiro (1993)	US	CATI	06.1991	467	N	nuklearer Krieg
Davis/Silver (2004a) ¹	US	CATI	11.2001 - 01.2002	1448	N, P	Terrorismus
Davis/Silver (2004b) ¹	US	CATI	11.2001 - 01.2002	1448	N, P	Terrorismus
Davis (2007) ¹	US	CATI	11.2001 - 01.2002	1448	N, P	Terrorismus
Eichenberg (2006)	81 Länder	-	08.1990 - 10.2004	-	-	Terrorismus
Everts/Isernia (2015) ²	US; DE, FR, IT, NL, UK (gepoolt)	CATI	06.2002- 06.2006	je 1000	N	<i>Realism Threat, Global Threat</i>
Feldman/Stenner (1997)	US	F2F, CATI	09.1992 - 01.1993	1564	N	CBRN-Waffen
Fiebig (2009)	DE	F2F	05./06.2008	2422	P	militärisch/terro- ristisch, sozio- ökonomisch, ökologisch
Fischhoff et al. (2003) ³	US	CASI	11.2001	973	P	Terrorismus
Gadarian (2008) ⁴	US	F2F, CATI	09.2002 - 12.2002	1807	N	Terrorismus
Gadarian (2008) ⁵	US	CASI	12.2006	1229	N	Terrorismus
Gadarian (2010) ⁵	US	CASI	12.2006	1229	N	Terrorismus
Goodwin et al. (2005)	UK (London)	PAPI (Studenten)	-	240	N, P	Terrorismus
Hetherington/Suhay (2011)	US	CASI	Herbst 2006	1000	P	Terrorismus
Hetherington/Suhay (2011)	US	CASI	2008	1500	P	Terrorismus
Holst (1998) ⁶	DE	F2F	Sommer 1992	2089	N	Terrorismus, konventioneller Krieg
Huddy et al. (2002)	US (New York City)	CATI	10/11.2001	1221	N, P	Terrorismus
Huddy (2003) ⁷	US	CATI (Panel W1)	10.2001 - 03.2002	1549	N	Terrorismus
Huddy et al. (2007b) ⁷	US	CATI (Panel W1)	10.2001 - 03.2002	1549	N+P	Terrorismus
Huddy et al. (2007a)	US	CATI (Panel W2)	10.2002	1079		Terrorismus: Angst, Wut
Huddy et al. (2007a)	US	CATI (Panel W3)	03./04.2003, 05./06.2003	729		Terrorismus: Angst, Wut

Fortsetzung Tabelle B1:

Studie	Land	Modus (Sample)	Feldzeit	Fallzahl	Objekt	Dimension
Hurwitz/Peffley (1991)	US (Lexington)	CATI	06.1987	610	N	Kommunismus
Jacobson (2007)	US	CATI	04./06.2004	-	-	CBRN-Waffen
Jacobson (2011)	US	CASI	2006, 2007, 2008	-	-	CBRN-Waffen
Juhász (1995) ⁶	DE	F2F	Sommer 1992	2089	N	Terrorismus, Religiöser Fanatismus, CBRN-Waffen, konventioneller Krieg
Kaltenthaler/Miller (2012)	EU-27 (gepoolt)	F2F	2009, 2010	51.653	N	Terrorismus
Kam/Kinder (2007) ⁴	US	F2F, CATI	09.2002 - 12.2002	1807	N	Terrorismus
Lavanco et al. (2008)	IT (Sizilien)	F2F	-	313	N, P	Terrorismus
Lemyre et al. (2006)	CA	CATI	11./12.2004	1502	N, P	Terrorismus
Lerner et al. (2003) ³	US	CASI	11.2001	973	P	Terrorismus
McFarland (2005)	US	PAPI (Studenten)	03.2003	371	N	CBRN-Waffen
Merolla/Zechmeister (2009)	US	CASI	07.2004, 06./07.2006	-	N	Terrorismus
Meyer (1983)	DE	-	1957-1981	-	N	Kommunismus
Newcomb (1988)	US (Los Angeles)	PAPI (Studenten)	1984	739	N	CBRN-Waffen
Page/Bouton (2006)	US	F2F, CATI	06.2002	1121	N	Terrorismus
Pietsch/Fiebig (2011)	DE	F2F, CATI	Herbst 2010	3000	P	Terrorismus
Rattinger (1990b)	DE	F2F	Sommer 1987	1968	N	Kommunismus
Rattinger (1990b)	US	CATI	Winter 1987/1988	1000	N	Kommunismus
Rattinger (1991)	DE	F2F	Herbst 1986	1962	N	Kommunismus
Rattinger (1991)	DE	F2F	Herbst 1987	1967	N	Kommunismus
Rattinger/Holst (1998)	DE	F2F	1981-1991	1000	N	Kommunismus
Rattinger/Holst (1998) ⁶	DE	F2F	Sommer 1992	2089	N	Terrorismus, Religiöser Fanatismus, CBRN-Waffen
Sahar (2008)	US	PAPI (Studenten)	10.2001	113	N+P	Terrorismus
Sahar (2008)	US	PAPI (Studenten)	10.2005	166	N+P	Terrorismus
Shambaugh (2013)	US	CASI	12.2006 - 01.2007	1613	N, P	Terrorismus
Skitka (2005)	US	CASI	12.2001 - 01.2002	605	P	Terrorismus
Stevens et al. (2009)	AU (New South Wales)	CATI	01.2007 - 03.2007	2081	N, P	Terrorismus
Stevens et al. (2011)	AU (New South Wales)	CATI	10.2009 - 02.2010	2038	N, P	Terrorismus
Wagner et al. (2015) ²	DE, US	CATI	06.2002-06.2008	je 1000	N, P	„harte“, „weiche“ Bedrohungen

Angaben: N = nationale Bedrohung, P = persönliche Bedrohung, N+P = Index aus nationaler und persönlicher Bedrohung; hochgestellte Zahlen hinter dem Studienname indizieren die Verwendung des gleichen Datensatzes; leere Zellen (-) indizieren, dass keine Informationen verfügbar sind

Fortsetzung Tabelle B2:

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Afghanistan (Humanitärer Einsatz, Bekämpfung Drogenanbau)	-	-	-	-	-	-	0,68 (954)
Iran (Militärische Aktionen)*	-	-	-	0,18 (826)	-	0,50 (933)	0,52 (943)

Angaben: *Dummy; bei Dummy-Variablen sind Anteile, bei metrischen Variablen Mittelwerte (Wertebereich: 0-1, Alter in Jahren) angegeben; Anzahl gültiger Antworten in Klammern; PID = Parteiidentifikation

Tabelle B3: Deskription der Modellvariablen für Deutschland, 2002 - 2008

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Geschlecht (Frau)*	0,52 (1000)	0,52 (1000)	0,51 (1001)	0,52 (1001)	0,52 (1000)	0,52 (1009)	0,52 (1000)
Alter (65+)*	0,20 (1000)	-	-	-	-	-	-
Alter	-	47,69 (1000)	47,88 (994)	48,06 (999)	47,78 (1000)	47,56 (1009)	48,29 (1000)
Bildung (Hoch)*	0,16 (1000)	0,17 (1000)	0,18 (1001)	0,16 (1001)	0,18 (1000)	0,18 (1009)	0,18 (1000)
Region (West)*	0,83 (1000)	0,83 (1000)	0,83 (1001)	0,83 (1001)	0,85 (1000)	0,81 (1009)	0,81 (1000)
Wohnort (Stadt)*	-	-	0,41 (1001)	0,38 (1001)	0,28 (1000)	0,33 (1009)	0,30 (1000)
Nationale Verbundenheit	0,84 (992)	0,82 (989)	0,80 (994)	0,80 (997)	0,84 (992)	-	0,82 (996)
Ideologie (Rechts)	0,53 (923)	0,48 (941)	0,47 (936)	0,47 (968)	0,48 (952)	0,47 (972)	0,46 (960)
Wahlabsicht CDU/CSU*	0,33 (1000)	0,36 (1000)	0,33 (1001)	0,32 (1001)	0,30 (1000)	0,29 (1009)	0,28 (1000)
Wahlabsicht SPD*	0,27 (1000)	0,25 (1000)	0,19 (1001)	0,23 (1001)	0,25 (1000)	0,27 (1009)	0,22 (1000)
Militarismus (Militärische Macht)*	0,17 (953)	-	-	-	-	-	-
Militarismus (Krieg unter Bedingungen)	-	0,37 (985)	0,33 (991)	0,31 (991)	0,29 (996)	0,26 (999)	0,25 (993)
Internationalismus (Aktive Rolle)*	0,65 (1000)	0,80 (1000)	0,76 (1001)	-	-	-	-
Internationalismus (Aufbau Demokratie)*	-	-	-	0,79 (1001)	0,77 (1000)	0,78 (1009)	0,75 (1000)
Multilateralismus (Stärkung UN)*	0,77 (970)	-	-	-	-	-	-
Multilateralismus (Zustimmung UN)	-	0,57 (963)	-	-	-	-	-
Multilateralismus (Zusammenarbeit Partner)	-	-	0,79 (989)	0,80 (990)	0,77 (995)	0,76 (1003)	-
Einschränkung von Freiheitsrechten (Telefongespräche)	-	-	-	-	0,40 (994)	-	-
Einschränkung von Freiheitsrechten (Kommunikation im Internet)	-	-	-	-	0,54 (978)	-	-
Einschränkung von Freiheitsrechten (Bankgeschäfte)	-	-	-	-	0,42 (991)	-	-
Einschränkung von Freiheitsrechten (Überwachungskameras)	-	-	-	-	0,69 (996)	-	-
Verteidigungsausgaben	0,35 (973)	0,35 (947)	0,44 (923)	-	-	-	0,41 (482)

Fortsetzung Tabelle B3:

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Entwicklungshilfe	0,45 (964)	0,33 (947)	-	-	-	-	-
Bekämpfung Terrorismus (Militärische Aktionen)	0,56 (878)	-	0,47 (989)	-	-	-	-
Bekämpfung Terrorismus (Wirtschaftliche Hilfen)	-	-	0,52 (975)	-	-	-	-
Irak (Militäreinsatz)*	-	-	0,11 (953)	-	-	-	-
Afghanistan (Militärische Aktionen)	-	-	-	-	-	0,30 (997)	0,43 (980)
Afghanistan (Humanitärer Einsatz, Wiederaufbauprojekte)	-	-	-	-	-	-	0,75 (988)
Afghanistan (Humanitärer Einsatz, Ausbildung Polizei, Militär)	-	-	-	-	-	-	0,68 (986)
Afghanistan (Humanitärer Einsatz, Bekämpfung Drogenanbau)	-	-	-	-	-	-	0,78 (986)
Iran (Militärische Aktionen)*	-	-	-	0,04 (975)	-	0,23 (983)	0,28 (984)

Angaben: *Dummy; bei Dummy-Variablen sind Anteile, bei metrischen Variablen Mittelwerte (Wertebereich: 0-1, Alter in Jahren) angegeben; Anzahl gültiger Antworten in Klammern

Tabelle B4: Bivariate Zusammenhänge zwischen den drei Bedrohungswahrnehmungen, 2002 - 2008

	National/Europäisch					Persönlich		
	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
USA								
Internationaler Terrorismus - Islamischer Fundamentalismus	0,74 ^c	0,64 ^c	0,59 ^c	0,42 ^c	0,55 ^c	0,58 ^c	0,55 ^c	0,57 ^c
Internationaler Terrorismus - CBRN-Waffen	0,84 ^c	0,67 ^c	0,65 ^c	0,56 ^c	0,71 ^c	0,52 ^c	0,57 ^c	0,60 ^c
Islamischer Fundamentalismus - CBRN-Waffen	0,45 ^c	0,45 ^c	0,37 ^c	0,43 ^c	0,45 ^c	0,57 ^c	0,50 ^c	0,52 ^c
Deutschland*								
Internationaler Terrorismus - Islamischer Fundamentalismus	0,78 ^c (0,80 ^c)	0,62 ^c	0,66 ^c	0,58 ^c	0,52 ^c	0,54 ^c	0,54 ^c	0,54 ^c
Internationaler Terrorismus - CBRN-Waffen	0,80 ^c (0,75 ^c)	0,54 ^c	0,50 ^c	0,42 ^c	0,53 ^c	0,39 ^c	0,40 ^c	0,39 ^c
Islamischer Fundamentalismus - CBRN-Waffen	0,74 ^c (0,70 ^c)	0,26 ^c	0,36 ^c	0,30 ^c	0,48 ^c	0,31 ^c	0,39 ^c	0,42 ^c

Angaben: Gamma; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; *nationale Bedrohung in Klammern; bivariate Zusammenhänge zwischen nationaler (USA)/europäischer (Deutschland) und persönlicher Bedrohung 2005: Internationaler Terrorismus (0,49^c/0,34^c), islamischer Fundamentalismus (0,44^c/0,37^c), CBRN-Waffen (0,52^c/0,41^c)

Tabelle B5: Interne Konsistenz der drei Bedrohungswahrnehmungen gemessen an Cronbach's Alpha, 2002 - 2008

	National/Europäisch					Persönlich		
	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
USA	0,52	0,60	0,55	0,50	0,56	0,75	0,71	0,74
Deutschland*	0,76 (0,73)	0,51	0,55	0,52	0,56	0,60	0,64	0,65

Angaben: *Nationale Bedrohung in Klammern; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland)/persönlicher Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Tabelle B6: Faktorladungen der drei Bedrohungswahrnehmungen (Messmodell), 2002 - 2008

	National/Europäisch					Persönlich		
	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
USA								
Internationaler Terrorismus	0,74	0,68	0,73	0,45	0,70	0,72	0,71	0,76
Islamischer Fundamentalismus	0,42	0,53	0,44	0,46	0,45	0,68	0,66	0,65
CBRN-Waffen	0,55	0,58	0,50	0,63	0,55	0,72	0,64	0,68
Deutschland*								
Internationaler Terrorismus	0,76 (0,73)	0,78	0,73	0,76	0,59	0,75	0,66	0,65
Islamischer Fundamentalismus	0,70 (0,70)	0,45	0,56	0,52	0,51	0,57	0,67	0,70
CBRN-Waffen	0,68 (0,65)	0,41	0,42	0,33	0,55	0,43	0,50	0,51

Angaben: Standardisierte Faktorladungen; in der unstandardisierten Lösung wurde internationaler Terrorismus jeweils auf 1 fixiert; *nationale Bedrohung in Klammern; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland)/persönlicher Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Tabelle B7: Totale Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung von Militarismus in den USA, 2002 - 2008

	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
Geschlecht (Frau)	-0,03	-0,02	-0,07 ^b	-0,02	0,02	-0,04	-0,09 ^c	-0,07 ^b
Alter (*10)	0,02	0,00	0,00	0,00	-0,01	0,00	-0,02 ^a	-0,01
Bildung (Hoch)	-0,18 ^b	-0,04	-0,01	0,05	-0,03	0,04	-0,03	0,05 ^a
Ethnie (Weiß)	-	0,14 ^c	0,13 ^c	0,12 ^c	0,14 ^b	0,13 ^c	0,19 ^c	0,12 ^b
Wohnort (Stadt)	-	-	-0,01	0,02	-0,11 ^b	0,01	0,02	-0,06
Nationale Verbundenheit	-	0,27 ^c	0,26 ^c	0,42 ^c	0,37 ^c	0,40 ^c	0,25 ^c	0,23 ^c
Ideologie (Konservativ)	0,29 ^b	0,11 ^a	0,12 ^b	-0,13 ^a	0,21 ^b	-0,14 ^a	0,06	0,27 ^c
PID Republikaner	0,02	0,08 ^c	0,08 ^b	0,15 ^c	0,10 ^b	0,15 ^c	0,14 ^c	0,11 ^c
PID Demokraten	0,02	-0,01	-0,02	-0,06	-0,08 ^a	-0,05	-0,04	-0,02
Bedrohungswahrnehmung	-0,16	0,22 ^b	0,61 ^c	0,42 ^c	0,50 ^b	0,08	0,35 ^c	0,35 ^c
R ²	0,053	0,134	0,204	0,207	0,273	0,165	0,211	0,204
RMSEA	0,072	0,068	0,050	0,084	0,077	0,056	0,017	0,050
CFI	0,925	0,929	0,956	0,900	0,887	0,962	0,996	0,963
N	325	747	782	751	417	756	753	700

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001; PID = Parteiidentifikation; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (2002-2006)/persönlicher (2005, 2007, 2008) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Tabelle B8: Totale Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung von Internationalismus in den USA, 2002 - 2008

	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
Geschlecht (Frau)	0,01	-0,04	-0,04	-0,12 ^b	-0,04	-0,09 ^a	-0,09 ^a	-0,10 ^b
Alter (*10)	0,08	-0,02 ^a	0,01	-0,01	0,01	-0,01	-0,01	0,01
Bildung (Hoch)	0,20 ^b	0,11 ^c	0,16 ^c	0,05	-0,02	0,05	-0,02	0,05
Ethnie (Weiß)	-	0,10 ^a	0,07	0,19 ^c	0,08	0,20 ^c	0,02	0,05
Wohnort (Stadt)	-	-	0,02	-0,10 ^a	-0,06	-0,09 ^a	0,08 ^a	0,10 ^a
Nationale Verbundenheit	-	0,10	0,15	0,46 ^c	0,20	0,46 ^c	0,39 ^c	0,32 ^c
Ideologie (Konservativ)	-0,02	-0,12	-0,10	-0,13	0,21	-0,09	0,14	0,17 ^a
PID Republikaner	0,09	0,02	0,10 ^b	0,29 ^c	0,19 ^b	0,28 ^c	0,13 ^b	0,14 ^b
PID Demokraten	0,02	-0,06	0,00	0,06	0,06	0,04	-0,02	0,00
Bedrohungswahrnehmung	0,66	0,30 ^b	0,53 ^b	0,59 ^b	0,42	0,02	0,12	0,14
R ²	0,062	0,063	0,093	0,206	0,082	0,167	0,098	0,091
RMSEA	0,072	0,068	0,050	0,084	0,077	0,056	0,017	0,050
CFI	0,925	0,929	0,956	0,900	0,887	0,962	0,996	0,963
N	325	747	782	751	417	756	753	700

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001; PID = Parteiidentifikation; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (2002-2006)/persönlicher (2005, 2007, 2008) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Tabelle B9: Totale Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung von Multilateralismus in den USA, 2003 - 2007

	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
Geschlecht (Frau)	-	0,22 ^c	0,08 ^c	0,04 ^a	0,00	0,04 ^a	0,08 ^c	-
Alter (*10)	-	0,00	0,01	0,00	0,00	0,00	0,01	-
Bildung (Hoch)	-	0,07 ^a	-0,05 ^a	0,01	-0,03	0,01	0,05 ^b	-
Ethnie (Weiß)	-	-0,08 ^a	-0,02	0,01	0,03	0,01	0,09 ^b	-
Wohnort (Stadt)	-	-	-0,01	0,07 ^c	0,01	0,07 ^c	-0,02	-
Nationale Verbundenheit	-	-0,26 ^c	-0,05	0,21 ^c	0,09	0,21 ^c	-0,01	-
Ideologie (Konservativ)	-	-0,29 ^c	-0,09 ^a	0,04	-0,13 ^a	0,06	-0,20 ^c	-
PID Republikaner	-	-0,14 ^c	-0,07 ^b	-0,01	0,03	-0,01	0,04	-
PID Demokraten	-	0,10 ^b	0,07 ^b	0,16 ^c	0,03	0,16 ^c	0,03	-
Bedrohungswahrnehmung	-	-0,09	0,12	0,29 ^a	0,42 ^b	0,20 ^c	0,23 ^b	-
R ²	-	0,223	0,094	0,157	0,079	0,158	0,114	-
RMSEA	-	0,068	0,050	0,084	0,077	0,056	0,017	-
CFI	-	0,929	0,956	0,900	0,887	0,962	0,996	-
N	-	747	782	751	417	756	753	-

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001; PID = Parteiidentifikation; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (2002-2006)/persönlicher (2005, 2007, 2008) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Tabelle B10: Totale Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung von Militarismus in Deutschland, 2002 - 2008

	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
Geschlecht (Frau)	-0,01	-0,18 ^c	-0,13 ^c	-0,17 ^c	-0,13 ^c	-0,17 ^c	-0,15 ^c	-0,17 ^c
Alter (*10)	0,05	-0,02 ^a	-0,03 ^c	-0,02 ^c	-0,02 ^b	-0,02 ^c	-0,02 ^c	-0,03 ^c
Bildung (Hoch)	-0,02	0,07 ^a	0,01	0,02	-0,02	0,02	0,06 ^a	0,03
Region (West)	0,07	0,14 ^c	0,05	0,05	0,11 ^b	0,05	0,06 ^a	0,05 ^a
Wohnort (Stadt)	-	-	-0,01	0,03	0,05	0,03	0,01	0,01
Nationale Verbundenheit	0,06	0,18 ^c	0,03	-0,01	0,08	0,00	-	0,05
Ideologie (Rechts)	0,09	0,12	0,14 ^a	0,18 ^b	0,30 ^c	0,18 ^b	0,07	0,12 ^a
Wahlabsicht CDU/CSU	-0,05	0,07 ^a	0,05	0,06 ^a	0,03	0,07 ^b	0,04	-0,01
Wahlabsicht SPD	-0,04	0,06 ^a	0,02	-0,04	0,01	-0,04	0,01	-0,02
Bedrohungswahrnehmung	-0,33 ^b	0,15	0,22 ^a	0,07	0,18	0,10	0,28 ^c	0,10
R ²	0,046	0,124	0,112	0,127	0,134	0,130	0,143	0,129
RMSEA	0,000	0,045	0,051	0,033	0,036	0,045	0,043	0,012
CFI	1,000	0,955	0,932	0,973	0,963	0,950	0,954	0,996
N	429	880	897	938	480	916	922	902

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung europäischer (2002-2006)/persönlicher (2005, 2007, 2008) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Tabelle B11: Totale Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung von Internationalismus in Deutschland, 2002 - 2008

	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
Geschlecht (Frau)	0,00	0,01	-0,02	-0,04	-0,11 ^b	-0,04	0,00	-0,01
Alter (*10)	-0,08	0,00	-0,02 ^a	0,02 ^a	0,00	0,02 ^a	0,04	0,01
Bildung (Hoch)	0,18 ^c	0,17 ^c	0,17 ^c	0,07 ^a	0,08	0,07 ^a	0,08 ^a	0,02
Region (West)	0,05	0,15 ^c	0,06	0,02	-0,03	0,02	0,04	0,07
Wohnort (Stadt)	-	-	-0,05	-0,04	-0,00	-0,03	0,02	-0,02
Nationale Verbundenheit	0,11	0,18 ^b	0,30 ^c	0,11	0,27 ^b	0,10	-	0,12
Ideologie (Rechts)	-0,07	-0,03	-0,05	-0,08	-0,14	-0,09	-0,13	-0,11
Wahlabsicht CDU/CSU	0,05	0,05	0,06	0,06	0,03	0,05	0,05	0,05
Wahlabsicht SPD	-0,05	0,08 ^b	0,08 ^a	0,02	-0,01	0,03	0,06	0,03
Bedrohungswahrnehmung	0,64 ^c	0,15	0,21	0,51 ^c	0,36	0,10	0,09	0,22 ^a
R ²	0,097	0,070	0,079	0,058	0,053	0,022	0,019	0,025
RMSEA	0,000	0,045	0,051	0,033	0,036	0,045	0,043	0,012
CFI	1,000	0,955	0,932	0,973	0,963	0,950	0,954	0,996
N	429	880	897	938	480	916	922	902

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung europäischer (2002-2006)/persönlicher (2005, 2007, 2008) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Tabelle B12: Totale Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Ausbildung von Multilateralismus in Deutschland, 2002 - 2007

	2002	2003	2004	2005	2006	2005	2007	2008
Geschlecht (Frau)	-0,06	-0,04	-0,05 ^b	-0,05 ^b	-0,03	-0,05 ^b	-0,05 ^b	-
Alter (*10)	-0,08	0,02 ^b	0,01	0,03 ^c	0,01 ^a	0,03 ^c	0,01 ^b	-
Bildung (Hoch)	0,08	0,10 ^b	0,02	0,03	0,05	0,03	0,07 ^b	-
Region (West)	-0,04	0,03	0,05	0,06 ^a	0,07 ^a	0,06 ^b	0,11 ^c	-
Wohnort (Stadt)	-	-	0,01	-0,01	-0,00	-0,01	-0,01	-
Nationale Verbundenheit	-0,12	-0,04	0,07	0,13 ^b	0,07	0,14 ^b	-	-
Ideologie (Rechts)	0,02	-0,32 ^c	-0,09	0,00	0,03	0,00	-0,07	-
Wahlabsicht CDU/CSU	0,04	-0,01	0,05 ^a	0,03	0,08 ^b	0,03	0,07 ^b	-
Wahlabsicht SPD	-0,08	0,00	0,02	0,01	0,00	0,01	0,03	-
Bedrohungswahrnehmung	0,35 ^a	-0,08	0,17 ^a	0,20 ^b	0,27 ^a	0,03	0,17 ^b	-
R ²	0,066	0,056	0,045	0,098	0,075	0,080	0,070	-
RMSEA	0,000	0,045	0,051	0,033	0,036	0,045	0,043	-
CFI	1,000	0,955	0,932	0,973	0,963	0,950	0,954	-
N	429	880	897	938	480	916	922	-

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung europäischer (2002-2006)/persönlicher (2005, 2007, 2008) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Tabelle B13: Totale Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zur Einschränkung von Freiheitsrechten, 2006

	USA	Deutschland
Geschlecht (Frau)	0,03	0,00
Alter (*10)	0,03 ^b	0,00
Bildung (Hoch)	-0,07	-0,11 ^b
Ethnie (Weiß) ¹	0,05	-
Region (West) ²	-	0,10 ^b
Wohnort (Stadt)	-0,05	0,05 ^a
Nationale Verbundenheit	0,28 ^c	0,11
Ideologie (Konservativ) ¹ /Ideologie (Rechts) ²	0,33 ^c	0,15 ^b
PID Republikaner ¹ /Wahlabsicht CDU/CSU ²	0,16 ^c	0,10 ^b
PID Demokraten ¹ /Wahlabsicht SPD ²	-0,06	-0,00
Bedrohungswahrnehmung	0,10	0,27
Militarismus	0,30 ^c	0,03
Internationalismus	0,13 ^c	0,01
Multilateralismus	-0,06	0,20 ^b
R ²	0,367	0,205
RMSEA	0,063	0,044
CFI	0,916	0,929
N	395	471

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; länderspezifische Variablen: ¹USA, ²Deutschland; PID = Parteiidentifikation; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Tabelle B14: Totale Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zur Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben, 2002 - 2008

	USA				Deutschland			
	2002	2003	2004	2008	2002	2003	2004	2008
Geschlecht (Frau)	0,03	-0,07 ^b	-0,12 ^c	-0,01	0,02	-0,11 ^c	-0,11 ^c	-0,06
Alter (*10)	0,10	-0,01	0,03 ^a	0,01	0,02	0,02 ^a	0,00	-0,03 ^b
Bildung (Hoch)	0,04	-0,06 ^a	-0,04	0,05	-0,08	0,02	0,00	-0,04
Ethnie (Weiß) ¹	-	0,09 ^b	0,15 ^c	0,15 ^a	-	-	-	-
Region (West) ²	-	-	-	-	0,04	0,13 ^c	0,03	0,11 ^a
Wohnort (Stadt)	-	-	-0,06 ^a	-0,02	-	-	0,01	-0,01
Nationale Verbundenheit	-	0,21 ^b	0,43 ^c	0,24 ^a	0,10	0,11	-0,00	0,21 ^a
Ideologie (Konservativ) ^{1/}								
Ideologie (Rechts) ²	0,18	0,05	0,08	0,00	0,15	0,23 ^b	0,07	0,16
PID Republikaner ^{1/}								
Wahlabsicht CDU/CSU ²	0,10	0,14 ^c	0,15 ^c	0,13 ^a	-0,03	0,03	0,11 ^c	0,10 ^a
PID Demokraten ^{1/}								
Wahlabsicht SPD ²	-0,01	-0,12 ^c	-0,05	0,03	-0,04	0,02	0,08 ^a	0,10 ^a
Bedrohungswahrnehmung	0,57	0,26 ^b	0,52 ^c	0,43 ^c	-0,01	0,07	0,24 ^a	0,09
Militarismus	0,02	0,03	0,12 ^a	0,28 ^c	0,04	0,19 ^c	0,11 ^b	0,10
Internationalismus	0,12 ^b	0,06	0,08 ^a	0,12 ^b	0,01	0,02	0,04	0,04
Multilateralismus	-	-0,16 ^c	-0,16 ^b	-	-0,01	0,02	0,07	-
R ²	0,102	0,203	0,243	0,222	0,026	0,101	0,067	0,103
RMSEA	0,066	0,065	0,049	0,059	0,000	0,043	0,050	0,039
CFI	0,932	0,939	0,963	0,949	1,000	0,959	0,932	0,959
N	318	725	745	330	423	845	830	442

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; länderspezifische Variablen: ¹USA, ²Deutschland; PID = Parteiidentifikation; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland) (2002-2004)/persönlicher (2008) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Tabelle B15: Totale Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe, 2002 und 2003

	USA		Deutschland	
	2002	2003	2002	2003
Geschlecht (Frau)	-0,01	0,01	-0,03	0,00
Alter (*10)	0,03	-0,01 ^a	0,08	0,01
Bildung (Hoch)	0,03	0,12 ^c	0,05	0,19 ^c
Ethnie (Weiß) ¹	-	0,01	-	-
Region (West) ²	-	-	-0,00	-0,01
Wohnort (Stadt)	-	-	-	-
Nationale Verbundenheit	-	-0,07	0,18	0,00
Ideologie (Konservativ) ^{1/}				
Ideologie (Rechts) ²	-0,12	-0,25 ^c	-0,35 ^b	-0,14 ^a
PID Republikaner ^{1/}				
Wahlabsicht CDU/CSU ²	-0,04	-0,02	0,02	-0,06 ^a
PID Demokraten ^{1/}				
Wahlabsicht SPD ²	-0,04	-0,03	0,00	0,07 ^a
Bedrohungswahrnehmung	-0,71 ^b	-0,36 ^c	-0,18	-0,42 ^b
Militarismus	0,02	-0,06	-0,13 ^b	0,02
Internationalismus	0,16 ^c	0,13 ^c	0,02	0,14 ^c
Multilateralismus	-	0,07 ^a	0,01	0,06
R ²	0,102	0,140	0,067	0,142
RMSEA	0,072	0,068	0,000	0,044
CFI	0,924	0,929	1,000	0,959
N	313	708	421	841

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; länder-spezifische Variablen: ¹USA, ²Deutschland; PID = Parteiidentifikation; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Tabelle B16: Totale Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zu geeigneten Maßnahmen zur Bekämpfung von internationalem Terrorismus, 2002 und 2004

	USA			Deutschland		
	Militärische Aktionen (2002)	Militärische Aktionen (2004)	Wirtschaftliche Hilfen (2004)	Militärische Aktionen (2002)	Militärische Aktionen (2004)	Wirtschaftliche Hilfen (2004)
Geschlecht (Frau)	-0,03	-0,11 ^c	0,08 ^a	-0,09 ^a	-0,05 ^a	-0,09 ^c
Alter (*10)	0,08 ^a	0,01	-0,01	-0,02	0,00	0,00
Bildung (Hoch)	-0,06	-0,08 ^b	0,12 ^b	-0,02	-0,13 ^c	0,02
Ethnie (Weiß) ¹	-	0,18 ^c	0,04	-	-	-
Region (West) ²	-	-	-	0,01	-0,01	0,06
Wohnort (Stadt)	-	-0,08 ^b	-0,06	-	-0,06 ^b	-0,06 ^a
Nationale Verbundenheit	-	0,37 ^c	-0,10 ^b	0,19	-0,07	0,01
Ideologie (Konservativ) ^{1/}						
Ideologie (Rechts) ²	0,20 ^a	0,11	-0,11 ^a	0,17	0,21 ^c	-0,02
PID Republikaner ^{1/}						
Wahlabsicht CDU/CSU ²	0,05	0,14 ^c	0,02	0,06	0,06 ^a	-0,01
PID Demokraten ^{1/}						
Wahlabsicht SPD ²	0,05	-0,07 ^a	0,04	-0,03	0,02	-0,00
Bedrohungswahrnehmung	0,80	0,65 ^c	-0,01	0,56 ^c	0,41 ^c	0,04
Militarismus	0,06 ^a	0,24 ^c	0,03	0,11 ^a	0,15 ^c	0,05
Internationalismus	0,04	0,07 ^a	0,13 ^c	0,19 ^c	-0,06 ^a	0,06
Multilateralismus	-	-0,01	0,08	0,04	0,02	0,07
R ²	0,153	0,332	0,077	0,181	0,133	0,038
RMSEA	0,063	0,050	0,049	0,000	0,049	0,048
CFI	0,942	0,962	0,957	1,000	0,938	0,936
N	288	762	756	385	890	885

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; länderspezifische Variablen: ¹USA, ²Deutschland; PID = Parteidentifikation; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Tabelle B17: Totale Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zum Militäreinsatz im Irak, 2004

	USA	Deutschland
Geschlecht (Frau)	-0,21 ^c	-0,01
Alter (*10)	0,02	-0,01 ^a
Bildung (Hoch)	0,01	-0,03
Ethnie (Weiß) ¹	0,36 ^c	-
Region (West) ²	-	0,01
Wohnort (Stadt)	-0,07 ^a	0,01
Nationale Verbundenheit	0,52 ^c	-0,06
Ideologie (Konservativ) ¹ /Ideologie (Rechts) ²	0,20 ^b	0,11 ^a
PID Republikaner ¹ /Wahlabsicht CDU/CSU ²	0,25 ^c	0,04 ^a
PID Demokraten ¹ /Wahlabsicht SPD ²	-0,15 ^c	0,02
Bedrohungswahrnehmung	0,42 ^b	0,08
Militarismus	0,30 ^c	0,17 ^c
Internationalismus	0,22 ^c	-0,06 ^a
Multilateralismus	-0,11 ^b	-0,01
R ²	0,495	0,081
RMSEA	0,047	0,051
CFI	0,972	0,931
N	738	860

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; länderspezifische Variablen: ¹USA, ²Deutschland; PID = Parteiidentifikation; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung nationaler (USA)/europäischer (Deutschland) Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Tabelle B18: Totale Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zum Militäreinsatz in Afghanistan, 2007 und 2008

	USA			Deutschland		
	Militärische Aktionen (2007)	Militärische Aktionen (2008)	Humanitärer Einsatz (2008)	Militärische Aktionen (2007)	Militärische Aktionen (2008)	Humanitärer Einsatz (2008)
Geschlecht (Frau)	-0,12 ^c	-0,11 ^c	-0,09 ^c	-0,07 ^b	-0,05 ^a	-0,07 ^c
Alter (*10)	-0,01	0,03 ^c	0,01	-0,02 ^b	-0,02 ^a	0,00
Bildung (Hoch)	0,01	0,03	0,04 ^a	0,02	-0,03	0,05 ^a
Ethnie (Weiß) ¹	0,32 ^c	0,07	0,06 ^a	-	-	-
Region (West) ²	-	-	-	0,03	0,04	0,06 ^b
Wohnort (Stadt)	0,04	0,01	-0,00	-0,00	0,01	-0,00
Nationale Verbundenheit	0,27 ^c	0,22 ^c	0,11 ^a	-	0,13 ^a	0,12 ^b
Ideologie (Konservativ) ¹ / Ideologie (Rechts) ²	0,06	0,09	0,06	0,14 ^a	0,21 ^b	-0,02
PID Republikaner ¹ / Wahlabsicht CDU/CSU ²	0,12 ^c	0,06 ^a	0,07 ^b	0,04	0,03	0,06 ^b
PID Demokraten ¹ / Wahlabsicht SPD ²	-0,03	-0,02	0,03	0,06 ^a	-0,06	0,04
Bedrohungswahrnehmung	0,26 ^b	0,32 ^c	0,22 ^c	0,21 ^b	0,43 ^c	0,14 ^a
Militarismus	0,33 ^c	0,28 ^c	0,16 ^c	0,18 ^c	0,25 ^c	0,12 ^c
Internationalismus	0,09 ^c	0,10 ^c	0,09 ^c	0,10 ^c	0,02	0,09 ^c
Multilateralismus	0,03	-	-	0,12 ^b	-	-
R ²	0,341	0,262	0,337	0,112	0,146	0,265
RMSEA	0,016	0,048	0,050	0,042	0,020	0,029
CFI	0,997	0,968	0,941	0,958	0,990	0,964
N	744	690	678	917	889	880

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; länderspezifische Variablen: ¹USA, ²Deutschland; PID = Parteiidentifikation; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung persönlicher Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen

Tabelle B19: Totale Effekte der Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen auf die Zustimmung zu militärischen Maßnahmen gegen den Iran, 2005 - 2008

	USA			Deutschland		
	2005	2007	2008	2005	2007	2008
Geschlecht (Frau)	-0,06 ^a	-0,13 ^c	-0,10 ^b	0,00	-0,10 ^b	-0,09 ^b
Alter (*10)	0,02	-0,02	0,03 ^a	-0,01 ^c	-0,02 ^b	-0,03 ^b
Bildung (Hoch)	-0,08 ^b	-0,00	0,00	-0,02	0,00	-0,04
Ethnie (Weiß) ¹	-0,07 ^a	0,11 ^a	0,05	-	-	-
Region (West) ²	-	-	-	-0,01	0,07 ^a	0,10 ^b
Wohnort (Stadt)	-0,08 ^b	0,07 ^a	0,02	0,04 ^b	-0,04	0,02
Nationale Verbundenheit	0,15 ^b	0,14	0,43 ^c	-0,05	-	-0,00
Ideologie (Konservativ) ^{1/}						
Ideologie (Rechts) ²	0,51 ^c	0,32 ^c	-0,00	0,04	0,23 ^b	0,12
PID Republikaner ^{1/}						
Wahlabsicht CDU/CSU ²	-0,07	0,12 ^a	0,07	0,02	0,02	-0,02
PID Demokraten ^{1/}						
Wahlabsicht SPD ²	0,01	-0,10 ^a	-0,13 ^b	0,04 ^a	-0,03	-0,03
Bedrohungswahrnehmung	0,17	0,34 ^b	0,41 ^c	-0,01	0,16	0,45 ^c
Militarismus	0,01	0,30 ^c	0,23 ^c	0,09 ^b	0,15 ^b	0,41 ^c
Internationalismus	-0,00	0,08 ^a	0,13 ^b	-0,04 ^a	-0,01	0,05
Multilateralismus	-0,04	-0,30 ^c	-	-0,05	0,02	-
R ²	0,137	0,209	0,162	0,068	0,063	0,132
RMSEA	0,049	0,034	0,052	0,046	0,044	0,001
CFI	0,966	0,984	0,959	0,948	0,952	1,000
N	703	736	680	898	905	895

Angaben: Unstandardisierte Regressionskoeffizienten b; Signifikanz: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$; länderspezifische Variablen: ¹USA, ²Deutschland; PID = Parteiidentifikation; „Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen“ ist ein latentes Konstrukt geschätzt mittels drei Indikatoren: Wahrnehmung persönlicher Bedrohung durch internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, CBRN-Waffen